



25.026

Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative

Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen eine allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und behandeln auch das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 2.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Die Nachhaltigkeits-Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" und der direkte Gegenentwurf haben die Kommission intensiv beschäftigt. Wir sind uns einig, dass man die Migration dämpfen soll und deren Auswirkungen zu meistern sein müssen. Wir haben extra auch Anhörungen durchgeführt, was man dagegen tun könnte, und es liegen verschiedene Massnahmen vor, die einerseits in der Verfassung verankert sind oder andererseits bereits in Vorstössen gefordert wurden.

Die Migrationsfrage ist zweifelsfrei eine der Fragen, die die Bevölkerung heute am meisten beschäftigen; das kann man nicht wegdiskutieren. Wie man damit umgehen soll, dass wir immer noch stärker wachsen, darüber gehen die Meinungen in der Kommission weit auseinander. Man kann feststellen, dass in der Bundesverfassung bis und mit einem Kontingentsystem – das ist der berühmte Artikel 121a gemäss Masseneinwanderungs-Initiative – eigentlich alles verankert ist. Verschiedene Votanten haben in der Kommission auch andere Modelle ins Spiel gebracht. Eine Auswahl: die Möglichkeit von Einwanderungs- und Lenkungsabgaben; die Frage, ob Inländer und Inländerinnen ihre Pensen erhöhen sollten, damit man weniger auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen ist; die Beschränkung des Familiennachzugs; die Frage, ob man mehr L-, also Kurzzeitbewilligungen, oder B-Bewilligungen ausstellen soll; Ausbildung und Berufsbildung und die verstärkte Förderung des einheimischen Fachkräftepotenzials.

Letztlich muss man auch feststellen, dass die Bevölkerung in Bezug auf den Infrastrukturausbau aufgrund der Bevölkerungszunahme kritischer unterwegs ist als auch schon. Sie mögen sich erinnern: Am 24. November letzten Jahres wurde der Step Nationalstrassen unter anderem mit solchen Argumenten abgelehnt.

Der Konsens der Mehrheit der SPK ist aber, dass man keine starren Obergrenzen will, wie das in der Initiative vorgesehen ist, und dass man ebenfalls keine Kündigung der Bilateralen Verträge riskieren will. Deshalb wurde in verschiedenen Voten die Schutzklausel in den Verträgen mit der EU erwähnt, und es wurde diskutiert, ob sie als Massnahme gegen die Zuwanderung tauglich wäre. Die Schutzklausel im Paket wurde sehr kritisch beurteilt: Einerseits gibt man dem Bundesrat natürlich recht, dass er in den Verhandlungen etwas herausgeholt habe, andererseits wurde die Wirksamkeit der Schutzklausel nicht per se als positiv beurteilt, weil – das muss man auch in Betracht ziehen – im ganzen Verhandlungspaket aufgrund der Unionsbürgerrichtlinie auch eine Ausweitung der Migration durch Familiennachzug von Nichterwerbstätigen stattfinden kann. Also hier gibt es Licht und Schatten, wenn man die Diskussionen verfolgt.

Die Mehrheit der Kommission hat deshalb entschieden, bei dieser Nachhaltigkeits-Initiative wie folgt vorzugehen: Sie empfiehlt die Kündigungs-Initiative bzw. die Nachhaltigkeits-Initiative, wie man bei den Initianten sagt, zur Ablehnung. Wir haben von der Kündigungs-Initiative gesprochen, weil sie in den Übergangsbestimmungen





eben einen Kündigungscharakter hat, wenn es um die Personenfreizügigkeit geht. Dort ist ein Grenzwert von 10 Millionen vorgesehen, und wenn nach zwei Jahren und trotz Gegenmassnahmen wie dem Aktivieren der Schutzklausel kein Erfolg eintritt, muss man die Personenfreizügigkeit kündigen. Das wird so im Initiativtext erwähnt.

Ich mache hier klar darauf aufmerksam: Muss die Personenfreizügigkeit gemäss Nachhaltigkeits-Initiative gekündigt werden, ist es automatisch auch so, dass die Guillotineklausel in Artikel 25 Absatz 4 des Personenfreizügigkeitsabkommens greifen wird und die ganzen Bilateralen I anlässlich der Kündigung der Personenfreizügigkeit wegfallen. Dieser Automatismus wurde so verhandelt, er lässt sich nicht wegdiskutieren.

Noch einmal: Würde die 10-Millionen-Grenze erreicht, würden die Massnahmen nach zwei Jahren nicht greifen und müsste die Personenfreizügigkeit gekündigt werden, müsste aufgrund dieser Initiative letztlich der bilaterale Weg verlassen werden. Die Bilateralen I mit der Guillotineklausel würden vollständig wegfallen, und damit wären die Bilateralen II und Schengen/Dublin infrage gestellt. Das würde beispielsweise

AB 2025 N 1719 / BO 2025 N 1719

bedeuten, dass das Luftfahrtabkommen hinfällig würde oder dass man beim ganzen Schengen-Informationssystem sowie beim Dublin-System keine Möglichkeit mehr hätte, Asylsuchende an der Grenze effektiv ins Erstaufnahmeland zurückzuschicken, sofern dort der Job nicht gemacht wurde.

Zusammengefasst war sich die Mehrheit der Kommission wie auch die Mehrheit der Fraktionen einig, dass diese Initiative, welche die Kündigung der Bilateralen I riskiert, einen typischen Fall von "das Kind mit dem Bade ausschütten" darstellt. Die Mehrheit der Kommission will nicht, dass man mit dieser Initiative riskiert, das Kind mit dem Bade auszuschütten, und dass damit der bilaterale Weg gefährdet wird.

Ich komme zur Ablehnung des Gegenentwurfes. Vorlage 2 beinhaltet einen direkten Gegenentwurf. Die Kommission hat mit einer sehr deutlichen Mehrheit gesagt, dass sie den Gegenentwurf ablehnt. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass der Gegenentwurf die zwei grundlegenden Ziele eines Gegenentwurfes nicht erfüllen kann: erstens den Rückzug der Initiative und zweitens, dass es ein Dispositiv ist, die Initiative zu bekämpfen. Warum?

Der Gegenentwurf setzt ebenfalls starre Grenzwerte – ich habe Ihnen erläutert, dass die Grenzwerte von 9,5 und 10 Millionen nicht im Interesse der Kommission sind. Er bleibt inhaltlich sehr vage, und vor allem in Bezug auf konkrete Massnahmen findet man nichts, was nicht irgendwie bereits schon in der Verfassung verankert wäre. Angesichts dessen, was in der Verfassung bereits verankert ist, gibt es keinen Notstand, den Gegenentwurf anzunehmen. In der Verfassung ist die Zuständigkeit betreffend Arbeitsmarkt geregelt. Artikel 121a der Bundesverfassung regelt den Erlass von Kontingentsystemen, dies auch bezüglich Arbeitsmigration oder Migration im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Das heisst, der inhaltliche Teil des Gegenentwurfes ist sehr vage und trägt nichts zu einer Konkretisierung der Politik bei. Es ist nicht so, dass es keine Verfassungsgrundlage gäbe, um alle möglichen Massnahmen bis und mit einem Kontingentsystem ergreifen zu können.

Es ist auch so, dass die Schutzklausel, welche der Bundesrat in den EU-Verträgen ausgehandelt hat, sehr kritisch beurteilt wurde – selbst von der Minderheit II, die Sie dann nachher noch hören werden. Sie wurde als nicht tauglich erachtet, um einen Gegenentwurf zu dieser Initiative zu präsentieren. Ich nehme an, Kollege Pfister wird dazu noch einige Ausführungen machen.

Der Gegenentwurf bietet also aus Sicht der Mehrheit der Kommission keinen Mehrwert. Natürlich muss man den Gegenentwurf und die Beratung auch dahin gehend anschauen, wie sich die Abstimmungskaskade zu den EU-Verträgen und zur Volksinitiative ausgestalten würde. Die Überlegungen zu den kommenden Abstimmungsvorlagen terminlicher Art sehen wie folgt aus:

Zu den Fristen bezüglich der Volksabstimmung: Ohne einen Gegenentwurf wäre bis ungefähr spätestens August 2027 eine Volksabstimmung möglich. Mit einem Gegenentwurf würde sich das Ganze um mindestens ein Jahr nach hinten verschieben. Die Mehrheit will, dass die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" vor dem EU-Paket an die Urne gebracht wird. Die Mehrheit ist auch der Auffassung, dass man jetzt hier die Reihen schliessen soll, um gegen die Initiative vorgehen zu können. Die Diskussion über eine mögliche Ausweitung der bilateralen Verträge mit der EU sollte erst danach erfolgen.

In diesem Sinne stellt die Mehrheit der SPK-N folgende Anträge:

Vorlage 1: Empfehlung, die Volksinitiative abzulehnen. Der Entscheid fiel mit 16 zu 9 Stimmen;

Vorlage 2: Nichteintreten auf den direkten Gegenentwurf. Der Entscheid fiel mit 19 zu 6 Stimmen. Die Minderheit II, die auf der Fahne steht, wird nachher das Wort erhalten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anträgen der Mehrheit der Kommission zu folgen.



Matter Thomas (V, ZH): Herr Kollege Wasserfallen, die Initiative heisst "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)". Wie kommen Sie dazu, als Kommissionssprecher von einer Kündigungs-Initiative zu sprechen? Sie sind Kommissionssprecher. Es muss gar nichts gekündigt werden – ausser, Sie halten an der Massenzuwanderung fest.

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Herr Kollege Matter, dann müssen Sie den eigenen Initiativtext lesen. Ich lese ihn Ihnen vor: "Ist der Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten und konnten bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen." Das ist der offizielle Begriff, der in den Übergangsbestimmungen erwähnt wird. Den habe ich nicht geschrieben, da waren Sie wahrscheinlich näher dran.

Aeschi Thomas (V, ZG): Herr Wasserfallen, Sie haben gesagt, mit dieser Initiative riskiere man, dass es zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens komme. Sind Sie mit der Aussage einverstanden, dass es eben nicht zu einer Kündigung kommt, wenn sich die Wirtschaft mässigt und die Zuwanderung auf noch knapp 40 000 Personen netto pro Jahr beschränkt und wir entsprechend die Schwelle von 10 Millionen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Das können Sie wünschen oder nicht wünschen, wir können das nicht direkt beeinflussen. Fakt ist einfach, Herr Aeschi, und in Ihrem Initiativtext ist das hinreichend konkret geschildert: Wenn es anders kommt, wenn zwei Jahre nach dem Erreichen der 10-Millionen-Grenze keine Massnahmen greifen, dann müssen wir die Personenfreizügigkeit kündigen. Und nach Artikel 25 Absatz 4 des Freizügigkeitsabkommens, der Guillotineklausel, fallen dann sämtliche Verträge weg. Das ist einfach Tatsache und die Konsequenz Ihres Initiativtexts.

Egger Mike (V, SG): Herr Kollege Wasserfallen, heisst es nicht in Artikel 121a der Bundesverfassung, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Das ist korrekt, Herr Egger, und es ist auch korrekt, dass man diesen Artikel zur Zuwanderung, diesen Artikel 121a der Bundesverfassung mit dem Inländervorrang light, nicht umgesetzt hat. Es gab damals wie heute den Konsens, dass man gesagt hat, man will keine Kündigung der Bilateralen Abkommen I riskieren, indem man das Kontingentsystem, das ich zweimal erwähnt habe, anwendet. Das Thema ist ja hier, dass man beim Inländervorrang light eine Nichtdiskriminierung zwischen Schweizern und hier arbeitenden Ausländern gemacht hat. Ich muss Ihnen recht geben: Die Initiative "gegen Masseneinwanderung" und Artikel 121a der Bundesverfassung wurden in diesem Sinne nie umgesetzt.

Strupler Manuel (V, TG): Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben dazu aufgerufen, dass man hier die Reihen schliesst und die Initiative gemeinsam bekämpft. Meine Frage ist: Möchte die Mehrheit der Kommission eine 10-Millionen-Schweiz oder eine Schweiz mit noch mehr Menschen? Sie haben ja davon gesprochen, dass man die Bilateralen Abkommen I kündigen müsste. Hat die Kommission darüber diskutiert? Möchte sie, dass mehr als 10 Millionen Menschen in der Schweiz leben, mit allen Problemen, die dadurch hinzukommen?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Nein, das war nicht die Frage, die sich die Kommission stellte. Die Kommission war zuständig, eine konkrete Initiative zu diskutieren – einen konkreten Initiativtext und konkrete Gegenentwürfe wie zum Beispiel denjenigen, der aus der Mitte-Fraktion kommt. Wir kamen zum Schluss, dass wir erstens mit dieser Initiative die Probleme nicht lösen können und zweitens mit starren Grenzen und der Guillotineklausel die Bilateralen I

AB 2025 N 1720 / BO 2025 N 1720

und indirekt auch die Bilateralen II riskieren. Das möchte die Mehrheit der Kommission nicht.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben vorhin gesagt, man wolle das Verhältnis zur EU nicht riskieren, indem man nicht umsetzt, was in der Verfassung steht. Wer ist denn "man"? Wen meinen Sie damit?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich erinnere Sie einfach an die jüngste Vergangenheit



dieses Dossiers. Nach ziemlich heftigen Debatten haben wir den Inländervorrang light eingeführt – da waren Sie dabei. Die SVP-Fraktion und die SVP haben damals zum Beispiel auch nicht das Referendum ergriffen. Man hätte dagegen eine Volksabstimmung machen können, wenn Sie nicht einverstanden gewesen wären. Aber es ist so, ich habe das vorhin bei der Antwort auf die Frage von Herrn Egger gesagt, dass das Kontingentsystem in der Schweiz nicht eingeführt wurde, weil die Mehrheit dieses Rates – das ist "man" – der Auffassung war, dass man erstens die Bilateralen I nicht riskieren will und dass man zweitens eine Nichtdiskriminierung zwischen hier arbeitenden Ausländern und Schweizern im Arbeitsmarkt sicherstellen will.

Dettling Marcel (V, SZ): Herr Kollege Wasserfallen, Sie haben als Kommissionssprecher jetzt immer nur von der Kündigung gesprochen; diese kommt erst, wenn 2050 mehr als 10 Millionen Einwohner in diesem Land leben. Das Geniale an der Initiative ist ja, dass eben im Asylbereich bereits bei 9,5 Millionen gehandelt werden muss. Warum haben Sie dazu keine Ausführungen gemacht?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Weil diese Thematik nicht im Zentrum der Kommissionsdebatte stand. Die Kommission ist sich einfach der Konsequenzen bewusst, also dessen, was passiert, wenn man diese 10 Millionen erreicht. Sie haben mit dem Titel "Keine 10-Millionen-Schweiz" diese Grenze ja auch klar hervorgehoben. Ich weiss, dass Sie auch kein Fan der Personenfreizügigkeit sind, Herr Dettling; das weiss ich. Die Personenfreizügigkeit führt zu Problemen. Aber die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten soll und dass man mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit auch das Ende der Bilateralen I riskieren würde. Das ist die Mehrheitsmeinung der Kommission.

Hübscher Martin (V, ZH): Herr Kollege, Sie haben jetzt als Kommissionssprecher ausgeführt, wieso Sie von einer Kündigungs-Initiative sprechen und wieso der vorliegende Gegenvorschlag nicht unterstützt werden soll. Sie haben die 10-Millionen-Grenze angesprochen. Hat die Kommission auch einen anderen Gegenvorschlag bzw. eine andere Grenze diskutiert, ab welcher sie das Wachstum als Problem betrachtet? Oder wurde das in der Kommission nicht diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ich kann jetzt nicht über irgendwelche imaginären Gegenvorschläge referieren, diese existieren nicht. Es gibt einen Gegenvorschlag, der präsentiert wurde und der jetzt auch zur Diskussion und zur Abstimmung steht. Diesen sehen Sie im Entwurf 2. Das ist ein direkter Gegenentwurf – auf Verfassungsebene. Kollege Pfister wird seine Ausführungen dazu machen, welche Überlegungen er anstellte. Aber andere Gegenvorschläge in diesem Sinne wurden nicht diskutiert.

Badran Jacqueline (S, ZH): Kollege Wasserfallen, Kollege Aeschi hat Ihnen vorhin eine Frage gestellt und hat gesagt, wenn die Wirtschaft sich mässigen würde, dann käme es gar nicht zu mehr als 10 Millionen Einwohnern im besagten Zeitraum. Heisst das, dass die Initiative gar nicht nötig wäre und sich einfach die Wirtschaft mässigen könnte? Wurde das in der Kommission diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Wie gesagt, Frau Kollegin Badran, das ist mehr als Kaffeesatzlesen. Es gibt ja im Grunde genommen drei verschiedene Migrationsströme, welche die Schweiz betreffen. Das ist erstens die Migration aufgrund der Personenfreizügigkeit. Das ist per Definition Arbeitsmigration. Dort hat die Wirtschaft einen direkten Hebel, wie viele Leute sie aus dem EU- und EFTA-Ausland anstellt oder nicht. Man hat zweitens einen Hebel bei den Drittstaatenkontingenten, also der Einwanderung aus China, den USA, Indien usw. Diese Einwanderung ist ja kontingentiert. Diese Leute werden von der Wirtschaft nachgefragt. Dann hat man drittens noch die Asilmigration. Diese kann die Wirtschaft kaum beeinflussen. Und auch dort müssen wir unseren Verpflichtungen nachkommen. Was wir politisch am meisten beeinflussen können – und das geht dann in Richtung Unionsbürgerrichtlinie in den EU-Verträgen –, ist die Regelung in Bezug auf den Familiennachzug. Wie gross darf er sein? Aber man kann Ihre Frage nicht einfach beantworten, indem man sagt, die Wirtschaft sei alleine verantwortlich für die Einwanderung.

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Wasserfallen, ich habe auch eine Frage dazu, worüber die Kommission diskutiert hat. Zwei Aspekte, die ebenfalls zu einer Steigerung der Anzahl Menschen in der Schweiz führen, haben Sie jetzt nicht genannt: Erstens ist die zunehmende Lebenserwartung ein wichtiger Faktor, der dazu führt, dass die Bevölkerung insgesamt zunimmt. Zweitens haben wir aus Gründen der Weiterbildung, vor allem auf Hochschulebene, eine beträchtliche Zuwanderung. Wurden diese beiden Aspekte diskutiert?

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Ein Aspekt, der mit der Demografie zusammenhängt, ist die steigende Lebenserwartung. Dieser wurde in den Anhörungen klar ersichtlich. Man könnte daher auch die



Überlegung machen, dass die Leute länger arbeiten sollen, Stichwort Referenzalter. Diese Lösung befürworten Sie wahrscheinlich nicht unbedingt, aber das ist ein Thema. Wenn die Leute, die länger leben, länger arbeiten würden, hätte man mehr Potenzial für mehr Vollzeitäquivalente. Wenn die Inländer, die Schweizerinnen und Schweizer und die hier ansässigen Ausländerinnen und Ausländer, mehr arbeiten würden, müsste man im Rahmen der Personenfreizügigkeit weniger Leute anstellen. Das sind auch direkte Zusammenhänge. Aber ich weiss nicht, ob Sie zu dieser Lösung Hand bieten würden, Herr Wettstein.

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Si le dossier européen était un menu, l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" ne serait qu'une mise en bouche, et, pourtant, son acceptation nous empêcherait de passer à table. Avec la clause guillotine, les accords bilatéraux appartiendraient au passé et, s'agissant des Bilatérales III, ce serait un accord mort-né. Avec mon collègue Christian Wasserfallen, comme rapporteurs pour l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions !", nous vous expliquons pourquoi nous sommes une majorité à recommander de la rejeter.

La Commission des institutions politiques s'est réunie à deux reprises, une première fois à la mi-mai pour entendre le Conseil fédéral et le comité d'initiative, puis le 27 juin 2025 pour entendre les experts et les acteurs impliqués dans la vie économique et sociale. Que prévoit l'initiative ? La population suisse résidente permanente ne devrait pas dépasser 10 millions d'habitants avant 2050. Après 2050, chaque année, le Conseil fédéral pourrait adapter, par voie d'ordonnance, le nombre d'habitants en fonction de l'accroissement naturel, mais pas pour d'autres raisons, comme la guerre en Ukraine, par exemple. Avant 2050, si la population résidente atteignait 9,5 millions d'habitants, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale prendraient des mesures en matière d'asile et de regroupement familial pour assurer le respect de la valeur limite de 10 millions. Le Conseil fédéral devrait présenter un projet de loi à 9,5 millions d'habitants déjà. Nous sommes actuellement 9 086 000 habitants. Le seuil de 9,5 millions d'habitants sera très vraisemblablement franchi avant 2050. Dans 6 ou 7 ans, ce Parlement pourrait donc déjà devoir débattre des traités à dénoncer. Notre pays serait très vite isolé.

AB 2025 N 1721 / BO 2025 N 1721

Quels sont les effets de l'initiative ? L'effet le plus tangible de l'initiative est la dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, qui interviendrait 2 ans après le dépassement de la limite de 10 millions ; une obligation directement applicable, souligne la professeure Epiney. Au moment de l'acceptation de l'initiative populaire "contre l'immigration de masse", le Parlement avait pu se contenter d'un accès anticipé aux offres d'emploi pour les chômeurs indigènes en évitant de dénoncer l'Accord sur la libre circulation des personnes. Cette fois, ce ne serait pas possible, il n'y a pas de plan B. La résiliation de cet accord aurait pour conséquence le retour au statut de saisonnier. Les partenaires sociaux ont insisté sur la pénurie de personnel qui s'accroîtra encore ces prochaines années. Selon Economiesuisse, d'ici 2035, il manquera 460 000 équivalents plein temps sur le marché suisse du travail. Le secteur des soins et des EMS est un de ceux qui seraient les plus affectés par l'initiative, a fortiori, vu le vieillissement de la population. Dans les hôpitaux, près d'un tiers du personnel soignant est étranger ; dans les EMS, c'est pratiquement la moitié. La pénurie s'aggraverait, avec l'acceptation de l'initiative, en s'étendant à des secteurs entiers dépendant largement de personnel étranger, dans l'industrie, la construction, l'hôtellerie, la restauration, par exemple. Economiesuisse dépeint un avenir où les États seront de plus en plus en concurrence pour attirer le personnel étranger dont l'économie a besoin. La main-d'oeuvre étrangère et l'immigration font partie de la solution. L'Union syndicale suisse est du même avis. Cette convergence peut surprendre, mais en réalité pas tellement, car l'emploi est le dénominateur commun entre patronat et syndicat.

Communes urbaines et intermédiaires, les agglomérations comptent 84 pour cent des habitants du pays. L'Union des villes suisses a exprimé de vives préoccupations devant la commission. L'immigration est tournée vers le monde du travail et les villes ont besoin de main-d'oeuvre. Comment financer nos retraites ? Quelle est la disponibilité en main-d'oeuvre ? Les structures d'âge et les taux de natalité sont essentiels pour la durabilité. Ces questions auraient dû être clarifiées avant la fixation d'un seuil arbitraire à 9,5 ou 10 millions d'habitants. Un plafond à 9,5 millions nous priverait de population active et de jeunes travailleurs étrangers. Le recul de la population en âge de travailler pourrait être déjà de 5 pour cent en 2035. La majorité des immigrés ont entre 20 et 39 ans. Ils compensent le vieillissement de la population. Les travailleurs européens sont des contributeurs nets d'impôts qui participent au financement de notre AVS. Pour Economiesuisse, le recours aux travailleurs étrangers est le meilleur moyen de compenser le départ à la retraite des baby-boomers. L'Union syndicale suisse souligne que l'immigration se déploie indépendamment du système légal. Au fond, qui garder, qui refuser, qui renvoyer, comment faire le tri ? La gestion d'un plafond à 9,5 millions ou 10 millions est bureaucratique



et laborieuse. La majorité de la commission en a abondamment débattu et le redoute. Le scénario d'une croissance démographique sans fin est incertain. Depuis 2022, le taux de natalité en Suisse est de 1,2 enfant par femme, toutes populations confondues. Il n'a jamais été aussi bas. En cas de diminution de la population, qui reprendre et dans quel ordre ? Là aussi, rien n'est simple. L'initiative déploierait ses effets rapidement tout en les installant dans la durée avec un carcan dont nous ne pourrions pas nous défaire.

L'Accord sur la libre circulation des personnes n'est pas le seul accord menacé par l'initiative dont nous discutons. La dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes entraînerait la clause guillotine sur les autres accords bilatéraux. Le message du Conseil fédéral cite l'accord Schengen-Dublin comme étant directement dans la cible de l'initiative. Sans accès à la base de données Schengen, la sécurité de la Suisse serait affaiblie. La dénonciation de l'accord de Dublin augmenterait les demandes d'asile, sans possibilité pour la Suisse, au coeur de l'Europe géographique, de contraindre les États à reprendre des requérants d'asile ayant déposé une première demande sur leur sol. Les dispositions transitoires de l'initiative précisent que, en vue d'éviter le passage à 10 millions, le Conseil fédéral doit s'efforcer de renégocier les accords internationaux qui favorisent la croissance démographique ou de négocier des clauses d'exception ou de sauvegarde. Quels sont ces accords favorisant la croissance démographique ? Le gouvernement mentionne notamment la Convention européenne des droits de l'homme, dont l'article 8 protège la vie privée et familiale et le droit au regroupement familial. La Convention sur les droits de l'enfant, si la Convention européenne des droits de l'homme tombe, est aussi menacée. Très peu de ces accords prévoient des clauses d'exception, et on conçoit mal que les États parties les tolèrent. Le risque de dénoncer ces accords est donc réel.

Pour les minorités de la commission et le comité d'initiative, la quasi-totalité des problèmes auxquels la Suisse fait face sont liés à une croissance démographique "effrénée et incontrôlée". À leurs yeux, les collectivités publiques n'entreprennent rien contre cette croissance, les immigrés devraient en permanence être soignés et nourris par des professionnels eux-mêmes immigrés et les hautes écoles seraient énormément sollicitées par les immigrés. Et la réponse serait l'initiative. Refuser cette initiative ne doit pas être un oreiller de paresse pour éviter de relever les défis du développement démographique, vieillissement de la population, baisse de la population active, qualité de vie, pouvoir d'achat.

La minorité II (Pfister Gerhard) défend l'introduction d'une clause de sauvegarde comme contre-projet direct à l'initiative. Le projet d'article constitutionnel qui reprend le plafond de l'initiative est une mauvaise piste pour la commission, qui a rejeté cette proposition par 19 voix contre 6. Le contre-projet n'aurait pas permis le retrait de l'initiative. Le paquet Suisse-Union européenne prévoit déjà une clause de sauvegarde qui permettra de tirer le frein à main rapidement. Le déclencheur de cette clause de sauvegarde réside dans la survenance de problèmes économiques. Si le nombre de travailleurs européens augmente sensiblement d'une année à l'autre et que le taux de chômage prend l'ascenseur, la Confédération pourra donner la priorité aux chômeurs suisses. C'est en quelque sorte un contre-projet indirect à l'initiative.

L'initiative UDC intervient dans un contexte géopolitique très instable. Les États-Unis malmènent notre pays avec le coup des F-35 et les droits de douane à 39 pour cent. Les guerres que l'on pensait révolues se multiplient. La Suisse a tout intérêt à resserrer ses liens avec ses voisins. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", ou à 9,5 millions, c'est choisir l'isolement dans un contexte déjà fragile. En 2026, c'est le peuple qui aura le dernier mot. Tout commence maintenant, et chaque jour qui nous sépare de la votation a son importance dans la formation de l'opinion.

La sécurité plutôt que le saut dans le vide, miser sur nos forces plutôt que s'aventurer dans une impasse. Par 16 voix contre 9, la Commission des institutions politiques vous propose de recommander le rejet de l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !".

Nicolet Jacques (V, VD): Cher collègue Tschopp, vous vous exprimez au nom de la commission. La commission a-t-elle abordé les questions relatives à la saturation de nos infrastructures, de nos écoles, de nos hôpitaux, de nos routes, de nos transports publics, de nos logements également, ainsi que la question relative à l'abandon et à la perte de plus de 5 hectares de terre agricole chaque jour dans ce pays ?

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Merci cher collègue Nicolet pour cette question. Oui, la commission a abordé ces sujets. Comme je l'ai dit, le développement démographique est un véritable défi pour notre pays, aussi bien s'agissant de l'accès au logement que des terres agricoles qui diminuent. On peut citer également la qualité de vie, le pouvoir d'achat, le développement de nos infrastructures. Le refus de cette initiative ne doit pas être un oreiller de paresse pour penser ces questions et pour que le politique y apporte des réponses.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Monsieur le conseiller national, vous venez de légitimer toute une série de ques-



tions qui sont

AB 2025 N 1722 / BO 2025 N 1722

soulevées par l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions !". Or, vous avez été très laconique sur le contre-projet direct. Je sais que notre collègue, M. Gerhard Pfister, justifiera tout à l'heure abondamment l'importance du contre-projet direct.

Ma question est la suivante: pour la commission et de votre propre avis, ne pensez-vous pas que le contre-projet direct permettra justement d'aborder les questions liées au logement, aux infrastructures et à la mobilité, qui sont des questions auxquelles la population doit absolument avoir des réponses ?

Tschopp Jean (S, VD), pour la commission: Le contre-projet direct, qui a été débattu en commission, a été écarté, par 19 voix contre 6. Le problème est qu'il reprend les mêmes plafonds que ceux de l'initiative, qui ne répondent pas à une évaluation réelle du développement de la population. C'est donc plutôt dans les Bilatérales III que des éléments de réponse se trouvent, qui, en quelque sorte, est un contre-projet indirect, tel que je l'ai indiqué.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): M. Schmid va présenter la proposition de sa minorité. Il s'exprimera également au nom du groupe UDC.

Schmid Pascal (V, TG): Im Jahr 2000 hatte die Schweiz rund 7 Millionen Einwohner, heute sind wir bei 9,1 Millionen; das entspricht einer Zunahme von 2 Millionen in 25 Jahren. Vor der Abstimmung über die Bilateralen am 21. Mai 2000 versprach der Bundesrat dem Volk, pro Jahr würden 8000, maximal 10 000 Personen kommen und die Ängste, dass die Personenfreizügigkeit zu einer starken Erhöhung der Zuwanderung führen werde, seien völlig unbegründet. Heute wissen wir es besser. Falscher hätte der Bundesrat damals nicht liegen können. Gekommen sind nicht 8000, sondern durchschnittlich 50 000 pro Jahr, total mehr als eine Million und damit 900 000 mehr als vom Bundesrat bei der Abstimmung vorausgesagt. In derselben Zeit kamen 520 000 Asylmigranten ins Land; hinzu kamen 120 000 Personen mit Schutzstatus S. Als ob das noch nicht genug wäre, fliegt der Bundesrat weitere Asylmigranten direkt ins Land ein, über den Familiennachzug, über das Resettlement und künftig nach dem Willen des Parlamentes ja auch noch über den EU-Solidaritätsmechanismus. Hier noch mehr, da noch mehr, dort noch mehr: Seit dem Jahr 2000 wuchs die Bevölkerung der Schweiz, das muss man sich einmal vorstellen, 16-mal schneller als jene von Deutschland. Was zu viel ist, ist einfach zu viel.

Die wichtige Frage wäre eigentlich: Was hat denn diese massive Zuwanderung unserer Bevölkerung gebracht? Das ist die Frage, die sich der Bundesrat, die sich das Parlament hier drin stellen müsste. Die Zuwanderung steigerte das Bruttoinlandprodukt, aber nicht pro Kopf. Einzelne haben profitiert, aber die grosse Mehrheit zählt zu den Verlierern. Sie haben an Lebensqualität eingebüsst, und sie fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land. Integration ist ja auch eine Mengenfrage. Wenn es zu viele sind, die kommen, dann kann Integration gar nicht mehr funktionieren. Landauf, landab wird alles zubetoniert, die Mietpreise steigen, die Stautunden nehmen zu, die Züge sind überfüllt, die Schulen sind überlastet, die Schweizer Kinder sind in der Minderheit. Man muss ja blind sein, wenn man nicht sieht, dass diese massive Zuwanderung nicht gesund ist.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der in der Politik sehr gerne schöngeredet wird, vor allem von der linken Seite: Mit der Zuwanderung importieren wir Probleme, Gewalt und Kriminalität aus der ganzen Welt. Allein in den letzten fünf Jahren ist die Kriminalität in diesem Land um 30 Prozent gestiegen – in nur fünf Jahren. Zwei Drittel der Straftäter sind Ausländer. Zwei Drittel – in welchem Land der Welt gibt es denn so etwas?

Das alles zeigt deutlich, was in diesem Land falsch läuft. Kein Wunder, wollte das Volk 2014 mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative die Reissleine ziehen. Es nahm sie an, doch der Volkswille wurde hier drin mit Füßen getreten. Der Kommissionssprecher, Herr Wasserfallen, hat vorhin hier drin bestätigt, dass die Umsetzung nicht stattgefunden hat. Artikel 121a steht noch immer in der Bundesverfassung, doch er wird hier in Bern komplett ignoriert. Man tut nichts, um die Zuwanderung auch nur ein bisschen zu bremsen. Der Bundesrat hat sogar mehrfach festgehalten, dass es für ihn keine Obergrenze bei der Zuwanderung gibt.

Ich staune über den Gegenvorschlag und über die vielen Vorschläge, die von den anderen Parteien nun plötzlich aus dem Hut gezaubert werden. Wo waren Sie denn alle, als die Masseneinwanderungs-Initiative nicht umgesetzt wurde? Wieso wurde die Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen trotz rekordhoher Zuwanderung nie angewandt? Ja, so viel zur Glaubwürdigkeit und auch zur Ernsthaftigkeit all dieser Vorschläge, die nun plötzlich daherkommen.

Die Realität ist folgende: Mit den EU-Verträgen wird die Zuwanderung weiter angeheizt, und im Asylbereich ist sowieso jedes vernünftige Mass verloren gegangen. Die Zahlen steigen und steigen, und man will nichts



tun. Wir sind die einzige Partei, die dort Grenzen setzen will. Aus diesem Grund braucht es diese Initiative unbedingt: weil das Parlament und der Bundesrat gegen die masslose Zuwanderung nichts getan haben, nichts tun und auch in Zukunft nichts tun werden.

Die Zielgrösse von 10 Millionen bis 2050, die in der Initiative vorgesehen ist, erlaubt weiterhin eine massvolle Zuwanderung – eine massvolle, aber nicht eine masslose Zuwanderung. Es ist etwas weniger als heute, aber es ist immer noch deutlich mehr als die Zuwanderung, die in unsere Nachbarländer stattfindet. Erst dann, wenn die Zahl von 9,5 Millionen überschritten wird, muss der Bundesrat Massnahmen treffen – nur Massnahmen –, und die erste Stellschraube ist offensichtlich der Asylbereich, das steht auch so im Text, nicht die Arbeitsmigration. Die Asylzahlen kann man senken; wenn der politische Wille da ist, kann man sie senken – es gibt genügend Länder in Europa, die das beweisen. Erst in zweiter Linie müsste die Zuwanderung aus Drittstaaten gedrosselt werden, und erst in letzter, in dritter Linie ist die Zuwanderung aus der EU betroffen. Also: Von einer Kündigungs-Initiative kann beim besten Willen keine Rede sein.

Ich möchte es nochmals betonen: Wir sind nicht gegen die Zuwanderung, aber wir sind gegen eine masslose Zuwanderung. Was zu viel ist, ist zu viel. Diese masslose Zuwanderung tut unserem Land nicht gut, sie ist nicht gesund für unser Land. Deshalb braucht es diese Initiative unbedingt, zum Schutz unseres Landes und zum Schutz unserer Bevölkerung, damit unsere Schweiz auch in Zukunft Schweiz bleibt.

Deshalb beantragen wir Ihnen, die Initiative zur Annahme und den Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Maitre Vincent (M-E, GE): Cher collègue, vous avez cité un chiffre tout à l'heure, vous avez dit qu'en Suisse il y a un tiers d'étrangers et vous vous êtes demandé dans quel autre pays il y avait un taux aussi élevé. Vous êtes avocat, vous savez qu'en Suisse on a le droit du sang et que dans la plupart des autres pays, si ce n'est tous, en tout cas en Europe, on a le droit du sol. Cela veut dire qu'en Suisse, il y a des gens qui sont nés en Suisse, qui sont de deuxième voire de troisième génération et qui sont pourtant toujours officiellement étrangers. Vous avez certainement traité cette question en commission. Pouvez-vous me dire quel autre pays qui connaît, comme la Suisse, le droit du sang a un taux d'étrangers plus faible que celui de la Suisse ?

Schmid Pascal (V, TG): Vielen Dank für die Frage, Herr Maitre. Mir ist nicht klar, wieso Sie jetzt mit dem Einbürgerungsrecht ablenken wollen. Der Punkt ist nicht die Einbürgerung, und der Punkt ist nicht die Anzahl der Ausländer, sondern der entscheidende Punkt ist die Gesamtbevölkerung. Wenn die Gesamtbevölkerung in 25 Jahren von 7,2 Millionen auf 9,1 Millionen steigt, dann ist das eine völlig masslose Bevölkerungsentwicklung – mit Mass hat das nichts mehr zu tun.

Pfister Gerhard (M-E, ZG): Ich bitte Sie namens meiner Fraktion, auf den Entwurf 2 einzutreten. Diese Volksinitiative zwingt die Stimmbevölkerung zu einem Entscheid zwischen Massnahmen zur Reduktion der Zuwanderung und dem Erhalt der Bilateralen. Entweder muss man

AB 2025 N 1723 / BO 2025 N 1723

in letzter Konsequenz die Personenfreizügigkeit und damit auch die Bilateralen I künden, oder man will Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung, selbst dann, wenn sie das Ende der Bilateralen bedeuten können. Wer seinerseits zur Auffassung kommt, dass Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung ab 9,5 Millionen Wohnbevölkerung sinnvoll sind, aber die Bilateralen zu künden, ein zu hoher Preis dafür ist und mindestens Rechtsunsicherheit bringt, der oder die muss sich überlegen, ob er oder sie dem Volk als Alternative nicht einen Ausweg aus diesem Dilemma unterbreiten will.

Der vorliegende Entwurf für einen direkten Gegenentwurf hat dieses Ziel. Er übernimmt die Forderung der Initianten, ab einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen Massnahmen zu ergreifen. Der Bund hätte dann zunächst generell die Verpflichtung und die Kompetenz, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz sicherzustellen. Insbesondere soll er dabei die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Auswirkungen auf die Infrastruktur, auf die Sozialwerke und den Wohnraum sowie die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts berücksichtigen. Beim Erreichen des Schwellenwerts von 9,5 Millionen soll der Bund geeignete Massnahmen ergreifen, insbesondere soll er bei der Ausrichtung enger auf den Bedarf an Arbeitskräften fokussieren, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen und raumplanerische wie infrastrukturelle Massnahmen ergreifen. Sollte die Zielgrösse von maximal 10 Millionen nicht erreicht werden können, soll der Bundesrat dann im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens mit der EU eine verbindliche Bestimmung vereinbaren, die bestehende Schutzmechanismen ergänzt und die Steuerung der Zuwanderung effektiv ermöglicht.

Man kann diesen Versuch eines Gegenentwurfes meines Erachtens aus zwei Gründen ablehnen, nämlich, weil



man sicher ist, dass die Initiative angenommen wird, das wäre die Sicht der Initianten, oder weil man sicher ist, dass die Initiative abgelehnt werden wird, das wäre die Sicht der Gegner. Aus unserer Sicht adressiert die Initiative eine Sorge, die nicht nur in rechten Kreisen zu finden ist, sondern bis in die politische Mitte reicht. Die Schweiz hat eine hohe Zuwanderung, weil sie ein ausserordentlich attraktives Land ist, um hier zu leben und zu arbeiten. Sie hat eine hohe Zuwanderung, weil sie eine Wirtschaft hat, die viel grösser, globaler und internationaler ist, als es für ein so kleines Land im Kern eigentlich nötig wäre. Und dieses kleine Land ist seit dem 19. Jahrhundert wirtschaftlich immer grösser geworden, und es wächst immer noch. Aber die Fläche des kleinen Landes ist immer noch die gleiche wie im 19. Jahrhundert.

Die Folgen des wirtschaftlichen Wachstums sind unter anderem auch Zuwanderung, ein hoher Anteil an Ausländerinnen und Ausländern und eine stärkere Nachfrage nach Wohnraum und Infrastruktur. Es sind letztendlich die Herausforderungen eines attraktiven Kleinstaates in einer globalisierten Wirtschaftsordnung, in der Menschen dort arbeiten, Waren dort produziert und Wertschöpfung dort geschaffen wird, wo es die besten Rahmenbedingungen oder den besten Preis gibt. Was geschieht, wenn wir keinen Ausgleich finden zwischen Wachstum und der Nachhaltigkeit, und dies in vielen Dimensionen, nicht nur in ökologischer Hinsicht sowie dem Bewahren des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der auch ein bedeutender Attraktivitätsfaktor ist? Wenn wir diesen Ausgleich nicht schaffen, wird die Balance kippen, entweder in die Isolierung oder in die Grenzenlosigkeit.

Die Initiative adressiert eine Herausforderung, aber sie löst das Problem unserer Meinung nach nicht richtig, sondern stellt der Bevölkerung ein Ultimatum: entweder eine Zuwanderungsbegrenzung oder das Ende der Bilateralen. Unseres Erachtens sollte man der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich zu äussern, ob sie nicht einen anderen Weg gehen will, der die Bilateralen erhält und die Zuwanderung steuert. Das ist der Ansatz des Gegenentwurfes. Wir danken Ihnen, wenn Sie ihn unterstützen können.

Paganini Nicolò (M-E, SG): Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP lehnt die vorliegende Volksinitiative ab. Wir empfehlen Ihnen aber dringend, auf den Bundesbeschluss 2 einzutreten und im Bundesbeschluss 1 der Minderheit II (Pfister Gerhard) zu folgen. Damit kann der Initiative ein direkter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" greift ein Thema auf, das viele Menschen in unserem Land beschäftigt: das rasante Bevölkerungswachstum und seine Folgen für Infrastruktur, Wohnraum und Umwelt. Wer glaubt, diese Volksinitiative ohne vertiefte Diskussion vom Tisch wischen zu können, wird möglicherweise ein böses Erwachen erleben. Bei der Beurteilung des Inhalts der Volksinitiative sind wir mit der Mehrheit der SPK einig: Sie ist nichts anderes als ein Holzhammer, der das Ende des insgesamt betrachtet erfolgreichen bilateralen Wegs mit der EU darstellen würde. Die zwingende Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU bei Erreichen einer fixen Bevölkerungsschwelle ist ein starres und gefährliches Konzept.

Wir kennen unsere demografischen Herausforderungen, und wir sind davon überzeugt, dass alternative Konzepte zur Steuerung der Zuwanderung wie Kontingente, Zuwanderungsabgaben oder Punktesysteme alle ihre eigenen Nachteile haben. Die Steuerung der Zuwanderung über die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ist im Grundprinzip richtig. Weshalb wollen wir dann trotzdem versuchen, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen? Nicht, weil wir, wie uns das teilweise unterstellt wurde, den Prozess der Behandlung der Initiative verzögern wollen, nein, dem ist nicht so. Aber wir hören den Menschen in diesem Land zu und stellen fest, dass uns das Tempo der Zuwanderung in den letzten Jahren fordert, ja vielleicht stellenweise überfordert.

Man kann in einer 10-Millionen-Schweiz gut leben, aber nicht mit einer Infrastruktur, die auf 6 oder 7 Millionen Menschen ausgelegt ist. Wenn wir auf der einen Seite immer mehr werden, wir es auf der anderen Seite aber nicht schaffen, die Rahmenbedingungen für den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur, für einen genügenden Wohnungsbau oder für eine sichere Stromversorgung zu schaffen, so wird sich das in unserer direkten Demokratie früher oder später an der Abstimmungsurne rächen. Und wir halten die Möglichkeit, dass das beim Entscheid über diese schädliche, aber verlockend klingende Initiative der Fall sein könnte, für realistisch.

Das führt mich zur Minderheit II und unserem Antrag, der Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Das ist materiell zugegebenermassen kein leichtes Unterfangen. Die mit der EU im Rahmen der Bilateralen III ausgehandelte Schutzklausel etwa eignet sich kaum dafür. Sie würde wohl gar nie zur Anwendung kommen. Das Konzept der Minderheit II wurde Ihnen von Kollege Pfister bereits vorgestellt. Es nimmt die Schwelle einer Bevölkerung von 9,5 Millionen aus der Initiative auf, fordert dann aber vorerst Massnahmen im Inland und als Ultima Ratio nicht die Kündigung der Personenfreizügigkeit, sondern Verhandlungen über eine Ergänzung derselben mit dem Ziel, eine nachhaltige Steuerung der Zuwanderung zu ermöglichen.

Wenn Sie das Signal aussenden wollen, dass alles gut sei, dass alles einfach so weitergehen soll, können Sie uns mit unserem Minderheitsantrag im Regen stehen lassen. Dann wünsche ich Ihnen für die Volksabstim-



mung viel Glück. Aber wenn Sie die politische Grosswetterlage beim Thema Migration zur Kenntnis nehmen und den Totalschaden verhindern wollen, dann unterstützen Sie die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP und stellen dieser brandgefährlichen Volksinitiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüber.

Fonio Giorgio (M-E, TI): La questione posta dall'iniziativa popolare "No a una Svizzera da 10 milioni!" è tutt'altro che marginale. Tocca aspetti centrali del nostro vivere comune, la coesione sociale, la gestione dello spazio, la pressione sulle infrastrutture e il mercato del lavoro. E soprattutto tocca le preoccupazioni reali della popolazione. Oggi, in molte città e in molte regioni, le persone sentono la crescita e la sentono spesso come qualcosa che sfugge di mano, nei trasporti pubblici sovraffollati, nella difficoltà a trovare un alloggio a prezzi accessibili oppure nella concorrenza per i posti di lavoro. Sono preoccupazioni fondate che vanno ascoltate e prese sul serio.

AB 2025 N 1724 / BO 2025 N 1724

L'iniziativa pone quindi una domanda legittima ma offre una risposta sbagliata. Come possiamo garantire che la crescita demografica resti sostenibile per le persone e per il Paese? A questa domanda, l'iniziativa, per come formulata, risponde in modo rigido, proponendo strumenti che comportano conseguenze profonde per il nostro rapporto con l'Unione europea, per il funzionamento della nostra economia e per settori fondamentali come la sanità, la ricerca e la formazione. Sappiamo bene che una disdetta unilaterale della libera circolazione delle persone metterebbe in discussione l'intero impianto bilaterale, che è centrale anche per il nostro Paese. Ed è per questo che il gruppo del Centro propone un controprogetto diretto, un controprogetto costruttivo, realistico e rispettoso della situazione attuale. Come gruppo riteniamo che il modo più serio per affrontare il tema sia quello di offrire al popolo un'alternativa chiara, responsabile e ancorata alla realtà. Il controprogetto del gruppo del Centro si basa su quattro principi fondamentali: un tetto demografico chiaro, con una soglia di attenzione fissata a 9,5 milioni di abitanti e la possibilità di intervenire in modo proporzionato; misure regionali e settoriali, in caso di pressione migratoria superiore alla media rispetto all'Unione europea; salvaguardia della via bilaterale, con la possibilità di aprire negoziati con Bruxelles per rafforzare le clausole esistenti; e l'esclusione dell'asilo e della protezione umanitaria nel rispetto della nostra tradizione umanitaria come Svizzera.

Non si tratta di un mezzo no all'iniziativa, ma di una risposta concreta a una sfida concreta. Siamo consapevoli, ed è per questo che proponiamo questo controprogetto, che l'iniziativa troverà dei consensi. Lo sappiamo dal clima che si respira nel Paese. Ed è proprio per questo che riteniamo essenziale mettere il popolo in condizioni di scegliere tra due strade: una visione di chiusura netta oppure una gestione sostenibile e pragmatica che affronta i problemi senza mettere a rischio quanto di buono abbiamo costruito.

Chi crede nel valore delle istituzioni, chi conosce le preoccupazioni reali delle persone, chi ha a cuore l'interesse del Paese nel suo insieme non può che sostenere questo controprogetto che è ambizioso, ma allo stesso tempo è realistico ed è responsabile.

Meyer Mattea (S, ZH): Chacun de nous connaît, dans sa famille ou chez ses amis, quelqu'un qui a besoin de soins dans un EMS ou même à l'hôpital. Plus d'un tiers du personnel soignant n'a pas de passeport suisse. En cas d'urgence ou en cas de besoin de soins, nous sommes soignés par des personnes compétentes, fortes, qui font chaque jour un travail dur, stressant et indispensable. Voulez-vous vraiment perdre cette sécurité ? Au cours des quinze prochaines années, nous aurons besoin de 1000 nouvelles maisons de retraite dans lesquelles vos parents, mes parents, vous-mêmes et tous ceux qui en ont besoin pourront bénéficier de soins. D'ici 2040, il manquera plus de 400 000 personnes en âge de travailler dans les EMS, les hôpitaux, les bureaux, sur les chantiers, dans les crèches, dans la recherche, partout.

Il faut être clair : plus rien ne marcherait si l'initiative de l'UDC était acceptée. Nous devrions quitter l'accord sur la libre circulation des personnes ; les accords avec l'Union européenne seraient cassés. Les personnes sans passeport suisse qui travaillent chez nous ne sauraient plus si elles peuvent rester ou pas. Au lieu de continuer sur un chemin connu avec l'Union européenne dans ces temps incertains, cette initiative mène au chaos. Elle met la population en grand danger et elle nous fait du mal à toutes et à tous.

Wer diese Initiative unterstützt, sagt Ja zu einem gefährlichen Hochrisikoexperiment in unsicheren Zeiten. Anstatt dass wir den bewährten Weg mit guten Beziehungen zur Europäischen Union weitergehen können, führt diese Initiative zum Ende der Personenfreizügigkeit und zum Ende des bilateralen Weges. Die Schweiz soll eine Insel werden, auf der man sich nicht an Regeln, nicht an Umweltstandards und nicht an Lohngleichheit halten muss und auf der man Menschen ausnutzen kann.

Wir alle wissen – und auch Sie seitens der SVP-Fraktion wissen es –, dass dieses Land im Nu zusammen-



brechen würde ohne all die Menschen ohne Schweizer Pass, die hier leben und arbeiten. Oder können Sie mir, Kollege Aeschi – er ist jetzt, glaube ich, gerade nicht im Saal, aber ich frage ihn dennoch –, die Frage beantworten, welche Spitäler es in Zukunft nicht mehr braucht? Können Sie, Kollegin Martullo, mir erklären, welche Häuser dann nicht mehr gebaut, welche Strassen und welche Büros nicht mehr geputzt werden sollen? Kümmern Sie sich, Kollege Dettling, dann um pflegebedürftige Menschen in Alterszentren, oder tragen Sie, Herr Kollege Schmid, dann die Stahlträger auf den Baustellen?

Ich glaube, Sie kennen die Antwort genauso gut wie ich. Und Sie wissen genauso gut wie ich, dass in Ihren Firmen jeden Tag viele Menschen ohne Schweizer Pass arbeiten, und sie tun dies auch für Ihre Millionengewinne. Anders lässt sich nämlich nicht erklären, warum Firmen wie die Ems-Chemie mittlerweile Stelleninserate im Ausland schalten. Sie wollen mit Ihrer Initiative, dass diese Menschen keine Rechte mehr haben, dass sie wie Spielbälle benutzt werden können, dass sie weggeworfen werden können, wenn sie ausgedient haben, weil sie alt, arbeitslos oder krank geworden sind. Aber das lassen wir nicht zu!

Wir müssen nämlich gar nicht allzu weit in der Geschichte zurückgehen, um zu sehen, wo das noch Realität war, als es vor Restaurants noch Schilder ab, auf denen stand "für Italiener und Hunde verboten". Ich verspreche hier eines: Wir werden alles dafür tun, dass das, was ausländischen Familien in diesem Land über siebzig Jahre lang angetan wurde, hier nie mehr passiert. Wir werden unser Bestes geben, damit alle Menschen, mit und ohne Schweizer Pass, mit Anstand und Respekt behandelt werden.

Die Beziehung zur Europäischen Union und die Bilateralen Verträge mit den flankierenden Massnahmen haben das Leben hier in der Schweiz für uns alle entscheidend verbessert. Ohne sie hätten wir keine Mindestlöhne, wir hätten keine griffigen Massnahmen gegen Lohndumping, und wir hätten in dieser schwierigen Zeit mit Trump keine stabilen Beziehungen zur Europäischen Union, unserer wichtigsten Handelspartnerin und unserer entscheidendsten Verbündeten.

Wir werden uns mit aller Kraft dafür engagieren, dass die SVP-Kündigungs-Initiative keine Chance hat, damit sie kein Chaos bringen, die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern und unser Land nicht kaputt machen kann.

Knutti Thomas (V, BE): Kollegin Meyer, Sie haben soeben suggeriert, dass die Schweiz durch diese Initiative dem Untergang geweiht sei, dass es brandgefährlich würde und dass nichts mehr aufrechterhalten werden könnte. Was aber sagen Sie zur Kriminalität in diesem Land, die jedes Jahr zunimmt? Welche Lösung haben Sie hierfür?

Meyer Mattea (S, ZH): Wenn man die Statistik anschaut, sieht man, dass die Kriminalität in den letzten Jahren nicht zugenommen hat. Aber wir haben ein Gewaltproblem in der Schweiz, und dieses ist vor allem ein Männerproblem.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Kollegin Meyer, Sie haben ausgeführt, dass die Zuwanderung das Fachkräfteproblem entschärft, gerade im Gesundheitswesen. Im Jahr 2023 hatten wir 41 100 Ärztinnen und Ärzte. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Trotzdem hat es zu wenig Ärztinnen und Ärzte. Zeigt das nicht, dass das Fachkräfteproblem durch die Zuwanderung eben nicht gelöst werden kann?

Meyer Mattea (S, ZH): Wo ich Ihnen recht gebe, ist, dass wir in der Schweiz viel zu wenige Ärztinnen und Ärzte ausbilden und diese Verantwortung nicht wahrnehmen. Bereits ein Drittel der Ärzte, die in den Spitälern arbeiten, haben ihr Diplom im Ausland erworben. Wir sind auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass sie hier arbeiten. Bei den Pflegefachpersonen ist es übrigens genau das Gleiche. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die hier arbeiten und wertvolle Arbeit leisten, auch anständig behandelt werden.

AB 2025 N 1725 / BO 2025 N 1725

Pamini Paolo (V, TI): Liebe Kollegin Meyer, ist es nicht ein bisschen gewagt, über Ausschaffungen zu sprechen, obwohl dieser Begriff im Initiativtext gar nicht vorkommt? Sie haben doch gesagt, man müsse Leute aus der Schweiz wegweisen usw.

Meyer Mattea (S, ZH): Wenn wir das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen müssen, dann haben diese Menschen keinen rechtlichen Status mehr, um hier arbeiten zu können, dann muss dieser neu verhandelt werden. Von dem her spreche ich nicht von Ausschaffung. Es ist Ihre Initiative, die droht, dass die Kinderärzte, dass die Pflegefachpersonen, dass die Forscherinnen, dass die Leute, die in der Landwirtschaft arbeiten, hier nicht mehr arbeiten können, wenn wir das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen müssen.



Marti Samira (S, BL): Wir sind im Moment mit geopolitischen und weltwirtschaftlichen Verwerfungen konfrontiert, wie sie wohl noch vor ein paar Jahren die wenigsten unter uns erwartet hätten. Der massive weltweite Aufstieg autoritärer Kräfte und die damit einhergehenden Angriffe auf das internationale Recht, auf die Demokratie und auf die Rechtsstaatlichkeit stellen unser Land vor grosse Herausforderungen.

Gerade in krisenhaften Zeiten lohnt es sich, gerade als kleines Land, sich mit jenen zu verbünden, die unsere Werte teilen. Wir leben zum Glück in ihrer Mitte, in der Mitte unserer Freundinnen und Freunde im Herzen Europas, und profitieren von dieser Lage – wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell und nicht zuletzt auch sicherheitspolitisch.

Unser Gewerbe wirtschaftet auf den europäischen Märkten, unsere Universitäten sind Teil europäischer Wissenschaftsnetzwerke, unser wirtschaftlicher Erfolg der letzten Jahrzehnte basiert massgeblich auf dem Personenfreizügigkeitsabkommen und den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union. Die Personenfreizügigkeit ist aber auch eine enorme soziale Errungenschaft. Unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder anderen Merkmalen gibt das Abkommen allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und Schweizerinnen und Schweizern das Recht, in Europa ein Leben aufzubauen, sofern sie Arbeit finden. Nur dank der Personenfreizügigkeit ist die grenzüberschreitende Mobilität in Europa heute ein Freiheitsrecht für alle und nicht ein Privileg für die Reichsten und Mächtigsten.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges, seit es der Schweiz wirtschaftlich besser geht, kommen nun Menschen zu uns. Sie folgen unserem Ruf nach Arbeitskräften. Ohne sie würden das Gesundheitswesen, die Kitas, die Altersheime, die Schulen, die Forschung, die Bauernhöfe längst nicht mehr funktionieren. Allein in den Spitälern arbeitet heute ein Drittel der Personen ohne Schweizer Pass; die meisten von ihnen kommen aus Deutschland, Frankreich und Italien. Diese Tendenz wird sich mit dem demografischen Wandel und der Alterung der schweizerischen Gesellschaft noch weiter verstärken. Die Zahl der Personen über 65 Jahre wird in den nächsten dreissig Jahren um mehr als die Hälfte ansteigen. Schon in fünfzehn Jahren werden wir 55 000 weitere Betten in Alters- und Pflegeheimen benötigen; das sind tausend neue Heime. Schon in zehn Jahren fehlen der Schweiz laut der Wirtschaft eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte.

Auch die SVP weiss, dass wir in Zukunft ausländische Arbeitskräfte brauchen werden. Sie will die Schweiz aber politisch isolieren und zu einer Insel mit Tiefsteuern für Firmen, mit schlechten Löhnen und mit laschen Gesetzen machen – zu einer Schweiz, in der die Macht des Stärkeren gilt und Menschen mit viel Geld auch viel mehr zu sagen haben. Diese Isolation bedroht die soziale Schweiz, wie wir sie heute kennen. Wir würden wieder Kontingente einführen müssen und damit in eine dunkle Zeit zurückgehen – in eine Schweiz, in der Gastarbeiter in Baracken wohnten und ihre Kinder verstecken mussten. Heute wird geschätzt, dass wegen des Saisonierstatuts eine halbe Million Kinder von ihren Eltern getrennt wurden. Die offizielle Schweiz hat es bis heute versäumt, sich für dieses historische Unrecht angemessen zu entschuldigen.

Hinzu kommt: Mit dem Ende der Personenfreizügigkeit würden auch die flankierenden Massnahmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt wegfallen. Diese sind gemäss Entsendegesetz mit den Bilateralen Verträgen verknüpft. Ohne diese Lohnschutzmassnahmen würde der Druck auf die Löhne massiv steigen, und zwar für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sinken die Löhne im Baugewerbe, in der Gastronomie oder im Dienstleistungsbereich, kommt das gesamte Lohngefüge der Schweiz ins Rutschen, und andere Branchen werden folgen.

Aus all diesen Gründen wird die SP-Fraktion diese Kündigungs-Initiative zur Ablehnung empfehlen und bittet Sie, dasselbe zu tun.

Knutti Thomas (V, BE): Besten Dank, Kollegin Marti, für Ihre Ausführungen. Sie haben jetzt die Kontingentierung angesprochen. Geben Sie mir in der Aussage recht, dass die richtigen Fachkräfte kamen, solange wir in der Schweiz die Kontingentierung hatten?

Marti Samira (S, BL): Herr Knutti, in diesen Zeiten, es waren über siebzig Jahre, wurde eine halbe Million Menschen von ihren Familien getrennt. Zehntausende Kinder lebten in Baracken oder alleine in Heimen in Norditalien, weil sie eben nicht bei ihren Eltern sein konnten, die hier arbeiteten. Wenn wir ausländische Arbeitskräfte benötigen, und das werden wir aufgrund der Alterung der Gesellschaft, dann bitte anständig, zu angemessenen Löhnen und so, dass wir sie menschlich behandeln und nicht nur als Nummer in einem System sehen.

Gysin Greta (G, TI): Die "Nachhaltigkeits-Initiative" sollte ehrlicherweise eher "Abschottungs-Initiative" heissen. Denn nachhaltig ist daran überhaupt nichts, weder wirtschaftlich noch sozial und schon gar nicht ökologisch. Es handelt sich schlicht und einfach um Abschottungspolitik, die unter dem Vorwand einer runden Zahl, zehn Millionen, einfache Lösungen für komplexe Probleme verspricht.



Da quando un numero – per quanto sia d'effetto, rimane una cifra a caso – scritto in una costituzione ha risolto i problemi della scarsità di alloggi, del traffico sulle nostre strade, del fabbisogno di manodopera nelle case per anziani e della criminalità? Se bastasse fissare un tetto aritmetico la politica sarebbe un esercizio da calcolatrice tascabile, non di responsabilità democratica. Con proposte come queste si guadagna forse qualche voto e si occupa l'agenda politica, ma quanti problemi si risolvono? – Suvvia, un po' di serietà non guasterebbe nemmeno da parte del partito di maggioranza relativa.

Diese Initiative ist nicht nur isolationistisch, sie ist auch fremdenfeindlich. Sie gefährdet das Asylrecht und könnte dazu führen, dass Schutzsuchende keinerlei Hilfe mehr erhalten, was einen klaren Verstoß gegen unsere humanitäre Tradition und gegen das zwingende Völkerrecht bedeutet. Gleichzeitig droht sie uns zurück in die Zeit des alten Saisonierstatuts zu katapultieren. Menschen, die für unsere Wirtschaft unentbehrlich sind, wären ohne Rechte, ohne die Möglichkeit eines Familiennachzugs, jederzeit austauschbar; sie könnten schutzlos ausgebeutet werden. Ein solches System ist rückständig, unmenschlich und mit der Schweiz des 21. Jahrhunderts völlig unvereinbar.

L'iniziativa mette a rischio la libera circolazione delle persone e con essa l'intero pacchetto dei Bilaterali, dai trasporti alla ricerca. Colpisce duramente la nostra economia che vive di apertura e di scambio, e lo fa in un'epoca storica già caratterizzato da grande volatilità e da grande incertezza. Al di là dei titoli, l'obiettivo non è la sostenibilità, ma la strumentalizzazione della paura. Non è un progetto per il futuro, ma una scorciatoia regressiva che mette a rischio i nostri rapporti con l'Europa, la nostra economia e la nostra coesione sociale. Dire no a questa iniziativa isolazionista significa rifiutare le semplificazioni, i muri, le barriere. Significa riconoscere che a problemi complessi non corrispondono mai soluzioni semplici. Agire di conseguenza sarebbe il primo passo per trovare soluzioni che lo siano davvero e che non restino soltanto dei meri slogan elettorali.

Klopfenstein Broggin Delphine (G, GE): L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" prétend répondre aux défis liés

AB 2025 N 1726 / BO 2025 N 1726

à la croissance démographique. En réalité, elle propose un mécanisme rigide, un mécanisme automatique fondé sur un seuil numérique arbitraire. À partir de 9,5 millions d'habitants, le droit d'asile serait aboli ; à partir de 10 millions, les accords bilatéraux avec l'Union européenne seraient dénoncés. Sous couvert de préoccupations démographiques, sous couvert aussi de préoccupations quant à la durabilité du pays, cette initiative est en fait xénophobe et raciste. Elle s'attaque aux fondements humanistes, sociaux et économiques qui ont pourtant fait le succès de notre pays.

Un tel mécanisme est inédit dans notre système politique. Il ne laisse plus de place à des décisions prises selon le contexte, les besoins ou la réalité du terrain. Il impose des ruptures majeures, de manière automatique, sans débat, sur la base d'un simple palier. C'est une manière d'évacuer la responsabilité politique. Ce chiffre sera atteint, non pas dans cinquante ans, mais, selon les projections de l'Office fédéral de la statistique, le cap des 9,5 millions pourrait être franchi dès 2030 déjà et celui des 10 millions dès 2035. Ce texte aurait donc des effets concrets et rapides, tout prochainement, sur nos politiques d'asile, sur notre lien à l'Europe et sur le droit du travail.

Cette initiative ne vise pas à limiter la population. Elle vise à restreindre les droits, ceux des personnes étrangères, mais aussi ceux des Suisses. Elle limiterait notre capacité démocratique à décider collectivement – c'est un élément central ; elle réduirait aussi la liberté de mouvement des Suisses à l'étranger. Dénoncer les bilatérales, c'est affaiblir notre économie, c'est aussi fragiliser notre propre position vis-à-vis de l'Union européenne et couper des ponts essentiels aussi pour les étudiantes et les étudiants, pour les chercheuses et les chercheurs, pour les frontaliers et les frontalières, pour les entreprises.

Pour les étrangers vivant ici, cette initiative impose une logique de tri. Certains pourront rester, mais sans droits ; d'autres seront tout simplement exclus. La réintroduction du statut de saisonnier en est un exemple parlant ; il ne réduit pas le nombre de travailleurs étrangers, il les précarise. On travaille ici, mais sans pouvoir s'y établir. On contribue à l'économie, sans pouvoir faire partie de la société.

Cette initiative ne règle aucun des vrais défis que connaît notre pays. Elle ne résout ni la crise du logement, ni les problèmes de mobilité, ni les pressions sur les salaires ou les services publics. Elle contourne les enjeux concrets. Elle ne s'occupe pas du tout non plus de questions de durabilité ou d'environnement.

Il faut le rappeler : les mêmes qui défendent cette initiative sont ceux qui s'opposent systématiquement aux politiques environnementales, ce sont aussi ceux qui refusent les extensions du rail, qui bloquent la construction de logements abordables ou qui veulent restreindre l'accès aux soins.

Nous devons ici refuser clairement que la migration soit utilisée comme levier d'exclusion. Cette initiative est



une manoeuvre politique, elle impose une vision réductrice de la société où l'étranger est toujours suspect, mais pas son argent.

Pour toutes ces raisons, je vous invite donc à recommander le rejet de cette initiative et à rejeter le contre-projet qui n'apporte absolument rien, si ce n'est un peu de crédit à la thématique, ce qui n'a absolument pas lieu d'être ici.

Weber Céline (GL, VD): Le constat est clair. Il suffit d'écouter les gens sur les marchés le samedi matin : une Suisse à 10 millions ne fait pas rêver ou alors que très peu de gens. Oui, la Suisse se questionne sur l'évolution de sa démographie et ne rien faire n'est pas une option. À la solution bureaucratique qui manque sa cible et qui veut mettre la Suisse inutilement dans un corset, telle que la propose l'initiative, le Parti vert/libéral préfère des solutions pragmatiques, adaptées aux différentes situations régionales et qui ne contraignent pas sans raison les générations futures.

Bureaucratique, l'initiative l'est parce qu'on voit mal comment concrètement réguler la population pour ne pas dépasser de valeur seuil, quelle que soit cette valeur d'ailleurs. Comment un entrepreneur suisse, par exemple, peut-il planifier le développement de son entreprise durant les 10 prochaines années s'il ne sait pas s'il pourra engager le personnel nécessaire ou si une autre entreprise à l'autre bout du pays ne lui aura pas piqué sous le nez la dernière personne qui a le droit d'entrer sur le territoire ? Faudra-t-il mettre en place un registre centralisé et étatique au niveau suisse dans lequel chaque canton, après avoir demandé à toutes les entreprises du canton de remplir de lourds formulaires, inscrira ce qu'il estime nécessaire pour ses entreprises en matière de personnel dans les prochaines années ? Faudra-t-il qu'on attribue un quota d'immigrés par canton et selon quels critères ? On le voit, la solution de l'UDC interroge sur sa mise en pratique.

Cette initiative manque sa cible parce qu'elle s'attaque aux symptômes plutôt que d'analyser la problématique dans son ensemble. L'initiative propose une mesure en bout de chaîne. On peut d'ailleurs se demander pourquoi l'initiative s'en prend à l'immigration et non, par exemple, à la promotion économique, ce qui aurait au moins le mérite d'être plus cohérent, vu que l'immigration est liée principalement aux emplois. Faut-il attirer sans cesse de nouvelles entreprises sans tenir compte des limites en personnel ou de l'acceptation sociale ? La question est presque philosophique, mais ce qui est sûr, c'est qu'il faut une coordination réfléchie sur le long terme et non pas une initiative qui sonne bien, mais qui n'apporte aucune solution. Pour le Parti vert/libéral, il est important d'adopter une approche de croissance économique durable avec le personnel nécessaire.

Enfin, cette initiative corsète la Suisse, parce que l'Europe est de loin le marché le plus important pour la Suisse et que nos partenaires les plus fiables sont les pays du même continent. Pourquoi donc s'en priver ? Aux solutions à l'emporte-pièce, le Parti vert/libéral préfère des solutions pragmatiques qui permettent de freiner l'immigration en utilisant pleinement le potentiel de main-d'oeuvre dont nous disposons au sein même de notre pays. On pourrait, par exemple, réduire les charges salariales pour les plus de 55 ans, notamment pour le deuxième pilier. Ainsi, les travailleurs expérimentés resteraient plus attractifs pour nos entreprises, si bien que ces entreprises n'auraient plus besoin de faire appel à une main-d'oeuvre immigrée moins coûteuse. On pourrait aussi imaginer une prime de motivation, par exemple sous la forme de déductions fiscales, pour inciter les travailleurs âgés à continuer à travailler volontairement au-delà de l'âge de référence de 65 ans. À elles seules, ces deux mesures permettraient d'intégrer plus de 100 000 ressortissants indigènes supplémentaires sur le marché du travail. Le groupe vert/libéral va d'ailleurs déposer deux motions à ce sujet cette semaine encore. Il existe d'autres mesures encore, comme l'âge de l'accès au marché du travail, qui se fait de plus en plus tard sans raison, ce qu'il faut combattre, ou encore l'imposition individuelle et de meilleures conditions-cadres pour concilier vie professionnelle et vie familiale. Ces trois mesures contribuent elles aussi à permettre à davantage d'indigènes d'intégrer le marché du travail. Deux cent mille collaboratrices et collaborateurs en tout, sans immigration, mais grâce à une stratégie globale, c'est possible et c'est ce que le groupe vert/libéral vous propose.

Enfin, s'agissant de la criminalité, le Parti vert/libéral s'est toujours engagé pour une politique juste mais stricte. Les criminels étrangers n'ont rien à faire sur notre territoire. Il n'est pas admissible que des gens à qui nous offrons la protection, mettent en danger nos compatriotes. Mais pour cela, nul besoin d'attendre de franchir une valeur seuil de la population pour réagir.

Vous l'aurez compris, le groupe vert/libéral ne soutiendra pas cette initiative qui n'a de durable que le nom et le chaos qu'elle produira en cas d'acceptation. Nous ne soutiendrons pas non plus le contre-projet, car nous estimons qu'il y a des stratégies nettement plus efficaces, comme celles que je viens de développer.

Grossen Jürg (GL, BE): Ja, die SVP stellt eine durchaus berechtigte Frage. Sie gibt aber mit dieser Initiative eine komplett falsche Antwort. Ja, die Zuwanderung, sie bringt Herausforderungen. Das wollen wir gar nicht



wegdiskutieren. Aber diese Kündigungs-Initiative löst die Herausforderungen nicht. Sie würde unsere Wirtschaft und

AB 2025 N 1727 / BO 2025 N 1727

unsere Gesellschaft vielmehr ins Chaos und in die Abschottung stürzen.

Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung der Schweiz ab 2029 schrumpfen. Ohne sie fehlten uns Pflegefachkräfte und Ärztinnen in den Spitälern, aber ebenso Ingenieurinnen, Planer, Fachleute im Baugewerbe, in der produzierenden Industrie oder in der Hotellerie und der Gastronomie. Und auch die Forschung wäre ohne ausländische Talente geschwächt. Darum ist für die Grünliberale Fraktion klar: Wir wollen keine ungebremste Zuwanderung, aber wir wollen auch nicht unseren Erfolg zerstören und unseren Wohlstand mindern. Wir brauchen eine intelligente, wir brauchen eine schweizerische Steuerung, nicht eine Abschottung.

1. Für uns ist klar: Die Bilateralen sichern unseren Wohlstand. Europa ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt. Unsere Nachbarländer sind die verlässlichsten Partner, in allen Belangen. Mit den Bilateralen III führen wir den bewährten Weg in die Zukunft fort, zugeschnitten auf unsere Schweizer Bedürfnisse. Die konkretisierte Schutzklausel ermöglicht es zudem, die Personenfreizügigkeit bei schwerwiegenden Problemen, solange sie bestehen, auch einzuschränken. Und der neue Streitbeilegungsmechanismus schützt die Schweiz vor willkürlichen Eingriffen, was gerade in solch unsicheren Zeiten wie der heutigen zentral ist.

2. Für uns sind Massnahmen im Inland unabdingbar. Nutzen wir doch endlich das inländische Arbeitskräftepotenzial besser aus. Genau hier setzen wir Grünliberalen mit konkreten Lösungen an. Die Grünliberale Fraktion reicht diese Woche zwei neue Vorstösse ein. Einerseits wollen wir mit einer PK-Flatrate für Arbeitgeber die Lohnnebenkosten für Über-55-Jährige senken, damit diese Rate von den Jungen bis zu den Alten gleich bleibt und damit erfahrene Fachkräfte im Inland für die Unternehmen attraktiver bleiben und nicht mithilfe einer günstigen Zuwanderung ersetzt werden. Mit einem Motivationsbonus wollen wir zudem für ältere Arbeitnehmende einen Anreiz schaffen, freiwillig über das Rentenalter hinaus weiterzuarbeiten – ein Gewinn für Wirtschaft, Gesellschaft und die Menschen selbst. Allein diese beiden Massnahmen bringen über 100 000 zusätzliche Inländerinnen und Inländer in den Arbeitsmarkt.

Weitere zentrale Reformen sind in Beratung; wir haben sie in den letzten Wochen und Monaten diskutiert. Dazu zählen die Individualbesteuerung, bezahlbare KITAS und unsere Familienzeit-Initiative. Mit diesen Reformen erschliessen wir nochmals rund insgesamt 100 000 Vollzeitstellen, und dies insbesondere für Frauen. Mit all diesen Massnahmen können wir die Nettozuwanderung inklusive Familiennachzug um rund 250 000 Personen senken, ohne die Bilateralen Verträge dafür zu opfern.

3. Wir lösen strukturelle Probleme mit marktorientierten und verursachergerechten Lösungen. Zum Beispiel brauchen wir auf dem Wohnungsmarkt einfachere Bauverfahren, einen praxistauglicheren Lärmschutz und eine gezielte Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Beim Verkehr muss anstelle eines blinden, auf Spitzenzeiten ausgelegten Ausbaus endlich ein Mobility-Pricing eingeführt werden.

Wir stellen uns den Herausforderungen, auch mit einer harten Linie gegenüber straffälligen Migranten. Aber wir machen doch unseren Erfolg nicht selbst kaputt. Mit der Kündigungs-Initiative würden nämlich Wohlstand, Arbeitsplätze und unsere Partnerschaft mit Europa zerstört. Sie ist ganz klar das falsche Rezept. Auch der Gegenentwurf der Mitte-Fraktion mag gut gemeint sein, aber er bringt genauso wenig eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger wie die Initiative selbst. Deshalb lehnt die Grünliberale Fraktion beide Vorhaben aus der konservativen Allianz von SVP und Mitte ab und setzt stattdessen auf Reformen, die wirklich wirken. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Schilliger Peter (RL, LU): Als Sprecher der FDP-Liberalen Fraktion kann ich Ihnen erklären, weshalb unsere Fraktion die Volksinitiative sowie den direkten Gegenentwurf ablehnt. In unserem Verständnis ist die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)" eine Kündigungs-Initiative. Sie fordert, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 die Grenze von zehn Millionen Menschen nicht überschreitet. Ziel wäre es, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu gewährleisten, um die Umwelt, die Infrastruktur, die Sozialwerke und die Lebensqualität zu schützen. Bei einer Überschreitung des Grenzwertes sollen Massnahmen wie Einschränkungen im Asylbereich und beim Familiennachzug sowie die Neuverhandlung internationaler Abkommen ergriffen werden. Falls diese Massnahmen nicht ausreichen, sieht die Initiative die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU vor. Nach unserer Bewertung ist dieses Ziel im Zentrum der Idee und im Zentrum der Struktur dieser Initiative.

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit gewährleistet seit Jahrzehnten, dass wir unseren Bedarf an Fachkräften sicherstellen können. Dieser Bedarf entstand nicht nur in der Wirtschaft durch das Manko an Ingenieuren und Facharbeitern, er entstand ebenso im Umfeld der Hochschulbildung, die auf den Zuzug von



Professoren angewiesen ist. Dieser Bedarfsanspruch ist aber auch im Gesundheitssektor sehr hoch – ohne den Zugang von Ärzten und Pflegefachpersonal könnten unsere Spitäler und Gesundheitsdienstleister die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht mehr decken. Aus diesen Gründen ist das Ziel dieser Chaos-Initiative, das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zu kündigen. Das ist hochproblematisch und zum Schaden der Schweiz, zum Schaden nicht nur der Wirtschaft, sondern unserer Gesellschaft insgesamt. Die Initiative nimmt die Problemstellung einer zu hohen Zuwanderung auf, reagiert – aus liberaler Bewertung – jedoch mit den falschen Mitteln.

Die Initiative birgt erhebliche Risiken in sich:

1. Gefährdung der bilateralen Verträge mit der EU: Die automatische Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens würde den Guillotine-Effekt auslösen, wodurch weitere Abkommen wie Schengen/Dublin und Handelsverträge hinfällig würden. Dies hätte gravierende wirtschaftliche und sicherheitspolitische Folgen. Ein Ausschluss aus Schengen/Dublin würde die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit schwächen, die Grenz kriminalitätsbekämpfung erschweren und zum massiven Ausbau von Asylstrukturen führen. Ein Ausschluss aus Schengen/Dublin würde die innere Sicherheit unseres Landes schwächen.
2. Arbeitskräftemangel: Eine starre Obergrenze würde den bereits bestehenden Fachkräftemangel in Schlüsselbereichen wie Pflege, Bau oder IT verschärfen. Dies könnte die Innovationskraft und das Pro-Kopf-BIP langfristig belasten.
3. Export und Forschung: Die Schweiz ist auf offene Märkte und internationale Forschungspartnerschaften angewiesen. Eine Einschränkung der Zuwanderung würde diese Bereiche empfindlich treffen.
4. AHV-Finanzierung: Eine stabile Zuwanderung junger Erwerbstätiger ist notwendig, um den Druck auf die Altersvorsorge zu mindern. Eine rigide Begrenzung würde Reformen in die Zukunft verschieben, anstatt das Problem zu lösen.

Aus diesen Gründen ist der Bundesbeschluss 1 zur Volksinitiative klar abzulehnen. Denn diese ist rechtlich und geopolitisch unverantwortlich. Eine starre Obergrenze von zehn Millionen Einwohnern würde die wirtschaftliche Stabilität und die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährden. Zudem fehlt der Initiative ein durchsetzbarer Mechanismus, um die Zielvorgaben zu erreichen. Die Messgrösse der ständigen Wohnbevölkerung ist problematisch, da sie keine praktikablen Lösungen für die Herausforderungen der Migration bietet.

Mit dem Bundesbeschluss 2 über eine nachhaltige Migrationspolitik versucht eine Minderheit der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates, einen direkten Gegenentwurf zur Umsetzung zu bringen. Dieser Gegenentwurf ist ebenso abzulehnen, denn er bleibt inhaltlich vage und setzt ebenfalls auf starre Grenzwerte, ohne konkrete Massnahmen oder rechtsverbindliche Regelungen vorzusehen. Die Zielgrösse von 9,5 Millionen Einwohnern ist rein symbolisch und löst keine automatischen Massnahmen aus. Den Gegenentwurf beurteilen wir als taktisches Mittel zur Verzögerung der Abstimmung über die Volksinitiative; er bietet jedoch keinen echten Mehrwert. Der Gegenentwurf würde weder zum Rückzug der Initiative führen, noch würde er vom Stimmvolk bezüglich eines Alternativentscheids verstanden werden.

AB 2025 N 1728 / BO 2025 N 1728

Echte Massnahmen zur Entschärfung der Zuwanderung sind ein beschleunigtes Asylverfahren, eine konsequente Umsetzung der Ausschaffungen und ein möglichst effizienter Einsatz unserer Arbeitskräfte. Gerade das von uns mehrheitlich beschlossene Modell der Individualbesteuerung wird die Motivation zur Arbeitstätigkeit fördern. Auch Anreizmodelle für den Arbeitseinsatz nach der Erreichung des AHV-Alters würden dazu gehören. Wir haben Potenzial – nutzen wir dieses!

Noch ein Gedanke: Was würde geschehen, wenn die Grenze von 9,5 Millionen Einwohnern erreicht wird? Würde in der Folge nicht sehr stark auf den Zuzug von Grenzgängern gesetzt? Die Struktur der Schweiz würde dann kaum weniger belastet. Wir kennen diese Problemstellung schon heute in den Grenzstädten, in Basel, in Genf, in Lugano. Jedoch würden wir von den positiven Faktoren wie Konsum sowie von den Steuererträgen wesentlich weniger profitieren.

Ich komme zum Fazit. Die FDP-Liberale Fraktion spricht sich sowohl gegen die Kündigungs-Initiative als auch gegen den direkten Gegenentwurf aus. Die Initiative schadet in einer fragilen Weltlage dem Zugang zu Arbeitskräften. Sie schadet damit dem Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz. Sie schadet in der Folge unserer Exportfähigkeit und damit unserem Wohlstand. Ein damit möglicher Austritt aus Schengen/Dublin würde sekundäre Asylanträge und Schleuserströme anziehen, was die illegale Migration sogar befördern würde. Die unkontrollierte Migration würde klar zunehmen. Stattdessen setzt die FDP-Liberale Fraktion auf gezielte Massnahmen wie die Förderung der Fachkräftezuwanderung, die Beschleunigung der Asylverfahren und eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Eine starre Begrenzung der Bevölkerung wird als wirtschaftlich und gesellschaftlich schädlich abgelehnt.



Wir bedanken uns, wenn Sie sich unseren Empfehlungen anschliessen.

Matter Thomas (V, ZH): Alle spüren es: Der Bundesrat, das Parlament und die Verwaltung in Bern haben vor der Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" einen Heidenrespekt. Denn sie wissen ganz genau: Die Schweizerinnen und Schweizer wollen keine 10-Millionen-Schweiz. Unsere Bürger haben genug – genug von einer unglaublichen Bevölkerungsexplosion. Die Bevölkerung wächst 16-mal so stark wie jene von Deutschland. Die Schweizer haben genug von der Zubetonierung unserer schönen Landschaft, genug von der Abnahme der Lebensqualität durch immer mehr Dichtestress, genug von Wohnungsnot und unbezahlbarem Wohnraum, genug von der Strapazierung unserer Infrastrukturen, genug von immer mehr Stautunden und überlasteten Zügen, genug von überforderten Spitälern und ständig höheren Gesundheitskosten, genug von der Plünderung unserer Sozialwerke, genug von der importierten Kriminalität, genug von Schulklassen, in denen gerade noch eine Handvoll Schweizer Kinder sitzen.

Allein der Zürcher Regierungsrat rechnet mit 450 000 Personen, die bis ins Jahr 2050 zusätzlich in den Kanton Zürich, auf unser Kantonsgebiet, kommen. Innerhalb der nächsten 25 Jahre soll also eine Menschenmasse, die grösser ist als die Einwohnerschaft der Stadt Zürich, in einen einzigen Kanton gestopft werden. Das alles wollen die Schweizerinnen und Schweizer nicht.

Das haben sie schon vor über elf Jahren deutlich gemacht: Volk und Stände haben am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP angenommen. Seither steht in Artikel 121a unserer Bundesverfassung schwarz auf weiss, dass die Schweiz die Zuwanderung eigenständig mit Höchstzahlen und Kontingenten steuert. Aber Bundesrat, Parlament und Verwaltung haben sich geweigert, den Volkswillen umzusetzen. Sie haben das Resultat der Abstimmung ganz einfach ignoriert, und dies bis zum heutigen Tag.

Aber es geht noch weiter: Mit dem neuen EU-Unterwerfungsvertrag wird die Personenfreizügigkeit nochmals deutlich erweitert, entgegen dem Volkswillen und entgegen der Bundesverfassung. Ich kann es leider nicht anders sagen: Der Bundesrat ist nicht nur einmal ein Gremium von Verfassungsbrechern gewesen, Herr Bundesrat Jans – er ist dies jetzt zum zweiten Mal. Denn der Familiennachzug soll durch die Übernahme der sogenannten Unionsbürgerrichtlinie nochmals enorm erleichtert und erweitert werden.

Dieser erweiterte Familiennachzug wird zu einem zusätzlichen Zuwanderungsschub führen. Zuwandern via Personenfreizügigkeit dürfen künftig auch alle Bewohner der neuen EU-Beitrittskandidaten, sobald sie definitiv aufgenommen sind, nämlich von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und wahrscheinlich der Ukraine. Auf der Warteliste stehen die Türkei und Armenien. Auch dies wird die Zuwanderung nochmals stark befeuern.

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Doch die Massenzuwanderung wird sich nach der möglichen Annahme des EU-Unterwerfungsvertrages und aufgrund des fortdauernden Asylmissbrauchs nicht nur fortsetzen, sondern noch beschleunigen. Darum empfehle ich Ihnen dringend ein Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative. Wenn dieses Parlament die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nimmt und die Volksinitiative zur Ablehnung empfiehlt, dann bin ich überzeugt, dass unsere Stimmbevölkerung anders entscheidet. Denn unser Volk will, dass die Schweiz die Schweiz bleibt.

Pult Jon (S, GR): Die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, sehr geehrter Kollege Matter, bedeutet in erster Linie einmal, der Bevölkerung ehrlich zu sagen, was Sache ist, und der Bevölkerung auch aufzuzeigen, dass Entscheidungen Konsequenzen haben können und dass auch Volksinitiativen der SVP schwerwiegende Konsequenzen haben können. Man nimmt die Leute nicht ernst, indem man diffuse Ängste schürt und sie glauben lässt, irgendwelche Scheinlösungen würden ihr Leben verbessern, obwohl sie es verschlechtern würden. Und deshalb heisst, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, Klartext zu sprechen und Konsequenzen anzusprechen.

Die Konsequenzen dieser Volksinitiative, die wir heute diskutieren, wären, dass das Verhältnis zu unseren Nachbarn, zur Europäischen Union, dass die Bilateralen Verträge, von denen wir ein Vierteljahrhundert sehr gut gelebt haben, infrage gestellt würden. Die Konsequenzen wären, dass Grundlagen des Wohlstandes unseres Landes infrage gestellt würden und dass wir in einer immer zerrütteteren Welt auch noch die Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn zerrütten würden. Die Konsequenzen wären ferner, dass wir noch grössere Probleme hätten, unsere Spitäler, unsere Heime, unsere Baustellen, unsere Restaurants, unsere Hotels, praktisch alle Branchen mit genügend Arbeitskräften auszustatten, und dass wir längerfristig dieses Land noch stärker isolieren würden. Dies hätte schwerwiegende Folgen auf das wirtschaftliche Fortkommen, aber auch auf die Stabilität und die Sicherheit dieses Landes. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, bedeutet, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen, die Bevölkerung ernst zu nehmen.

Wir können es uns nicht leisten, in dieser Welt das Verhältnis zur Europäischen Union definitiv zu zerrütten.



Wir leben leider wieder in einem imperialen Zeitalter, in dem in Washington, in Moskau, in Peking wieder die Machtpolitik an erster Stelle steht und in dem wir eigentlich nur noch auf diesem Kontinent mehr oder weniger einen Konsens darüber haben, dass der Rechtsstaat, dass die regelbasierte Weltordnung und dass Demokratie Bedeutung haben sollen. In dieser Zeit dürfen wir doch nicht unsere Bilateralen Verträge, unser stabiles Verhältnis zu unseren Nachbarn noch mehr infrage stellen.

Die Bevölkerung ernst nehmen – das bedeutet auch, die Wahrheit zu sagen, was die mittel- und langfristigen Entwicklungen angeht. Das grosse Ereignis des 21. Jahrhunderts wird sein, dass die Bevölkerung auf der Welt schrumpft. In Europa schrumpft sie zum Teil schon jetzt. Bald wird die Bevölkerung in Europa schrumpfen. Da werden wir keine Volksinitiativen mit dem Titel "Keine 10-Millionen-Schweiz!" mehr haben. Wir werden irgendwann einmal Volksinitiativen mit dem Titel "Wir wollen nicht weiter schrumpfen!" haben. Das passiert noch nicht morgen und auch nicht übermorgen. Aber unsere Kinder werden das erleben, dass die grosse Herausforderung darin bestehen wird, wie wir mit

AB 2025 N 1729 / BO 2025 N 1729

schrumpfenden Gesellschaften umgehen. Diejenigen Länder, die innerhalb eines fairen Systems auch Zuwanderung zulassen, in welchen Menschen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilnehmen können, mit Lohnschutzmassnahmen, die dafür sorgen, dass die verschiedenen Menschen nicht gegeneinander in eine ungesunde Konkurrenz kommen, werden besser auf das grosse Ereignis des 21. Jahrhunderts vorbereitet sein, nämlich auf die Schrumpfung der Bevölkerung dieses Kontinents und übrigen der gesamten Welt.

Wenn man die Menschen wirklich ernst nimmt, dann zeigt man auch diese längerfristigen Zusammenhänge auf und zeigt auf, wie gefährlich es ist, in unserer Bundesverfassung eine Höchstgrenze festzuschreiben.

Erfolgreiche Länder, erfolgreiche Staaten, grosse Städte, die auch die Geschichte der Welt positiv beeinflussten, die es in Forschung, in Innovation und, auch bezüglich des Zusammenhalts, in Kultur zu etwas brachten, waren nicht die Staaten, nicht die Städte, nicht die Gemeinschaften, nicht die Orte, die sich abschotteten. Vielmehr waren es die Staaten, die Länder, die Gesellschaften, die Orte, die offen waren und die dafür sorgten, dass alle Menschen, die an diesem Ort waren, faire und gerechte Chancen hatten, in geregelten Beziehungen zu leben, und die dafür sorgten, dass es eben nicht eine Konkurrenz gab, die nach unten nivellierte, sondern die alle anhob.

Natürlich ist unser System nicht perfekt. Doch ich glaube, dass die Bilateralen Verträge, die Freizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitsbedingungen und der Löhne das Beste ist, was wir bis jetzt hatten. Wir dürfen das nicht über Bord werfen. Wir müssen das, wenn schon, stärken und ausbauen, aber sicher nicht infrage stellen.

Deshalb sollten wir zu dieser gefährlichen Kündigungs-Initiative Nein sagen und diese Ablehnung der Bevölkerung auch erklären.

Büchel Roland Rino (V, SG): Herr Pult, an diesem Pult kann man ja vieles behaupten, aber ab wie vielen Menschen würde denn gemäss Ihnen die Schweiz schrumpfen? Ab 15 oder 20 Millionen? Oder ab wann würde der von Ihnen genannte Schrumpfungsprozess einsetzen?

Pult Jon (S, GR): Wissen Sie, die Schweiz erstellt ja auch Bevölkerungsentwicklungskurven. Wir gehen davon aus, dass wir irgendwann einmal nach der Mitte des Jahrhunderts – das sagen die Fachexperten des Bundes – langsam auf einem Plateau sein werden. Irgendwann wird die Bevölkerung schrumpfen, und das werden nicht viel mehr als 11 oder 12 Millionen Personen sein. Aber heute wissen wir das nicht. Ich behaupte nicht, zu wissen, ab wann die Bevölkerung in der Schweiz zu schrumpfen beginnt. Was ich Ihnen aber sagen kann, ist, dass die Weltbevölkerung zu schrumpfen beginnen wird, dass die Bevölkerung in relevanten Teilen Europas schon heute schrumpft. Die Bevölkerung in Europa wird schrumpfen. Und wenn die Bevölkerung schrumpft, werden diejenigen Staaten und Gebiete es am schwersten haben, die Auswanderungsgebiete sind, und diejenigen, die Einwanderungsgebiete sind, werden diejenigen sein, die die besten Karten haben. Es gehört eben zur Ehrlichkeit dazu, dass man diese Zusammenhänge aufzeigt.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Pult, ich stelle schon eine gewisse Widersprüchlichkeit in Ihrem Votum fest. Sie haben jetzt mehrfach ausgeführt, dass die Weltbevölkerung wieder schrumpfen wird. In diesem Fall können Sie unserer Initiative ja sorglos zustimmen, dann gibt es keine Konsequenzen, oder?

Pult Jon (S, GR): Wenn die Schweizer Bevölkerung schon in den nächsten paar Jahren schrumpfen würde, hätten Sie recht. Nur besteht das grosse Risiko, dass dies erst etwas später passiert. Ihre gefährliche Initiative würde dann unmittelbar dazu führen, dass wir ein grosses Problem mit unseren Nachbarn hätten. Wir müssen



unser Verhältnis klären, aber dieses wäre dann zerrüttet. Die Freizügigkeit und damit auch die Lohnschutzmassnahmen würden infrage gestellt.

Mit dieser Initiative stellen Sie das wirtschaftliche Fortkommen dieses Landes infrage. Sie stellen die soziale Absicherung in diesem Land infrage. Sie stellen den Lohnschutz und letztlich die sicheren Beziehungen zu unseren Nachbarn infrage. Das ist, geschätzte Herren und Damen der SVP, verantwortungslose Politik. Man muss der Bevölkerung die Zusammenhänge aufzeigen und nicht einfach nur der Bevölkerung Angst machen.

Matter Thomas (V, ZH): Herr Kollege Pult, gibt es irgendein Land auf der Welt ausser den EU/EFTA-Staaten, das die Personenfreizügigkeit kennt?

Pult Jon (S, GR): Nein, aber unser Kontinent kennt die Personenfreizügigkeit, und unser Kontinent hält in einer immer schwieriger werdenden Welt gemeinsame Werte hoch, die auch für die SVP wichtig sein sollten: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, territoriale Integrität und Souveränität. Und unser Verhältnis zu diesen Nachbarn, zu den Staaten dieses Kontinents dürfen wir nicht zerrütten; wir sollten es eher stabilisieren.

Aeschi Thomas (V, ZG): Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit vor 23 Jahren am 1. Juni 2002 sind netto mehr als eineinhalb Millionen Personen in die Schweiz eingewandert. Das sind so viele, wie der bevölkerungsreichste Kanton der Schweiz, der Kanton Zürich, Einwohner hat.

Als Volk und Stände am 6. Dezember 1992 den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum ablehnten, überschritt die Wohnbevölkerung der Schweiz gerade die Schwelle zu 7 Millionen. Bei Einführung der Personenfreizügigkeit lebten etwas mehr, nämlich 7,3 Millionen Personen, in der Schweiz. Der Bundesrat behauptete vor der Abstimmung im Abstimmungsbüchlein, es sei bei Annahme des EU-Personenfreizügigkeitsabkommens keine massive Einwanderung zu befürchten, und er stützte sich dabei auf eine Studie von Professor Straubhaar, der eine Obergrenze des Einwanderungspotenzials von netto jährlich 10 000 EU-Angehörigen erwartete. Das sind also die gleichen Experten, die Herr Pult soeben zitiert hat. Damals wurden netto 10 000 Zuwandernde pro Jahr geschätzt, und wir sind jetzt beim Zehnfachen.

Die ungebremsste Zuwanderung führte dazu, dass 50,3 Prozent der Stimmbevölkerung am 9. Februar 2014 die SVP-Initiative "gegen Masseneinwanderung" annahmen. Doch die FDP und die radikale Linke missachteten in demokratieverachtender Weise den Volkswillen und verhinderten so, dass die Schweiz gemäss Artikel 121a der Bundesverfassung die Zuwanderung mittels Kontingenten und Höchstzahlen wieder eigenständig steuert. Zwischenzeitlich sind wieder Hunderttausende Migranten neu in die Schweiz eingewandert, sodass per Ende des zweiten Quartals 2025 9 082 000 Personen in der Schweiz lebten.

Bis zur Einführung der EU-Personenfreizügigkeit und zur unkontrollierten Öffnung der Landesgrenzen aufgrund des Schengen/Dublin-Abkommens regelte die Schweiz die Zuwanderung mittels Kontingenten und Höchstzahlen. Ebenso hatte die Schweiz die Hoheit über die Visumerteilung und die Kontrolle der eigenen Landesgrenzen. Unter diesem bewährten System konnte die Wirtschaft, inklusive Landwirtschaft, je nach Wirtschaftslage begrenzt Personen aus dem Ausland, und zwar aus der ganzen Welt, rekrutieren. In einem eingespielten Prozess legten Bund und Kantone unter Einbezug der Wirtschaft die Höchstzahlen fest.

Diese Möglichkeit der Steuerung der Einwanderung in unser kleines Land hat das Schweizervolk aufgrund von falschen Versprechungen des Bundesrates und der Classe politique mit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit per 1. Juni 2002 aus der Hand gegeben. Der Schweizer Mittelstand kommt durch die nicht nachhaltige Zuwanderung immer mehr unter Druck. Selbst die "NZZ" titelt: "Die Schweiz wächst in die Breite", und der FDP-nahe Thinktank "Strategiedialog 21" kommt zum Schluss: "Die grosse Mehrheit will Massnahmen gegen Zuwanderung." Selbst Christoph Mäder, Präsident von Economiesuisse, warnt vor einer zu hohen Zuwanderung.

AB 2025 N 1730 / BO 2025 N 1730

Die negativen Folgen der masslosen Zuwanderung lassen sich zwölf Jahre nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative nicht mehr ignorieren: steigende Mieten und Wohnungsknappheit, Lohndruck und sinkender Wohlstand, Stau und überfüllte Züge, Zubetonierung und Druck auf die Natur, Verlust von Kultur und Identität, mehr Gewalt und importierte Kriminalität, sinkendes Bildungsniveau, Zuwanderung in den Sozialstaat. Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer ungesteuerten, ungebremssten Zuwanderung. So darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 10 Millionen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die das Bevölkerungswachstum antreibenden internationalen Verträge, insbesondere das schädliche EU-Personenfreizügigkeitsabkommen, kündigen.

Was bedeutet das konkret? In den verbleibenden 24,5 Jahren bis zum Jahr 2050 dürfen im Schnitt pro Jahr maximal 37 500 Personen netto in die Schweiz einwandern – in wirtschaftlich erfolgreichen Jahren vielleicht etwas mehr, in wirtschaftlich schwachen Jahren vielleicht etwas weniger. So wird die Schwelle von 10 Millionen



Einwohnern erst nach dem Jahr 2050 überschritten. So kommt es, Herr Pult – der jetzt schon nicht mehr da ist –, auch nicht zu einer Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Ich bitte Sie entsprechend: Stimmen Sie Ja und geben Sie eine Ja-Empfehlung zur Initiative "Keine 10-Millionen Schweiz!".

Cottier Damien (RL, NE): L'initiative que nous propose l'UDC est une véritable initiative de frein à la prospérité de notre pays. Elle repose sur une question qui est une préoccupation légitime de la population, à savoir la démographie. L'évolution démographique assez dynamique que connaît notre pays actuellement est pleinement liée au dynamisme de son économie, mais aussi au manque de main-d'oeuvre qualifiée que connaît notre pays. On sait bien que si nous ne pouvions pas compter sur des forces de travail venues de l'immigration, de nombreux secteurs de notre société auraient des difficultés. Ce serait le cas dans le domaine de la santé et des soins pour les personnes âgées ; ce serait le cas dans l'hôtellerie et la gastronomie ; ce serait le cas dans le secteur de la construction ; ce serait le cas dans le secteur de l'agriculture, ce serait aussi le cas dans l'industrie, notamment celle de l'horlogerie ou des machines, ainsi que dans de nombreuses PME dans notre pays.

Alors, face à ces questions que se pose la population sur ce dynamisme de la démographie, l'initiative apporte une réponse qui n'est pas une bonne réponse. Pourquoi ? Parce qu'elle fixe un chiffre arbitraire dans la Constitution qu'on n'arrivera pas à appliquer dans la réalité, parce que ce n'est pas simplement en fixant des chiffres dans une loi ou dans la Constitution qu'on arrive à gérer la migration ; ce n'est pas la manière dont les choses fonctionnent. Par ailleurs, la décision de fixer cela dans la Constitution risque d'avoir des conséquences déléteres pour notre pays, son économie et sa sécurité – c'est pour ça que je parle de frein à la prospérité –, puisqu'elle remettrait en cause, cela a été dit, la voie bilatérale entre la Suisse et l'Union européenne à travers l'Accord sur la libre circulation des personnes.

La vraie réponse à ce défi de la migration consiste en fait en un bouquet de solutions et je regrette que l'UDC, qui propose cette initiative, s'oppose à plusieurs de ces propositions. Il s'agirait notamment de favoriser davantage dans notre pays le travail des femmes, et cela passe par l'imposition individuelle. Les femmes libérales-radicales ont déposé une initiative sur l'imposition individuelle dont nous avons débattu ici et sur laquelle la population aura l'occasion de se prononcer dans quelques mois, qui favoriserait le retour des femmes à des places de travail, notamment après la période où elles se sont occupées des enfants. Il y a une incitation qui serait bien meilleure à retrouver une activité professionnelle à des taux plus élevés que ce qui existe actuellement, ce qui est défavorisé pour des raisons fiscales. Il y a aussi la création de places dans les crèches. Cela relève principalement de la responsabilité des cantons, mais il s'agit de l'inciter. Il y a les conditions fiscales d'une manière générale. Le PLR avait, il y a quelques années, obtenu une augmentation des déductions pour les frais de garde. Il faut aussi favoriser le travail des seniors, ce qui passe par une flexibilisation de l'âge de la retraite, par des incitations à travailler plus longtemps, plutôt que ce que nous faisons actuellement, c'est-à-dire avoir des "désincitations" à travailler plus longtemps. Il faut que nous en discutons dans la réforme de l'AVS, et cela tombe bien, nous en parlerons demain dans ce conseil. Il faut aussi modifier les taux de cotisation à la LPP de manière à cesser de défavoriser les travailleurs âgés. Il faut bien sûr investir dans nos infrastructures de transport, simplifier les procédures pour qu'il soit plus facile et plus rapide de construire des logements et avoir une politique de la migration qui soit raisonnable, responsable et pragmatique, à savoir qui tienne compte des besoins de l'économie et de la tradition humanitaire de la Suisse, mais qui renvoie aussi de manière systématique les personnes qui n'ont pas le droit de rester dans notre pays.

Voilà de vraies réponses à cette question de la gestion de la migration dans notre pays, au contraire de cette initiative qui risquerait de remettre en cause l'Accord sur la libre circulation des personnes, donc tous les avantages dont la Suisse bénéficie au niveau des accords bilatéraux I : la libre circulation des personnes et tous les accords qui sont liés dans le domaine de la recherche, dans le domaine de l'accès plein et entier au marché intérieur de l'Union européenne qui, je le rappelle, est notre principal client. La Suisse exporte pratiquement 50 pour cent de ce qu'elle produit au sein de l'Union européenne. On voit bien, avec ce qu'il se passe aux États-Unis, à quel point on a besoin de relations stables avec ce partenaire. On en a par ailleurs aussi besoin sur la question de la sécurité, puisque, la libre circulation des personnes étant liée à Schengen-Dublin, nous risquerions de sortir de Schengen-Dublin et de créer un trou noir en matière de sécurité pour notre pays en Europe, et aussi de devenir un pôle d'attraction pour toutes les demandes d'asile qui seraient refusées dans d'autres pays de l'espace Schengen.

Pour toutes ces raisons, il faut impérativement proposer le rejet de cette initiative qui est un véritable frein à la prospérité et un risque pour notre sécurité. Il faut aussi ne pas entrer en matière sur le contre-projet, qui n'apporte que des réponses molles et des chiffres vagues à cette question.



Amaudruz Céline (V, GE): Monsieur Cottier, je vous ai bien entendu : on est donc d'accord que le PIB de la Suisse a augmenté parce qu'il y a plus de personnes. Pourtant, le PIB par habitant a diminué. Comment expliquez-vous cela ?

Cottier Damien (RL, NE): Non, il y a de nombreuses études économiques qui montrent que le PIB par habitant a, en réalité, augmenté et que le pouvoir d'achat des Suisses augmente. Plusieurs études d'instituts économiques extrêmement prestigieux, qui ont été livrées par le Conseil fédéral dans le cadre des Bilatérales III, démontrent que, si on refusait la voie bilatérale, la Suisse et les Suisses, non seulement la Suisse dans son ensemble, mais chaque Suisse, perdraient beaucoup au niveau de leur pouvoir d'achat sans l'Accord sur la libre circulation des personnes avec l'Union européenne et les autres accords qui sont liés.

Amaudruz Céline (V, GE): Permettez-moi de commencer mon intervention avec un extrait de la brochure officielle de la votation populaire du 21 mai 2000 sur les accords bilatéraux avec l'Union européenne, qui intégrait la libre circulation. Je cite : "Au vu de ce qui se passe dans l'UE, les craintes des comités référendaires de voir la Suisse être envahie par des ressortissants communautaires ne sont pas justifiées. L'expérience montre en effet que les migrations intercommunautaires demeurent limitées." Eh bien, Mesdames et Messieurs, les faits ont démenti cette affirmation. Depuis 2000, la Suisse a accueilli 1,8 million de nouveaux habitants, passant de 7 204 055 à 9 097 407 résidents au 5 septembre dernier.

89 pour cent de cet accroissement provient de la migration, il est vrai, essentiellement européenne et liée au travail. Si l'on regarde la période allant de 2001 à 2024, notre population a augmenté en Suisse d'environ 24 pour cent, contre

AB 2025 N 1731 / BO 2025 N 1731

seulement 2 pour cent en Allemagne et environ 12 pour cent en France. C'est donc dire qu'à taille comparable la pression migratoire et démographique a été structurellement plus forte en Suisse, ce qui se voit immédiatement, dans les logements, les transports et les écoles.

Que les choses soient claires : cette attractivité reflète la santé de notre économie. Oui, la Suisse a besoin de main-d'oeuvre, mais jusqu'où peut-on pousser cette croissance sans basculer dans la surchauffe ? Ici s'est brûlé les ailes pour s'être trop approché du soleil ; gardons-nous d'en faire autant. Nous sommes un petit pays de 41 285 kilomètres carrés. Ce territoire n'est pas extensible. On peut mieux l'aménager ; on ne peut pas l'agrandir. Les conséquences sont très concrètes : les loyers s'envolent – l'Office fédéral du logement l'a d'ailleurs évoqué – avec plus 3 à 5 pour cent d'augmentation, les trajets s'allongent, les classes d'école débordent, les parcs sont grignotés.

Ce ne sont pas des graphiques, ce sont des vies. Mon canton, Genève, l'illustre chaque jour : 13 094 habitants par kilomètre carré en moyenne, jusqu'à 29 000 au centre-ville. Dans un espace si restreint, la rareté renchérit tout, à commencer par le logement. Se loger devient un luxe inaccessible pour de nombreux ménages. La mixité sociale recule, les personnes à bas revenus sont repoussées toujours plus loin et des quartiers entiers se fragilisent, nourrissant un sentiment de déclassement.

Alors, peut-on construire davantage ? Selon les opposants, oui. Pour nous, la question c'est : mais où ? La marge horizontale est épuisée, il reste alors la verticalité, des tours qui ne résoudront qu'une partie du problème. Se loger n'est qu'un besoin. Pour chaque nouvel arrivant, ce sont aussi des écoles à ouvrir, des transports à renforcer, des installations sportives à créer, des places de détention à prévoir. À ce rythme, nous n'avons plus de place pour absorber une immigration de l'ampleur de ces 20 dernières années. Faut-il alors revoir la LAT à la baisse et dézoner encore ? Ce serait une fuite en avant. La diminution des terres agricoles couplée à l'explosion démographique a déjà fait passer notre autoapprovisionnement de 63,5 pour cent en 2000 à 52,8 pour cent en 2022. Dézoner davantage, c'est accepter une dépendance accrue aux importations alimentaires. On peut différer un trajet, mais on ne diffère pas un repas. Autre pression, souvent invisibilisée : les déchets. Leur volume suit la courbe démographique. Oui, le recyclage progresse, mais l'incinération augmente et il faut enfouir les mâchefers. À Genève, on s'apprête à sacrifier de bonnes terres pour les stocker pendant des décennies. Je ne parle même pas des déchets de chantier pour lesquels les sites manquent.

La croissance économique ne peut plus être l'unique boussole. Il faut aussi la qualité de vie, le respect des ressources, le maintien d'espaces naturels garant de la biodiversité. C'est exactement la réflexion que propose notre initiative : retrouver une pleine capacité de la gestion de l'immigration afin de décider du visage de notre pays, de la place de l'agriculture, de l'attractivité de nos paysages et, au fond, de la qualité de vie de la population. Notre message n'est pas celui de la fermeture, mais celui de la maîtrise et de la durabilité.

Je vous invite à recommander le soutien à l'initiative dont nous débattons, car, en définitive, la question est



simple : voulons-nous être nombreux ou être heureux ?

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Chère collègue, en parlant de l'espace utilisé et du bonheur, que pensez-vous de l'utilisation très large de l'espace privatisé par les propriétaires le long des rives du lac Léman ? Seriez-vous d'accord qu'on devrait, ici aussi, faire preuve de mesure et voir comment répartir l'espace des lieux, effectivement magnifiques, qu'on utilise ?

Amaudruz Céline (V, GE): Justement, les paysages au bord du lac sont absolument magnifiques. Il faut donc bien évidemment les conserver. Je crois qu'à ce propos il y a une petite confusion. Si votre idée est de construire des immeubles au bord du lac, ce n'est pas du tout la vision de la Suisse à laquelle je prétends. Mais si c'est de l'accès aux rives dont vous parlez, comme je pense que c'est le cas, comme vous le savez, je m'y suis effectivement opposée lorsqu'il y a eu la votation sur le plan cantonal à Genève, car ces propriétés appartiennent à des gens et je ne pense pas que, sur certains endroits, l'on ait besoin d'avoir un chemin. Maintenant, l'initiative ne s'oppose pas au développement de l'économie, comme on a pu l'entendre, mais vise à garder une qualité de vie, avoir des paysages et des terres agricoles. C'est ce à quoi nous nous engageons.

Schläfli Nina (S, TG): Ich komme aus einer Grenzstadt, in der der Ausländeranteil knapp 57 Prozent beträgt. Die Tendenz ist immer noch steigend, aber über die Jahrzehnte betrachtet auch stark schwankend, je nach wirtschaftlicher und aussenpolitischer Lage. Es ist schon heute so, dass wir den Betrieb unserer Spitäler, der Alters- und Pflegeheime oder Hausarztpraxen ohne Grenzgängerinnen und Grenzgänger und ohne Zuzügerinnen und Zuzüger nicht aufrechterhalten könnten. Es ist schon heute so, dass viele Schülerinnen und Schüler ohne Lehrerinnen und Lehrer aus Deutschland keine Lehrperson hätten. Es ist schon heute so, dass an einigen Orten ohne ukrainische Aushilfe der Kaffee nicht mehr an den Tisch serviert werden würde. Und dann haben wir noch gar nicht darüber gesprochen, wer unsere Häuser baut, auf unseren Feldern arbeitet, unsere Wohn- und Arbeitsräume reinigt, unseren Müll entsorgt. Was für Kreuzlingen gilt, gilt auch für viele weitere Gemeinden in der ganzen Schweiz. Wir sind heute schon auf stete Einwanderung angewiesen.

Wir sollten uns bewusst sein, dass wir in dieser ganzen Debatte nicht nur über Menschen sprechen, die potenziell zu uns kommen könnten, sondern dass sich ganz viele Personen angesprochen fühlen, die bereits hier leben, teilweise seit Jahrzehnten. Das sind reale Menschen mit echten Gefühlen und nicht nur Fach-, Arbeits- oder Pflegekräfte oder inländisches Potenzial.

Wenn wir Schweizerinnen nun immer älter werden und immer weniger Kinder zur Welt bringen, dann lösen sich diese Probleme nicht alle in Luft auf, sie verschärfen sich sogar noch. Wie wir den grossen demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen da nach einer Annahme dieser Initiative überhaupt noch begegnen wollen, ist mir wirklich schleierhaft. Die vorgeschlagenen Lösungen sind nicht einmal tauglich. Die Gelegenheit wird benutzt, um das Asylrecht und den Familiennachzug weitestgehend einzuschränken und systematische Grenzkontrollen und das Saisonnierstatut 2.0 einzuführen. In einem weiteren Schritt wäre die weitere Zusammenarbeit mit der EU im Grundsatz gefährdet. Diverse Abkommen und die Personenfreizügigkeit müssten gekündigt werden, und die Schweiz wäre dann in der vollkommenen Isolation. Wir haben diese Argumente schon ausführlich gehört.

Natürlich ist eine Gesellschaft, die auf Zuwanderung angewiesen ist, kein Selbstläufer. Es braucht eine verpflichtende Integration aller Beteiligten. Es braucht ein Bildungssystem, das nicht kaputtgespart wurde. Es braucht einen Sozialstaat, der wirklich sozial ist und die Ärmsten nicht gegeneinander ausspielt. Wir brauchen Investitionen in die Infrastruktur und taugliche Mittel gegen zu hohe Mieten und vielleicht ein Wirtschaftsmodell, das tatsächlich nachhaltig ist.

Ich empfehle diese Initiative aus tiefster Überzeugung zur Ablehnung und bitte Sie, es mir gleichzutun.

Addor Jean-Luc (V, VS): Voilà 11 ans bientôt, l'initiative populaire d'Ecopop échouait devant le peuple et les cantons ; nettement, même. Or, un problème demeure, celui sur lequel cette initiative proposait d'agir, peut-être avec des moyens en partie inadaptés : la surpopulation.

Nous avons la chance unique de vivre dans un beau pays. Celui-ci, toutefois, est petit et, surtout, son territoire n'est pas extensible, particulièrement la part qui peut être habitée ou utilisée par l'homme. Or, voilà que depuis plusieurs années, nous nous entassons toujours plus et sommes toujours plus nombreux dans ce petit pays. Nous avons ainsi dépassé les 9 millions d'habitants à la fin de l'année dernière, 36 ans avant la date annoncée par la Confédération !

La cause essentielle est connue. Elle n'a rien à voir, hélas, avec le nombre d'enfants qui naissent dans notre pays, qui



AB 2025 N 1732 / BO 2025 N 1732

souffre d'un interminable hiver démographique. Non, si notre population ne cesse d'augmenter, c'est, en sus de son vieillissement, par l'effet de l'immigration, avec un solde migratoire de plus de 80 000 étrangers en 2022, près de 100 000 en 2023 et encore plus de 83 000 en 2024. Nous ne pouvons pas rester les bras croisés face à ce phénomène qui semble s'accélérer toujours plus. Pourquoi ne le pouvons-nous pas ? Parce que nous vivons toujours plus les effets dévastateurs de cette surpopulation sur notre environnement, aussi bien que sur notre qualité de vie. C'est la surpopulation qui est à l'origine d'une pression toujours croissante sur notre territoire, du bétonnage et d'une pression toujours croissante sur nos réseaux routiers et ferroviaires, toujours plus chargés.

On lui doit une demande toujours croissante en énergie, en prestations sociales et de santé ou encore en produits agricoles, alors que, par ailleurs, les surfaces de production diminuent constamment. La surpopulation représente un facteur déterminant de la hausse des prix du terrain et de l'immobilier, y compris des loyers. Sa cause essentielle, presque unique, l'immigration, provoque non seulement une augmentation des besoins en infrastructures scolaires, mais encore des risques pour la cohésion et le niveau scolaire de classes dans lesquelles les enseignants ne parviennent parfois plus à assimiler le nombre d'élèves de langue étrangère. Une immigration qui, au passage, représente la cause essentielle de l'avancée de l'islam dans notre pays et des risques que celle-ci comporte pour notre cohésion sociale et pour notre identité.

L'immigration concerne la politique d'asile, bien sûr, que l'article 121a alinéa 2 de la Constitution fédérale, à juste titre, englobe. L'immigration, l'immigration de masse ; le mot est lâché. Les problèmes lancinants que nous connaissons aujourd'hui, nous ne pourrions en résoudre durablement aucun si nous ne reprenons pas le contrôle de notre immigration. C'est à cette tâche que l'UDC, avec vous, entend s'atteler. Pour préserver notre environnement et nos paysages. Pour éviter que nous continuions à nous entasser toujours plus dans une Suisse de bientôt 10 millions d'habitants, et plus encore.

La vraie écologie, la durabilité, c'est ça. Ce ne sont pas des interdictions, des impôts ou des taxes. Ce sont de vraies mesures pour limiter la surpopulation. C'est exactement ce que propose l'UDC avec cette initiative.

Meier Andreas (M-E, AG): "Keine 10-Millionen-Schweiz!", so lautet der Titel der Initiative. Arthur Schopenhauers Parabel von den Stachelschweinen steht sinnbildlich für das Dilemma von Nähe und Distanz: Sind wir zu nahe beieinander, dann stechen wir uns; sind wir zu weit voneinander entfernt, dann frieren wir.

Die Sorgen, die hinter der Initiative stehen, sind berechtigt. Wachstum bringt Belastung, die spürbar wird angesichts von überfüllten Strassen und Zügen, von steigenden Mieten und des Drucks auf Raum und Infrastruktur – die Larix Foundation nennt dies Wachstumsschmerz. Diesen müssen wir ernst nehmen, weil er die Lebensqualität und die Umwelt betrifft.

Eine Obergrenze von 10 Millionen bis 2050 klingt einfach. Tatsächlich ist die Initiative jedoch gefährlich, weil sie die Stabilität untergräbt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt und den internationalen Rückhalt der Schweiz aufs Spiel setzt. Sie gefährdet die Wirtschaft, indem sie Fachkräfte fernhält und die bilateralen Verträge mit der EU infrage stellt. Statt den Druck zu mindern, verschärft sie ihn noch. Starre Grenzen verhindern Planungssicherheit, verknappten den Wohnraum und blockieren den Ausbau der Infrastruktur. Zudem fördert sie Abschottung, sie könnte internationale Verpflichtungen verletzen und juristische Konflikte auslösen, und sie schwächt die demografische Basis, die für die Sicherung von Renten, Sozialwerken und Innovation unverzichtbar ist. Auch wirft sie moralische Fragen auf und begünstigt die Diskriminierung und die Einschränkung von Grundrechten.

Die Sorgen der Bevölkerung nehmen wir ernst, doch eine starre Obergrenze würde die Realitäten ausblenden. Wir überaltern wegen der tiefen Geburtenrate – ohne Zuwanderung droht uns keine 10-, sondern eine 6-Millionen-Schweiz, dominiert von alten Menschen. Damit würde der Sozialstaat unfinanzierbar, und die Produktivität würde sinken.

Schon heute stossen wir in der Pflege, auf dem Bau, in der Gastronomie oder in der Spitzentechnologie an Grenzen. Eine Deckelung gefährdet nicht nur einzelne Branchen, sondern unseren Wohlstand insgesamt. Ich weiss zudem aus Erfahrung, was starre Grenzen bedeuten: Als Kind habe ich erlebt, wie meine Eltern Tag und Nacht im Gewerbebetrieb arbeiteten. Sie hätten dringend Unterstützung gebraucht, doch damals galt das Kontingentsystem auch für Menschen aus Nachbarländern. Diese Kontingente gingen meist an grosse Unternehmen, nicht an kleine Betriebe. Das führte zu einer Überlastung. Heute gilt für Arbeitskräfte aus EU/EFTA-Staaten die Personenfreizügigkeit; nur für Drittstaaten bestehen noch Kontingente. Diese Erfahrung zeigt: Wer starr deckelt, schadet zuerst den Kleinen, während die Grossen Wege finden.

Hinzu kommt: Die Initiative verlangt Einschränkungen beim Asylwesen und beim Familiennachzug bis hin zur



Kündigung internationaler Verträge. Das ist politisch gefährlich und wirtschaftlich kurzsichtig. Wer Freihandel, internationalen Zusammenhalt und Personenfreizügigkeit infrage stellt, gefährdet die Stabilität unseres Erfolgsmodells.

Darum hat unsere Minderheit den Gegenentwurf in Vorlage 2 ausgearbeitet. Er nimmt die Anliegen der Bevölkerung auf und bietet praktische Antworten. Er verpflichtet den Bund, zur nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen und dabei Umwelt, Sozialwerke und Wohnraum ebenso wie die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies: Steuerung der Zuwanderung nach Arbeitskräftebedarf, bessere Integration der Zugewanderten, konsequentere Nutzung des inländischen Potenzials und letztlich raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen. Und wir nehmen ausdrücklich Rücksicht auf unsere humanitären Verpflichtungen. Die Schweiz ist nicht nur ein Wirtschaftsstandort, sondern auch ein Rechtsstaat mit humanitärer Tradition. Das muss so bleiben. Unser Gegenentwurf setzt auf Steuerung statt Blockade, auf Nachhaltigkeit statt auf starre Zahlen, auf Zusammenarbeit statt Isolation. Er ermöglicht es, die Bevölkerung zu entlasten, die Umwelt zu schützen und gleichzeitig wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt zu bewahren.

Darum bitte ich Sie: Empfehlen Sie die Ablehnung der Initiative und unterstützen Sie den Gegenentwurf. Dieser ist die verantwortungsvollere und nachhaltigere Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wenn Sie ihm nicht zustimmen wollen, so empfehlen Sie bitte wenigstens die Initiative zur Ablehnung – zum Schutz unserer Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft.

Buffat Michaël (V, VD): Nous vivons aujourd'hui dans une Suisse de plus de 9 millions d'habitants. Si rien n'est fait, nous aurons une Suisse à 10 millions, peut-être déjà en 2040. Ce n'est pas une vue de l'esprit, ce sont les projections de la Confédération. Or, cette croissance n'est pas neutre. Elle a un coût, un coût social, un coût environnemental, mais aussi un coût dans un aspect très concret de la vie quotidienne de chacune et chacun d'entre nous, celui du logement. Chacun le constate : se loger devient de plus en plus difficile en Suisse. Les loyers flambent, les appartements se font rares et les jeunes familles doivent parfois quitter leur région, faute de logements abordables.

Cette réalité n'est pas un hasard. La forte immigration alimente directement la demande et notre marché, déjà tendu, n'arrive plus à suivre. Concrètement, une croissance démographique de 1 pour cent fait grimper les loyers d'environ 1 pour cent. Pour une famille, cela veut dire moins de marge à la fin du mois et parfois l'impossibilité de se loger là où elle vit et là où elle travaille. Ce n'est pas seulement une question de location, les prix du marché suivent la même courbe. Là encore, les chiffres sont parlants. Une augmentation de la population de 1 pour cent renchérit le prix des maisons individuelles de près de 1 pour cent et des appartements en propriété par étages d'environ 1,4 pour cent.

En clair, l'immigration de masse ne se limite pas à saturer nos routes et nos hôpitaux. Elle pénalise directement les familles

AB 2025 N 1733 / BO 2025 N 1733

suisses, qui peinent à trouver un logement digne et abordable dans leur propre pays. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" propose une réponse simple et responsable : fixer une limite, maîtriser notre croissance démographique et redonner de l'air à nos infrastructures, à notre environnement, mais aussi à notre marché immobilier. Sans limite, la Suisse se bétonne, s'étouffe et devient inaccessible à sa propre population. Dire oui à l'initiative, c'est dire non à une Suisse à 10 millions d'habitants.

Flach Beat (GL, AG): Diese Kündigungs-Initiative ist keine Lösung. Sie wäre ein Risiko für unseren Wohlstand, für unsere Arbeitsplätze, für unsere Lebensqualität, ja für unser Land ganz allgemein. Die Initiative will die Zuwanderung auf eine Art und Weise beschränken, die uns schon in wenigen Jahren wahrscheinlich um die Ohren fliegen würde. Denn schon heute verlassen mehr ältere Menschen den Arbeitsmarkt, als junge nachrücken. Dann fehlen uns die Pflegekräfte im Spital, die Fachkräfte auf dem Bau, in der Forschung, in der Entwicklung, in der Herstellung, in der Gastronomie, in Hotels; in allen Betrieben fehlen dann Mitarbeitende. Unsere Wirtschaft braucht daher diese Menschen. Ein Bruch mit Europa würde uns und wahrscheinlich auch unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft ins Chaos stürzen.

Natürlich gibt es Herausforderungen durch die Zuwanderung. Straffällige Migranten müssen natürlich konsequent ausgeschafft werden. Aber die Antwort darauf ist nicht eine Initiative, die unsere bilateralen Beziehungen aufs Spiel setzt oder gar kündigt. Europa ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt. Unsere Nachbarländer sind verlässliche Partner. Mit den Bilateralen III führen wir diesen erfolgreichen Weg weiter. Die Schutzklausel, die wir ausgehandelt haben, gibt uns die Möglichkeit, die Personenfreizügigkeit bei schwerwiegenden Problemen tatsächlich auch einzuschränken. Und der Streitbeilegungsmechanismus schützt uns vor Willkür.



Die eigentlichen Herausforderungen liegen woanders, das wurde schon häufig gesagt. Es sind der Druck auf die Infrastruktur, Wohnungsknappheit und ähnliche Dinge. Diese Dinge spüren wir manchmal, am Morgen oder am Abend. Manchmal spüren wir diese Dinge aber auch und sind froh darüber, z. B. wenn die Fussballstadien voll sind oder wenn wir merken, dass es in einer Einkaufspassage viele Menschen hat, die einkaufen gehen, denn da floriert die Wirtschaft. Entsprechend unterschiedlich muss man eben diese Dinge anschauen.

Wir Grünliberalen fordern mehr bezahlbare Wohnungen durch schnellere Bauverfahren und pragmatische Regeln beim Lärmschutz. Wir fordern auch eine aktive Wohnraumpolitik, die neue Wohnungen ermöglicht, statt dass Projekte blockiert werden. Wir fordern eine bessere Ausnutzung bestehender Flächen auch mit neuen Wohnformen, und wir fordern im Bereich der Infrastrukturen, des Verkehrs und der Mobilität clevere, intelligente Lösungen. Nicht mit dem Vorschlaghammer, sondern mit den Instrumenten moderner Raumplanung, mit den Instrumenten von Wissenschaft und Wissen und mit intelligenten Lösungen kommen wir weiter.

Diese Kündigungs-Initiative schafft weder Wohnungen, noch löst sie ein Fachkräfteproblem. Sie gefährdet unsere Zukunft. Und unsere Zukunft liegt vor allen Dingen darin, dass wir unsere Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern reformieren, statt sie mit dem Vorschlaghammer zu zerschlagen.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Kollege Flach, Sie haben jetzt in diesem Saal gesagt, die Schutzklausel schütze die Schweiz. Der Bundesrat hat bei der Einführung der Personenfreizügigkeit gesagt, es kämen 8000 bis 10 000 Personen pro Jahr. Heute wissen wir: Es sind plus/minus fast 80 000 Personen. Diese Schutzklausel in Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens wurde nie angewendet. Warum wurde sie nie angewendet? Denn somit kann sie uns ja auch nicht schützen, oder?

Flach Beat (GL, AG): Der Grund ist: Diese Schutzklausel musste nie angewendet werden. Unsere Wirtschaft hat diese Fachkräfte gesucht und gefunden, und sie sind gekommen. Rund 94 Prozent der Zuwanderung sind aufgrund der wirtschaftlichen Bedürfnisse erfolgt. Sie sehen ja, wie es bei uns läuft: Wir haben so wenig Arbeitslose wie noch nie in der Geschichte. Es brummt und läuft, und Sie wollen jetzt unser Verhältnis zu unserem wichtigsten Absatzmarkt zerschlagen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Worum geht es volkswirtschaftlich betrachtet bei dieser Volksinitiative? Wer den Voten der Gegner zuhört, könnte meinen, es ginge nur um die eine Frage, nämlich: Wie viel Zuwanderung können wir noch stemmen? Wie viele Leute können wir noch in dieses Land pressen? Kollege Pult von der SP hat eine Einwohnerzahl von 11 oder 12 Millionen in den Raum gestellt; nachher würde die Bevölkerung dann schon irgendwann schrumpfen. Kommissionssprecher Wasserfallen sagte, es habe in der Kommission grosse Ängste gegeben, Ängste, welche das Verhältnis zur EU betreffen.

Eine der wichtigsten Fragen, die die Gegner der Initiative offenbar nicht beantworten können oder wollen, lautet: Welche Wirtschaftsleistung erbringt unser Land pro Kopf, und welchen Wohlstand pro Kopf wollen wir sichern? Sie hören es, zwei Worte sind entscheidend, nämlich "pro Kopf". Herr Flach, mit Ihren Voten, die sich auf irgendeine Wirtschaftsleistung im Allgemeinen beziehen, kommen Sie eher flach heraus. (*Teilweise Heiterkeit*)

Wir haben es heute schon einige Male gehört und werden es in dieser Debatte noch oft hören: "Wir brauchen Zuwanderung; nur so steigt das BIP, nur so wächst die Wirtschaft." Das hören wir immer wieder. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft soll offenbar unbegrenzt Leute brauchen. Genau in diesem Denken liegt doch der Fehler; darin liegt das Problem. Entscheidend ist doch nicht, wie gross der Kuchen insgesamt ist; entscheidend ist, wie viel es für jeden Einzelnen gibt. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf – das einzig sinnvolle, das einzig richtige Mass für unseren Wohlstand – hat sich über die letzten Jahre bei sehr starkem Bevölkerungswachstum zu schwach entwickelt. Ja, man könnte sagen, Herr Flach, die Kurve war sehr flach.

Hinzu kommt ein weiteres, von den Gegnern geradezu aktiv negiertes Problem: Unsere Infrastruktur kann mit dem Tempo der Zuwanderung nicht Schritt halten. Strassen und Züge, aber auch Spitäler und Schulen werden zunehmend überlastet, und neben der Infrastruktur gilt dies auch für die Institutionen. Was sind die Folgen? Es sind Staus, Wohnungsknappheit, sinkende Lebensqualität, mangelhafte Bildung und eine zunehmend ungenügende Ausbildung.

Was nützt es, wenn das BIP insgesamt wächst, es den Menschen im Land aber nicht besser geht und es der Umwelt – Herr Flach, grünliberal – schlechter geht? Die steigende Bevölkerungszahl bedeutet auch steigende Kosten, dies ganz sicher in den Bereichen Energie und Umwelt.

Natürlich braucht die Schweiz Zuwanderung, aber in kontrollierter und nachhaltiger Form. Sagen wir es klipp und klar: Wir brauchen Qualität, wir brauchen nicht Quantität. Die Initiative setzt klare Grenzen. Nur bei einem Ja können wir endlich vorausschauend planen, unsere Lebensqualität erhalten und sicherstellen. Wir können



sicherstellen, dass das Wachstum nicht zulasten der Menschen geht, die heute und künftig in diesem Land leben.

Sind Sie für eine Schweiz, die Qualität vor Quantität stellt? Sind Sie für eine Politik, die unseren Wohlstand sichert, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern im wirklichen Leben, im Leben der Menschen? Ja? Dann sagen auch Sie Ja zu diesem vernünftigen und intelligenten Konzept. Ich auf jeden Fall sage mit Überzeugung Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative, zur Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!".

Piller Carrard Valérie (S, FR): Que nous a de nouveau concocté l'UDC comme initiative ! Le titre pouvait sembler pourtant intéressant : "initiative pour la durabilité". Sursaut de prise de conscience, l'UDC se préoccupe de développement durable et de préservation de notre environnement, je me suis mise à espérer. Bon, après, quand nous observons de plus près le contenu de cette initiative, on constate très vite qu'il n'y a aucun argument en faveur de la durabilité, mais

AB 2025 N 1734 / BO 2025 N 1734

plutôt contre l'immigration, fonds de commerce électoral de l'UDC.

Après le net rejet par la population de sa dernière initiative anti-immigration en 2020 – 62 pour cent de non –, l'UDC soigne donc sa stratégie et son marketing politiques en mettant en avant la durabilité, thème qui en effet préoccupe de plus en plus notre population. Mais quelle hypocrisie de la part du parti le plus anti-écologiste de Suisse !

La lecture du texte de l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" fait froid dans le dos. D'abord par son ton catastrophiste et les termes mensongers utilisés – même si, actuellement, il est assez tendance d'utiliser des termes mensongers. Pour n'en citer que deux : "explosion démographique" et "immigration incontrôlée". Comme tous les partis populistes, l'UDC joue sur les peurs de la population et les attise. En Suisse, l'immigration est contrôlée. La migration irrégulière a d'ailleurs marqué un net recul l'an dernier. Quant aux migrations régulières, on est bien loin du laisser-aller dénoncé par les initiants.

Comme les Suissesses et les Suisses font de moins en moins d'enfants, heureusement que des personnes étrangères viennent vivre et travailler en Suisse pour remédier aux pénuries sectorielles de main-d'oeuvre, notamment en faisant fonctionner nos hôpitaux et nos EMS ou en travaillant dans nos champs.

Dans l'esprit traditionnellement simpliste qui la caractérise, l'UDC a choisi son bouc émissaire et attribue tous les maux de notre société aux étrangers. Une liste à la Prévert : hausse des loyers et pénurie de logements, embouteillages et trains bondés, baisse de la qualité de l'éducation, menace sur la sécurité d'approvisionnement, sans oublier le bétonnage et la pression sur la nature.

C'est attribuer un pouvoir démesuré aux personnes immigrées, car bien sûr il s'agit de diaboliser l'étranger pour mieux le rejeter.

Le parti nationaliste oublie un peu vite que l'économie a fondamentalement besoin de cette main-d'oeuvre européenne, sans laquelle notre si jolie Suisse déperirait. Nous avons besoin des Français, des Allemands, des Italiens pour faire tourner nos entreprises, que ce soit, comme déjà évoqué, dans les soins, mais aussi dans le commerce de détail, la construction, l'hôtellerie, la restauration ou encore l'agriculture.

De plus, l'UDC joue avec le feu : l'acceptation de son initiative entraînerait la dénonciation de l'Accord sur la libre circulation des personnes, et à cause de la clause dite guillotine, la fin des autres accords bilatéraux. L'effet serait dévastateur sur la prospérité de la Suisse, dont la moitié des exportations est destinée à l'Union européenne. La protection des salaires volerait en éclats avec tous les risques de dumping salarial que cela implique.

Certes, certains des problèmes dénoncés par l'UDC sont bien réels, comme la hausse des prix du logement ou la congestion des transports liés à la densification du territoire. Néanmoins, ce n'est pas en fixant une limite artificielle en termes réels que la Suisse résoudra ces problèmes. D'ailleurs, soulignons que l'UDC n'apporte aucune réponse à ces défis et n'a jamais fait aucune proposition concrète pour faire baisser le prix des loyers, pour faciliter le retour des femmes sur le marché du travail ou encore pour améliorer la conciliation entre vie familiale et vie professionnelle et encore moins pour augmenter les budgets pour l'éducation.

Restons un pays ouvert, fort et solidaire et recommandons avec énergie le rejet de ce texte dangereux pour l'avenir de notre pays.

Guggisberg Lars (V, BE): Die Schweiz platzt bereits jetzt aus allen Nähten. Die Situation wird jedes Jahr ungemütlicher: überfüllte Bahnhöfe, Züge, Busse, Trams, Zehntausende Staustunden auf den Strassen, überfüllte Kindergärten, Volksschulen, Gewerbeschulen, Gymnasien und Hörsäle, überfüllte Spitäler und Pflegeheime, zu wenige Sportstätten; hinzu kommt ein abnehmender Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln und Energie. Die Liste liesse sich noch beliebig verlängern. All das ist kein Wunder, wenn man sich vor Augen hält,



wie unverhältnismässig stark die Bevölkerung in unserem Land in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist. In den letzten fünfzig Jahren ist die Anzahl Menschen, die in der Schweiz leben, von 6 auf 9 Millionen gestiegen. Gleichzeitig hat sich der Ausländeranteil von 14 auf 28 Prozent verdoppelt.

Und nun soll die kleine Schweiz, die in den letzten fünfzig Jahren ja flächenmässig nicht grösser geworden ist, bald 10 Millionen Menschen beherbergen? Das wollen wir nicht. Wir müssen das masslose Bevölkerungswachstum endlich bremsen. Es ist bereits fünf nach zwölf.

Was würde es in Bezug auf die Infrastruktur bedeuten, wenn eine Million zusätzliche Menschen in unserem Land leben würden? Das würde zu einem massiven Ausbaubedarf in praktisch allen Infrastrukturbereichen führen: 450 000 zusätzliche Wohnungen und rund eine halbe Million zusätzliche Arbeitsplätze mit entsprechendem Bedarf an Büroräumlichkeiten und Gewerberäumen wären notwendig. Erforderlich wäre ein Ausbau von National- und Kantonsstrassen, der von links-grüner Seite systematisch politisch torpediert wird. Es gäbe 10 Prozent mehr Züge, Busse, Trams, Fahrzeuge und Linienkapazitäten. Rund 80 000 zusätzliche Kinder im Schulalter erfordern, dass neue Schulhäuser, Horte und Turnhallen gebaut werden. 4500 zusätzliche Spitalbetten wären notwendig, was bedeutet, dass mehrere neue Regionalspitäler oder Erweiterungen erstellt werden müssten. 180 000 mehr ältere Menschen erfordern den Bau unzähliger neuer Pflegeheime. 50 000 zusätzliche Psychiatriefälle pro Jahr machen viele neue Kliniken nötig. Es werden rund 1000 neue Gefängnisplätze benötigt. Es braucht zudem rund 50 Terawattstunden mehr Strom, 700 000 Tonnen mehr Nahrungsmittel, eine um 11 Prozent höhere Kapazität an Trinkwasserversorgungen und Kläranlagen, mehrere Dutzend neue Sportanlagen, Fitnesscenter und Schwimmbäder.

Sie können feststellen: Für so viel Mehrbedarf an Infrastruktur haben wir keinen Platz, wenn die Schweiz auch künftig lebenswert sein soll.

Ich komme zum Fazit. Die Infrastruktur in der Schweiz hat längst die Kapazitätsgrenze überschritten. Von Nachhaltigkeit kann schon längst keine Rede mehr sein. Eine Million mehr Menschen bedeutet nicht einfach, etwas dichter zu wohnen, sondern zigtausend zusätzliche Wohnungen, Schulen, Pflegeplätze, Infrastrukturanlagen und einen gewaltigen Mehrbedarf an Energie, Transportkapazitäten und Nahrungsmitteln. Wir müssen schleunigst auf die Zuwanderungsbremse treten, bevor es zum Kollaps kommt.

Ich bitte Sie deshalb, die Nachhaltigkeits-Initiative zu unterstützen, damit auch künftige Generationen in unserem Land noch Gestaltungsspielraum haben.

Walder Nicolas (G, GE): Disons-le sans détour : l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", prétendument "pour la durabilité", est une imposture politique, doublée d'une grande tartuferie. Son intitulé évoque la maîtrise démographique et la protection de l'environnement, mais, en réalité, elle ne garantit ni l'une ni l'autre. Ce texte ne fixe pas une limite contraignante à la population, mais uniquement aux permis stables et durables. Il exclut de son champ les permis précaires, les frontaliers, les touristes. Par ailleurs, ce texte ne s'attaque ni aux causes réelles de la surconsommation des ressources ni à notre empreinte carbone. Il ne parle pas de transition énergétique ni de préservation de la biodiversité. Autrement dit, cette initiative prétend résoudre des problèmes en ciblant les mauvaises personnes, avec les mauvais outils et pour de mauvaises raisons.

C'est une illusion, mais une illusion dangereuse, car derrière un vernis écologique, hypocrite et opportuniste se cache une offensive politique brutale, qui fragilisera notre société, notre économie et notre cohésion nationale. Ce sont les classes moyennes, les aînés, les jeunes en formation, les PME, bref, toutes celles et tous ceux qui font la Suisse au quotidien, qui en payeront le prix fort. En remettant en cause la libre circulation des personnes, cette initiative attaque frontalement les fondements de notre économie. Elle vise celles et ceux qui soignent dans nos EMS, qui nous nourrissent, qui construisent nos infrastructures, qui enseignent, qui innovent, qui payent leurs impôts ici. Limiter drastiquement l'accès à des permis durables, c'est se priver d'une main-d'œuvre

AB 2025 N 1735 / BO 2025 N 1735

qualifiée indispensable et aussi forcer des milliers de travailleurs à basculer dans la précarité. C'est ouvrir la porte au travail au noir, à l'exploitation, aux abus. Ce sera une aubaine pour les employeurs sans scrupules, un cauchemar pour l'État de droit et un poison pour la cohésion sociale.

Ce sera aussi un coup d'arrêt au dynamisme de nos entreprises, et ce, bien avant l'échéance de 2050. Aujourd'hui, plus de 50 pour cent de nos exportations vont vers l'Union européenne. Pour nos PME, ce chiffre grimpe à 90 pour cent. C'est grâce à la voie bilatérale choisie dès 1999 par notre pays et largement soutenue par notre population que nous avons une telle réussite. Rompre avec la libre circulation, c'est déclencher mécaniquement et dès maintenant la remise en question de tous les accords bilatéraux. Ce n'est pas une vague menace hypothétique ; c'est une froide réalité juridique. Cela signifie l'accès restreint aux marchés eu-



ropéens, la perte de compétitivité, les pénuries d'approvisionnement, et, à terme, le recul inéluctable de notre souveraineté économique que nous nous efforçons de défendre sans relâche dans cette enceinte même.

Croire que la Suisse pourra s'en sortir en se tournant vers les États-Unis, la Chine ou les Émirats arabes unis, c'est se nourrir d'illusions. Ces pays ne sont ni fiables, ni proches, ni ouverts de manière équitable à nos intérêts.

Nous ne savons pas si cette initiative freinera la croissance démographique, mais une chose est sûre : elle freinera notre prospérité avant même son entrée en vigueur, et certainement pas de manière cohérente. Les multinationales qui peuvent délocaliser continueront à prospérer, bien sûr, mais ce sont nos PME, nos services de proximité, nos filières de formation qui seront asphyxiés. Ce sont nos concitoyens, ici en Suisse, qui paieront le prix d'une économie privée de débouchés, d'un marché du travail déstabilisé, asséché, et d'un modèle de prospérité sacrifié sur l'autel d'une idéologie jusqu'au-boutiste.

Il ne faut pas s'y tromper, cette initiative s'inscrit dans la lignée des populismes d'extrême droite qui se répandent ailleurs, avec leur cortège de fausses promesses et de vraies divisions. Comme le trumpisme aux États-Unis, elle prétend reprendre le contrôle sur la migration, mais elle sème en réalité le chaos – le chaos économique, le chaos institutionnel, le chaos social. Elle nous coupe de nos voisins, elle s'attaque à nos valeurs humanistes, elle piétine nos engagements internationaux, elle floute l'avenir de nos PME et elle alimente la peur au lieu de proposer des solutions.

Mesdames et Messieurs, ce texte prétend protéger la Suisse ; la crue réalité est qu'il l'isole, l'appauvrit et la fragilise. Alors ensemble, recommandons le rejet de ce texte de l'UDC et rejetons tout contre-projet qui menace la stabilité, la prospérité et la cohésion sociale qui ont fait et font toujours la force de la Suisse.

Burgherr Thomas (V, AG): Seit rund zwanzig Jahren haben wir die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Seit gut zwanzig Jahren strömen also unbegrenzt Menschen in die Schweiz. Zwischen 2002 und 2023 waren es rund zwei Millionen EU-Bürger, die in die Schweiz kamen. Ich frage mich da schon, ob wirklich die Richtigen kommen. Landauf, landab fangen jetzt die Wirtschaftsverbände wieder an, über den sogenannten Fachkräftemangel zu jammern, und preisen die Personenfreizügigkeit als Lösung an. Wie kann es sein, dass wir trotz zwei Millionen neuen Leuten in der Schweiz nach zwanzig Jahren noch immer einen Mangel haben? Die Antwort ist einfach: Es kommen eben die Falschen.

Und die vielen, vielen Menschen brauchen Infrastrukturen und Dienstleistungen, die dann wieder von neuen Arbeitskräften errichtet und erbracht werden müssen. Das ist wie ein Schneeballsystem, das ist ein Teufelskreis. Das überfordert unsere Systeme, das Sozialsystem, das Bildungssystem, die Strassen und Züge, den Gesundheitsbereich und so weiter. Stellen Sie sich mal vor, welche Ansprüche und Bedürfnisse diese zwei Millionen Menschen haben. Sie brauchen Jobs, sie brauchen Strom, sie brauchen eine Abfallentsorgung, Sicherheit, Medizin, Bildung, Läden, Strassen und Züge. Die Infrastrukturen – das stellen Sie alle Tage fest – sind überlastet. Die Belastung ist gewaltig, und deshalb wachsen uns die Probleme mit der masslosen Zuwanderung auch über den Kopf.

Ich will Sie auch darauf aufmerksam machen, was die letzten zwei Jahre auf dem Arbeitsmarkt passiert ist: Nur schon in diesem ersten halben Jahr 2025 sind total 76 332 Personen in die Schweiz eingewandert, davon 56 169 aus dem EU/EFTA-Raum. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit, im August 2025 gab es über 132 000 Arbeitslose, davon etwa die Hälfte mit ausländischen Nationalitäten. Das sagt genug aus. Jetzt kommt es aber: Seit August 2024 ist diese Zahl um 20 751 Personen angestiegen. Das ist ein Zuwachs um 18,6 Prozent. Die Ausgesteuerten sind da noch nicht miteingerechnet. Von August 2023 bis 2024 ist diese Zahl ebenfalls um 20 000 Personen gestiegen. Der Mangel kann offenbar nicht so gross sein, wenn wir innert zwei Jahren 40 000 neue Arbeitslose haben. Wie kann das sein? Die Antwort ist einfach: Es kommen zu viele Menschen, und es kommen eben die falschen. Der Mangel wird nicht behoben, sondern durch die grosse und unbegrenzte masslose Zuwanderung noch befeuert.

Besonders Sorge bereitet mir der krasse Anstieg bei der Jugendarbeitslosigkeit. Von Juli bis August ist diese um 2126 Personen auf 13 600 Personen frappant angestiegen. Es geht hier um Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. Das ist dramatisch. Wie kann es sein, dass diese Zahlen dermassen explodieren und wir eine Zuwanderung auf Rekordniveau haben, um angeblich den Fachkräftemangel zu beheben? Ich sage es nochmals: Es kommen die Falschen, und es kommen zu viele. Es findet auf dem Arbeitsmarkt eine Verdrängung statt. Es gibt Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Es findet eine Zuwanderung direkt und indirekt in die Sozialsysteme statt. Das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Das sind wir unseren "Büezern" und unseren Jugendlichen schuldig. Wir sind es aber auch den langjährigen Steuerzahlenden und denen, die die Sozialwerke finanzieren, schuldig, dass wir hier Grenzen setzen und dass dem extremen Anstieg der Kosten in diesem Bereich infolge unbegrenzter Zuwanderung etwas entgegengesetzt



wird. Wir müssen unsere Zuwanderung steuern und begrenzen. Es gibt keinen anderen Weg. Wenn die Zuwanderung den Fachkräftemangel lindern würde, dürften wir mit den zwei Millionen Menschen, die seit dem Beginn der Personenfreizügigkeit gekommen sind, definitiv keinen Fachkräftemangel mehr haben. Dieses Märchen gilt als widerlegt. Unsere Initiative ist der Weg, den wir gehen müssen. Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Nantermod Philippe (RL, VS): Comme le disait notre excellent collègue Alex Farinelli, l'art de la politique, c'est trouver des solutions simples aux problèmes complexes. Cette initiative populaire, ce n'est rien d'autre que cela : c'est de chercher des solutions simples à des problèmes qui, admettons-le, sont complexes. Pourtant, la démographie croissante, c'est quelque chose de nécessaire dans une société qui vit. Une nation vitale ne peut vivre sans une augmentation de sa population. Nous avons besoin de plus de travailleurs, nous avons besoin de plus d'entrepreneurs.

Il n'y a pas de Suisse de 2050 si la Suisse de 2050 est la Suisse de 2025 figée dans le marbre, inscrite dans sa Constitution, comme le propose cette initiative populaire. La Suisse, depuis ses débuts, est fondée sur une volonté de croître, une volonté de développer ses infrastructures, de développer sa population et de permettre aux gens d'avoir un avenir meilleur.

Avec une initiative telle que l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions!", il n'y a pas de demain possible, puisque notre pays ne pourra compter finalement que sur son propre renouvellement démographique qui, comme nous le voyons depuis maintenant plus de 30 ans, ne permet pas un renouvellement de la population. Une nation qui ne croît pas, c'est une nation qui meurt à petit feu. Comment voulez-vous faire fonctionner les entreprises de Suisse ? Comment voulez-vous que les hôpitaux de Suisse fonctionnent sans l'immigration ? Comment voulez-vous qu'il puisse y avoir du renouvellement chez

AB 2025 N 1736 / BO 2025 N 1736

les médecins sans l'immigration ? Comment pouvons-nous imaginer que les infrastructures de Suisse soient construites si nous comptons uniquement sur la main-d'œuvre locale ?

Mesdames, Messieurs, la Suisse n'a d'avenir que dans le cortège des nations de l'Europe. Nous le savons depuis hier, mais nous le savons depuis plusieurs décennies. L'initiative qui vise à limiter l'immigration à 10 millions de personnes vise finalement à figer la situation telle qu'elle est aujourd'hui sans nous donner de possibilités de croître. Et, en dehors de la croissance, il n'y a pas d'avenir, comme je l'ai dit.

10 millions, pourquoi pas 8 ? Pourquoi pas 12 ?

Je suis un libéral et, comme libéral, j'aimerais quand même vous faire remarquer que nous pourrions très bien vivre dans un pays à 12 millions d'habitants. Il y a des villes dans notre monde qui comptent 12 ou 15 millions d'habitants et dans lesquelles on vit très bien. À l'inverse, il y a des villes en Suisse avec beaucoup moins que 10 millions d'habitants, dans lesquelles on vit très mal, où il y a peu d'infrastructures, où l'on manque de logements, où l'on manque d'infrastructures routières et de transports publics.

La quantité de personnes que peut recevoir un territoire ne dépend pas des décisions politiques, mais des infrastructures que nous pouvons mettre en place. Au cours des dernières années, la Suisse a malheureusement adopté un certain nombre de normes qui empêchent un développement harmonieux. Je pense par exemple à la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, qui réduit considérablement la possibilité pour les cantons de développer les infrastructures en matière de logements comme elles devraient l'être pour pouvoir accueillir la population en place, mais aussi la population future. De la même manière, les décisions que nous avons prises en matière autoroutière imposent à la Suisse d'avoir des embouteillages à n'en plus finir. Il en va de même en matière scolaire, en matière de protection de la population. Si nous voulons avoir un développement harmonieux, qu'il soit à 8, à 10 ou à 12 millions de personnes, nous devons avoir des infrastructures adaptées et non pas des statistiques ou un Office fédéral de l'immigration qui limite le nombre de personnes en fonction des moyens, mais qui adaptent les moyens en fonction des besoins.

Enfin, cette initiative populaire, vous le savez toutes et tous, signifie la fin des accords bilatéraux. En réalité, l'initiative a été calibrée pour mettre fin aux accords bilatéraux. Selon les projections démographiques de l'Office fédéral de la statistique, nous devrions, en 2050, atteindre, 10,4 millions d'habitants, soit à peine plus que le seuil imposé par l'initiative. Or, à 10,4 millions d'habitants, ce sera juste assez pour imposer le mécanisme de dénonciation des accords bilatéraux et, finalement, juste trop peu pour appliquer cette initiative. La dénonciation des accords bilatéraux, c'est la fin des mécanismes qui ont permis la prospérité de notre pays au cours des 20 dernières années. Pourquoi, pour 400 000 personnes, un nombre somme toute relativement modeste, devrions-nous jeter à la poubelle des accords qui ont fait notre prospérité et qui la feront encore dans les années à venir ?



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Herbstsession 2025 • Elfte Sitzung • 22.09.25 • 14h30 • 25.026
Conseil national • Session d'automne 2025 • Onzième séance • 22.09.25 • 14h30 • 25.026



Non, décidément, cette initiative n'a finalement que des inconvénients. Le seul avantage est de pointer un problème qui est bien réel, celui d'avoir des infrastructures qui ne suivent plus. Ce problème-là, on ne peut pas le mettre sur le dos de personnes qui viennent travailler et faire fonctionner notre pays, mais uniquement sur le dos de décisions mauvaises que nous prenons, quand nous ne voulons pas adapter les infrastructures aux besoins de notre pays.

Pour ces raisons, je vous invite à recommander le rejet de cette initiative.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.00 Uhr
La séance est levée à 19 h 00

AB 2025 N 1737 / BO 2025 N 1737





25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative****Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire***Fortsetzung – Suite*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen die allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und die Debatte über das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 2 fort.

Bühler Manfred (V, BE): C'est bien sûr un plaisir, en tant que représentant de la minorité francophone du canton de Berne, de pouvoir m'adresser à vous en cette journée du plurilinguisme. Je le ferai avec plaisir dans la langue minoritaire du canton de Berne, mais néanmoins importante, qu'est le français.

L'initiative pour la durabilité vise à reprendre en main ce que le peuple suisse a déjà voulu reprendre en main le 9 février 2014, à savoir les flux migratoires. Il ne s'agit pas de pointer du doigt des personnes. Il ne s'agit pas de dénigrer des groupes entiers de personnes. Il ne s'agit pas de minimiser le travail fantastique de milliers de personnes étrangères dans des professions qualifiées ou non qualifiées. Non, notre reconnaissance sincère va à toutes ces personnes qui travaillent dur, chaque jour, en respectant nos valeurs typiquement suisses d'honnêteté et d'intégrité. Non, il s'agit de reprendre le contrôle sur un phénomène dont l'ampleur et les effets délétères ne peuvent plus être cachés. Même les prestidigitateurs politiques les plus talentueux n'y arrivent plus. Le lapin est sorti du chapeau et tout le monde le voit. La migration de masse qui assiège notre pays depuis plus de 25 ans a fait exploser la population de 2 millions de personnes. Un des symptômes les plus marquants de cette évolution est la situation sur le front de la criminalité et de la violence. Alors, bien sûr, il ne s'agit aucunement de prétendre que les 2 millions de personnes supplémentaires qui vivent en Suisse sont toutes délinquantes ou criminelles. Nous savons tous que ce n'est pas le sujet. Il s'agit néanmoins de voir les faits tels qu'ils sont. Parmi les trop nombreuses personnes qui se sont installées en Suisse grâce au cadre légal actuel se trouvent aussi, il faut le savoir, de mauvais garçons. Dans son ouvrage de référence publié cette année et intitulé "Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen", le psychiatre bien connu Frank Urbaniok a mis en lumière cette cruelle réalité. Dans un travail scientifique rigoureux de compilation de données complexes, M. Urbaniok a mis en lumière la surreprésentation, parfois dramatique, de certaines nationalités dans la commission de crimes et délits. Le travail a été fait de manière rigoureuse en comparant ce qui est comparable, en tenant compte de la criminalité rapportée à la proportion de chaque groupe considéré dans la population.

Je n'ai pas le temps d'entrer dans les détails des chiffres ; chacune et chacun peut se documenter en lisant cet ouvrage parfaitement accessible. On peut simplement retenir que pour certains délits ou crimes, certaines nationalités sont plusieurs dizaines ou parfois plusieurs centaines de pour-cent davantage représentées. Ces chiffres sont effrayants et sont soigneusement cachés dans toutes sortes d'explications de sociologues et de criminologues pas vraiment de droite, qui parlent sans cesse de "condition sociale", de "traumatismes" et d'autres facteurs pour expliquer la criminalité.



AB 2025 N 1842 / BO 2025 N 1842

Non, ces facteurs ne sont pas les principaux facteurs déterminants. Ce qui est déterminant, bien souvent, c'est l'arrière-plan culturel de personnes qui arrivent dans notre pays. Certaines nationalités ne posent aucun problème notable. C'est une évidence. C'est en particulier le cas avec certaines communautés asiatiques. Ce n'est pas le cas avec des communautés de certains pays que je ne vais pas nommer explicitement pour ne pas me faire accuser de tout et de n'importe quoi. Encore une fois, lisez l'ouvrage. Les faits sont clairs.

Reprendre la maîtrise de l'immigration est donc un instrument de sécurité publique évident. En réduisant le nombre de personnes qui pourront s'installer en Suisse, en reprenant la maîtrise de nos frontières, nous pourrions filtrer beaucoup mieux les personnes et éviter que des criminels et des délinquants arrivent ou restent sur notre territoire.

Je cite le texte de l'initiative : "Si la population résidante permanente de la Suisse dépasse neuf millions et demi de personnes avant l'année 2050, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale, dans les limites de leurs compétences respectives, prennent des mesures, en particulier en matière d'asile et de regroupement familial". Nous savons que les filières que je viens de citer sont privilégiées par des personnes aux intentions délétères. L'initiative pour la durabilité, nous le savons, ne résoudra pas tout, certes, mais elle contribuera à faire savoir au monde entier : non, la Suisse, ce n'est pas "open bar". Non, la Suisse ce n'est pas "venez comme vous êtes". Non, la Suisse, ce n'est pas un libre-service. La Suisse est notre joyau, dont nous avons collectivement la responsabilité. En laissant les portes et les fenêtres ouvertes aux quatre vents et en laissant la population exploser de manière aussi délirante que ces 25 dernières années, nous trahissons les engagements de nos aïeux. La Suisse n'a pas été fondée pour se dissoudre dans un village global sans frontières où chacune et chacun peut aller s'installer en fonction de son intérêt personnel.

En freinant une évolution démographique hors de contrôle, l'initiative pour la durabilité pose un jalon fondamental pour notre sécurité collective et pour le bien-être des générations futures.

Tuosto Brenda (S, VD): Si l'initiative de l'UDC était acceptée, le tourisme, secteur vital pour l'économie suisse et indispensable à la survie de nombreuses régions, serait gravement entravé. L'hôtellerie et la restauration perdraient un cinquième de leur main-d'oeuvre, alors qu'elles souffrent déjà d'une pénurie. Cela mènerait à des fermetures, à un recours au travail au noir, à des expulsions et à des condamnations, aggravant ainsi les tensions politiques et sociales – je clos ici la liste. Cette mise en garde est tirée d'un argumentaire de novembre 1988 du Comité romand contre la sixième initiative xénophobe. Depuis les années 1970, on ne compte plus les initiatives visant à lutter contre la soi-disant surpopulation étrangère. La Suisse a passé le cap des 6 millions d'habitants en 1967, mais, pour certains, c'était déjà trop. Heureusement, toutes les initiatives Schwarzenbach ont échoué dans les urnes. L'UDC a pourtant repris le flambeau de l'Action nationale et nous propose ainsi, aujourd'hui, de plafonner la Suisse à 10 millions d'habitants avant 2050, alors que, pas plus tard qu'en 2020, son initiative de limitation a été rejetée à 61 pour cent et par 19 cantons. Ce résultat n'est-il pas clair ? Nous sommes en 2025. Plus d'un tiers de la population active est d'origine étrangère. La Suisse est attractive, elle crée des emplois, mais il n'y a pas assez de main-d'oeuvre indigène pour les occuper. L'économie suisse doit-elle cesser de croître pour satisfaire à l'injonction politique de l'UDC ? Cette initiative, qui n'amène rien de neuf ni d'utile dans la Constitution fédérale, vise à assurer un développement durable de la population, en particulier en vue de protéger l'environnement et dans l'intérêt de la conservation durable des ressources naturelles, comme cela est indiqué dans le texte. Sous couvert de belles paroles, l'UDC cherche à nous faire accepter l'inacceptable : résilier l'accord de libre circulation des personnes, saboter les accords bilatéraux et ruiner les négociations avec l'Union européenne, pourtant approuvées à plusieurs reprises par le peuple. Un "oui" à ce texte détruirait les résultats des négociations au cours.

Si l'UDC se préoccupait vraiment de l'environnement, elle devrait cesser de bloquer et de rejeter les propositions visant à lutter contre les effets du réchauffement climatique, notamment l'affaiblissement de la loi sur le CO₂. N'oublions pas un fait historique : l'ensemble des grands ouvrages de construction de notre pays, le Simplon, avec 14 000 ouvriers, le Gothard, 5000, ou encore le Lötschberg, ont été construits grâce à une main-d'oeuvre étrangère, principalement italienne. Ces infrastructures au service direct de notre économie n'existeraient tout simplement pas sans cette contribution étrangère. Maintenant que ces ouvrages sont là, il faudrait fermer les frontières et résilier les accords de libre circulation au nom de cette prétendue durabilité. Voilà toute l'hypocrisie de l'initiative UDC "Pas de Suisse à 10 millions !" : profiter du travail des étrangers hier, tout en leur claquant la porte aujourd'hui.

Laissez-moi conclure par une touche plus personnelle. C'est une fille d'immigrés italiens qui vous parle. Ma présence dans ce Parlement montre que l'intégration fonctionne. Si l'une ou l'autre des initiatives Schwarzen-



bach avait été acceptée, mes grands-parents et mes parents n'auraient certainement pas pu faire leurs vies en Suisse. Ce qu'il y a de profondément désagréable dans ce nouveau texte d'initiative, c'est que, malgré les nombreux refus de la population de limiter la population étrangère, l'UDC continue à faire croire aux Suissesses et aux Suisses que les problèmes qu'ils rencontrent sur le marché du travail ou la quête de logement, c'est de la faute des autres, celle des étrangers.

Guardiamoci dall'intavolare discorsi di odio e dal designare gli stranieri come capri espiatori di tutti i nostri mali. Dobbiamo essere invece orgogliosi della nostra capacità di integrazione, della nostra economia efficiente. Siamo grati per il contributo che gli stranieri danno al nostro successo. Rifiutiamo con forza questo testo xenofobo e antieuropeo.

Jauslin Matthias Samuel (GL, AG): 60 Zentimeter: Etwa so viel Distanz braucht der Mensch zu seinem Mitmenschen, damit er sich von diesem nicht bedrängt fühlt. Kommt die fremde Nasenspitze näher, dann entsteht Stress, oder, um es mit dem Modewort zu sagen: Es entsteht Dichtestress. Stau auf den Strassen, Platznot im Zug, Enge beim Einkaufen, fehlendes Grün – seit die Schweiz 2012 den achtmillionsten Einwohner zählte, scheint die ganze Nation Dichtestresshormone auszuschütten.

Diese kollektive Stressdiagnose wird noch mit Hiobsbotschaften aus den Medien wie zum Beispiel jene, dass sich im Mittelland 440 Menschen auf einem Quadratkilometer drängten oder dass in Europa nur die Holländer noch dichter aufeinander lebten, untermauert.

Hinter der Empfindung der Enge steckt eine diffuse Angst vor Wachstum, vor Überfremdung, vor einer unsicheren Zukunft und vor dem Verlust der als unschuldig empfundenen Heimat. Diese Sorge ist nicht völlig unbegründet. Die Kriminalität ist zuletzt gestiegen, insbesondere bei den sogenannt übrigen Ausländerinnen und Ausländern, darunter Personen, die das Asylsystem gezielt missbrauchen, und wegen der unsäglichen Kriminaltouristen. Die Zunahme betrifft vor allem Personen ohne geregelten Aufenthalt. Medienberichte und eigene Erfahrungen verstärken das subjektive Unsicherheitsgefühl.

Die Grünliberale Fraktion fordert hier klare Verschärfungen gegenüber Straftätern. Wir erwarten koordinierte Massnahmen zwischen Polizei, Migrations- und Strafvollzugsbehörden. Wer sich nicht an unsere Regeln halten will, ist bei uns nicht willkommen. Gleichzeitig sei aber betont, dass über 95 Prozent der Asylsuchenden straffrei bleiben.

Die Bevölkerung wächst, von 6 Millionen im Jahr 1970 auf heute 9 Millionen Personen, bis 2050 werden es mindestens 10 Millionen sein. Die SVP will nun diese Obergrenze auf 10 Millionen fixieren. Notfalls soll auch die Personenfreizügigkeit mit der EU gekündigt werden. Fast 90 Prozent der Zuwanderer kommen aus der EU und sind Fachkräfte für die Schweizer Wirtschaft, geholt von der Schweizer Wirtschaft. Nun schiebt die SVP das Argument der Nachhaltigkeit vor, meint aber im Kern ihr Feindbild, die Asylimigration. Sie blendet aus, dass die Schweiz auch Arbeitskräfte aus dem Ausland braucht. Engpässe bei Wohnraum, Infrastruktur und

AB 2025 N 1843 / BO 2025 N 1843

Schulen sind keine Folge von Migration, sondern die Folge des Wachstums und des Wohlstandes.

Selbstverständlich soll die Schweiz die wesentlichen Elemente ihres Erfolgsmodells bewahren: Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung, ein gutes Bildungssystem, stabile Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Weltoffenheit, Integration von Einwanderern, direkte Demokratie, soziale Verantwortung und gelebter Gemein-sinn. Diese Faktoren prägen unser Land.

Daher ist die zentrale Frage nicht, wie wir die Zuwanderung begrenzen, sondern die Frage lautet, wie wir Wachstum und Integration nachhaltig gestalten. Es gilt, mit geschickter Raumplanung und guten Mobilitätskonzepten Arbeitsraum und Lebensraum zu vernetzen. Die Schweiz muss die Zukunft clever gestalten, statt Menschen pauschal als Problem darzustellen.

Wir wollen keine starre 10-Millionen-Grenze, sondern eine starke und aufgeschlossene Schweiz. Empfehlen Sie diese unehrliche Initiative zur Ablehnung.

de Courten Thomas (V, BL): Das Bevölkerungswachstum in unserem Land hat in den letzten Jahren wahrlich dramatische Ausmasse angenommen. Im Jahr 2022 sind über 180 000 Menschen in unser Land eingewandert – mehr Menschen, als die Stadt Basel zum Ende des gleichen Jahres Einwohner zählte. All diese Menschen brauchen unsere Infrastrukturen wie Strassen, Wohnungen, Spitäler und Schulhäuser. Sie brauchen Energie und Strom, sie brauchen Nahrungsmittel. Geht die ungebremsste Zuwanderung so weiter, werden wir in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner haben; 9 Millionen Einwohner haben wir schon.

Unser Land steht in vielen Bereichen am Rande eines Kollapses; die Schweiz ist zu klein, und der Raum ist begrenzt. Der Verkehr steht immer mehr still, Strassen und Schienen sind überlastet, die schützenswerte



Schweizer Natur wird immer weiter zubetoniert, in den Schulen sprechen immer weniger Schüler Schweizer Mundart, Zugewanderte pflegen in Spitälern Zugewanderte, es wird überall immer enger.

Die Zuwanderung strapaziert auch unsere Sozialversicherungen. Von den Personen, die Arbeitslosengelder beziehen, sind deutlich über 50 Prozent Zuwanderer, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 26 Prozent ausmacht. Aufgrund der grosszügigen Sozialleistungen wird der Familiennachzug rege von Zuwanderern ohne Einkommen genutzt, die dann von Schweizer Steuerzahlern finanziert werden. Anspruch auf Arbeitslosengeld haben auch Zugewanderte, die vorher kaum etwas einbezahlt haben. Die Höhe der Sozialhilfe ist für die Zugewanderten so hoch wie für die Schweizer Bevölkerung. Sie dürfen auch Familienmitglieder nachziehen, die weit über die Kernfamilie hinausgehen, und dies auch dann, wenn sie nicht für deren Lebensunterhalt aufkommen können und über keine ausreichend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen, um die Familie aufzunehmen. Zudem will das Parlament noch weiter gehen und Zuwanderer, die Sozialhilfe beziehen, gar nicht mehr ausschaffen.

In deutlicher Schieflage befindet sich auch die Arbeitslosenversicherung (ALV): Während bei den Schweizern das Verhältnis zwischen ALV-Beiträgen und ALV-Entschädigungen bei 1,31 liegt, liegt dieses Verhältnis bei EU-Zuwanderern bei 0,78 und bei jenen aus Drittstaaten sogar bei 0,38. Diese Entwicklung gibt wirklich Anlass zur Sorge, denn so werden unsere in Jahrzehnten durch harte Arbeit aufgebauten Sozialwerke durch die Zuwanderung zunehmend ausgehöhlt.

Wer die Strapazierung unserer Sozialwerke unterbinden und unsere Schweiz weiter lebenswert erhalten will, der unterstützt die Nachhaltigkeits-Initiative.

Molina Fabian (S, ZH): Die SVP-Kündigungs-Initiative will die Personenfreizügigkeit und damit auch die bilateralen Verträge mit der EU kündigen. Angesichts der geopolitischen Lage und der wirtschaftlichen Situation unseres Landes wäre eine solche Brückensprengung zu unseren Nachbarn ein Hochrisikoexperiment mit fatalem Ausgang.

Welche Auswirkungen ein Ende der Personenfreizügigkeit und eine Einschränkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt haben, können wir am Beispiel des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit genau beobachten. Die britische Wirtschaft hat, verglichen mit dem Szenario, dass das Vereinigte Königreich in der EU geblieben wäre, einen BIP-Verlust von 4 Prozent erlitten. Bis 2035 dürfte es ein BIP-Verlust von bis zu 6 Prozent sein. Mit anderen Worten: Das Vereinigte Königreich hat gemäss Expertinnen und Experten jedes Jahr Produktivitätsausfälle in Höhe von 100 Milliarden Pfund zu verzeichnen. Und die Zuwanderung hat zugenommen, nicht abgenommen. Die Zuwanderung geschieht neu hauptsächlich aus Nicht-EU-Staaten, und die neu Zugewanderten von ausserhalb der EU haben im Schnitt schlechtere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen als vor dem Brexit. Das wirkt sich negativ auf das ganze Lohngefüge aus.

Darum geht es der SVP wahrscheinlich auch. Wenn die Personenfreizügigkeit wegfällt, fällt auch der Lohnschutz weg. Das Schweizer Dispositiv zum Schutz von Löhnen und Arbeitsbedingungen ist das wichtigste Instrument, um dafür zu sorgen, dass der Wohlstandsgewinn durch die europäische Öffnung gerechter verteilt wird. Kurz: Fallen die Bilateralen und fällt die Personenfreizügigkeit weg, wird der Wohlstandskuchen nicht nur kleiner, sondern er wird auch noch ungerechter verteilt.

Mit und ohne Zuwanderung gilt eine einfache Regel: Für die strukturellen Ungerechtigkeiten in unserer Wirtschaft tragen jene die Verantwortung, die Macht und Geld haben, und nicht die Zugewanderten. Für hohe Mieten tragen Immobilienkonzerne, die ihren Profit illegalerweise vergrössern wollen, die Verantwortung; für tiefe Löhne Unternehmen, die nicht bereit sind, die Produktivitätsgewinne weiterzugeben; und für hohe Krankenkassenprämien die unsoziale Kopfprämie, welche die Reichen von einer gerechten Kostenbeteiligung an unserem Gesundheitswesen verschont. Alle diese Probleme liessen sich lösen: durch ein besseres Mietrecht, durch bessere Gesamtarbeitsverträge und durch einkommensabhängige Prämien. Aber all das verhindert die SVP – sie hetzt lieber gegen Ausländerinnen und Ausländer, statt die Probleme wirklich zu lösen.

Am Schluss müssen wir uns eine einfache Frage stellen: Wollen wir ein armes, abgeschottetes oder ein wohlhabendes, weltoffenes Land sein? Für mich ist es klar: Für eine weltoffene, wohlhabende und solidarische Schweiz sage ich Nein zu dieser Kündigungs-Initiative.

Egger Mike (V, SG): Von 2000 bis 2023 ist die Schweiz um 23,7 Prozent gewachsen, oder anders ausgedrückt: Sie ist 18-mal schneller gewachsen als Deutschland. Sogar in absoluten Zahlen ist die Schweiz stärker gewachsen als Deutschland. Es gibt 1,7 Millionen Menschen mehr in der Schweiz. Zum Vergleich: In Deutschland waren es im gleichen Zeitraum 1,1 Millionen mehr. Zwischen 2000 und 2006 lag der Jahresdurchschnitt der Nettoeinwanderung bei 38 575 Personen, nach der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit lag er bei 77 072 Personen.



Wir sprechen heute über ein Generationenprojekt. Wollen wir weiterhin eine Schweiz mit überfüllten Zügen? Wollen wir weiterhin eine Schweiz mit verstopften Strassen? Wollen wir eine zubetonierte Schweiz? Wollen wir steigenden Ressourcenverbrauch? Wollen wir eine steigende Kriminalität in diesem Land? Diese Fragen müssen entsprechend beantwortet werden.

Bei der Infrastruktur ist es so, dass wir an den Anschlag kommen. Im Jahr 2000 hatten wir 7711 Staustunden, 2024 waren es 55 569 Stunden. Die Kosten allein für die Staustunden im Jahr 2023 werden auf 1,2 Milliarden Franken geschätzt. Und auch bei den SBB sieht es nicht besser aus: Im Jahr 2000 hatten wir 222 Millionen Personenfahrten, 2023 waren es 481 Millionen. Überlastung und Dichtestress, wo man in diesem Land hinschaut – und was machen wir aufgrund der fehlenden Infrastruktur? Wir verbetonieren das ganze Land. Liebe links-grüne Seite, damit gefährden wir die Biodiversität in diesem Land. Fakt ist nämlich, dass wir pro Stunde 2000 Quadratmeter grünen Boden verlieren, sieben Tage die Woche, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Auch beim Wohnungsbau verdeutlicht sich dies enorm. Trotz 1,225 Millionen zusätzlicher Wohnungen seit dem Jahr 2000 gibt es eine Mangellage. Vier von fünf Wohnungen sind allein

AB 2025 N 1844 / BO 2025 N 1844

aufgrund der Zuwanderung notwendig. Die links-grüne Seite mit ihrer Zuwanderungspolitik – offene Grenzen für alle – ist die wahre Ursache für die Wohnungsnot und für die steigenden Mieten in diesem Land.

Auch beim Ressourcenverbrauch sieht es nicht anders aus. Fakt ist: Der Stromverbrauch pro Kopf ist von 2000 bis 2024 um 12 Prozent gesunken, in absoluten Zahlen gab es aber eine Zunahme von 10 Prozent.

Auch bei den Treibhausgasemissionen sieht es ähnlich aus. Wir haben es geschafft, diese seit 1990 pro Kopf um 44 Prozent zu senken. Aber in absoluten Zahlen sind es nur 26 Prozent.

Auf dieser Basis machen Sie in diesem Saal dann eine Politik mit immer mehr Gesetzen, mit immer mehr Vorschriften. Sie wollen den Fleischkonsum einschränken, Sie wollen ein Verbot von Verbrennungsmotoren, Sie wollen ein Verbot von fossilen Heizungen, Sie wollen flächendeckend eine Tempo-30-Zone und so weiter und so fort.

Die links-grüne Seite sagt zur Nachhaltigkeits-Initiative: "Ja, wir müssen diese bekämpfen, denn die Wirtschaft braucht Fachkräfte." Aber wenn Sie eine Politik mit immer mehr Verboten, immer mehr Vorschriften und Kosten in Milliardenhöhe betreiben, dann braucht die Wirtschaft keine Fachkräfte mehr, dann sind Sie die Totengräber der Schweizer Wirtschaft. Fakt ist nämlich: Allein 2024 kamen 88 000 zusätzliche Personen. Diese brauchen wiederum 40 000 neue Wohnungen, 1591 Pflegekräfte und 47 400 neue Autos, die auch wieder unterhalten werden müssen. All das braucht wieder neue Fachkräfte in diesem Land. So kommt man eben auf keinen grünen Zweig.

Auch bei der Kriminalität sieht das Ganze nicht besser aus. Wir lesen täglich davon: immer mehr Einbrüche, immer mehr Jugendgewalt, immer schwerere kriminelle Delikte. Von den 90 403 beschuldigten Straftätern im Jahr 2023 hatten über 55 Prozent eine ausländische Herkunft.

So kann es nicht weitergehen. Es braucht entsprechende Lösungen, nicht nur leere Worte. Wir müssen nicht nur anerkennen, dass die Zuwanderung zu Problemen führt, nein, wir brauchen endlich Lösungen. Die Nachhaltigkeits-Initiative schafft Lösungen für kommende Generationen, für eine Schweiz, die lebenswert ist.

Geschätzte Damen und Herren zuhause, ich bitte Sie: Schaffen Sie echte Lösungen. Schauen Sie, dass die Zuwanderung selbst gesteuert und reguliert wird. Nur so können wir etwas dafür machen, dass die Schweiz eben die Schweiz bleibt.

Roduit Benjamin (M-E, VS): La Suisse a de nombreuses traditions, fortes et vivantes, qui font la fierté de notre pays. De la lutte suisse aux vaches d'Hérens en passant par le cor des alpes, celles-ci participent à la construction de notre identité nationale et à la cohésion de notre pays. Au niveau politique également, notre pays est fort en traditions: esprit de concordance, tradition humanitaire et respect du multilatéralisme sont des fondements de notre orientation politique, au niveau national comme international. Toutefois, toutes les traditions ne sont pas bonnes à prendre, notamment lorsqu'elles sont lancées par une minorité politique en quête d'électoratisme facile.

Ainsi, depuis un certain nombre d'années, l'UDC s'est donné pour tradition le lancement d'initiatives anti-immigration et de remises en question de la libre circulation des personnes. De multiples fois, celles-ci ont été rejetées par le peuple, comme il y a cinq ans avec l'initiative de limitation, balayée à 61 pour cent. De plus, malgré le fait que près de 71 pour cent des Suisses soutenaient les accords bilatéraux en 2024 selon un sondage, l'UDC continue de déposer sur cette thématique des initiatives à vocation démagogique.

En conséquence, la première raison pour laquelle je vous appelle à recommander le rejet de cette initiative, c'est parce que nous devons défendre l'intégrité de nos traditions politiques et parce que nous devons dénoncer



les tentatives de certains de les instrumentaliser.

Dans un autre ordre d'idée, il convient de parler du fond de cette initiative, en observant que son objectif révèle au mieux une certaine ignorance, au pire une irresponsabilité politique. Je m'explique : lors des précédentes initiatives isolationnistes lancées par l'UDC, la Suisse bénéficiait encore de différentes options dans ses orientations en matière de relations extérieures. En effet, les États-Unis étaient encore un partenaire historique fiable, le retour de la Guerre froide que nous connaissons actuellement n'avait pas encore commencé et le droit international, économique et politique, était respecté. On pouvait alors imaginer que d'autres partenaires économiques s'offraient à la Suisse en dehors de l'Union européenne. Aujourd'hui, le trumpisme a transformé la politique commerciale américaine en racket, la guerre en Ukraine a remis en cause les fondements du droit international et la confrontation de blocs géopolitiques est redevenue la norme.

Dans ce contexte, soit les initiants ignorent la réalité politique, soit de manière irresponsable ils veulent sacrifier notre prospérité économique en se coupant de nos partenaires européens les plus fiables.

Soyons clairs : dans le contexte international actuel, la relation entre la Suisse et l'Europe est plus que jamais fondamentale sur le plan économique, sécuritaire et politique. Couper les accords bilatéraux en acceptant cette initiative serait un suicide diplomatique et économique, dans un monde où les États comme la Suisse ont de moins en moins voix au chapitre.

Pour éviter ce suicide, refusons cette initiative.

Nach reiflicher Überlegung frage ich mich schliesslich, ob es nicht das Ziel der Initianten ist, die Schweiz zum Bhutan inmitten Europas zu machen, einem kleinen Bergland, das zwischen Grossmächten eingeschlossen ist, vom Rest der Welt isoliert ist und in Autarkie lebt. Sie haben sicher verstanden, dass mich die Aussicht, unser Land zu isolieren und in eine wirtschaftliche Autarkie zu führen, kaum fasziniert.

Dennoch ist es notwendig, eine angemessene und ernsthafte politische Antwort auf die von der Initiative angesprochene Problematik zu finden. In diesem Sinne müssen wir unsere Perspektive ändern und im Gegensatz zu den Initianten die Einwanderung nicht als Problem, sondern als Herausforderung betrachten.

L'immigration n'est pas un problème, c'est un défi. C'est dans ce sens que le groupe du Centre propose un autre chemin avec la mise en place d'un contre-projet direct qui puisse à la fois permettre de couper court aux velléités isolationnistes de certains tout en répondant de façon pragmatique aux défis migratoires, en accord avec la voie bilatérale indispensable à la Suisse. Notre proposition permet de combiner préservation des ressources et ouverture humaine, de combiner des mesures ciblées dans les régions souffrant de la surpopulation et le maintien de notre relation privilégiée avec l'Union européenne, et, enfin, de combiner une meilleure intégration des populations étrangères sur le marché du travail et une réponse efficace et définitive aux initiatives sur l'immigration. Si l'on vise la durabilité, en référence au sous-titre de l'initiative, c'est la meilleure façon de l'atteindre.

In conclusione, la sfida migratoria deve essere presa sul serio, ma non deve essere sinonimo di isolamento internazionale ed economico della Svizzera.

Vi propongo di dire un grande no all'iniziativa "No a una Svizzera da 10 milioni" e di sostenere il nostro contro-progetto diretto.

Fehr Düsel Nina (V, ZH): Infolge der unkontrollierten Zuwanderung droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Mehr Zuwanderung bringt eben nicht, wie oft behauptet, mehr Wohlstand, sondern vor allem auch Dichtestress. Gerade für mich als Frau ist die steigende Kriminalität ein Thema. Bei Gewaltdelikten ist der Ausländeranteil überproportional hoch. Bei Vergewaltigungen, häuslicher Gewalt und bei Überfällen zeigt die Kriminalitätsstatistik, dass viele Täter aus Südosteuropa kommen. Gerade muslimische Männer haben ein anderes Frauenbild, und Männer haben dort einen klar höheren Stellenwert als Frauen. Da frage ich mich immer, warum die linken Frauen, die emanzipiert sind, dieses Thema nicht mehr aufgreifen.

Die Kriminalität steigt mit der Zuwanderung, die Infrastruktur ist überfordert und stösst an ihre Grenzen. Bemerkbar macht

AB 2025 N 1845 / BO 2025 N 1845

sich dies auch an den Schulen. Das Bildungsniveau sinkt, viele Schüler können nicht richtig Deutsch und haben Mühe mitzukommen. Die integrative Schule kommt noch mehr an den Anschlag, wenn es zu viele fremdsprachige Kinder, vor allem aus bildungsschwachen Familien, in der Klasse hat.

Die Schweiz ist ein kleines Land, wir können nicht immer noch mehr Leute aufnehmen. Wir brauchen eine Grenze; diese will auch das Volk. Sagen wir Ja zu einer Schweiz, deren Wohnbevölkerung 10 Millionen vor 2050 nicht überschreiten darf. Auch für die Grüne Fraktion sollte wichtig sein, dass nicht jede freie Fläche überbaut wird. Sagen wir Ja zu einer nachhaltigen Entwicklung für die Schweizer Bevölkerung, Ja zu mehr



Platz in den Zügen und auf den Strassen, Ja zu weniger Kriminalität und mehr Qualität an den Schulen. Es braucht intelligente Massnahmen zur Begrenzung der Zuwanderung für die kommende Generation. Danke für Ihre Unterstützung.

Bendahan Samuel (S, VD): Les loyers explosent chaque année. Chaque année, plus de 10 milliards de francs de loyers sont payés en trop. On a des annonces, encore aujourd'hui, qui nous disent que les prix des médicaments vont augmenter juste pour plaire aux États-Unis. D'autres annonces nous disent que les primes d'assurance-maladie vont exploser, alors que les assureurs-maladie se gorgent de profit et que leurs leaders reçoivent des millions de francs de salaire. Nous vivons une crise sans précédent du pouvoir d'achat de la classe moyenne.

Cependant, pas tout le monde ne souffre. Il y a dans cette même société, dans ce même pays, des gens qui profitent de ces crises-là. Lorsque 10 milliards de francs de loyer sont payés en trop, 10 milliards de francs sont gagnés en trop par d'autres personnes. Lorsque les médicaments sont trop chers, les entreprises pharmaceutiques gagnent un quart de leur chiffre d'affaires en pur profit après avoir payé toutes leurs charges. Savez-vous quel est le hold-up du siècle ? C'est que ces gens qui gagnent des milliards sur le dos de la population ont réussi à convaincre une partie de la population et, surtout, d'un certain groupe politique que les gens fautifs des difficultés de notre population, ce ne sont pas ces milliardaires qui ont le pouvoir aujourd'hui, mais ce sont les pauvres, ce sont les étrangers qui veulent travailler en Suisse, ce sont les gens qui soignent nos personnes âgées, les gens qui s'occupent de nos enfants, les gens qui construisent nos murs. Ce seraient eux, qui n'ont aucun pouvoir ou très peu de pouvoir dans ce pays, qui seraient responsables de nos difficultés, et pas celles et ceux qui ont le vrai pouvoir, c'est-à-dire l'argent.

Ces mêmes gens, ces mêmes milliardaires et oligarques, veulent que la Suisse pousse un cri de haine, mais, si elle le faisait, l'écho serait dévastateur. L'écho de ce cri ferait voler en éclats tant les valeurs de notre pays que sa prospérité. Que se passera-t-il si nous n'avons plus assez de gens pour prendre soin de nos personnes âgées dans les EMS, si nous n'avons plus assez de monde pour construire nos infrastructures, pour s'occuper de nos terres agricoles, pour s'occuper de nos trains et de nos routes ? Il y a une réponse simple à cela : il y aura moins. Il y aura moins pour tout le monde : il y aura moins d'hôpitaux, il y aura moins d'établissements médico-sociaux, il y aura moins de services, il y aura moins de gens là pour offrir et il y aura moins de nourriture.

Que se passe-t-il lorsqu'il y a moins de ces éléments ? Outre le fait qu'il y a moins d'emplois, il y a moins d'offre. Et lorsqu'il y a moins d'offre, il y a de l'inflation. Tout coûtera plus cher : s'occuper de nos grands-parents et de nos aînés coûtera plus cher et nous soigner coûtera encore plus cher. Ainsi, les salaires réels seront plus bas. L'inflation ! En refusant d'avoir la main-d'oeuvre pour faire le travail dont nous avons besoin en Suisse, nous générerons une hausse massive des prix, et des salaires dégradés pour l'essentiel de la population.

Ce sont les mêmes personnes, qui poussent à l'acceptation de ce texte, qui n'en subiront pas les conséquences. Parce que, évidemment, si vous êtes multimillionnaire ou milliardaire, ce n'est pas grave si cela coûte quelques dizaines de milliers de francs de plus en cas de problème de santé ou simplement en raison d'un âge avancé. Les oligarques, qui poussent à accepter cette initiative, n'auront jamais de problème à s'offrir ces prestations en Suisse ou ailleurs à l'étranger. Ce n'est pas le cas pour la population en général qui devra payer cela. Ce sont d'ailleurs les mêmes personnes, qui lancent cette initiative, qui luttent contre toute forme de coopération, notamment avec nos voisins de l'Union européenne, mais qui ont aussi forcé le Conseil fédéral à adopter une stratégie absolument inacceptable dans les négociations avec le président Trump ; cela conduit la Suisse à être totalement isolée. Si la Suisse est isolée, si son économie souffre, toute la population en payera le prix, sauf celles et ceux qui n'ont pas besoin d'une économie forte pour survivre, parce qu'ils ont les moyens, parce qu'ils ont de gigantesques propriétés, des comptes en banque bien garnis et la possibilité de se déplacer là où ils veulent. Mais les PME de ce pays, les boulangers, les bouchers, les paysans, toutes les personnes qui travaillent dur, ne peuvent pas facilement se déplacer dans un autre pays dans le cas où notre prospérité est mise à mal.

Pour lutter contre l'isolement de notre pays, mais également pour défendre – un – nos valeurs et – deux – tout ce qui a fait que nous sommes où nous sommes aujourd'hui, je vous appelle à recommander clairement le rejet de ce texte et à vous battre pour une Suisse qui devient forte non pas parce qu'elle est seule à crier dans le noir, mais parce qu'elle porte, avec d'autres, la lumière du travail international, de la coopération, et, enfin, à vous battre pour une Suisse dont la richesse est partagée avec toutes les personnes qui vivent sur notre territoire, pour qu'elles puissent en profiter.

Bühler Manfred (V, BE): Oui, cher collègue, vous pointez, avec un peu de ce populisme que vous reprochez



souvent à l'UDC, les milliardaires qui seraient responsables de tous les maux. Je trouve cela intéressant, parce que la plupart des milliardaires et des oligarques mondiaux sont pour la libre circulation, sont pour le "sans-frontiérisme". Pourquoi ? Parce que cela leur fournit de la main-d'oeuvre bon marché qui peut venir dans un pays à hauts salaires comme la Suisse, par exemple. Finalement, est-ce que la gauche "sans-frontiériste" qui est contre cette initiative n'est pas un peu l'idiot utile de ces oligarques et de ces milliardaires ?

Bendahan Samuel (S, VD): Monsieur Bühler, j'ai parlé des milliardaires qui se sont battus pour votre texte, mais j'aimerais bien faire une distinction. Il ne faut pas toujours mettre tout le monde dans le même panier. Je sais que vous aimez bien faire cela, en mettant tous les étrangers dans le même panier, mais nous, on fait exactement le contraire. Nous n'avons jamais dit que toute personne qui a de l'argent a forcément des intentions néfastes. Jamais ! Ce que nous disons, c'est qu'il existe quelques oligarques milliardaires, comme Trump, comme Musk, comme Christoph Blocher par le passé, dont l'agenda politique est celui des partis de la droite très dure, aussi dans ce Parlement et dans ce pays, et qui ont une volonté d'isolationnisme. Et ce sont ceux-là qu'on critique, ceux qui utilisent leurs milliards, comme Rupert Murdoch et d'autres, pour acheter et contrôler les médias publics et privés et pour s'attaquer aux médias de service public. Ce sont ceux-là que nous critiquons, et pas toutes les personnes qui ont de l'argent. Après, nous critiquons volontiers aussi le fait qu'il y a beaucoup d'inégalités sur cette Terre, mais ça, c'est une autre question. Mais les personnes dont j'ai parlé aujourd'hui, ce sont bien celles qui, avec leurs milliards, essaient d'influencer la population pour détruire ses intérêts.

Fischer Benjamin (V, ZH): Wenn ich den Initiativgegnern zuhöre, dann habe ich das Gefühl, ich sei im falschen Film. Sie tun so, als ob diese Initiative verlange, dass niemand mehr in die Schweiz kommen dürfe. Das ist natürlich Schwachsinn. Es wandern jedes Jahr auch Menschen aus der Schweiz aus, und die Geburtenrate liegt in der Schweiz bei 1,28 Kindern pro Frau. Es müssten 2,1 sein, damit die Bevölkerungszahl stabil bleibt. Auch wenn wir die Bevölkerungszahl beschränken, können also immer noch sehr viele Menschen zuwandern. Was wir aber wollen, ist, dass es Stabilität, Ausgleich

AB 2025 N 1846 / BO 2025 N 1846

und Nachhaltigkeit gibt, dass sich die Bevölkerungszahl bei 10 Millionen einpendelt.

Es gibt viele Menschen in diesem Land, die sagen würden, 10 Millionen seien schon zu hoch, wir seien jetzt schon zu viele. Ja, man kann darüber streiten. Sie wiederum sagen, es sei sehr einfach möglich, dass wir noch mehr Menschen werden, 11, 12 oder 15 Millionen – ich habe von Ihnen nie gehört, wie viele es denn genau sein sollen –, wir müssten einfach mehr Infrastrukturen bauen, mehr in die Integration investieren, mehr dies und mehr das. Aber Sie sind überall, wo es um Ausbau geht, um den Ausbau von Infrastrukturen, um den Ausbau zum Beispiel der Energieversorgung, der Stromversorgung, dagegen. Man könnte natürlich sagen: Ja, das geht. Ich war einmal in Hongkong; man kann Menschen auch stapeln, in riesigen Wolkenkratzern, das kann man schon machen. Aber das ist gar nicht die Frage. Die Frage ist: Will das unsere Bevölkerung? Wollen wir das? Und was ist dann noch unsere Lebensqualität? Wir müssen die Frage nach der Lebensqualität stellen. Und in dieser Hinsicht ist es klar: Es gibt eine Grenze. Und wir sagen: Diese Grenze liegt bei 10 Millionen.

Denn mehr Menschen, ich habe es gesagt, bedeuten mehr Infrastrukturen, mehr Energie, mehr Spitäler und mehr Schulen. Gerade in den Schulen merkt man die Probleme. Was wir hier diskutieren – ja, wir brauchen Zuwanderung für die Wirtschaft, wir brauchen Zuwanderung, weil wir den Menschen aus humanitären Gründen helfen müssen –, wird auf dem Buckel unserer Kinder in den Schulen ausgetragen. Dort sieht man die Probleme unmittelbar.

Ich wuchs selber in einer Agglomerationsgemeinde auf, und ich erlebte das in meiner Schulzeit eins zu eins. Das war nach dem Jugoslawien-Krieg, als sehr viele Menschen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien kamen. Ich habe gesehen und erfahren, dass Integration immer eine Frage der Anzahl ist. Sie können sehr gut zwei ausländische Schüler in einer Schulklasse integrieren. Integration funktioniert aber nicht mehr, wenn ein Drittel, wenn die Hälfte, wenn zwei Drittel einer Klasse aus ausländischen Kindern bestehen. Es funktioniert dann nicht mehr. Es gibt Sprachprobleme. Wir hatten Probleme mit kulturellen Konflikten, als die Albaner auf dem Pausenplatz auf die Serben losgingen und das austrugen. Das ist nicht gut, das ist nicht gut für unsere Kinder.

Zahlen der Universität Basel zeigen, dass in der Deutschschweiz bereits über die Hälfte der Kinder zuhause eine oder mehrere Fremdsprachen spricht. Jedes fünfte Kind spricht bei der Einschulung, also Anfang Kindergarten, zuhause gar nicht oder nur selten Deutsch. Im Kanton Thurgau hat man Sprachtests gemacht und gesehen, dass ein Viertel der getesteten Kinder nicht genügend gut Deutsch spricht, um dem Unterricht folgen



zu können, und viele davon haben bereits einen Schweizer Pass.

Hier läuft doch etwas schief, das können Sie nicht einfach ignorieren. Es ist entscheidend für den Erfolg der Integration, für den Erfolg der Bildung, dass die Kinder dem Unterricht in der Unterrichtssprache folgen können. Und ja: Wir können mit vielen Massnahmen, mit Nachhilfeunterricht, mit Integrationsmassnahmen helfen. Aber das hat Grenzen. Das hat Grenzen, und es ist immer eine Frage der Anzahl. Zudem fehlen uns Lehrpersonen, und das ist ein Teil des Fachkräftemangels, von dem Sie immer sprechen. Mehr Menschen, mehr Schüler bedeuten auch mehr Lehrpersonen, und das fördert auch den Fachkräftemangel.

Hören wir auf, auf dem Buckel unserer Kinder irgendwelche ideologischen Vorstellungen zu verwirklichen, und kommen wir zu einer nachhaltigen Lösung: Begrenzen wir das massive Wachstum.

Gianini Simone (RL, TI): Oltre a diversi altri, l'iniziativa popolare "No a una Svizzera da 10 milioni!" presenta due difetti – leggasi anche contraddizioni – principali, su cui limiterò il mio breve intervento.

Il primo difetto: facendo un paragone con le complicate dispute teologiche e filosofiche che caratterizzavano la corte e la vita intellettuale dell'Impero Romano d'Oriente, poi decaduto, la discussione si potrebbe definire bizantina, cioè contorta, cavillosa e contraddittoria. Cito: "Prima del 2050 la popolazione residente permanente della Svizzera non può superare i 10 milioni di abitanti." E fin qui si capisce. "Se la popolazione residente permanente della Svizzera supera i 9,5 milioni di abitanti prima del 2050" – si noti che erano già 9 048 900 al 31 dicembre 2024 – "il Consiglio federale e l'Assemblea federale [...] prendono provvedimenti riguardanti in particolare il settore dell'asilo e del ricongiungimento familiare. [...] il Consiglio federale si adopera inoltre per rinegoziare gli accordi internazionali che favoriscono la crescita della popolazione, siano essi giuridicamente vincolanti o meno, oppure per negoziare clausole d'eccezione o di salvaguardia. Se un accordo prevede simili clausole, il Consiglio federale le invoca. [...] Se, due anni dopo il primo superamento, il limite [...] non è ancora rispettato e non è stato possibile negoziare o invocare alcuna clausola d'eccezione o di salvaguardia che ne garantisca il rispetto, l'Accordo del 21 giugno 1999 tra la Confederazione svizzera [...] e l'Unione europea [...] sulla libera circolazione delle persone [...] deve essere denunciato" – cioè disdetto – "il prima possibile." Ci torno dopo su questo aspetto perché ci siamo già persi.

Sulla definizione di popolazione residente permanente, poi si legge: "La popolazione residente permanente si compone dei cittadini svizzeri con domicilio principale in Svizzera e dei cittadini stranieri con un titolo di soggiorno di almeno 12 mesi o che risiedono in Svizzera da almeno 12 mesi."

Viene subito da osservare che ad esempio non include i frontalieri. Malgrado i proclami vuol quindi dire che per sopperire alla mancanza di mano d'opera che l'iniziativa, assieme alla recessione economica, fatalmente produrrà, nei cantoni di frontiera si farà ancora più capo al frontalierato. Un controsenso, in particolare per il cantone Ticino dove attualmente ci sono già 75 000 frontalieri. Riassumendo: è un'iniziativa complicata, con diverse contraddizioni in termini.

Veniamo al secondo difetto: con questa iniziativa l'UDC ha gettato la maschera. Dopo aver sostenuto gli accordi bilaterali I e II, in alternativa all'entrata nello Spazio economico europeo, bocciato dal popolo nel 1992, e sostenere ancora oggi, nel dibattito sugli accordi bilaterali III, di non volere questi ultimi, ma di voler continuare con quelli che già abbiamo, con questa iniziativa si prevede esplicitamente la disdetta dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone, con due conseguenze principali. La prima è una disdetta dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone per via della cosiddetta clausola ghigliottina e dello stretto legame politico tra di essi che comporterebbe anche la caduta di tutti gli altri accordi bilaterali I e II, costituendo quindi di fatto un'iniziativa per una disdetta globale della via bilaterale – in tedesco "Kündigungs-Initiative". La seconda conseguenza, portando con sé la disdetta dell'Accordo sulla libera circolazione e anche quella degli accordi di Schengen e Dublino in quanto oggetto dei Bilaterali II, vorrà dire che la Svizzera perderà il diritto di respingere chi vi chiede asilo, pur essendo già stato rifiutato in un altro Stato dell'Unione europea. La Svizzera subirebbe quindi in modo molto maggiore rispetto ad oggi la pressione migratoria – senza contare cosa vorrebbe dire non far più parte del controllo comune delle frontiere dello spazio Schengen e quindi affrontare anche il ripristino dei controlli sistematici per i cittadini svizzeri e quelli europei alle frontiere con il nostro Paese. Sarebbe un caos – da cui l'altra caratteristica dell'iniziativa in questione, "Chaos-Initiative".

Ich rufe Sie daher dazu auf, sowohl die Kündigungs- und Chaos-Initiative der SVP, welche im Falle einer Annahme unserem Land nur schaden würde, als auch den Gegenentwurf der Mitte, der an denselben Mängeln leidet, wenn auch etwas abgemildert, zur Ablehnung zu empfehlen.

Freymond Sylvain (V, VD): Aujourd'hui, nous débattons d'un sujet central pour l'avenir de notre pays: la durabilité face à la croissance démographique. Depuis des années, la Suisse connaît une augmentation sans précédent de sa population, essentiellement due à l'immigration. Nous étions 7 millions d'habitants à la fin des



années 1990, nous avons désormais dépassé les 9 millions et, si rien n'est fait, les projections de la Confédération nous annoncent 10 millions d'habitants avant 2050. 10 millions d'habitants, ce n'est pas un chiffre abstrait,

AB 2025 N 1847 / BO 2025 N 1847

c'est plus de voitures dans des embouteillages déjà chroniques, ce sont des trains bondés aux heures de pointe, c'est également du béton qui remplace nos terres agricoles, nos forêts et nos espaces naturels. C'est une pression énorme sur les infrastructures, sur l'énergie, sur le logement et, bien sûr, sur notre environnement. La durabilité ne peut pas se réduire à quelques slogans écologiques ou à des interdictions supplémentaires pour notre économie et nos familles. La durabilité, c'est avant tout la capacité d'un pays à maintenir une qualité de vie pour sa population, sans détruire ses bases naturelles ; cela passe inévitablement par une maîtrise de la croissance démographique. Or, la politique menée jusqu'ici est une fuite en avant. On construit, on bétonne, on agrandit, mais jamais cela ne suffit. La Suisse n'a pas la capacité d'accueillir indéfiniment toujours plus de monde sans que cela ne compromette la durabilité et notre qualité de vie. Nous devons avoir le courage de dire la vérité : tant que nous ne maîtriserons pas l'immigration de masse, la Suisse restera un mirage.

L'initiative pour la durabilité veut inscrire ce principe de bon sens dans la Constitution fédérale. Une Suisse qui ne dépasse pas les 10 millions d'habitants, c'est une ligne rouge claire, une garantie minimale pour que notre pays reste vivable. Il ne s'agit pas de fermer la Suisse au monde, mais de fixer des limites réalistes, de dire que nous voulons un développement équilibré qui respecte nos ressources, nos paysages, nos infrastructures et qui donne une perspective aux générations futures. À l'inverse, ceux qui rejettent cette initiative défendent, en réalité, un modèle de croissance illimité. Mais à quel prix ? Plus d'importations, plus de dépendance énergétique, plus de logements hors de prix, plus de pression sur nos assurances sociales et sur notre système de santé. La durabilité, ce n'est pas un concept théorique, c'est une exigence concrète, et la première condition pour la rendre possible, c'est de maîtriser la taille de notre population.

Je vous invite donc à accepter cette initiative et à faire preuve de responsabilité pour l'avenir de notre pays.

Glättli Balthasar (G, ZH): Zur Abschottungs-Initiative: Die reaktionäre SVP-Abschottungs-Initiative isoliert die Schweiz von Europa, und sie muss rasch und deutlich an der Urne abgelehnt werden. In der heutigen Weltlage braucht es mehr Zusammenarbeit, mehr Solidarität und nicht mehr Abschottung.

Die Initiative will die Bilateralen Abkommen zur Personenfreizügigkeit der Arbeitnehmenden kündigen. Sie will die Realität ignorieren, dass die Schweiz ein Teil Europas ist und dass viele Menschen über die Grenzen hinweg arbeiten, forschen und Beziehungen pflegen – EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz und Schweizerinnen und Schweizer in der EU.

Ich verteidige die Personenfreizügigkeit nicht nur wegen denen, die kommen und oft auch wieder gehen können, sondern vor allem wegen der Menschen, die hier ohne Schweizer Pass leben, wegen der Schweizerinnen und Schweizer, die in Europa ohne EU-Pass leben. Die Bilateralen haben dazu geführt, dass wir hier kein Zweiklassenregime mehr haben. Die Bilateralen haben dazu geführt, dass es nicht zwei Klassen von Menschen gibt: solche mit vollem Zugang zu den Rechten und solche, die diskriminiert werden.

Die Initiative nennt sich Nachhaltigkeits-Initiative. Nachhaltigkeit heisst aber nicht nur, auf heute zu schauen, sondern mit Blick auf morgen und übermorgen strategisch zu denken. Und hierzu nur eine kleine Anmerkung: Die strategische Herausforderung der Zukunft in Europa ist nicht die Zuwanderung, sondern der Bevölkerungsrückgang. Welche massivsten Herausforderungen er mit sich bringt, zeigen Japan und China.

L'initiative UDC fait des personnes réfugiées des boucs émissaires. Voici les faits. Les personnes réfugiées ne contribuent que pour moins de 7 pour cent à l'immigration. En 2023, le domaine de l'asile ne contribuait que pour 2,5 pour cent à la population résidente permanente. Cette initiative radicale fait des personnes ayant dû s'exiler en raison de guerres, du terrorisme et de la torture des boucs émissaires et donc la cible de comportements discriminatoires et racistes. Les Vertes et les Verts s'y opposent fermement. Non à la résiliation de la Convention européenne des droits de l'homme. Et non à la résiliation de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant. Non encore à la violation de notre propre Constitution suisse. Merci pour votre "non".

Gartmann Walter (V, SG): Unsere Schweiz, unsere Heimat, ist zweifellos ein wunderschönes Land, ich möchte sagen, das schönste. Es ist nicht allzu gross, aber es ist reich an Werten, an Schönheit, an Stabilität. Wir leben heute in einer Welt, in der so vieles zerbricht, doch hier funktioniert noch sehr vieles – noch. Wir haben ein funktionierendes Stromnetz und eine Wasserversorgung für alle. Wir haben eine Eisenbahn, welche grösstenteils pünktlich und zuverlässig fährt – ausser es fährt gerade mal die Deutsche Bahn im Netz, dann gibt es Verspätungen –, eine Versorgungssicherheit, welche sicherstellt, dass niemand Hunger leiden muss, und wir leben in Freiheit und Sicherheit. Das sind Dinge, von denen Millionen Menschen auf der Welt nur träumen



können. Doch genau dieses geniale Schweizer Fundament ist heute bedroht.

Durch die masslose Einwanderung in die Schweiz haben wir ein ungebremstes Wachstum, welches unser Land zerreisst. Habe ich eben noch davon gesprochen, was alles funktioniert, sieht man bereits heute Tendenzen, welche nichts Gutes erahnen lassen. Die Schweiz ist nun mal, wie sie ist: klein, begrenzt, eingebettet zwischen Bergen, Seen und einigen wenigen städtischen Gebieten. Wir haben, Gott sei Dank, keine Absichten und auch gar keine Möglichkeit, uns auf Kosten anderer zu vergrössern. Wenn die Bevölkerung aber so massiv weiterwächst, dann zerstören wir das, was uns heute stark macht.

Die Bahnhöfe und Züge sind übertoll, die Strassen sind laufend verstopft, sogar auf Bergwanderungen steht man sich neuerdings auf den Füssen herum. Der Wohnraum wird knapp und unbezahlbar. Und ich staune, dass die linke Seite nicht merkt, wo der Wurm drin ist. Unsere Natur – Wiesen, Wälder und Felder – verschwindet immer mehr unter Beton. Und zu guter Letzt verlieren wir unseren föderalistischen Zusammenhalt, die gelebte direkte Demokratie und das Vertrauen in eine funktionierende Schweiz. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Nachkommen nur noch aus dem Geschichtsbuch erfahren dürfen, was unsere Vorfahren einst für ein grossartiges und funktionierendes Land aufgebaut hatten, welches wir wohl mit Ignoranz und Dummheit in Kürze zerstört haben werden. Vorhin hat mein Kollege Gianini die Initiative eine Chaos-Initiative genannt. Herr Gianini, das Chaos ist da. Schauen Sie mal, wie es auf Bahnhöfen, auf Strassen zu- und hergeht: überall Dichtestress. Das ist nicht nur ein Modewort, es ist so.

Wir wollen eine Schweiz, die für Menschen da ist, die ihre Freiheit bewahrt, ihre Natur schützt und ihre Stabilität sichert. Wir haben nur diese eine Schweiz, und wir haben die Verantwortung, diese zu bewahren – nicht aus Angst vor Fremden, sondern aus Liebe zur Schweiz.

Glärner Andreas (V, AG): Per me è un piacere poter rivolgere il mio saluto in italiano. Aber jetzt mache ich auf Deutsch weiter.

Die Schweiz platzt aus allen Nähten, wir merken es. Der ÖV kommt an den Anschlag. Die Staustunden haben einen Rekordwert erreicht. Seit einiger Zeit steht man sogar samstags und sonntags im Stau. Auf dem Nationalstrassennetz wurden 2023 insgesamt 48 807 Staustunden gezählt. Das war ein Zuwachs von 22 Prozent gegenüber 2022. 2024 ging es weiter, und zwar auf 55 569 Staustunden, ein Anstieg von 14 Prozent. Die Verkehrsüberlastung ist der Grund für diese Staustunden. Nur 10 Prozent sind auf Baustellen und Unfälle zurückzuführen.

Aber reden wir von unseren Schulen. An unseren Schulen müssen wir inzwischen Schweizer Kinder integrieren. Ein unrühmliches Beispiel ist Spreitenbach, wo 85 Prozent aller Kinder Migrationshintergrund haben, oft kombiniert mit Bildungsferne. Es gibt Schulhäuser, in denen aufgrund der Zusammensetzung der Schülerschaft nur noch versucht wird, die Multikulturalität zu verwalten. Wissen wird längst keines mehr vermittelt. Das alles verursacht gigantische Kosten bei

AB 2025 N 1848 / BO 2025 N 1848

immer schlechteren Ergebnissen – Pisa lässt grüssen. Es wird also immer teurer, dümmer zu werden.

Die Kriminalität hat ein Rekordniveau erreicht. Häusliche Gewalt, das Standardrepertoire gewisser Volksgruppen zur Lösung von Problemen, beschäftigt Justiz und Gerichte – die Kriminalitätsstatistiken sprechen Bände. Auch wenn gewisse Regierungsräte der SP die Polizei inzwischen angewiesen haben, Kleindelikte nicht mehr zu rapportieren, schnellen die Zahlen trotzdem in die Höhe. Unsere Frauen sind nachts nicht mehr sicher, sogar als Mann fühlt man sich im Gewimmel und im Beisein von gewissen Volksgruppen wirklich unwohl.

Und wir laufen nicht zuletzt wegen dieser Zuwanderung in eine gewaltige Versorgungskrise beim Strom. Denn die gleichen Träumer, die Mühleberg abschalten liessen und sich auf den Flatterstrom aus "Windrädli" und PV-Anlagen verlassen, wollen uns ja Ölheizungen und Benzinautos verbieten. Die Folge ist noch mehr Strombedarf, aber leider zur ungünstigsten Zeit, nachts, wenn ihre schwarzen "Plättli" keinen Strom liefern.

Der Wohnraum ist knapp und bald unbezahlbar. Die gleichen Kreise, die jede Umzonung, jedes Bauprojekt verhindern wollen und gleichzeitig die freie Zuwanderung fordern, beklagen nun die Wohnungsnot. Zu allem Elend berufen sie sich dann gleich noch auf die altbekannten sozialistischen Rezepte wie Wohnraum- oder Mietzinsbeschränkung. Ebenso wird die Zubetonierung der Schweiz beklagt, zu Recht; aber wenn man tatsächlich und buchstäblich jedes Jahr Hunderttausende einfach so einwandern lässt, braucht es halt Wohnraum.

Unsere Sozialämter sind komplett überfordert und zahlen einfach nur noch aus, so hat man am wenigsten Ärger. Dass es dann für die Gemeinden unbezahlbar wird, ist nicht so tragisch, man kann ja die Steuern erhöhen. Ebenso verhält es sich bei den Notfallstationen unserer Spitäler. Plötzlich brauchen wir Security am Eingang, aber das wohl nicht wegen der Patienten aus dem Schächental.



Ein gut ausgebauter Sozialstaat und die freie Zuwanderung sind nicht miteinander vereinbar. Integration ist eine Frage der Menge. Unsere Schweiz löst sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser. Wir sind fremd im eigenen Land. Holen wir uns unsere Schweiz zurück, stoppen wir diese Masseneinwanderung, wie dies schon seit 2014 in der Verfassung steht.

Nehmen wir endlich das Heft wieder selber in die Hand, genug ist genug. Es ist Zeit zum Handeln.

Funciello Tamara (S, BE): Es stellt sich die Frage, ob es nötig ist, zu dieser Initiative zu sprechen, bei der 115 Parlamentarier und Parlamentarierinnen das Wort ergreifen. Was soll man da noch sagen, welches Argument soll man da noch bringen? Ich habe mich gefragt, ob es wichtig ist, meine Stimme gegen diese Initiative zu erheben, wo es doch so viele vor mir getan haben und noch so viele nach mir tun werden. Bertolt Brecht sagte, wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Es geht nicht nur darum, hier in diesem Saal diese Initiative abzulehnen, es geht nicht nur darum, sie an der Urne abzulehnen, es geht darum, dem entgegenzustehen, was moralisch und faktisch falsch ist. Es geht darum, unsere Stimme zu erheben gegen einen Diskurs, der unsere Gesellschaft vergiftet, der viel weiter geht als diese Initiative, ein Diskurs, der nicht nur moralisch falsch ist, sondern eben auch faktisch falsch ist.

Er ist faktisch falsch, weil es keine Massenmigration gibt – Sie können es noch so lange behaupten –, weder in die Schweiz noch nach Europa. Die Zahl der Asylgesuche geht zurück, die Anzahl der Menschen, die einwandern, auch. Was übrigens auch zurückgeht, ist unsere Geburtenrate. Eine zukunftsgerichtete Frage ist also nicht, wie wir erreichen können, dass weniger Leute kommen, sondern die Frage ist, wie wir es mittelfristig schaffen können, nicht zu überaltern. Der Diskurs ist faktisch falsch, weil er den Schwächsten der Gesellschaft die Schuld in die Schuhe schiebt für das Unrechte, das die Stärksten begangen haben. Die Mieten steigen, weil Immobilienbesitzer seit Jahrzehnten das Gesetz brechen und sich illegal bereichern. Falls es keinen Platz hat im ÖV, so hat das mit Kürzungen, schlechter Planung und mangelnden Investitionen zu tun oder, anders ausgedrückt, mit kurzsichtiger Finanzpolitik. Diese Diskussion ist "falsch, falsch, falsch", wie das die europäische Abgeordnete Abir Al-Sahlani vor Kurzem im Europäischen Parlament beschrieb; diese Diskussion ist faktisch und moralisch falsch.

Genau darum bin ich nicht bereit, einen solchen Diskurs mitzutragen, bei dem der Wert von Menschen anhand ihrer Passfarbe und ihrer Funktion in der Gesellschaft definiert wird. Ich bin nicht bereit, Menschen die Schuld in die Schuhe zu schieben für Probleme, die andere verursacht haben, nur weil sie weniger Macht, weniger Einfluss und kein Stimmrecht haben in dieser Gesellschaft. Ich bin nicht bereit, einen Diskurs mitzutragen, der so tut, als wäre Gut und Böse angeboren und gekoppelt an die Passfarbe – ein Diskurs, der den Begriff "Rasse" mit dem Begriff "Kultur" verschleiert, Gewalt zum Problem der anderen macht, statt endlich Verantwortung zu übernehmen.

Ich habe entschieden, das Wort nochmals zu ergreifen, weil ich nicht zuschauen werde, wie Parteien sich nach rechts bewegen, sich bei der SVP anbiedern, bereit sind, Zugeständnisse auf Kosten der Schwächsten zu machen, statt Rückgrat zu zeigen. Es geht mir hier nicht um den Wortlaut dieser Initiative. Es geht mir hier um Prinzipien, um Grundsätze, um Menschenrechte. Ich habe das Wort ergriffen, weil es nicht reicht, diese Initiative abzulehnen. Wir müssen diesen Diskurs und die daraus entstehende Entrechtung, Abwertung und Ausgrenzung von Menschen entschieden bekämpfen, und zwar von Beginn weg, in allen Belangen, als Prinzip und nicht als Kalkül.

Also an alle, die sich fragen, ob sie ihre Stimme nochmals erheben wollen: Die Antwort ist Ja. Die Antwort ist immer Ja.

Glur Christian (V, AG): Die Bevölkerung hat genug, genug davon, dass jedes Jahr Zehntausende Menschen zusätzlich in unser Land kommen und wir trotzdem so tun, als hätte dies keine Folgen. Die Schweiz zählt heute über 9 Millionen Einwohner. Wenn wir nichts ändern, werden wir in wenigen Jahren die Marke von 10 Millionen überschreiten. Genau das will die Nachhaltigkeits-Initiative verhindern. Denn die Menschen draussen spüren es Tag für Tag: Sie zahlen Mieten, die für Normalverdienende kaum mehr bezahlbar sind; sie stehen im Stau auf Strassen und Autobahnen oder sitzen in überfüllten Zügen; sie erleben, wie Schulen, Spitäler und öffentliche Einrichtungen an ihre Grenzen stossen.

Es ist nicht ehrlich, zu behaupten, dass wir dieses Tempo der Zuwanderung einfach weiterführen können. Die Schweiz ist ein kleines Land, die Fläche ist begrenzt, die Natur und die Landschaften können nicht beliebig belastet werden, und die Sozialwerke stehen schon heute unter Druck. Die Bevölkerung hat genug von Ausreden und Vertröstungen. Sie verlangt, dass wir die Ursache der Probleme endlich anpacken. Die Ursache ist die ungebremste Zuwanderung.

Natürlich braucht die Wirtschaft Arbeitskräfte. Aber es kann nicht die Lösung sein, jedes Problem einfach



mit noch mehr Zuwanderung zu lösen. Unsere Aufgabe ist es, zuerst an die Lebensqualität der Bevölkerung zu denken, an die Sicherheit und an die Zukunft der kommenden Generationen. Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative setzt genau hier an. Sie zieht eine klare Grenze. Sie sagt Ja zu einer offenen und erfolgreichen Schweiz, aber Nein zu blindem Wachstum, das unsere Heimat überlastet.

Mit dieser Initiative schaffen wir Ordnung, Verlässlichkeit und Respekt gegenüber allen Menschen, die hier leben und arbeiten. Darum appelliere ich an Sie: Hören Sie auf die Bevölkerung, die Leute haben genug; sie wollen, dass wir Verantwortung übernehmen und die Zuwanderung wieder unter Kontrolle bringen.

Unterstützen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative zum Wohl unseres Landes und zum Wohl der kommenden Generationen!

Grüter Franz (V, LU): Die Schweiz zählt bereits heute über 9 Millionen Einwohner. Jahr für Jahr wächst die Bevölkerung – nicht wegen der Geburtenrate, sondern fast ausschliesslich wegen der masslosen Zuwanderung. Allein 2022 kamen netto über 180 000 Menschen zusätzlich in unser Land. Das

AB 2025 N 1849 / BO 2025 N 1849

entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Basel. In nur einem Jahr stopfen wir die Bevölkerung der drittgrössten Schweizer Stadt in unser Land. Wenn wir so weitermachen, haben wir in wenigen Jahren eine 10-Millionen-Schweiz. Dafür ist unser Land infrastrukturell schlicht nicht gebaut. Es sprengt alle Limiten.

Was sind die Folgen dieses Wachstums? Unsere Infrastruktur stösst längst an ihre Grenzen. Die Stautunden haben sich seit 2007 verdreifacht. Die Wohnungsnot wird immer dramatischer. Vier von fünf Wohnungen der letzten zwanzig Jahre mussten einzig gebaut werden, um das Bevölkerungswachstum einigermaßen zu bewältigen. Die Mietpreise explodieren, die Spitäler sind überlastet. In vielen Schulklassen stellen Kinder mit Migrationshintergrund die Mehrheit dar. Unsere Sozialwerke werden stark strapaziert. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen sind Ausländer, auch wenn der Anteil der Ausländer an den Erwerbspersonen nur ein Viertel beträgt. Besonders gravierend: Unsere Natur wird zubetoniert. Täglich verschwinden Grünflächen im Umfang von fast acht Fussballfeldern.

Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig. Sie gefährdet unsere Energieversorgung, unsere Ernährungssicherheit, unsere Lebensqualität und unsere Umwelt – oder kurz gesagt: die Zukunft unseres Landes. Unsere Initiative zieht klare und vernünftige Grenzen. So darf die ständige Wohnbevölkerung vor 2050 die 10-Millionen-Marke nicht überschreiten. Das Ziel ist nicht Abschottung. Auch mit dieser Initiative können jährlich rund 35 000 Menschen in unser Land einwandern. Wer hier sagt, ab 2050 sei fertig, es dürfe niemand mehr kommen, dem muss ich sagen: Dem ist nicht so. Selbstverständlich können wir als Schweiz, wie viele andere klassische Einwanderungsländer – ich denke an Australien, Kanada usw. –, auch nach 2050 festlegen, wen wir brauchen, und eine sogenannte selektive Zuwanderung machen. Wenn Sie Maurer, Bäcker, Pflegepersonal oder Ärzte brauchen, können Sie diese Leute ins Land holen. Aber es können nicht mehr alle einfach hierherkommen. Viele andere Staaten machen das erfolgreich vor. Deshalb ist es auch nach 2050 problemlos möglich, hier den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Was die Zuwanderung angeht, lebt die Schweiz heute am Limit. Wir sind alle betroffen: überfüllte Züge, steigende Krankenkassenprämien, hohe Mieten, die Energieversorgung usw. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir handeln. Ich glaube, wir bieten hier der Schweizer Bevölkerung ein echtes Modell, eine Lösung, wie man diesem Problem Rechnung tragen kann.

Ich bitte Sie daher eindringlich: Unterstützen wir diese Initiative. Sagen wir Nein zur 10-Millionen-Schweiz und Ja zu einer nachhaltigen und lebenswerten Zukunft.

Golay Roger (V, GE): L'expression clé de l'initiative est "développement durable de la population". Ce n'est rien de moins que le titre du nouvel article 73a de la Constitution fédérale qui nous est proposé. Il faut donc tuer dans l'oeuf les arguments de tous ceux qui veulent voir dans cette initiative un rejet de toute immigration ou encore l'opposition à toute coopération accrue avec l'Union européenne. Ce ne sont tout simplement pas les sujets. Il s'agit de constater que la population suisse croît de manière effrénée – que l'on juge par les chiffres – et que cela constitue une véritable explosion démographique. En 1861, nous étions 2,5 millions. En 1961, 5,5 millions, soit un peu plus du double en 100 ans. En l'an 2000, 7,2 millions, soit déjà 30 pour cent de plus en 30 ans. Et, enfin, en 2024, 9 millions, soit 25 pour cent de plus en 25 ans. Pendant tout ce temps, le territoire de la Suisse n'a pas grandi. Les montagnes ne se sont pas aplaties et les lacs ne se sont pas asséchés. La population et les infrastructures qui lui sont nécessaires occupent de plus en plus densément le territoire habitable. Il est indéniable que la prospérité de la Suisse a crû de manière incroyable durant ces décennies, voire siècles. On peut sans autre affirmer aussi que, pendant longtemps, un certain accroissement de la population et la réalisation d'infrastructures modernes ont été bienvenus. Cependant, aujourd'hui, la



Suisse est près d'avoir atteint sa pleine capacité d'absorption et de développement. La baignoire est presque pleine. Les effets positifs de la croissance à tout va commencent à être supplantés par les effets négatifs. La qualité de vie tend maintenant à baisser, ployant sous la conséquence de la charge humaine. Il faut contrôler l'évolution démographique pendant quelque temps. Interdire de passer 10 millions d'habitants stables avant 2050, c'est permettre au pays de souffler un peu, de réfléchir au reste du XXI^e siècle. S'il faut relâcher la bride, on pourra de nouveau changer la Constitution. S'il faut maintenir le plan, le nouveau texte restera en vigueur. Le peuple et les cantons maîtriseront pleinement le destin du pays. Comment, jusqu'en 2050, le faire sans casser la prospérité de la Suisse ? Il faudra sans doute se montrer ici ou là restrictif : asile, immigration du troisième cercle, regroupement familial et j'en passe. Il faudra mieux planifier, mieux distribuer les emplois sur le territoire, mieux orienter les jeunes vers les métiers à déficit d'employés. Le sujet n'est pas simple, j'en suis conscient, mais on ne peut pas voir le bateau helvétique se charger, hors de tout contrôle, de millions d'êtres humains supplémentaires qu'il ne peut assumer sans porter atteinte à la sécurité et au bien-être de chacun. Je vous invite donc à proposer l'acceptation de cette initiative, afin de préserver nos paysages, notre santé, notre identité, nos prestations sociales, nos transports en commun, nos voies de communication, nos logements, et bien d'autres domaines, contre une immigration incontrôlée qui affecte incontestablement notre qualité de vie. Nous sommes tous pour une croissance démographique, mais cela pour autant qu'elle soit raisonnable.

Hässig Patrick (GL, ZH): Was wollen wir? Wollen wir eine starke Schweiz erhalten oder uns ins eigene Knie schiessen? Sagen wir bald, alle Rottenmeiers bleiben draussen, Heidi will für sich sein? Die Schweiz ist ein urbanes, modernes, top funktionierendes Land und längst kein mit Balkongeranium geschmücktes Alpendorf mehr. Als sehr erfolgreiches Land sind wir auf Zuwanderung ebenso angewiesen wie auf den Zugang zu den Märkten Europas, in Zeiten von 39-Prozent-Zöllen sogar noch ein wenig mehr.

Die GLP lehnt die als Nachhaltigkeits-Initiative verschleierte Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit ab. Diese Initiative ist ein massives Risiko für die bilaterale Zusammenarbeit mit Europa. Genau diese erfolgreiche Zusammenarbeit wurde vom Schweizer Stimmvolk wiederholt klar angenommen und wird weiterhin grossmehrheitlich befürwortet.

Zudem sollte hier noch einmal deutlich festgehalten werden: Diese Initiative regelt nicht die Asylpolitik oder behebt beklagte Missstände im Asylwesen. Diese Initiative zielt auf die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ab, auf die Zuwanderung, die nur über einen gültigen und unbefristeten Arbeitsvertrag möglich ist. Die Initianten versuchen hiermit die Stimmbevölkerung hinters Licht zu führen, sie vermischen Asylsuchende mit dem Zuzug von Fachkräften mit Arbeitsvertrag.

Die GLP stellt mit Genugtuung fest, dass sich sämtliche andere Parteien gegen die schädliche Kündigungs-Initiative der SVP stellen und sich zum bilateralen Weg bekennen. Wir wollen keinen EU-Beitritt. Wir wollen mit den Bilateralen III die guten Beziehungen zu Europa weiterführen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Zuwanderung von Fachkräften kann nicht von heute auf morgen mit einer Barriere und einem Stoppschild eingestellt werden. Ohne Zuwanderung würde unsere Gesamtbevölkerung schrumpfen. Ohne sie fehlten, wir haben es wiederholt gehört, Pflegefachpersonen, Ärztinnen im Spital, Leute in der Gastronomie, in der Hotellerie, aber auch Forscherinnen und Forscher. Gewisse Menschen hier wünschen sich Zeiten wie in den Neunzigerjahren zurück, als Zürich noch eine offene Drogenszene hatte und alle unsere ÖV-Verbindungen schlechter waren. Heute haben wir mit der S-Bahn einen Viertelstundentakt, früher hatten wir einmal pro Stunde oder einmal am Tag ein Postauto. Heute ist das nicht mehr der Fall. Die Steuereinnahmen waren deutlich tiefer, die Arbeitslosigkeit war fast doppelt so hoch wie heute. Nein, ich wünsche mir diese Zeiten nicht zurück. Schauen Sie ins Ausland: Es geht uns in ganz vielen Bereichen besser. Warum? Weil wir eben genau mit diesen

AB 2025 N 1850 / BO 2025 N 1850

Bilateralen Verträgen seit Jahren erfolgreich sind. Diese Verträge werden durch diese Nachhaltigkeits-Initiative zum Abschluss freigegeben. Ja, wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Nur, anstatt unsere Bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit aufs Spiel zu setzen, müssen wir unser inländisches Arbeitskräftepotenzial besser ausschöpfen. Das ist zentral, so können wir die Zuwanderung dämpfen. Wir sollten unsere Pflegefachpersonen und Ärzte endlich selber ausbilden, anstatt sie aus dem Ausland zu rekrutieren. Die GLP-Fraktion hat in dieser Woche diesbezüglich diverse Vorstösse eingereicht. Da müssen wir ansetzen und nicht mit einer solchen Stoppschild-Initiative. Diese Kündigungs-Initiative ist keine Lösung. Wir machen unseren Erfolg damit selber kaputt.

Empfehlen Sie die Initiative zur Ablehnung.



Crottaz Brigitte (S, VD): Encore une fois, nous avons droit au grand classique de l'UDC avec cette initiative, qui ne propose pas un débat honnête sur les conséquences de l'immigration, mais une vision simpliste et une obsession de faire croire que tous les problèmes découlent de l'immigration.

Elle sert à entretenir la méfiance et le réflexe de dire que, si tout va mal, c'est la faute des étrangers. Elle sert également à banaliser les discours xénophobes qui montent partout en Europe et à détourner l'attention des vrais problèmes que sont les inégalités sociales, la spéculation immobilière, la stagnation salariale ou encore le dérèglement climatique.

Für die Initianten sind die Ausländer an allem schuld. Zu viele Staus auf der Autobahn, steigende Mieten: Die Ausländer sind schuld und bedrohen damit unsere Nachhaltigkeit.

Cette préoccupation pour la durabilité est certes louable, mais juste surréaliste lorsqu'elle provient d'un parti dont les données d'Ecorating démontrent qu'il n'a que 4 pour cent de votes respectueux de l'environnement et de la durabilité, alors que le PS, les Verts et les Vert'libéraux ont des scores entre 95 et 100 pour cent sur ce sujet.

Soyons clairs, cette initiative n'a rien à voir avec la durabilité. C'est une campagne de communication déguisée. Dix millions est de plus un chiffre sorti d'un chapeau, absurde et arbitraire. Il n'y a aucun fondement scientifique ni économique démontrant que 10 millions serait un seuil optimal. La durabilité ne dépend pas d'un nombre, mais de politiques intelligentes en termes d'aménagement du territoire, d'infrastructures et de protection de l'environnement, mais il est bien plus simple d'agiter l'épouvantail de l'étranger. Il y a aussi une savoureuse dose d'hypocrisie, car ce sont principalement les travailleuses et travailleurs venus de l'étranger qui font tourner nos PME, hôpitaux, hôtels, chantiers ainsi que le secteur de l'agriculture.

Vouloir limiter la Suisse à 10 millions d'habitants, c'est moins de main-d'oeuvre, moins de prospérité, moins de contribuables, moins de recettes fiscales et, enfin, moins d'actifs, donc des retraites menacées. L'immigration est un pilier de notre équilibre démographique. La Suisse, comme beaucoup de pays européens, fait face à une natalité trop faible pour maintenir en l'état la part des travailleurs actifs et, en parallèle, la population vieillit. Sans une immigration raisonnable, nous risquons d'être confrontés à un déséquilibre démographique majeur. Limiter arbitrairement la population à 10 millions équivaldrait à couper une partie essentielle du levier qui nous permet de rester en équilibre social, économique et démographique.

On le sait, les initiants ne sont pas seulement hostiles aux étrangers, mais aussi aux accords avec l'Union européenne. L'initiative menace clairement la voie bilatérale en exigeant que des mesures législatives soient prises si la population dépasse 9,5 millions et que les accords internationaux favorisant la croissance démographique soient renégociés, voire dénoncés. Cela inclut notamment l'accord sur la libre circulation des personnes avec l'Union européenne, qui est un élément central de nos accords bilatéraux, nécessaire pour le commerce, l'investissement, la mobilité des travailleurs et l'accès aux marchés. Dénoncer ou compromettre ces accords, c'est mettre en péril des secteurs entiers de notre économie et notre compétitivité. Implicitement et sournoisement, cette initiative n'est rien d'autre qu'une tentative de dynamiter nos accords bilatéraux avec l'Union européenne.

Je ne nie pas que l'immigration amène des défis, mais ceux-ci peuvent et doivent être anticipés en prévoyant des infrastructures, des logements, des transports, des services publics adaptés, une planification urbaine soucieuse de qualité et de durabilité. Toutes ces politiques se font plus efficacement dans un cadre ouvert et flexible, et non par des plafonds constitutionnels rigides. Ces défis ne sont par ailleurs pas propres à l'immigration, mais aussi liés à la croissance démographique naturelle, au flux des pendulaires, au tourisme et à l'urbanisation interne.

In conclusione: la Svizzera che vogliamo è una Svizzera forte, giusta, prospera, capace di conciliare sostenibilità e apertura.

Une Suisse qui ne cède pas à la peur de l'étranger, mais qui reconnaît que la diversité, la mobilité et l'interaction internationale nous enrichissent économiquement, culturellement et démographiquement. Une Suisse qui assume ses obligations internationales, protège ses accords, tout en veillant à ce que l'immigration soit maîtrisée, équitable et profitable pour tous.

Voter non à cette initiative, ce n'est pas un appel à une immigration incontrôlée, mais un refus de l'arbitraire, du repli sur soi et des peurs infondées.

Graber Michael (V, VS): Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz? Dieser Frage wich der zuständige SP-Bundesrat Beat Jans aus, als er beim Besuch am Kollegium in Brig danach gefragt wurde. Grenzen seien grundsätzlich etwas Schlechtes, so seine allgemeine Antwort. Micheline Calmy-Rey, seine Vorgängerin im Bundesrat, stellte sogar das Bevölkerungswachstum infrage. Es gäbe Experten, die behaupten würden, die 10-Millionen-Marke werde nie erreicht. Das sagte die frühere SP-Bundesrätin neulich in einem Podcast



von "Le Temps". Micheline Calmy-Rey, die Zuwanderungsleugnerin. So weit geht Kollege Cédric Wermuth nicht. Ihm mache die Zuwanderung und deren Auswirkungen auf die Infrastruktur aber keine Angst, sagte er im November 2024 in einem Interview mit dem "Tages-Anzeiger". Zitat des SP-Copräsidenten: "12 Millionen Menschen in der Schweiz? Das ist kein Wunsch von mir, aber es ist machbar." 12 Millionen Menschen in der Schweiz sind machbar – das erinnert frappant an Angela Merkels "Wir schaffen das". Und wie es mittlerweile um Deutschland steht, wissen wir alle.

Die Masseneinwanderung ist kein Naturgesetz. Die Masseneinwanderung ist nicht gottgegeben. Die Masseneinwanderung macht uns auch nicht reicher, nicht vermögender. Im Gegenteil, seit Corona ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Schweiz rückläufig. Nein, die Masseneinwanderung ist politisch gewollt: von den Wirtschaftsverbänden, vom Bundesrat, von diesem Parlament, vor allem von der Linken. Die SP kann mit einer 12-Millionen-Schweiz gut leben, kein Problem. SP-Bundesrat Jans will gar keine Obergrenze, ja überhaupt keine Grenzen und somit auch keine Schweiz. Beat Jans will das Land unter der Zuwanderung vergraben, und Micheline Calmy-Rey leugnet die Massenzuwanderung.

In der "NZZ" war zu lesen, dass alle 6 Minuten und 35 Sekunden eine Person in die Schweiz einwandert. Also praktisch im gleichen Rhythmus, wie wir hier wechselseitig ans Rednerpult schreiten, überschreitet eine neue Person die Landesgrenze, um zu bleiben. Das sind 219 Personen pro Tag, das entspricht dem vollbesetzten Nationalratssaal samt Mitarbeitern der Parlamentsdienste – jeden Tag. Seit wir die Personenfreizügigkeit haben, sind netto über eineinhalb Millionen Menschen in die Schweiz gekommen. Gleichzeitig sprechen alle von einem Fachkräftemangel. Ja, wer ist denn gekommen? Wer waren denn diese 1,5 Millionen Menschen? Was haben diese für unser Land geleistet?

Im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung werden die Schweizerinnen und Schweizer schon heute von allen Seiten eingeschüchtert – vom Bundesrat, von der Mehrheit dieses Parlamentes, von der Verwaltung und von den Mainstream-Medien. Man macht ihnen Vorwürfe, dass sie die Schweizer Wirtschaft gefährdeten oder dass sie ausländerfeindlich seien. Man hält dem Schweizervolk vor, dass es sich zu schade sei, angeblich dreckige Arbeit zu machen. Was für eine

AB 2025 N 1851 / BO 2025 N 1851

Arroganz gegenüber allen Menschen, ob Schweizer oder Ausländer, die jeden Tag den Wecker stellen und dafür sorgen, dass dieses Land vorwärtskommt.

Doch der Wind da draussen, auch wenn Sie das noch nicht gemerkt haben, hat längst gedreht. Die Personenfreizügigkeit ist immer noch eine heilige Kuh, aber nur in den Glaspalästen von Brüssel und hier im Bundeshaus. Gehen Sie mal um 17 Uhr nach einem langen, strengen Arbeitstag Zug fahren, aber nicht mit dem GA erster Klasse, das uns die Steuerzahler subventionieren. Gehen Sie mal an eine Wohnungsbesichtigung im Raum Zürich, im Raum Basel oder auch in Visp. Gehen Sie und erklären Sie einer jungen Familie, wie sie Eigentum erwerben und sich eine Zukunft aufbauen soll. Und fragen Sie die Menschen da draussen, die normalen Menschen, die ein normales Leben führen wollen, wie viel Zuwanderung die Schweiz verträgt. Wir von der SVP sind der Meinung, dass 10 Millionen Menschen genug sind, mehr als genug. Mehr geht ganz sicher nicht.

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH): Ein neuer Name, kühn und grün, soll alte Mauern überziehen, doch hinter Wörtern, glatt und rein, steckt nichts als fauler Schein.

Glauben wir wirklich, dass wir mit einer fixen Zahl die Probleme lösen können? Eine Grenze auf dem Papier ordnet keine Realität. Als ich den Namen dieser Initiative das erste Mal las, war ich fast überrascht: "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)". "Nachhaltigkeit", ausgerechnet von der SVP, die bisher jede echte Nachhaltigkeitsvorlage bekämpft hat. Ein Hoffnungsschimmer? Leider nein. Schnell wurde klar: Mit Nachhaltigkeit hat das nichts zu tun. Der Titel ist reine Taktik, politischer Etikettenschwindel, der an Satire grenzt, denn diese Initiative verfällt gleich zweifach, sie ist ein Etikettenschwindel in doppelter Hinsicht:

1. Es geht in keiner Weise um ökologische Nachhaltigkeit. Anders als die Umweltverantwortungs-, die Biodiversitäts- oder die Trinkwasser-Initiative, die die EVP unterstützt, nimmt diese Vorlage das Thema Umwelt schlicht nicht auf. Das ist kein Zufall, das ist die Haltung der SVP.

2. Die Initiative erreicht nicht einmal das, was sie selbst verspricht. Im Argumentarium heisst es, man wolle eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung fördern. Doch die Realität sieht anders aus: Es herrschen demografischer Wandel und Fachkräftemangel.

Die Schweiz steht vor einem massiven demografischen Wandel. Ja, die Bevölkerung wächst kurzfristig. Wegen



der tiefen Geburtenrate wird sie aber zugleich älter. Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt, und unsere Wirtschaft ist immer stärker auf ausländische Fachkräfte angewiesen.

Der Fachkräftemangel ist heute schon Realität und wird sich verschärfen. Ganz Europa steht vor derselben Herausforderung. Wir treten in einen harten Wettbewerb um junge, qualifizierte Arbeitskräfte ein. Ausgerechnet in diesem Moment will die Initiative die Schweiz abschotten. Damit schwächen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit, noch bevor der Wettbewerb richtig losgeht. Für unseren Wohlstand und die Zukunft der Schweizer Wirtschaft wäre das fatal – ein Rückschritt für die Zukunft.

Dazu kommt: Langfristig werden die Bevölkerungszahlen nicht steigen, sondern sinken. Der Geburtenrückgang wirkt. Das heisst, wir müssen uns ohnehin auf einen Bevölkerungsrückgang einstellen, mit allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Migration wird eines der wenigen Mittel sein, um diese Folgen abzufedern. Genau das will die Initiative aber verhindern.

Darum lehnt die EVP diese Schein-Nachhaltigkeits-Initiative klar ab. Denn sie löst kein Problem, sie schafft neue. Wir unterstützen aber den direkten Gegenentwurf, der klar aufzeigt, dass wir die Herausforderungen angehen müssen, aber nicht auf eine scheinheilige Weise.

Büchel Roland Rino (V, SG): Lieber Freund, ich schätze Sie ja wirklich. Ich habe jetzt gehört, dass Sie ein Poet sind. Und ich würde sagen:

Lieber Gugger Nik,

mit einem Gedicht

kommt man vielleicht im "Blick",

doch die Probleme löst man nicht.

Was tun Sie, um diese Probleme wirklich anzugehen? Sie reden davon, dass die Bevölkerungszahl zurückgeht, aber das ist doch utopisch. Was tun Sie wirklich, um die steigende Bevölkerungszahl einzudämmen?

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH): Sie haben mir ja gut zugehört, Herr Büchel; ich danke Ihnen und bin froh, dass das Gedicht Sie zum Nachdenken gebracht hat. Es ist mir wichtig zu sagen: Auch Sie wollen die Wirtschaft fördern, Sie wollen, dass wir hier in der Schweiz unseren Wohlstand erhalten können. Ich habe klar gesagt – das ist wissenschaftlich erwiesen –, dass wir einen Geburtenrückgang haben und wir mehr Leute brauchen. Ich habe auch klar gesagt, dass wir uns nicht einfach an eine fixe Zahl halten können. Darum halte ich fest und gebe Ihnen als Antwort: Bis jetzt sind wir nicht bei 10 Millionen Einwohnern. Ich habe auch klar gesagt, dass wir den Gegenvorschlag der Mitte unterstützen. Das wäre ja die Lösung für Ihr Problem. Für die Unterstützung dieses Gegenvorschlags wäre ich Ihnen sehr dankbar. Das wäre keine Schein-Nachhaltigkeitslösung, weil auch wir sagen, dass man ein Auge auf dieses Thema haben muss.

Egger Mike (V, SG): Herr Gugger, Sie sagten, unsere Initiative hätte nichts mit Nachhaltigkeit zu tun. Ist es denn nicht so, dass 1,7 Millionen Menschen mehr in den letzten 23 Jahren auch mehr Ressourcen verbrauchen?

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH): Das ist in der Tat so, aber wir haben uns auch gesteigert. Auch Sie wollen zum Beispiel im Viertelstundentakt nach Bern fahren können.

Götte Michael (V, SG): Heute sind wir uns gewohnt, dass es zu allem und jedem tiefeschürfende Studien und wortgewaltige Expertenmeinungen gibt. Manchmal sind diese ganz hilfreich, vielfach dienen sie aber eher dazu, das wirklich Entscheidende zu vernebeln. Ganz anders der Volksmund: Dieser setzt auf Erfahrung und den gesunden Menschenverstand und versteht es, die Sache in wenigen Worten auf den Punkt zu bringen. Eine dieser althergebrachten Redewendungen lautet: "Allzu viel ist ungesund." Selbst an sich gute Dinge haben ihre Schattenseiten, sobald sie das vernünftige Mass überschreiten, und dies gilt auch für die Zuwanderung. Ich wohne und arbeite seit jeher in einer Grenzregion der Schweiz. Die Ostschweiz hat immer von einem fruchtbaren Austausch mit dem Vorarlberg und unseren deutschen Nachbarn gelebt. Viele Industrieponie-re kamen aus dem Ausland. Heute müssten die meisten Unternehmen und Institutionen ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Tore schliessen – nur, darum geht es nicht. Nicht die Zuwanderung von Arbeitskräften an und für sich ist das Problem, sondern das Ausmass der Zuwanderung; das ist heute das Problem. Um mich zu wiederholen: Allzu viel ist ungesund. Ein reichhaltiges Essen kann ein Genuss sein, doch im Übermass belastet es uns manchmal bis zum nächsten Tag.

Das Sprichwort "Allzu viel ist ungesund" lehrt uns, bewusst zu wählen. Dies gilt auch für die Bevölkerungsentwicklung. Wo verläuft in der Schweiz die Grenze bei der Zuwanderung? Wann schlägt diese vom Positiven ins Negative um? Die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP gibt darauf eine klare und ehrliche Antwort. Wir wollen,



dass die Schweiz bis ins Jahr 2050 nicht mehr als 10 Millionen Einwohner hat. Unseren Lebensraum können wir nicht vergrössern, wir können aber mit einer massvollen und kontrollierten Zuwanderung dafür sorgen, dass dieser Lebensraum auch für die kommenden Generationen lebens- und liebenswert bleibt. Das von mir zitierte Sprichwort "Allzu viel ist ungesund" ist keine Warnung, es ist auch kein erhobener Zeigefinger, vielmehr ist es eine Einladung und ein Auftrag, das richtige Mass zu finden. Nur dort, wo wir masshalten, kann das Leben in seiner ganzen Vielfalt zur Geltung kommen.

AB 2025 N 1852 / BO 2025 N 1852

Ryser Franziska (G, SG): Die Schweizer Bevölkerung wächst, und zwar, weil unsere Wirtschaftsleistung wächst. Unternehmen wachsen, neue Firmen werden gegründet, Tochterfirmen werden in die Schweiz geholt. Sie alle brauchen Arbeitskräfte, um diese zusätzlichen Stellen zu besetzen, und zwar mehr, als der Arbeitsmarkt in der Schweiz hergibt. Deshalb sind wir auf die Zuwanderung aus dem Ausland angewiesen, auf Personen, die hierherkommen, um zu arbeiten und den Wirtschaftsmotor am Laufen zu halten. Fast 90 Prozent der Zuwanderung kommen aus dem Umland, der EU. Das sind Personen, die mit einem Arbeitsvertrag in die Schweiz kommen oder geholt werden. Die wachsende Bevölkerung ist die direkte Folge Ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik, geschätzte SVP-Fraktion. Das sind, um es mit Goethe zu sagen, die Geister, die Sie riefen.

Ist die wachsende Bevölkerung in der Schweiz denn ein Problem? Das kommt darauf an, wie wir damit umgehen. Der Boden in der Schweiz ist begrenzt, die Produktionsleistung der Schweizer Landwirtschaft ebenfalls, die Verkehrsinfrastrukturen und Energiemengen nur langfristig erweiterbar. Wie wir mit diesen Ressourcen umgehen, ist eine berechnete politische Frage. Das sind die Verteilungsfragen, die wir in diesem Rat diskutieren und lösen müssten. Ansätze dafür sind bekannt, nämlich in den urbanen Räumen verdichten, das 15-Minuten-Dorf als Grundlage der Raum- und Verkehrsplanung etablieren, Energieeffizienz fördern, Food Waste vermeiden, den Flächenbedarf pro Kopf reduzieren.

In questo modo è possibile affrontare gli effetti, anche quelli negativi, di una società basata sulla crescita. Con risposte adeguate a queste questioni di distribuzione, in teoria anche 10, 12 o 16 milioni di persone potrebbero vivere in Svizzera con una buona qualità di vita.

Was Sie mit dieser Initiative aber tun, ist kein Beitrag zur Problemlösung. Es ist eine Sündenbockpolitik:

Sie behaupten, mit einer Begrenzung der Zuwanderung seien all diese Ressourcenfragen gelöst. Der Bevölkerung enthalten Sie aber vor, dass der Raumbedarf, der Energiebedarf und die Mobilität pro Kopf vor allem auch bei den Schweizerinnen und Schweizern stetig zunehmen.

Innerhalb der Zuwanderungsbevölkerung zeigen Sie mit dem Finger auf die Asyl- und Schutzsuchenden, die gerade einmal 12 Prozent der Zuwanderung ausmachen. 12 Prozent! Da sind kriegsvertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer, von Gewalt bedrohte Afghaninnen, politische Geflüchtete aus Syrien mit dabei, also alle, zu deren Schutz uns unsere humanitäre Tradition verpflichtet.

Sie versuchen, die verbleibende Menschlichkeit aus dem Migrationswesen zu verdrängen. Sie wollen den Saisonnierstatus wieder einführen. Dieser Status ohne Familiennachzug sorgte dafür, dass viele papierlose Frauen und Kinder in den prekärsten Lebens- und Arbeitsverhältnissen lebten. Dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte wollen Sie wieder aufleben lassen.

Sie wollen die Bilateralen Verträge kündigen, obwohl wir seit der Einführung der Personenfreizügigkeit einen wirtschaftlichen Aufschwung hatten, obwohl 500 000 Schweizerinnen und Schweizer unbürokratisch in der EU arbeiten können, obwohl unsere KMU auf den barrierefreien Zugang zu den europäischen Märkten angewiesen sind, obwohl unsere Studierenden enorm von den Austauschprogrammen mit der EU profitieren, obwohl wir kulturell, sicherheitspolitisch und wertebedingt mit Europa zusammenarbeiten müssen.

Immerhin ist Ihrer Initiative zuzugestehen, dass diese letzte Massnahme insofern konsistent ist, als Sie damit das Wirtschaftswachstum in der Schweiz mit der Brechstange stoppen würden und damit unseren Wohlstand und unsere Sicherheit ganz direkt torpedieren. Das macht diese SVP-Initiative zur Antiwachstums- und Antiwohlfstands-Initiative.

Nur, bis anhin bietet die SVP nicht Hand, um sinnvolle Massnahmen vorzubereiten, die für die Verträglichkeit mit weniger Wirtschaftswachstum notwendig wären. Dies betrifft etwa erneuerbare Energien, die Entkopplung der Altersvorsorge von den Aktienmärkten, die Ressourceneffizienz, geschlossene Kreisläufe, den sozialen Ausgleich. Ohne solche Massnahmen wird diese Initiative die Schweiz in ein Chaos stürzen.

Wer Verantwortung für die Schweiz übernimmt, lehnt die Initiative deshalb ab.

Bürgi Roman (V, SZ): Wir diskutieren über unsere Nachhaltigkeits-Initiative. Ich beginne mit einer simplen Frage: Wie lange wollen wir in diesem Land noch zusehen, wie wir jedes Jahr hunderttausend neue Menschen



aufnehmen, ohne anzuerkennen, dass das gravierende Folgen hat? Im Jahr 2024 sind netto 83 392 Menschen in die Schweiz eingewandert. Das ist keine Ausnahme, das ist der Normalzustand. Dieser Normalzustand ist nichts anderes als ein Dauernotfall für unser Land.

Schauen wir uns an, was diese Zahl bedeutet, ganz konkret: Allein diese neuen 83 392 Einwohnerinnen und Einwohner brauchen 384 zusätzliche Spitalbetten, 384 neue Ärztinnen und Ärzte, 2135 zusätzliche Pflegekräfte und eine zusätzliche Siedlungsfläche im Umfang von 4630 Fussballfeldern. Wir brauchen 37 905 neue Wohnungen. 44 615 neue Fahrzeuge kommen auf unsere Strassen, und 526 Millionen Kilowattstunden Strom müssen zusätzlich produziert werden. Das ist so viel, wie 88 grosse Windräder im Jahr liefern würden.

Jetzt stellen Sie sich vor: Das passiert nicht einmal, nicht zweimal, sondern jedes Jahr immer wieder. Konkret heisst das, dass alle drei bis vier Jahre die Schweiz um eine ganze Stadt in der Grösse von Basel wachsen würde. Wir bauen das Land zu, wir überfordern unsere Spitäler, unsere Schulen, unsere Strassen, unsere Energieversorgung und auch unsere Bevölkerung.

Das ist nicht ein bisschen Wachstum, das ist ein Sprengsatz unter unserem Land, der Jahr für Jahr gezündet wird. Und was passiert dann? Dann steigen die Mieten, die Notaufnahmen platzen aus allen Nähten, dann explodieren die Gesundheitskosten, man steht im Stau, und das Portemonnaie des Mittelstandes wird immer leerer.

Und was tut der Bundesrat? Er redet vom Netto-null-Ziel, von Biodiversität, von Flächenschutz. Aber gleichzeitig importiert er jedes Jahr eine Bevölkerung in der Grösse einer Stadt. Das ist doch nicht normal. Man kann nicht gleichzeitig die Klimaziele erfüllen und jedes Jahr die Einwohnerschaft einer neuen Stadt ins Land holen. Das ist nicht nachhaltig, das ist Realitätsverweigerung.

Wollen wir weniger CO₂-Ausstoss, dann brauchen wir nicht neue Windräder, sondern vor allem weniger Nettozuwanderung. Wollen wir weniger Bodenverbrauch, dann müssen wir doch aufhören, jedes Jahr Flächen im Umfang von Tausenden von Fussballfeldern zuzubauen. Wollen wir bezahlbare Mieten, dann müssen wir dafür sorgen, dass nicht immer mehr Menschen auf denselben knappen Wohnraum drängen. Die grösste Umweltbelastung, die grösste Wohnungsnot und die grösste Kostenlawine entstehen nicht durch falsche Stromquellen oder zu wenig Recycling, Frau Ryser, sondern durch das ungebremsste Bevölkerungswachstum.

Und dieses Wachstum ist politisch gewollt. Es ist die Folge des Personenfreizügigkeitsabkommens, dass wir seit Jahren die Zuwanderung nicht mehr steuern können. Wir haben die Kontrolle über unsere Grenzen verloren, und wir haben die Kontrolle über unser Wachstum verloren.

Unsere Nachhaltigkeits-Initiative will genau hier ansetzen. Sie will, dass sich unser Land entwickeln kann, aber im Rahmen seiner Möglichkeiten, dass wir nicht weiter in ein Wachstum getrieben werden, das alle und alles überfordert. Wir wollen eine klare, verbindliche Begrenzung der Zuwanderung, damit Infrastruktur, Gesundheitswesen, Energieversorgung und Natur Schritt halten können. Das ist wahre und ehrliche Nachhaltigkeit.

Herr Glättli sagt, es sei eine radikale Initiative. Ich sage Ihnen: Radikal ist es, jedes Jahr hunderttausend Menschen aufzunehmen und so zu tun, als gäbe es keine Grenzen, weder geografisch noch wirtschaftlich und gesellschaftlich. Es ist radikal, wenn wir unsere Landschaft zubauen, unsere Sozialwerke belasten und unseren Kindern und Grosskindern ein Land hinterlassen, das aus den Fugen geraten ist.

Unsere Initiative ist der einzige Weg, um wieder Planbarkeit zu schaffen. Vielen Dank für die Unterstützung.

AB 2025 N 1853 / BO 2025 N 1853

Nussbaumer Eric (S, BL): Stellen Sie sich vor, Sie würden in einem Land leben, in dem eine Regierungspartei unbedingt die Standortbedingungen verschlechtern will. Stellen Sie sich vor, diese Regierungspartei würde glauben, dass ein Beschäftigungswachstum dem Standort immer schade. Mir fällt diese Vorstellung schwer, aber die SVP will das hier und heute mit ihrer Initiative erreichen: die Standortbedingungen verschlechtern, die Beschäftigungsmöglichkeiten verschlechtern, die Entwicklung wirtschaftlichen Potenzials ausbremsen. Es ist ein gefährlicher Irrweg, der hier für unser Land empfohlen wird.

Ich habe in den letzten Minuten den drei SVP-Exponenten Graber, Götte und Bürgi zugehört. Herr Graber sagt, die Initiative schütze die Schweiz vor zu starker Zuwanderung. Das ist falsch. Die Zuwanderung entsteht nicht einfach so, sondern sie hat mit unserem Beschäftigungswachstum zu tun. Wir sind ein erfolgreiches Land. Wir haben in den letzten Jahren erfolgreiches wirtschaftliches Potenzial entwickelt und auch genutzt – und das ist der Grund für die starke Zuwanderung. Herr Graber sagt, es wäre wieder ein normales Leben möglich, wenn die Bevölkerung nicht über 10 Millionen ansteige. Im Initiativtext selbst steht ja, es könnten eines Tages auch mehr werden. Darum ist es falsch, zu sagen, diese Initiative begrenze die Einwohner der Schweiz auf 10 Millionen. Zuwanderung ist unsere Lebensader, und darum ist diese Initiative schlecht für unser Land.

Herr Götte ruft in den Saal, Expertenmeinungen würden vernebeln, der Volksmund gebe die Richtung vor. Also



so kann man ein Land auch steuern; mit Volksmundsprüchen kann man ein Land auch steuern. Und ich sage Ihnen, das Land wird verlieren. Wenn man das Land aufgrund von Volksmundsprüchen abschottet, dann wird unser Land verlieren. Das Masshalten endet in der Verweigerung. Es endet an dem Punkt, an dem man sagt, dieses Land solle sich nicht mehr entwickeln. Und das ist das Masshalten, das hier gefordert wird.

Herr Bürgi fragt, wie lange wir noch zusehen wollen. Herr Bürgi, niemand schaut zu. Wir sind ja in der politischen Verantwortung und versuchen, die Herausforderungen zu lösen, die diese Zuwanderung für unser Land hervorbringt. Dass Sie diese nicht lösen wollen, ist ja klar. Sie möchten sich dieser Frage verweigern. Sie möchten so tun, als ob alles gelöst wäre, wenn man nur eine Barriere herunterlassen würde. Das ist aber nicht der Fall. Wir müssen die Herausforderungen miteinander angehen, und das hat der Bundesrat in den Verhandlungen mit der Europäischen Union ja auch getan. Er hat versucht, eine Schutzklausel zu formulieren, die am Schluss umgesetzt werden muss und die auch ein Instrument ist, um die konkreten Herausforderungen in diesem Bereich zu bewältigen.

Sie möchten das Freizügigkeitsabkommen kündigen. Es geht Ihnen nicht um den Schutz der Ressourcen. Sie möchten das Freizügigkeitsabkommen, den Kern unserer bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union, kündigen und damit den bilateralen Weg infrage stellen. Sie möchten damit auch die Exporte der Schweiz beeinträchtigen. Über 50 Prozent der Exporte gehen in die EU. Wer dieses Abkommen kündigt, riskiert schlussendlich auch den bilateralen Weg. Das wäre aus meiner Sicht wirtschaftlich verheerend. Es ist politisch unklug, und es ist, das hört man ja heute, gesellschaftlich spaltend.

Der Bundesrat hat gut verhandelt, er hat konkrete Elemente mit der EU verhandelt, damit wir die Herausforderungen flexibel, gezielt und zeitlich begrenzt lösen können. Darum sage ich klar Nein zu dieser Initiative. Sie isoliert die Schweiz, sie schwächt unser wirtschaftliches Potenzial, und sie gefährdet schlussendlich auch den Zusammenhalt in der Bevölkerung.

Huber Alois (V, AG): Lieber Kollege Nussbaumer, Sie haben gesagt, in der Zuwanderung liege das Heil der Schweiz, der Wirtschaft und von allem. Wir sprechen jetzt vom Jahre 2040; aber die Schweiz sollte doch auch noch in 200 und 300 Jahren Bestand haben. Ist die Zuwanderung dann auch immer noch wichtig? Wie wollen Sie das unseren Ururenkeln erklären? Das nähme mich noch wunder.

Nussbaumer Eric (S, BL): Sie sprechen hier die grosse Frage einer möglichen gesellschaftlichen Entwicklung an. Schlussendlich ist es aber einfach nicht so, dass wir immer auf dem Niveau von 1291 bleiben. Es ist eine Realität, dass die Schweiz sich entwickelt. Es ist eine Realität, dass wir gemeinsam zu meisternde Herausforderungen haben. Wenn das Bevölkerungswachstum und das Wirtschaftswachstum schnell erfolgen, dann müssen wir die Fragen miteinander angehen. Der Herr Bundesrat wird dann sicher auch noch die Schutzklausel verteidigen, die er verhandelt hat. Aber Sie verweigern sich ja dieser Fragestellung. Sie sagen: Barriere runter, Stopptafel rauf, und dann ist alles wieder gut. Das ist Ihre Volksinitiative, und idealerweise möchten Sie noch alle Verträge kündigen, die man im internationalen Kontext abgeschlossen hat.

Strupler Manuel (V, TG): Geschätzter Kollege Nussbaumer, Sie haben jetzt ein Loblied auf die Zuwanderung gesungen. Meine Frage ist: Begrüssen Sie auch eine Zuwanderung aus Kulturkreisen, die unsere demokratischen, unsere gesellschaftlichen, unsere christlichen Werte nicht akzeptieren wollen?

Nussbaumer Eric (S, BL): Ich befürworte, dass unser Land ein rechtsstaatliches Verfahren durchführt für Menschen, die auf der Flucht sind und versuchen, eine neue Lebensrealität zu finden. Wir sind uns einig, dass wir diese Menschen anständig behandeln möchten und dass wir rechtsstaatlich vorgehen wollen. Wenn diese Menschen ein Aufenthaltsrecht bekommen, dann haben sie dieses in einem rechtsstaatlichen Verfahren erlangt, und wenn sie es nicht bekommen, dann sind sie nicht Teil unserer Gesellschaft hier in der Schweiz.

Haab Martin (V, ZH): Ich hoffe natürlich, dass Herr Nussbaumer mir jetzt auch zuhört. Er hat ja erwähnt, dass er bei den letzten drei SVP-Vertretern ein offenes Ohr gehabt hat.

Die Initiative möchte nichts anderes, als eine zukunftsfähige und lebenswerte Schweiz zu erhalten. Schon heute, bei etwas mehr als 9 Millionen Einwohnern, ist der Dichtestress allgegenwärtig: in der Stadt, auf den Verkehrsflächen und je länger, je mehr auch in den ländlichen Gebieten. 9 Millionen Menschen, das sind ziemlich genau gleich viele wie in unserem östlichen Nachbarland Österreich, wobei dessen Landesfläche doppelt so gross ist.

Ja, wir können die Augen verschliessen und zuwarten. Aber worauf wollen wir warten? Glauben Sie wirklich, dass sich das Problem einmal von selbst löst? Einige in diesem Raum glauben tatsächlich, dass eine Schrumpfung der Bevölkerung irgendwann von selbst eintritt. Erwachen Sie aus diesem Traum, sage ich Ih-



nen. Solange unser Lebensstandard hoch bleibt und die Sozialleistungen über dem europäischen Durchschnitt liegen, bleibt die Schweiz als Zuwanderungsland für die ganze Welt attraktiv – sei es, um hier zu arbeiten oder um Sozialleistungen zu beziehen.

Ein Schrumpfen der Bevölkerung tritt erst dann ein, wenn wir wieder dorthin zurückkehren, wo wir uns vor über 120 Jahren befanden, nämlich im Armenhaus von Europa. Wollen Sie das wirklich? 11 Millionen, 12 Millionen – irgendwann werden es 13 oder 14 Millionen sein. Mit dem Verdrängen dieser Tatsache überlassen wir ganz einfach den Entscheid den kommenden Generationen. Die Menschen, die heute Ihre Kinder oder Grosskinder sind, werden in zwanzig, dreissig oder vielleicht auch vierzig Jahren hier in diesem Saal Politik machen. Sie werden unweigerlich die Notbremse ziehen müssen. Ist unser Land erst einmal an diesem Punkt angelangt, wird man retrospektiv feststellen, dass wir es vor Jahrzehnten verpasst haben, die nötigen Entscheide zur Regulierung zu fällen. Die meisten von Ihnen werden dafür nicht mehr geradestehen müssen.

Diejenigen, die heute gegen diese Initiative das Wort ergreifen, sind dieselben, die den Verlust der Biodiversität beklagen, die auf das Artensterben hinweisen oder über den Insektenschwund jammern. Mit dem grenzenlosen Wachstum geht der Verlust von Landwirtschaftsflächen einher, das Zubetonieren der Landschaft schreitet täglich voran. Mehr

AB 2025 N 1854 / BO 2025 N 1854

Wohnraum, mehr Infrastruktur, mehr Erholungsflächen für Sport und Freizeit – all dies entsteht fortlaufend auf den besten landwirtschaftlichen Flächen, vor allem im Mittelland und den Agglomerationsgemeinden.

Ich komme aus dem Kanton Zürich. Die Entwicklung der letzten dreissig Jahre im Glattal, im Furttal oder im Limmattal spricht Bände. Wenn wir die Fruchtfolgeflächen, die besten Landwirtschaftsböden, weiterhin bebauen wollen, wenn wir unseren Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln nicht noch weiter in die Tiefe fallen lassen wollen – hören Sie jetzt gut zu – und wenn wir die noch vorhandenen wertvollen Biodiversitätsförderflächen erhalten wollen, dann müssen wir jetzt reagieren. Wir müssen heute Verantwortung übernehmen, um den zukünftigen Generationen eine lebenswerte und selbstbestimmte Schweiz zu hinterlassen. Alles andere ist Vogel-Strauss-Politik: nach mir die Sintflut.

Wer heute behauptet, dass die grenzenlose Zuwanderung essenziell für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist, verkennt, dass wir uns mit diesem System in einem Perpetuum mobile befinden, welches bekanntlich kein Ende findet. Der Beweis ist in den letzten Jahren längst erbracht worden. Trotz massiver Zuwanderung Jahr für Jahr hat sich das Problem des Fachkräftemangels überhaupt nicht entschärft. Es nimmt sogar zu. Parallel dazu sinkt in diesem Land das BIP pro Kopf kontinuierlich. Dazu möchte ich Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre, zitieren. Er schrieb vor einigen Tagen zu diesem Thema: "Die Zuwanderung lindert den Fachkräftemangel nicht – stattdessen hält sie die Löhne tief." Die Zuwanderung lindert den Fachkräftemangel nicht – stattdessen hält sie die Löhne tief!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, stimmen Sie Ja zur Initiative.

Nussbaumer Eric (S, BL): Ja, ich habe Herrn Haab auch zugehört, und Sie haben von einer grenzenlosen Zuwanderung gesprochen. Können Sie noch einmal bestätigen, dass dieses Modell einer grenzenlosen Zuwanderung gar nicht existiert, weil man erstens aufgrund der Personenfreizügigkeit nur in die Schweiz einwandern kann, wenn man eine Arbeitsstelle hat, und zweitens als asylsuchende Person nur in die Schweiz einwandern kann, wenn man im rechtsstaatlichen Verfahren anerkannt worden ist?

Haab Martin (V, ZH): Danke für diese Frage, Herr Kollege Nussbaumer. Für mich ist eine grenzenlose Zuwanderung dann gegeben, wenn wir Jahr für Jahr mehr als 1 Prozent Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung haben. Es ist mir bewusst, dass wir ganz klare Regelungen für das Asyl und auch Regelungen für die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt haben. Nur stelle ich in der Praxis fest, dass diese sehr verwässert sind und nicht durchgesetzt werden.

Sauter Regine (RL, ZH): Diese Initiative stellt eine einfache Behauptung auf: Wenn wir weniger Menschen in unser Land lassen, dann bleibt die Schweiz so, wie sie ist, das heisst schön, wohlhabend, funktionierend. Doch das ist ein gefährlicher Trugschluss. Die Schweiz war nie ein Land des Stillstands. Unsere Stärke war immer, dass wir uns weiterentwickeln konnten und Lösungen suchten, wenn sich neue Herausforderungen stellten.

Die Kündigungs-Initiative der SVP zielt hingegen genau nicht auf konstruktive Lösungen, sondern verspricht simple Rezepte: die Bevölkerungsentwicklung unseres Landes deckeln oder die Bilateralen kündigen. Diese Strategie soll unabhängig von der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder demografischen Realität greifen. Das ist nicht nur unflexibel, sondern auch gefährlich.

Es gilt, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Unsere Gesellschaft verändert sich, die Schweiz altert rapide.



Bereits heute ist jede fünfte Person über 65 Jahre alt. Gemäss Szenarien des Bundesamtes für Statistik wird der Anteil der Über-65-Jährigen bis 2050 auf über 26 Prozent steigen. Gleichzeitig gibt es eine rückläufige Geburtenrate. Diese Entwicklung dürfen wir nicht ignorieren, sondern wir müssen uns heute darüber Gedanken machen, wie wir damit umgehen. Das Funktionieren wichtiger Sektoren in unserem Land hängt davon ab, zum Beispiel das Gesundheitswesen. Schon heute sind mehr als ein Drittel aller Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen ausländische Staatsangehörige. Der Bedarf steigt. Laut Prognosen werden nur schon bis 2030 rund 65 000 zusätzliche Pflegefachpersonen benötigt. Dieser wachsende Personalbedarf kann bei Weitem nicht durch die aktuelle Zahl an Ausbildungsabschlüssen gedeckt werden. Ohne kontrollierte Zuwanderung wird die Lücke nicht geschlossen werden können.

Die Initiative suggeriert indessen, man könne die Bevölkerung begrenzen oder dann einfach die Personenfreizügigkeit mit der EU aufkündigen, damit alles beim Alten bleibe. Aber wer soll dann in Zukunft in unseren Spitälern die Kranken pflegen oder in den Alterszentren die betagten Menschen? Natürlich werden wir auch hier einen Strukturwandel erleben. Die Menschen sind länger fit. Die Technologie kann unterstützend wirken. Aber gerade in diesem Bereich wird letztlich die menschliche Leistung unersetzlich bleiben, davon bin ich überzeugt.

Auch unsere Altersvorsorge ist direkt vom gesellschaftlichen Wandel betroffen. Das System der AHV basiert auf dem Generationenvertrag. Das heisst, die Erwerbstätigen finanzieren die Renten. Es braucht nun nicht sehr viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass die Rechnung immer weniger aufgeht, wenn die gut ausgebildeten jungen Arbeitnehmenden aus dem Ausland, die heute zu einem guten Teil die AHV finanzieren, wegfallen und in der Schweiz lediglich die nicht erwerbstätigen Rentner verbleiben. Arbeitnehmende aus dem EU/EFTA-Raum leisten heute deutlich mehr Beiträge an die Sozialversicherungen, als sie daraus beziehen. Eine Begrenzung der Zuwanderung verschärft somit die Finanzierungsproblematik der AHV, welche wir heute schon sehen, zusätzlich.

Diese Initiative baut auf Ängsten auf, aber sie bietet keine Lösungen. Vielmehr blockiert sie eine austarierte politische Steuerung der Zuwanderung, einer Zuwanderung, welche unserem Land in den vergangenen Jahren Fortschritt und Wohlstand gebracht hat. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber, und sie passt auch nicht zu uns. Die Schweiz hat immer gut daran getan, Veränderungen zuzulassen und diese positiv zu nutzen. Die Schweiz muss offen und gleichzeitig im Lead bleiben, sie muss Verantwortung gegenüber ihrer Bevölkerung tragen wie auch flexibel sein, und sie soll dies nicht als abgeschottetes Land, sondern vorausschauend tun.

Dafür braucht es diese Initiative nicht. Im Gegenteil, sie steht dem im Weg. Ich lehne sie deshalb aus Überzeugung ab.

Hübscher Martin (V, ZH): Wir stehen heute vor einer Entscheidung, die weit über das politische Tagesgeschäft hinausreicht. Wollen wir, dass die Schweiz längerfristig ein Stadtstaat wird wie Singapur oder Hongkong? Das ist die Frage, und ich sage Ihnen: Ich will das nicht.

Die Nachhaltigkeits-Initiative fordert uns auf, Verantwortung zu übernehmen, nicht nur für die Umwelt, sondern auch dafür, dass wir die nötigen Grundlagen für unsere Ernährung, für unsere Lebensqualität und für unsere Infrastruktur erhalten. Die Schweiz ist bereits jetzt ein dicht besiedeltes Land mit begrenzten Ressourcen. Unsere Infrastrukturen, seien es Wohnungen, Strassen, öffentlicher Verkehr, Schulräume oder die Energieversorgung, geraten zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Die fortschreitende Zersiedelung und der Druck, neue Bauzonen zu schaffen, verschärfen die Situation. Es ist paradox: Während wir hier im Saal über Nachhaltigkeit sprechen, genehmigen wir Projekte, die unser System weiter überlasten. Nachhaltige Entwicklung muss auch heissen, dass wir die Belastbarkeitsgrenzen unserer Infrastruktur respektieren und nicht überreizen.

Wir verlieren Kulturland in einem besorgniserregenden Tempo. Jede neue Überbauung, jede Umzonung bedeutet weniger Fläche für die Landwirtschaft, d. h. für die Produktion von Lebensmitteln, für die Biodiversität, für die Fruchtfolge. Gemäss dem Sachplan Fruchtfolgeflächen hat die Schweiz ja bereits heute zu wenig geeignete Flächen. So schrieb das ARE am 28. November 2023, hören Sie gut zu, dass der Mindestumfang an Fruchtfolgeflächen auf der Basis von 8,14

AB 2025 N 1855 / BO 2025 N 1855

Millionen Einwohnern – das war übrigens die Bevölkerungszahl im Jahr 2013 – berechnet wurde. Zum Zeitpunkt dieser Mitteilung zählte die Schweiz aber bereits 8,93 Millionen Einwohner. Wir alle wissen, dass die Bevölkerung mittlerweile die 9-Millionen-Grenze überschritten hat. Die Schweiz hat jetzt schon nicht einmal mehr fünf Aren Ackerfläche pro Kopf. Das ist weniger als die Hälfte der Ackerfläche pro Kopf in unseren Nachbarstaaten. Die Siedlungsfläche wächst auf Kosten der Ernährungssicherheit, und ja, über vier Fünftel des



Wohnflächenwachstums erfolgen wegen der Zunahme der Bevölkerung. Das Bevölkerungswachstum ist der grösste Treiber des Wohnflächenwachstums. Wenn wir diesen Trend nicht stoppen, gefährden wir die langfristige Versorgung unseres Landes. In den städtischen und in den periurbanen Gebieten befinden sich über zwei Drittel unserer besten Landwirtschaftsflächen, nämlich der Fruchtfolgeflächen. Auch die Biodiversität leidet. Wussten Sie, dass wir in den letzten sechs Jahren 16 Prozent der Flächen mit Nachtdunkelheit verloren haben?

Die Nachhaltigkeits-Initiative setzt hier an. Sie verlangt, dass wir mit unseren Ressourcen haushälterisch umgehen, dass wir nicht nur kurzfristige ökonomische Interessen verfolgen, sondern auch ökologische und soziale Verantwortung übernehmen. Sie ist kein Wachstumsverhinderer, sie ist ein Wachstumslenker. Sie zwingt uns, Qualität vor Quantität und Erhalt vor Verbrauch zu stellen. Ich frage Sie: Wollen Sie wirklich weitermachen wie bisher, mit überlasteten Infrastrukturen, schrumpfendem Kulturland und einem sinkenden Bruttoinlandprodukt pro Kopf? Oder wollen Sie den Kurs korrigieren, bevor es zu spät ist?

Die Nachhaltigkeits-Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt hin zu einer Schweiz, die auch morgen noch lebenswert ist. Ich bitte Sie, unterstützen Sie die Initiative.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Nachhaltigkeit? Reine Täuschung! Die SVP tarnt ihre Abschottungs-Initiative mit einem schönen Wort. Doch in Wahrheit geht es nur darum, die Schweiz zu isolieren und Ausländer zu stigmatisieren. Wenn wir Ja sagen, schaden wir unserem Land massiv.

Die SVP malt Horrorszenarien: zu viele Ausländer, keine Wohnungen mehr, überfüllte Züge, weniger Wohlstand. Das ist alles Panikmache.

Die Realität ist klar: Die Schweiz lebt vom Austausch mit Europa. Unser Wohlstand entsteht durch Zusammenarbeit, nicht durch Abschottung. Ohne Fachkräfte aus der EU und der EFTA bricht vieles zusammen. Schon bald gibt es mehr Pensionierte als junge Leute im Arbeitsmarkt.

Les personnes qualifiées et moins qualifiées issues de la migration sont indispensables dans de nombreux domaines. Prenons l'exemple du secteur de la santé. Le personnel étranger représente environ un tiers dans ce domaine. Une limitation de l'immigration aboutirait à des fermetures d'hôpitaux et de maisons de retraite. La pénurie de main-d'oeuvre touche d'ailleurs de nombreux autres secteurs. Faut-il rappeler que les travailleurs étrangers ne contribuent pas seulement à faire tourner notre économie, mais cotisent aux assurances sociales et alimentent, en particulier, le fonds AVS ? Les ressortissants des États de l'Union européenne et de l'AELE contribuent à raison de plus de 25 pour cent au financement de l'AVS, mais reçoivent moins de 15 pour cent de prestations. Un rapport de l'Office fédéral de la statistique de 2025 révèle que les étrangers coûtent, en moyenne, 28 pour cent moins cher que les Suisses au système de santé, notamment parce qu'ils sont plus jeunes. Les coûts moyens sont de 2569 francs pour les étrangers contre 3554 francs pour les Suisses, même en tenant compte des diverses variables. Le rapport qui couvre les années 2019 à 2022 contredit donc l'idée que les étrangers sont un poids plus lourd pour le système de santé. Si cette initiative passait, l'accord sur la libre circulation des personnes serait résilié et, avec lui, l'ensemble des accords bilatéraux qui ont fait leurs preuves. L'accès au marché intérieur des pays de l'Union européenne, indispensable pour 50 pour cent de nos exportations, serait entravé. Est-ce cela que nous voulons, alors que Trump nous impose des droits de douane exorbitants ? Cette initiative vise à isoler la Suisse dans un contexte géopolitique très instable où il faut au contraire resserrer les liens avec les pays qui partagent les mêmes valeurs de démocratie, de respect de l'État de droit et du droit international. Le peuple suisse a confirmé plusieurs fois son attachement à la voie bilatérale et à la libre circulation des personnes. En menaçant les accords bilatéraux, cette initiative va détruire ce qui a été patiemment mis en place ces dernières années, à savoir la protection des salaires et des conditions de travail. La sous-enchère salariale est, en effet, néfaste tant pour les travailleurs et travailleuses suisses que pour les personnes migrantes que l'on pourra à nouveau exploiter sans limites.

Cette initiative vise à faire pression sur les salaires, non à améliorer le bien-être de la population. Il est exclu, pour le groupe socialiste, de revenir au statut honteux de saisonnier, qui imposait des conditions indignes aux travailleurs : pas de droit de changer d'emploi, des logements coûteux et précaires, la séparation des familles et des enfants cachés par leurs parents, sans possibilité de scolarisation. En imposant des règles claires pour la protection des salaires, les mesures d'accompagnement ont enfin permis une amélioration de la situation des travailleurs issus de la migration. Enfin, dans un domaine aussi complexe que la démographie, vouloir fixer un plafond de population est aussi vain qu'arbitraire, mais la gestion de la complexité n'est visiblement pas inscrite dans le logiciel des auteurs de cette initiative.

Pour toutes ces raisons, il faut rejeter ce texte qui conduirait la Suisse dans une impasse.

Le président (Page Pierre-André, premier vice-président): Madame Fehlmann Rielle, M. Bläsi souhaite vous



poser une petite question.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): Non, je vous remercie, je vois que le groupe UDC a assez de temps pour s'exprimer ; vous avez encore beaucoup d'autres orateurs.

Hess Erich (V, BE): Vor zwanzig Jahren, als ich noch in der Jungen SVP war, hatten wir ein Wahlplakat: "Bald fremd im eigenen Land". Wir wurden ausgelacht. Aber heute zeigt sich: In vielen Quartieren sind wir schon fremd im eigenen Land. Es ist leider das eingetroffen, was wir bekämpfen wollten.

Wie zeigt sich das? Die Integration hat nicht funktioniert. Es kommen viel zu viele in die Schweiz. Es sind so viele, dass wir sie gar nicht integrieren können. Ich zeige Ihnen das an einem Beispiel: Wenn man in städtischen Regionen in die Vororte geht, findet man viele Quartiere, in denen sich langsam eine Ghettoisierung zeigt. Wir wollen schliesslich nicht Zustände wie in Paris oder anderen europäischen Städte, wo wir als Schweizer nichts mehr zu sagen haben. Deshalb müssen wir uns auf die Integration konzentrieren. Und wenn ich sehe, wie viele Frauen und Schülerinnen in gewissen Quartieren mit Kopftüchern rumlaufen, zeigt sich, dass die sich nicht integriert haben. Es ist nicht so, dass sie es nicht könnten, sondern sie haben es nicht beigebracht bekommen. Wenn sie sich den Sitten und Gebräuchen hier in der Schweiz nicht anpassen, haben sie sich nicht integriert. Als ich noch zur Schule ging – ich ging in ein Schulhaus im Emmental –, gab es von der 1. bis zur 9. Klasse keinen einzigen Ausländer. Wenn ich nach Bern oder Biel schaue, gibt es Klassen, in denen nur noch Ausländer sind. Wie wollen sich diese überhaupt in unser System integrieren? Unmöglich. Das zeigt sich auch in diesen Quartieren. Es gibt ganze Häuser mit Leuten, die nicht arbeiten, die nur von unserer Sozialhilfe leben. Wenn man sie anspricht, das habe ich auch schon gemacht, sagen sie: "Wieso ich muss arbeiten? Staat zahlt gut für mich." Und das geht nicht. Wir dürfen uns nicht länger ausnutzen lassen. Sprich, wir müssen die Integration wieder hinkriegen. Das geht nur mit einer massiven Reduktion der Zuwanderung. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie Ja zur Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!".

AB 2025 N 1856 / BO 2025 N 1856

Stämpfli Fabienne (GL, BE): Ja, die Zuwanderung bringt auch Herausforderungen mit sich. Aber diese Initiative ist keine Lösung für diese Herausforderungen. Sie schafft weder mehr Wohnraum, noch entlastet sie die Infrastruktur, sondern sie schadet der Schweiz. Sie würde unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft gar ins Chaos und in die Abschottung stürzen. Statt Scheinlösungen braucht es konkrete Reformen und eine vorausschauende Politik.

Die GLP will die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, im Infrastrukturbereich sowie bei der Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials mit echten Reformen angehen. Indem wir in der Schweiz selbst mehr Leute ausbilden, beispielsweise in Gesundheits- und Mint-Berufen, die Erwerbstätigkeit von Eltern stärken, die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmender attraktiver machen sowie anerkannten Geflüchteten eine Ausbildung und Arbeit ermöglichen, mindern wir den Fachkräftemangel und damit auch die Zuwanderung effektiv. So stürzen wir unsere Wirtschaft nicht ins Chaos, sondern stärken sie nachhaltig.

Aufgrund der Alterung der Bevölkerung werden wir aber auch zukünftig auf ausländische Fachkräfte angewiesen sein, um die Schweiz am Laufen zu halten, sei es in der Pflege, in der Forschung oder in der Industrie. Gerade aus unseren Nachbarländern kommen viele gut ausgebildete Fachkräfte zu uns, die wesentlich zum Wohlstand und zur Innovationskraft der Schweiz beitragen. Wenn wir weiterhin Spitzenhochschulen haben wollen, bestmögliche Ausbildungen anbieten und als Forschungs- und Innovationsstandort weltweit führend bleiben wollen, dann brauchen wir internationale Talente. Wer die Zuwanderung mit starren Grenzen deckeln will, gefährdet genau das, was die Schweiz erfolgreich macht: Bildung, Innovation, Stabilität und Offenheit.

Die GLP will keine starre 10-Millionen-Grenze, sondern ein qualitatives Wachstum, mehr Innovation, starke Fachkräfte und eine offene Schweiz.

Huber Alois (V, AG): Ich bin als 52. Redner eingetragen, und da ist die Gefahr natürlich gross, dass ich Sachen erzähle, die hier vorne jetzt schon oft erzählt worden sind. Und trotzdem: Als praktizierender Landwirt möchte auch ich noch etwas dazu sagen.

Meine Kollegen Martin Haab und Martin Hübscher haben schon vieles gesagt, aber es ist eine Tatsache, dass das Kulturland seit dem Jahr 2000 um 3 Prozent zurückgegangen ist – pro Kopf um über 23 Prozent. Hier gibt es wirklich einen Bedarf, etwas zu machen. Auch das gute Land, das wir haben, liegt leider in der Nähe der Städte oder jeweils im Stadtkreis drin. Und wenn wir dieses Land verschandeln, haben wir nicht nur Landwirtschaftsland vernichtet, sondern Ernährungsland. Wir sprechen hier immer von Landwirtschaftsland, wir müssen uns aber bewusst sein: Das ist das Land, das uns ernährt.



Ich habe jetzt viel dazu gehört, dass die Zuwanderung wichtig sei für unseren Wohlstand. Ja, welchen Wohlstand wollen wir denn? Wollen wir dem Ausland die guten Fachkräfte wegnehmen, damit sie sich dort nicht entwickeln können und damit es unsere guten Fachkräfte vermögen, mit 60 Prozent Arbeit einen guten Lohn zu erhalten? Ist das richtig? Ist unser Wohlstand, den wir haben, wirklich der richtige Wohlstand? Sollten wir nicht wieder zurück zu unseren Vätern gehen und für unseren Wohlstand auch etwas machen? Unser Wohlstand lebt von den Ausländern, das sagen Sie die ganze Zeit. Das ist aber so, weil wir nicht mehr gewillt sind, 100 Prozent zu arbeiten. Darum haben wir zu wenige Fachkräfte. Wir haben aber nicht zu wenige Fachkräfte, sondern unsere Fachkräfte arbeiten zu wenig. Und jetzt kommen Sie und sagen, das brauche es, man müsse sich erholen. Was ist Erholung? In der Freizeit mit dem Auto was weiss ich wohin fahren, Stau am Gotthard verursachen und all das?

Wir befinden uns doch in einer falschen Welt. Wir sollten endlich einmal überlegen, was wir wollen. Und die 10-Millionen-Schweiz oder unsere Initiative alleine, da bin ich sogar Ihrer Meinung, ist noch nicht das Tüpfelchen auf dem i, aber es ist ein Anfang.

Und deshalb bitte ich Sie, empfehlen Sie diese Initiative zur Annahme.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Herr Kollege, Sie sind Landwirt. Ich bin auch eine Bauerntochter. Ich weiss, dass die Landwirtschaft fast nicht ohne ausländische Arbeitskräfte auskommt. Wie können Sie das mit Ihrer Initiative vereinbaren?

Huber Alois (V, AG): Ich kann Ihnen schon sagen, was das grosse Problem ist. Die Preise in der Landwirtschaft sind so tief, dass wir keine Personen anstellen können, denen wir einen gerechten Lohn bezahlen. Auch dort sind wir auf Ausländer angewiesen, weil sie billige Arbeitskräfte sind. Bitte bezahlen Sie mehr für Ihre Nahrungsmittel, und dann können wir auch die Leute besser bezahlen.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): I colleghi esperti in materia di diritto d'asilo hanno spiegato chiaramente perché questa iniziativa viola i diritti umani. Il mio intervento si concentrerà quindi su altri aspetti e si rivolge anche alla popolazione del nostro Paese, e non solo ai miei colleghi parlamentari.

Je comprends que certaines personnes en Suisse expriment la nécessité de vouloir se protéger, un réflexe naturel qui se confond avec celui de se barricader. Cependant, cette initiative ne répondra pas une seconde aux besoins sous-jacents à ce réflexe. Elle offre un leurre. Si elle était acceptée, la situation quotidienne des Suissesses et des Suisses ne s'en trouverait pas améliorée, au contraire. Limiter artificiellement la population résidente ne nous assurera hélas en rien une meilleure répartition des effets de la prospérité. Si ceux-ci restent concentrés entre les mains de quelques-uns, toujours plus riches, qui consomment toujours plus de ressources, d'espace et de terres agricoles, pour reprendre les propos de notre collègue Huber, alors oui, nous irons vers une Suisse bétonnée et des ressources épuisées. Mais avec une distribution plus raisonnable et équitable de ces effets et de la consommation, nous pouvons construire un système durable et viable. Nous devons et devons le faire de toute façon.

L'UDC jette de la poudre aux yeux, mais, en plus, elle conduit la Suisse dans une impasse dangereuse qui nous fait, à toutes et à tous, risquer gros de manière inconsidérée. La limite quantitative imposée par l'initiative, c'est un jeu avec le feu. S'isoler, fermer nos portes, c'est dans les deux sens que cela se passe. D'abord, elle aggravera la pénurie de main-d'oeuvre dans des secteurs essentiels, comme les services ou les soins. À la pénurie de main-d'oeuvre s'ajoutera alors la fragilisation de l'accès au marché européen et à la reconnaissance mutuelle. La Suisse a déjà testé cette situation : lors du refroidissement des relations avec l'Union européenne, certains secteurs, notamment la medtech, ont vécu de plein fouet la non-reconnaissance des produits exportés. Cela a été très douloureux et les patronnes et les patrons concernés s'en souviennent trop bien. C'est la raison pour laquelle les représentants et représentantes de l'économie s'engagent fortement contre cette initiative et pour une relation ouverte et renforcée avec l'Union européenne. Je n'ai pas eu une discussion bilatérale avec des entreprises depuis une année sans que l'accès au marché européen ne soit relevé. C'est un gage de prospérité, puisque c'est la moitié du marché d'exportation de la Suisse, et c'est aussi une garantie essentielle pour la protection et la sécurité de notre pays, pays qui est au milieu d'un continent attaqué sur son front est.

Dans un contexte où la concurrence commerciale déloyale met la Suisse sous forte pression, nous devons prendre cette initiative au sérieux et la rejeter sans équivoque. Les éléments délicats qu'elle soulève et qui peuvent en partie trouver écho au sein de la population suisse doivent par ailleurs être adressés sérieusement. Et là, je me tourne vraiment vers le Parlement, vers mes collègues parlementaires, hormis les membres du groupe de l'UDC qui soutiennent évidemment cette initiative, parce que c'est justement l'accès à des logements abordables, à des espaces verts, à la qualité de vie et à la répartition de la prospérité qui sont les éléments



clés pour que la population puisse s'opposer à une telle initiative. C'est donc un appel beaucoup plus large à l'ensemble du

AB 2025 N 1857 / BO 2025 N 1857

Parlement que je fais en vous recommandant de rejeter par ailleurs cette initiative.

Heimgartner Stefanie (V, AG): Wenn wir über die Zukunft unseres Landes sprechen, dann sprechen wir nicht über Zahlen oder abstrakte Szenarien. Wir sprechen über den Alltag der Menschen in der Schweiz, und hier gibt es eine Realität, die niemand mehr bestreiten kann: Wir stehen im Stau. Während über 55 000 Stau-stunden jährlich werden unsere Strassen blockiert. Das ist nicht nur ärgerlich für Pendlerinnen und Pendler, das ist eine enorme Belastung für unsere gesamte Volkswirtschaft. Stau- und Standzeiten führen zu immer grösser werdenden Produktivitätsverlusten im Strassentransport, was höhere Kosten zur Folge hat. Die Auswirkungen der massiven Produktivitätsverluste sind, dass die Transportunternehmen unverschuldet mehr Zeit für dasselbe Transportvolumen benötigen bzw. in der zur Verfügung stehenden Einsatzzeit weniger Aufträge ausliefern können. Ein Chauffeur, der im Stau steht, verdient nichts. Ein Lastwagen, der nicht rollt, produziert keine Wertschöpfung. Ein Kunde, der vergeblich auf seine Lieferung wartet, verliert Vertrauen.

Als Transportunternehmerin erlebe ich dies tagtäglich. Wir reden hier nicht über Luxusprobleme, sondern über die Lebensader unserer Wirtschaft. Zeit im Stau kostet uns Milliarden. Die Frage ist: Warum kommt es so weit? Die Antwort ist klar. Unsere Infrastruktur stösst an ihre Grenzen. Wir sind ein kleines Land mit einer der höchsten Bevölkerungsdichten in Europa. Jedes Jahr wächst die Schweizer Bevölkerung um die Grösse der Stadt Luzern, und dies allein durch die Zuwanderung. Das heisst mehr Autos, mehr Lastwagen, mehr Pendlerinnen und Pendler, mehr Gütertransporte. Wir haben aber nicht mehr Platz, nicht mehr Strassen, nicht mehr Schienen. Der Kollaps ist vorprogrammiert.

Links-Grün hat letztes Jahr den Ausbau der Nationalstrassen verhindert und möchte trotzdem immer mehr Personen in unser Land lassen. Das funktioniert so nicht, und wir müssen nun die Verantwortung dafür übernehmen.

Der Kanton Aargau, meine Heimat, ist ein Paradebeispiel. Er ist ein Transitzkanton. Es gibt den täglichen Pendlerverkehr Richtung Zürich, Basel und Bern. Der Kanton ist die Drehscheibe für Gütertransporte. Wenn bei uns nichts mehr rollt, steht die halbe Schweiz still. Nun frage ich Sie: Wollen wir diese Entwicklung einfach so hinnehmen? Wollen wir einfach zuschauen, wie unser Land, unsere Städte, unsere Dörfer einen Verkehrskollaps erleiden? Wollen wir akzeptieren, dass wir Milliarden von Franken in Infrastrukturausbauten stecken, ohne beim Ausbau jemals nachzukommen? Die Nachhaltigkeits-Initiative bzw. die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" sagt: Halt! Genug! Wir wollen die Bevölkerung stabilisieren, bevor das System endgültig kippt. Die Initiative ist nicht extrem, sondern pure Vernunft.

Lassen Sie mich eines betonen: Diese Initiative ist nicht gegen die Menschen gerichtet, die bereits hier sind und ihren Beitrag leisten. Es geht um die schlichte Tatsache, dass ein kleines Land wie die Schweiz nicht unbegrenzt wachsen kann. Nachhaltigkeit bedeutet nicht, mit grossen Worten Klimaziele zu verkünden, während gleichzeitig die Bevölkerungszahlen explodieren. Nachhaltigkeit bedeutet, unsere Ressourcen, unsere Flächen, unsere Energie und unsere Infrastruktur im Gleichgewicht zu halten.

In Wahrheit ist die Zuwanderung der Treiber des Wachstums. Genau hier setzt die Initiative an. Als Unternehmerin sage ich, wir brauchen Planbarkeit; als Transportunternehmerin sage ich, wir brauchen funktionierende Strassen; und als Nationalrätin sage ich, wir brauchen eine Politik, die nicht nur Symptome bekämpft, sondern auch die Ursachen.

Wir haben die Verantwortung, vorausschauend zu handeln. Wenn wir jetzt Nein zur Initiative sagen, dann sagen wir Ja zu immer längeren Staus, Ja zu Milliardenkosten, Ja zu einem noch grösseren Druck auf unsere Infrastruktur, auf unsere Umwelt und auf unsere Lebensqualität.

Darum appelliere ich an Sie: Unterstützen Sie die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!", nicht aus Ideologie, sondern aus Vernunft, nicht gegen die Zukunft, sondern für eine Zukunft, in der die Schweiz lebenswert bleibt.

Arslan Sibel (G, BS): Geschätzte Kollegin Heimgartner, können Sie uns sagen, warum Sie bei Ihrer Aufzählung zur Überlastung der Strassen zum Beispiel die Lastwagen nicht genannt haben?

Heimgartner Stefanie (V, AG): Geschätzte Frau Kollegin, besten Dank für Ihre Frage. Ich glaube, Sie haben mir nicht richtig zugehört; ich habe ja gerade von mir als Transportunternehmerin gesprochen. Ich habe die Lastwagen mit einbezogen. Sie sind der Bereich der Wirtschaft, der die Schweiz am Laufen hält. Sonst hätten Sie zum Beispiel kein Joghurt in der Migros.



Hug Roman (V, GR): Als Architekt bin ich täglich mit der Frage konfrontiert, wie wir unsere gebaute Umwelt gestalten sollen, ohne dabei unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden. Genau mit dieser Fragestellung und in diesem Zusammenhang stehe ich heute hier, um mich klar und überzeugt für die Nachhaltigkeits-Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" auszusprechen. Diese Initiative ist kein Ausdruck von Abschottung, sie ist ein Appell an unsere Verantwortung: an unsere Verantwortung gegenüber unserer Umwelt, gegenüber unserer Infrastruktur und vor allem gegenüber den kommenden Generationen. Denn was nützt uns Wachstum, wenn es die Lebensqualität kommender Generationen untergräbt?

Planerinnen und Planer aller Sparten sehen die Folgen ungebremster Zuwanderung ganz konkret – die Nachfrage nach Wohnraum explodiert, die Verdichtung nimmt zu, Grünflächen verschwinden, die Baukosten steigen. Gewisse Teile der Schweiz sind heute davon bedroht, sich in eine Betonlandschaft zu verwandeln, in der Lebensqualität und Nachhaltigkeit auf der Strecke bleiben. Genau an diesem Punkt setzt die Initiative ein klares Ziel: Vor dem Jahr 2050 darf die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz 10 Millionen Menschen nicht überschreiten. Das ist kein radikaler Schnitt, wie hier oft gesagt worden ist, sondern ein vernünftiger Rahmen, der es uns erlaubt, vorausschauend zu planen. Denn nachhaltige Architektur und Raumplanung brauchen Zeit, Raum und Ressourcen, und zumindest Raum und Ressourcen sind eben endlich.

In diesem Zusammenhang hinterfrage ich gewisse Argumente der politischen Gegner. Wer davon spricht, dass eine 10-Millionen-Schweiz problemlos machbar sei, oder, noch schlimmer, wer sogar davon spricht, dass zwölf Millionen Menschen in unserem Land gut zu bewältigen seien, hat sich aus meiner Sicht nicht allzu gross mit Raumplanung beschäftigt. Noch viel schlimmer ist Folgendes, das ärgert mich als Bündner: Wer davon spricht, dass ein 15-Minuten-Dorf anzustreben sei, wo eben die Orte für Arbeit, Wohnen und Ausbildung innerhalb eines Radius von 15 Minuten erreichbar seien, der greift uns Bündner und alle anderen Bergregionen an. Denn dies fördert die Entvölkerung unserer Talschaften und verhindert auch in Zukunft eine dezentrale Besiedlung. Sie sehen: Wir brauchen keine überhastete Nachverdichtung, sondern eine durchdachte Stadt- und Raumentwicklung. Wir brauchen auch keine überlasteten Infrastrukturen, sondern resiliente Systeme, die auch in Zukunft funktionieren. Die Initiative fordert, dass Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, sobald die Bevölkerung 9,5 Millionen Menschen überschreitet. Das ist ein kluger Mechanismus, der frühzeitig greift und nicht erst dann, wenn es schon zu spät ist. Als Architekt begrüsse ich diesen vorausschauenden Ansatz ausdrücklich. Eine Schweiz, die die Bevölkerungsentwicklung nachhaltig und möglichst eigenständig steuert, ist eine Schweiz, in der auch architektonisch wieder mutiger, schöner und ökologischer gebaut werden kann. Ich unterstütze diese Initiative mit voller Überzeugung und hoffe, dass auch Sie das tun.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Ja, besten Dank, geschätzter Kollege. Sie sind im Weinbau tätig. Der Schweizer Bauernverband hat letzthin gesagt, dass zwischen 30 000 und 35 000 ausländische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft arbeiten. Sind Sie bereit, auf diese 30 000 bis 35 000 Landarbeiter, vorwiegend aus dem EU-Raum, zu verzichten?

AB 2025 N 1858 / BO 2025 N 1858

Hug Roman (V, GR): Geschätzte Kollegin, Sie verwechseln mich. Ich bin ein überzeugter Weingeniesser, kein Weinbauer. Ich bin seit 25 Jahren in der Architektur und der Raumplanung unterwegs und habe das Gefühl, dass ich deshalb etwas davon verstehe.

Imark Christian (V, SO): Das Ausmass der Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit wurde damals durch den Bundesrat prognostiziert. Dem Volk wurde unterbreitet, dass 8000 bis maximal 10 000 Personen netto jedes Jahr zusätzlich in die Schweiz einwandern würden. Heute sind wir beim Zehnfachen, und das ist kein Ausreisser, sondern die Zahl liegt jedes Jahr beim Zehnfachen der damaligen Prognosen des Bundesrates. Es ist klar, dass eine solche Massenzuwanderung enorme Probleme verursacht, einschliesslich Staus auf den Strassen – auch durch Lastwagen, Frau Arslan. Wenn Sie zuhause Pakete über das Internet bestellen, fallen diese Pakete nicht einfach vom Himmel, sondern es braucht eine Transportinfrastruktur, die Ihnen diese Pakete nach Hause bringt. Es sind aber nicht nur die Platzprobleme auf den Strassen, die wir haben. Wir müssen Milliarden in unsere Infrastruktur investieren. Wir müssen neue Strassen bauen und neue Zugverbindungen schaffen; im ganz grossen Stil werden in diesem Land neue Schulhäuser, Pflegeheime, Turnhallen, Spielplätze und auch Wohnblöcke gebaut. Mehr Bautätigkeit bedeutet mehr Druck auf den Boden, und mehr Druck auf den Boden bedeutet höhere Bodenpreise. Diese bedeuten wiederum höhere Mieten, sie bedeuten Wohnungsknappheit mit allen negativen Folgen. Ich könnte noch viele negative Folgen dieser masslosen Zuwanderung aufzählen, aber ich habe die Zeit dazu nicht.

Statt das Grundübel, diese masslose Zuwanderung, endlich einmal an der Wurzel zu bekämpfen, werden



Nebenschauplätze ins Zentrum gerückt. Die linke Seite beispielsweise macht unseren Wirtschaftsminister dafür verantwortlich, dass es in den Städten eine Wohnungsknappheit gibt. Dabei wird völlig ignoriert, was das Grundproblem ist, nämlich eben die masslose Zuwanderung. Es gibt natürlich auch ein paar wenige Profiteure dieser Massenzuwanderung. International tätige Grossunternehmen, die profitieren, wenn es mehr Personen gibt, sehen ihre Märkte wachsen; aber die grosse Mehrheit der Bevölkerung und auch der KMU profitiert nicht davon. Im Gegenteil, der Wohlstand pro Kopf schwindet – das ist eine logische Folge -, er geht durch diese Massenzuwanderung zurück.

Es wird auch immer behauptet, die Wirtschaft profitiere von dieser Zuwanderung, von den Personen, die in unser Land kommen. In Wahrheit arbeiten die meisten Zuwanderer schon heute nur im öffentlichen Sektor. Sie arbeiten in der Verwaltung, sie arbeiten in den Spitälern und bei den Krankenkassen, also überall dort, wo sie zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit generieren und letztendlich noch mehr Zuwanderung auslösen. Das heisst, die Allgemeinheit und der private Sektor müssen immer mehr Geld aufwenden, um diese Zuwanderung, die durch die Zuwanderung selbst befeuert wird, zu bezahlen. Den viel beklagten Fachkräftemangel gibt es eigentlich erst, seit es eine Massenzuwanderung in unser Land gibt, die keine Grenzen mehr kennt. Immer mehr Leute rufen dann als Folge davon nach immer mehr Infrastruktur und nach mehr Regulierung. Es braucht dann wiederum noch mehr Leute, die das bewältigen.

Der Teufelskreis der Zuwanderung muss endlich durchbrochen werden. Die Bevölkerung hat schon lange genug von diesem Treiben und äussert ihren Verdruss auch bei Volksabstimmungen. Die 13. AHV-Rente wurde angenommen, weil viele Leute das Gefühl haben, Bundesbern regiere nur noch für Ausländer und Asylanten. Der Autobahnausbau wird abgelehnt, weil die Leute Angst haben, dass dann noch mehr Zuwanderer kommen, weil wieder mehr Platz auf den Strassen entsteht. Die Leute haben schon lange genug davon, dass hier in Bern diese Probleme beiseitegeschoben werden. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.

Es ist höchste Zeit, aufzuwachen und dieses Problem zu lösen, und das tun wir mit der Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!". Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Arslan Sibel (G, BS): Geschätzter Kollege Imark, ich habe vorhin Frau Heimgartner gefragt, ob sie das Thema der Lastwagen angesprochen habe, weil ich es nicht gehört hatte, und sie als Transportunternehmerin hat das anscheinend gemacht, was ich fair finde. Jetzt meine Frage an Sie: Sie haben gesagt, es gebe einige wenige Profiteure, aber Sie haben nicht gesagt, welche Unternehmen zum Beispiel in der Autoindustrie davon profitieren. Können Sie uns sagen, welche Unternehmen in der Autoindustrie von all diesen Verkäufen profitieren?

Imark Christian (V, SO): Sie können das selbst recherchieren. Es gibt ein paar international tätige Grossunternehmen, die von grösseren Märkten profitieren, aber es ist die Bevölkerung, die nicht profitiert. Es ist die Bevölkerung, die im Stau steht, die diesen Infrastrukturausbau bezahlen muss. Letztlich geht es um den Wohlstand pro Kopf: Wenn wir die Bevölkerung in diesem Land jedes Jahr so stark anwachsen lassen, dann nimmt der Wohlstand pro Kopf ab, und das ist ein immer grösser werdendes Problem.

Gaillard Benoît (S, VD): L'initiative populaire qui nous est soumise essaie de faire passer l'immigration comme le principal enjeu pour l'avenir de la Suisse et la limitation de la croissance de la population comme une solution, nous venons de l'entendre dans les mots de M. Imark, comme une solution à tous les problèmes que nous rencontrons. Mesdames et Messieurs, c'est tout simplement un écran de fumée qui ne vise qu'une chose : dissimuler les vrais problèmes et les vrais scandales dans ce pays. Pire que cela, pire que l'écran de fumée, ce serait une vraie rupture avec le succès dont nous devrions être fiers, Mesdames et Messieurs du groupe UDC également, plutôt que de le saboter.

Trois points. D'abord, le scandale de la sous-enchère salariale, qui a été évoqué par plusieurs orateurs. Mesdames et Messieurs, la sous-enchère salariale se combat par des contrôles. Je vous livre aujourd'hui un scoop : ce sont les employeurs qui paient des salaires trop bas. Ce ne sont pas les employés qui paient des salaires trop bas. Voulez-vous que je vous dise quel est le vrai scandale ? C'est que le patronat de branches aussi importantes que le commerce de détail ou les soins refuse systématiquement de négocier des conventions collectives de branches ; c'est que le Conseil fédéral, sur ce plan, se complaît dans une inaction totale ; c'est que la densité des contrôles est insuffisante dans des régions rongées par le dumping. Réintroduisez des contingents, réintroduisez le statut de saisonnier, vous n'aurez pas moins de concurrence déloyale sur les salaires. Vous en aurez plus. Nous l'avons vu par le passé. Nous le voyons aussi dans les pays qui pratiquent des régimes d'immigration aussi contraignants que celui que propose l'initiative.

Le scandale des salaires en Suisse, deuxième point, c'est qu'il y a des gens qui travaillent et qui ne gagnent pas de quoi vivre et de quoi faire vivre leur famille. C'est que les classes moyennes, dans ce pays, constatent



que depuis dix ans leur salaire stagne, leur pouvoir d'achat diminue. Voulez-vous que je vous dise, chères et chers collègues de l'UDC, ce qu'attendent les travailleuses et les travailleurs de Suisse ? Non pas votre initiative, ils attendent qu'on allège leurs primes maladie, ils attendent que ceux qui gagnent très bien leur vie paient leur part, au lieu de voir leurs impôts baisser ou d'échapper au fisc par d'autres moyens. Pouvons-nous compter sur vous ? Pouvons-nous compter sur l'UDC pour atteindre ces buts ? La réponse est dans la question : elle est malheureusement négative. Vous êtes trop occupés, Mesdames et Messieurs du groupe UDC, à empêcher les cantons d'introduire des salaires minimums au mépris de la démocratie, à défendre les salaires délirants des managers des caisses-maladie et des banquiers, à obliger les gens, comme vous l'avez fait il y a deux jours, à bosser le soir et le dimanche, alors que leur salaire stagne depuis dix ans. Voilà ce que vous êtes occupés à faire. Cela n'a aucun sens et ne répond pas aux problèmes.

Troisième élément, le scandale des infrastructures en Suisse. Ce n'est pas la croissance de la population qui le provoque. C'est l'absence d'investissements suffisants, que les

AB 2025 N 1859 / BO 2025 N 1859

mêmes milieux qui veulent aujourd'hui limiter l'immigration s'appliquent à bloquer. Si nous vous suivions, il y aurait moins de trains régionaux, moins d'investissements dans les gares, moins d'investissements dans les énergies renouvelables, et se déplacer coûterait plus cher. Voulez-vous que je vous dise de quoi nous avons besoin ? Nous avons besoin de renouer avec un esprit conquérant et courageux. La croissance économique était la même quand nos prédécesseurs ont bâti la Suisse d'aujourd'hui. La croissance démographique était la même quand nos prédécesseurs, à qui nous devons le respect, dans cette salle et ailleurs, ont bâti la Suisse d'aujourd'hui. La croissance, la prospérité nous mettent au-devant de défis. Il serait absurde de le nier. Mais empoignons-les, et empoignons-les comme des Suisses ! Construisons le pays de demain comme nos prédécesseurs ont construit celui d'aujourd'hui.

Mesdames et Messieurs, il faut voir à travers cet écran de fumée. Oui, notre pays est face à de grands défis. Oui, il faut nous y attaquer. Mais en développant nos forces. Et je vais vous faire une confidence : le fait que des gens viennent d'autres pays, chez nous, pour travailler, pour contribuer à la prospérité, ce n'est pas un problème. C'est une force, car c'est là-dessus que l'on a construit la Suisse, sur le fait que le système garantit que le travail paie, que les infrastructures suivent et que chacun paie sa juste part et apporte sa contribution aux efforts communs. C'est cela la réponse forte de la Suisse, Mesdames et Messieurs de l'UDC. C'est la réponse forte de la Suisse là où votre initiative est une réponse faible. Comme si nous avions tout à coup peur de notre ombre, peur de nos forces et que nous ne pouvions plus faire preuve du courage dont ont fait preuve nos ancêtres. Mesdames et Messieurs de l'UDC, dites non à la faiblesse. Dites non à l'écran de fumée. Recommandez au peuple et aux cantons de dire non à cette initiative, qui est le contraire de ce qui a fait la Suisse et sa force.

Reimann Lukas (V, SG): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, es sei absurd, einen Zusammenhang zwischen Lohndumping und Einwanderung herzustellen. Können Sie sich vorstellen, dass die Löhne logischerweise gedrückt werden und die Arbeiter unter Druck kommen, wenn eine Firma aus einem Feld von 500 Personen rekrutieren kann, anstatt hier in der Schweiz einen jungen Menschen auszubilden?

Gaillard Benoît (S, VD): Können Sie sich vorstellen, lieber Kollege Reimann, dass sich die Angestellten am besten erpressen lassen, wenn eine Firma Leute anstellt, die für ihr Aufenthaltsrecht auf den Arbeitsvertrag angewiesen sind? Können Sie sich das vorstellen? Können Sie sich vorstellen, dass die Statistik belegt, dass das Lohndumping damals im Rahmen des Saisonierstatuts und von Kurzaufenthalten und Kontingenten höher war als aktuell mit der Personenfreizügigkeit und den flankierenden Massnahmen? Das passt natürlich nicht in Ihr Narrativ, aber das ist trotzdem die Wahrheit.

Büchel Roland Rino (V, SG): Cher collègue Gaillard, vous dites qu'il n'y a pas de conventions collectives de travail et que c'est un scandale, vous l'avez dit plusieurs fois dans votre discours.

Ist es nicht bizarr, dass es skandalös ist, wenn die Leute in der Schweiz gemäss Ihrer Aussage doppelt so hohe Löhne wie in Europa haben? Wollen Sie das Lohnniveau an das europäische Niveau anpassen? Wäre es dann für Sie nicht mehr skandalös?

Gaillard Benoît (S, VD): Vielleicht liegt hier ein Verständnisproblem vor. Also, die Redner der SVP-Fraktion haben die Latte heute ziemlich hoch gelegt, was, sagen wir mal, spektakuläre Begriffe angeht. Deshalb fühle ich mich jetzt nicht als besondere Ausnahme. Ich halte es nach wie vor für einen Skandal, dass es nicht mehr Gesamtarbeitsverträge (GAV) in starken, wichtigen Branchen gibt, die absichern, dass das Dumping gegen



unten eine Limite hat. Das ist ein Skandal. Es war eigentlich immer der gutschweizerische Weg, dass man über die GAV die Verteilung des Wohlstandes aushandelt. Dass sich Arbeitgeber in gewissen Branchen, ich nenne sie jetzt noch einmal, nämlich in den Branchen des Detailhandels, der Pflege, der Maschinenindustrie, weigern, halte ich in der Tat für einen Skandal, und ich finde es vor allem problematisch für die Arbeitnehmenden in der Schweiz.

Egger Mike (V, SG): Cher collègue, quand la population en Suisse sera-t-elle trop nombreuse ?

Gaillard Benoît (S, VD): La population suisse sera trop nombreuse quand la Suisse ne saura plus être la Suisse. Quand on ne sera plus capable de s'adapter et de faire les investissements nécessaires, alors la population sera trop nombreuse. Cependant, je vous répète, cher collègue, que, par le passé, quand on a construit les barrages qui font notre fierté, lorsqu'on a construit les autoroutes qui font notre fierté et les lignes de train qui font notre fierté, la croissance démographique avait la même vitesse qu'aujourd'hui, sauf qu'au lieu d'avoir peur comme vous – au lieu d'avoir peur comme vous – on a eu du courage comme des Suisses.

Golay Roger (V, GE): Cher collègue, je vous entends. J'entends aussi vos collègues vanter notre prospérité, dire que cette initiative nuira à cette poussée économique. Je vous entends bien aujourd'hui, pourtant, vous l'attaquez sans cesse par des initiatives, comme la future initiative sur l'avenir, qui couleront justement notre économie. On le sait, ce droit de succession fera fuir des entreprises, fera perdre des emplois. Aujourd'hui, vous nous vantez cette prospérité due à nos milieux économiques. Que répondez-vous à cela ? Vous n'êtes pas cohérent par rapport à ce que vous dites aujourd'hui et ce que vous faites les autres jours de l'année.

Gaillard Benoît (S, VD): Cher collègue Golay, si vous allez dans la rue et que vous avez l'impression que les gens n'ont pas le sentiment, aujourd'hui, qu'il y a des gens en haut, dans les élites politico-économiques et financières, qui ne paient pas leur juste part, je serais assez content de venir avec vous pour qu'on se fasse cette impression ensemble. À mon avis, ce que ressent aujourd'hui le peuple suisse, c'est le sentiment que, en haut de la société, il y a une couche qui ne contribue plus à la juste mesure de ses moyens. On doit résoudre ce problème-là.

L'initiative pour l'avenir, puisque vous en parlez, sera-t-elle la solution ? On en parlera lorsqu'on débattrà à son sujet. Un contre-projet aurait été bienvenu, cher collègue Golay, mais le problème existe. Je contredis d'ailleurs M. Imark : si les gens ont dit oui à la 13e rente, c'est parce qu'ils ont l'impression qu'il y a toujours de l'argent pour Credit Suisse et qu'il n'y en a jamais pour eux. C'est pour cela qu'ils ont dit oui à la 13e rente et c'est la raison pour laquelle on doit faire des corrections et s'assurer que ceux qui gagnent beaucoup d'argent sur le travail des Suisses paient leur juste part à l'effort commun.

Knutti Thomas (V, BE): "SRF Verkehrsinfo, wir haben folgende Staumeldungen: Zürich vor dem Gubrist-Tunnel, ab Aarau Richtung Zürich, Zürich Richtung St. Gallen, Basel ab Pratteln bis zum Zoll Weil am Rhein, 45 Minuten Wartezeit; ab Egerkingen Stau Richtung Bern, Verkehrsüberlastung; Buchrain Richtung Luzern, Verkehrsüberlastung; zwischen Lausanne und Genf ebenfalls Verkehrsüberlastung und Stau im wunderschönen Berner Oberland zwischen Brienz und Interlaken Richtung Spiez. Wir wünschen Ihnen trotzdem eine gute Fahrt."

Verkehrsmeldungen zu Staus und Überlastungen gehören mittlerweile zum Alltag auf unseren Schweizer Strassen. Ich könnte Ihnen noch unzählige weitere Beispiele nennen. In Regionen wie Basel – Frau Arslan kann das sicher bestätigen – bricht während der Stosszeiten regelmässig der Verkehr zusammen. Der Hauptgrund dafür ist klar. Der Hauptgrund dafür ist klar! Es ist die masslose Zuwanderung.

Es ist höchste Zeit, dass wir die Zuwanderung in die Schweiz stoppen. Allein im Jahr 2024 wurden 55 600 Staustunden auf dem Schweizer Nationalstrassennetz registriert. Noch schlimmer ist: Das sind 14 Prozent mehr als im Jahr davor.

AB 2025 N 1860 / BO 2025 N 1860

Das sollte uns doch zum Nachdenken bringen. Über 100 000 Menschen wandern pro Jahr in die Schweiz ein, und wir tun so, als ob unsere Strassen, unsere Städte, unsere Felder unbegrenzt wären und als ob unsere Lebensqualität nicht davon betroffen wäre – aber so ist es nicht. Unsere Infrastruktur, unser Wohnraum und unsere Sozialwerke sind am Limit. Unsere Lebensqualität und unsere Identität sind in Gefahr. Auch unser Kulturland ist in Gefahr. Es verschwindet, und mit ihm verschwindet auch unsere Versorgungssicherheit, Sekunde für Sekunde. Es verschwinden 1,1 Quadratmeter Kulturland pro Sekunde. Das sind 4500 Fussballfelder pro Jahr.



Ich appelliere hier vor allem auch an jene unter Ihnen, denen die Wirtschaft am Herzen liegt; wir Fuhrhalter erleben es täglich: Eine termingerechte Lieferung ist kaum mehr möglich. Die Stautunden kosten unsere Wirtschaft Millionen, weil wir eine ungebremste Zuwanderung haben. Trotzdem will jeder von Ihnen am Morgen pünktlich sein Joghurt haben.

Ich spreche hier auch als Landwirt. Es ist skandalös und fahrlässig, wie wir in den letzten zehn Jahren die Zubetonierung unseres Landes zugelassen haben. Ich frage Sie deshalb: Ist das die Schweiz, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Eine Schweiz, in der Bauern immer weniger Land zum Produzieren haben, weil alles zubetoniert wird? Eine Schweiz, in der unsere Unternehmen Waren nicht mehr rechtzeitig liefern können, weil sie im Stau stecken? Eine Schweiz, in der wir morgens im Auto und im LKW verzweifeln, statt mit Zuversicht in den Tag zu starten? So darf es nicht weitergehen.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Wir müssen Verantwortung übernehmen, für heute und für die nächste Generation. Sagen auch Sie Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative. Sagen auch Sie Ja zu einer Schweiz, die nicht nur wirtschaftlich stark, sondern auch lebenswert bleibt.

Barandun Nicole (M-E, ZH): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben vorhin die Verkehrsmeldungen zitiert, die ich natürlich auch kenne. Ich kenne aber auch eine Zeit, und die ist noch nicht so lange her, in der nicht jede Schweizer Familie ein Auto hatte und schon gar nicht deren zwei. Meine Freunde in der Schulzeit mussten oft ein Kinderzimmer teilen. Das war auch nicht so schlecht. Aber diese Verhältnisse haben sich geändert. Denken Sie wirklich, nur die Zuwanderung sei schuld daran, dass wir mehr Verkehr und zu wenig Wohnraum haben?

Knutti Thomas (V, BE): Besten Dank für diese Frage. Das ist selbstverständlich so, da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Die Zuwanderung in die Schweiz, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, ist eines der grössten Probleme. Es ist so, dass wir im Stau stecken.

Töngi Michael (G, LU): Dichiaro il mio conflitto di interessi: sono vice-presidente dell'Associazione svizzera degli inquilini.

In jedem zweiten Votum habe ich jetzt von den Vertretern der SVP gehört, dass die Mieten in der Schweiz zu hoch sind. Vor Kurzem verlangte Ständerat Carlo Sommaruga in einer Motion, dass man dringliche Massnahmen gegen die Mietzinsexplosion ergreift. Wer war dagegen? Die SVP-Fraktion. Kollege Glättli verlangte die Beseitigung von Fehlanreizen für Eigentümer bei steigenden Energiepreisen. Wer war dagegen? Die SVP-Fraktion. Christian Dandrès wollte, dass die Mieter die Probleme der Immobilienblase nicht ausbaden müssen. Wer war dagegen? Die SVP-Fraktion. Ich reichte selber einen Vorstoss ein, um zu hohe Überwälzungssätze bei Sanierungen zu verhindern. Wer war dagegen? Die SVP-Fraktion. Vor einem Jahr unterstützte die Stimmbewölkerung unsere zwei Referenden, die dagegen kämpften, dass das Mietrecht verschlechtert wird. Wer kämpfte für diese Verschlechterung des Mietrechtes? An vorderster Front die SVP. An diesem Wochenende stimmt die Berner Stimmbewölkerung über die Anfangsmiete ab, damit man mehr Transparenz hat. Das ist ein kleiner Schritt für die Mieterinnen und Mieter. Wer ist an vorderster Front dagegen? Die SVP.

Das ist die reale politische Situation in diesem Land. Die Nöte der Mieterinnen und Mieter sind der SVP komplett egal. Diese Partei unterstützt jede Verschlechterung des Mietrechtes, jede zusätzliche Möglichkeit, dass man auf dem Buckel der Mieterinnen und Mieter noch mehr Geld verdienen kann, die Renditen weiter erhöht werden und man leichter kündigen kann. Es ist total heuchlerisch, wenn diese Partei jetzt die hohen Mietzinsen für ihre Initiative instrumentalisiert und letztlich auch will, dass die Menschen, die in die Schweiz kommen, rechtlich noch schlechtergestellt werden, damit sie sich am Schluss gar nicht mehr wehren können.

Ich muss Ihnen, Herr Knutti, sagen: Sie haben vorhin von Landverbrauch geredet und von der Zubetonierung. Das habe ich jetzt auch x-mal gehört. Ich war vor fünf oder sechs Jahren auf x Podien zur Zersiedelungs-Initiative. Sie hätten dort ein Zeichen setzen können, dass man sagt: Es wird nicht mehr eingezont. Aber auch dort: Wer war auf der Gegenseite? Die SVP.

Ich bitte Sie, diese heuchlerische Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Riem Katja (V, BE): Geschätzter Kollege, Sie haben uns jetzt erklärt, wie Sie "Pflästerli-Politik" betrieben haben und das Problem nicht an der Ursache anpacken wollten. Ich möchte Sie jetzt fragen: Haben Sie auch noch andere Argumente, statt einfach SVP-Bashing zu betreiben?

Töngi Michael (G, LU): Die Ursache ist unser schlechtes Mietrecht. Es erlaubt es vielen Vermietern, zu hohe Renditen zu erzielen. Dieses Problem besteht seit 1945 oder sogar noch länger, es hat nicht erst 2008 mit der Personenfreizügigkeit angefangen. Das Problem ist, dass wir in diesem Parlament keine Mehrheit für ein



besseres Mietrecht finden.

Hess Erich (V, BE): Herr Nationalrat Töngi, wissen Sie, dass der Grund für all diese Probleme, die Sie aufgezählt haben, die Zuwanderung ist, die Massenzuwanderung?

Töngi Michael (G, LU): Das Problem ist unser schlechtes Mietrecht. Ich habe versucht, es Ihnen zu erklären. Wir haben in den Zentren seit 1945 immer wieder Druck gehabt. Es ist ein totaler Irrglaube, wenn Sie meinen, dass automatisch die Mieten sinken, wenn weniger Leute in die Schweiz kommen. Wir werden in den Städten immer ein grosses Problem haben. Dieses können wir nur lösen, wenn wir das Versprechen, das in der Verfassung steht, wonach wir die Mieterinnen und Mieter schützen, auch einlösen.

Hübscher Martin (V, ZH): Herr Töngi, Sie haben gesagt, die Ursache sei das Mietrecht. Können Sie aber bestätigen, dass für die Wohnflächenzunahme hauptsächlich das Bevölkerungswachstum verantwortlich ist?

Töngi Michael (G, LU): Nein, das stimmt nicht. Ein gewisser Teil ist auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Aber für einen mindestens ebenso grossen Teil ist der Flächenverbrauch pro Kopf, der gestiegen ist, verantwortlich.

Kolly Nicolas (V, FR): L'initiative populaire sur laquelle les Suisses et Suissesses seront appelés à voter en 2026 vise à inscrire dans la Constitution fédérale un objectif de population à ne pas dépasser de 10 millions pour l'année 2050. À partir de cette date, l'article constitutionnel donne compétence au Conseil fédéral d'adapter cette valeur, année après année, en fonction de l'accroissement naturel de la population. Depuis l'an 2000, la population suisse est passée d'environ 7 millions à aujourd'hui plus de 9 millions d'habitants, soit une augmentation de 25 pour cent. Dans mon canton de Fribourg, la population est passée d'environ 240 000 habitants en l'an 2000 à plus de 340 000 aujourd'hui, soit une augmentation de 41 pour cent. Durant ces 25 ans, l'augmentation de la population dans le seul canton de Fribourg correspond à la construction de trois villes de Fribourg supplémentaires. Vous en rendez-vous compte ? Or, durant cette même période, la population sur le continent européen n'a augmenté, elle, que de 2 pour cent seulement.

AB 2025 N 1861 / BO 2025 N 1861

Pour accueillir cet afflux massif de nouveaux habitants, mon canton s'est énormément construit. À de très nombreux endroits, la belle campagne fribourgeoise et ses terres agricoles ont laissé place au goudron et au béton, par exemple dans la région bulloise où de nouveaux immeubles poussent comme des champignons. Toutes les infrastructures sont mises sous une grande pression. Malgré la construction massive de mon canton, la pénurie de logements continue, engendrant une augmentation discontinue des loyers. Chaque jour qui passe, nos terres agricoles disparaissent un peu plus, laissant place à cette urbanisation, à cette fuite en avant. Les raisons de cette augmentation massive de la population sont connues. Il s'agit de la mise en place de la libre circulation des personnes il y a 25 ans. Le Conseil fédéral affirmait alors dans son message que "l'instauration de la pleine liberté de circulation de personnes avec l'UE" ne risquait pas "de déclencher une vague d'immigration massive". En 2005, lors du vote sur l'extension de la libre circulation des personnes, le même Conseil fédéral donnait les mêmes garanties. Il écrivait que "le Conseil fédéral s'attend certes à un certain potentiel migratoire, mais il estime que le risque d'immigration massive est faible." Dix ans plus tard, lors du vote sur l'initiative populaire contre l'immigration de masse, ce même Conseil fédéral écrivait que "le niveau élevé de l'immigration souligne la nécessité de lancer des réformes de politique intérieure". On les attend toujours, ces réformes promises. En définitive, la population suisse accepta cette initiative, mais son vote a été, de manière quelque peu scandaleuse, ignoré. Alors, 10 ans après, la population suisse a continué d'augmenter. Elle est passée de 8,2 à 9,1 millions d'habitants.

Il est temps, je crois, de mettre une halte à cette fuite en avant, qui n'est plus acceptable. La libre circulation des personnes, telle qu'elle existe aujourd'hui, n'est ni dans l'intérêt des Suisses et Suissesses ni d'ailleurs dans l'intérêt de nos pays amis voisins. Ces pays subissent un déplacement de leur population et de leurs talents vers la Suisse, perdant ainsi des compétences précieuses et subissant ainsi une certaine concurrence déloyale, compte tenu de la différence salariale entre la Suisse et la France, par exemple. Les citoyens suisses, eux, subissent cette même concurrence sur le marché du travail. Cette situation n'est pas saine pour les milliers de nos concitoyens qui ne trouvent pas de travail, car, oui, de très nombreux résidents suisses ne trouvent pas de travail, en particulier les personnes approchant de l'âge de la retraite.

Dans notre pays, une commune peut décider de la population qu'elle entend accueillir lors de l'élaboration de son plan d'aménagement local, un canton peut faire de même lors de l'élaboration de son plan directeur



cantonal, mais la Suisse, en tant que nation, n'a aucun outil pour décider, pour limiter l'afflux de population. Cela n'est pas acceptable. Aujourd'hui, nous voulons que la Suisse reste la Suisse, avec ses spécificités, ses traditions, ses cultures, ses paysages. Il faut pour cela avoir le courage d'écrire un nouveau chapitre de notre politique migratoire. Cela passera uniquement par une décision claire de la population suisse, puisque, malgré toutes les promesses du Conseil fédéral depuis 25 ans, rien n'a été fait. Malgré l'acceptation de l'initiative contre l'immigration de masse en 2014, rien n'a été fait. Dix ans plus tard, tout reste à faire.

La pression migratoire n'a fait qu'augmenter. La seule solution sérieuse sur la table est cette initiative. J'invite nos concitoyens suisses à l'accepter, sans aucune volonté d'isolement ou de repli, mais uniquement, et je dirai même simplement, pour que la Suisse reste la Suisse.

Jost Marc (M-E, BE): Une fois de plus, nous sommes saisis d'une initiative qui promet de résoudre tous les problèmes de la Suisse avec un seul chiffre magique : 10 millions d'habitants. C'est une solution séduisante de simplicité, mais la réalité ne se laisse pas enfermer dans un livre de conte de fées.

Das erste Märchen besagt: Eine starre Obergrenze schafft automatisch Nachhaltigkeit. In der Wahrheit würde sie uns aber die dringend benötigte Flexibilität nehmen. Denn die demografische Entwicklung schreitet unaufhaltsam voran: Immer mehr Menschen gehen in Rente, während wir gleichzeitig im Gesundheitswesen, in der Pflege und in unserer exportorientierten Wirtschaft dringend qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland benötigen. Ohne diese Fachkräfte könnten wir den Wohlstand und das Funktionieren unserer Gesellschaft nicht sichern.

Le deuxième conte de fées concerne l'accord sur la libre circulation avec l'UE. L'initiative exige explicitement sa dénonciation si le chiffre magique de 10 millions est dépassé. Or, avec l'accord sur la libre circulation, c'est tout le paquet des accords bilatéraux qui disparaîtrait. Les conséquences seraient graves. De plus, la Suisse perdrait sa crédibilité et sa réputation de partenaire contractuel fiable. Voulons-nous vraiment en assumer la responsabilité ?

Das wohl grösste Märchen besagt, das Asylwesen würde einfacher – das Gegenteil wäre der Fall. Eine Kündigung auch des Dublin-Abkommens würde zu höheren Kosten, mehr Zweitgesuchen und einer grösseren Belastung unseres Systems führen, was alles andere als effizient oder nachhaltig ist.

La morale de l'histoire est la suivante : cette initiative n'est pas une recette pour la durabilité, mais un conte de fées dangereux sans fin heureuse. Elle promet des solutions simples, mais qui nous mènent à une impasse politique et économique.

Ich unterstütze hingegen den Gegenvorschlag, weil eine schnelle Zuwanderung tatsächlich Herausforderungen mit sich bringt, die wir nur mit präzisen Steuerungsmöglichkeiten angehen können. Der Gegenvorschlag bietet hierfür eine Grundlage. Im Gegensatz zur Initiative, die eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens bei Überschreitung vorsieht, zielt der Gegenvorschlag darauf ab, die Herausforderungen der Zuwanderung zu meistern, ohne die bewährten bilateralen Beziehungen zur EU zu opfern. Zu seinen Instrumenten gehören zum Beispiel die Förderung der Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt, die bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials sowie raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen zur Begrenzung unseres Ressourcenverbrauchs.

Pour notre part, en tant que représentants du Parti évangélique (PEV), nous ne misons pas sur des contes de fées, mais sur des solutions pragmatiques et éprouvées : une action ciblée en matière d'asile sur le marché du travail et dans le secteur du logement. C'est ainsi que nous façonnons l'avenir avec clairvoyance, sans mettre en danger les fondements de notre prospérité et de notre sécurité.

Darum sagen wir Nein zur Initiative und Ja zur Realität, Nein zu falschen Versprechungen und Ja zu einer Schweiz, die ihre Herausforderungen mit Verantwortung und Augenmass meistert.

Fischer Benjamin (V, ZH): Geschätzter Kollege Jost, Sie haben gesagt, wir bräuchten Flexibilität, das sei wichtig. Dieser Meinung bin ich auch. Aber im Moment geht die Zahl ja nur in eine Richtung: Die Bevölkerung wächst und wächst und wächst. Hiesse denn Flexibilität nicht vielmehr, dass wir ein Gleichgewicht finden und dass wir die nötigen Instrumente haben, um die Zuwanderung zu steuern? Das wäre doch Flexibilität.

Jost Marc (M-E, BE): Vielen Dank, Herr Fischer. Sie wissen wie ich, dass sowohl bei den Verhandlungen über die Bilateralen als auch hier im Gegenvorschlag flexible Lösungen auf dem Tisch liegen. Aber damit muss man sich auseinandersetzen, und man muss mithelfen, bevor man eben einfach eine starre Obergrenze setzt, die keine Flexibilität ermöglicht. Flexibilität ermöglichen wir, indem wir miteinander Lösungen suchen, und nicht, indem wir Extrempositionen verbreiten und vorgeben, damit alle Probleme zu lösen.



Marchesi Piero (V, TI): "No a una Svizzera da 10 milioni": non parliamo di uno slogan, ma di una scelta fondamentale. Vogliamo una Svizzera sostenibile a misura d'uomo, oppure una metropoli anonima in cui i cittadini diventano comparse? A causa dell'immigrazione la Svizzera cresce ogni anno di 80 000 persone. E come costruire una nuova città grande

AB 2025 N 1862 / BO 2025 N 1862

come San Gallo ogni dodici mesi. Ma quale Paese può reggere a questo ritmo senza perdere qualità di vita? Le conseguenze sono chiare e le vediamo tutti. Infrastrutture al collasso, ospedali sovraccarichi, premi di cassa malati che aumentano, alloggi sempre più cari. E le scuole, anch'esse sono sotto pressione e non necessariamente per il crescente numero di allievi, ma soprattutto per la difficoltà di assimilare un'immigrazione massiccia, con culture e lingue diverse che obbligano i comuni ad assumere docenti di appoggio e docenti speciali. Il tutto va a discapito della qualità dell'insegnamento dei nostri figli.

In Ticino il fenomeno è ancora più drammatico. In 20 anni i lavoratori frontalieri sono passati da 30 000 a 80 000 unità. Oggi in Ticino i lavoratori stranieri superano, in numeri assoluti, i lavoratori svizzeri. E questo è il destino che vogliamo per il nostro Cantone? Vogliamo dumping salariale, precarietà, giovani che non trovano opportunità? Tutti i partiti del mio cantone gridano allo scandalo perché ogni anno 800 giovani lasciano il cantone per andare a lavorare in Svizzera interna in cerca di lavori meglio retribuiti. E lì restano, lì fanno figli. Chi costruirà il futuro del Ticino se i nostri giovani se ne vanno? E cosa intendono fare i partiti per invertire questa tendenza? – Nulla!

Le conseguenze sono già davanti a noi. Scuole che chiudono nei villaggi perché mancano gli allievi, comunità che si spopolano, un cantone che invecchia. E più il Ticino invecchia, più cresce la dipendenza dalla manodopera frontaliera. È questo il modello che vogliamo? Parlo anche come padre. Ho un figlio piccolo e come genitore sogno che un giorno, se lo vorrà, possa avere l'opportunità di costruirsi una carriera e una vita dignitosa nel suo cantone. Certo, un'esperienza nella Svizzera interna o all'estero è un arricchimento che spero vorrà vivere. Ma deve essere una libera scelta, non un obbligo imposto dalla mancanza di prospettive in casa propria, come spesso accade nel mio cantone. Che Paese siamo, se costringiamo i nostri giovani a partire e lasciamo che i posti di lavoro siano occupati da chi viene da un altro Paese? Che futuro ha una Svizzera che cresce senza limiti, che consuma il suo territorio e relega i suoi cittadini a spettatori?

Questa iniziativa non punta sulla chiusura e sull'irresponsabilità. È un segnale chiaro. Vogliamo uno sviluppo sostenibile per i nostri cittadini, per le nostre famiglie e per i nostri giovani. Apriamo gli occhi. Questa iniziativa è l'occasione per definire che Svizzera vogliamo tra vent'anni: caotica, cementificata e dove chi vive in questo Paese perde l'opportunità di vivere una vita adeguata? Oppure un Paese vivibile, ben strutturato che fornisce ai nostri giovani una prospettiva per il futuro? Stiamo davanti a una scelta: o lasciamo che la Svizzera diventi una terra senza volto, da dieci milioni e più di abitanti, o difendiamo la nostra identità e il futuro dei nostri figli. La mia scelta è chiara. Io voto per l'iniziativa popolare "No a una Svizzera da 10 milioni!" Lo faccio per la mia generazione e, ancora con più convinzione, per la generazione dei nostri figli.

Rosenwasser Anna (S, ZH): Die Initiative, über die wir heute reden, will die Menge der Menschen, die in der Schweiz leben, auf eine feste Zahl begrenzen. Wird der Grenzwert überschritten, müsste der Bundesrat internationale Verträge kündigen. Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, müsste der Bundesrat Massnahmen treffen, "insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug". Die SVP nennt das Nachhaltigkeits-Initiative. Internationale Verträge unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit zu kündigen, ist brandgefährlich. Aber darum geht es mir in diesem Votum nicht. Worüber ich heute reden will, ist das Gefühl, wir hätten in unserem Land zu wenig Platz.

Ich frage mich bei jeder Abstimmung, was mich mit meinen politischen Gegnern und Gegnerinnen verbindet. Ich glaube, bei dieser Initiative ist es ein kollektives Unbehagen und das Gefühl, dass uns die Luft zum Atmen fehlt, als würde alles knapper: Wohnraum, Ressourcen, Sicherheit. Wer sich über die vorliegende Initiative informieren will, kann auf der offiziellen Homepage auf das Wort "Argumente" klicken. Dann kommen aber keine Argumente, sondern als Erstes kommt dieser Satz: "Welche Themen beschäftigen dich im Zusammenhang mit der Zuwanderung?" Die SVP erklärt einmal mehr die Zuwanderung zum grössten Problem und die Isolation zur einzigen Lösung. Unsere eigentlichen Probleme sind in dieser Initiative nur Mittel zum Zweck.

Seien Sie doch wenigstens ehrlich,werte Kolleginnen und Kollegen der SVP. Ihr Parteiprogramm lautet einmal mehr: Ausländer raus. Sie meinen aber nicht diejenigen Ausländer und Ausländerinnen, die statistisch gesehen den grössten Anteil in der Schweiz ausmachen, das sind Menschen aus Deutschland, Italien oder Portugal. Sie meinen auch nicht die reichen Expats oder die Spanierinnen oder die Österreicher. Was Sie mit der Initiative wollen, aber nicht konkret aussprechen dürfen: Menschen, die anders sind als wir, sollen raus. Es geht um



Menschen, die weniger weiss, weniger christlich, weniger reich sind als wir. Zu viel – das sind vor allem immer die anderen. Die fünf Präsidenten der Initiative heissen Marco, Manuel, Thomas, Thomas und Mike, und raus sollen Omar, Fatima, Ahmed, Aisha und Can.

Diese Woche hat das jüdische Neujahr begonnen. Ich wünsche mir für das neue Jahr, dass ich in diesem Saal öfter mein Politikstudium brauche als mein Geschichtsstudium. Die Erzählung der Überbevölkerung hat eine hässliche Geschichte ebenso wie die Erzählung, in der die anderen zum anderen gemacht werden, um sie zu entmenslichen. Die Idee, dass es in einem Land angeblich zu viele Menschen gibt, geht am Problem tiefgreifender Ungleichheiten vorbei. Sie reproduziert Rassismus, und sie läuft auf eine Form der Bevölkerungskontrolle hinaus, bei der diejenigen mit Macht darüber entscheiden, wessen Leben genug wert ist, damit er oder sie bleiben darf.

Ich bin überzeugt, dass es immer etwas gibt, das uns alle verbindet, von rechts bis links, seien das Ängste, Wut, Trauer oder Hoffnung. Die Frage ist nur, was wir damit machen. Suchen wir gemeinsam Lösungen, um Verantwortung für unser Handeln zu übernehmen, oder hetzen wir gegeneinander, um vermeintliche Sicherheit in der Isolation zu finden? Die Initiative der SVP sagt, die Antwort sei Isolation. Ich bin überzeugt, dass wir die Fragen anders stellen müssen. Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um? Wie sind diese Ressourcen verteilt? Es gibt zugegebenermassen keine einzige und keine einfache Antwort auf diese Fragen, und die Antworten sind komplexer als die Hetze dieser Initiative. Solidarität war schon immer anspruchsvoller als Ausgrenzung, und sie war es schon immer wert.

Ich bitte Sie, die vorliegende Initiative abzulehnen.

Nicolet Jacques (V, VD): L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" soulève des enjeux importants pour l'avenir de notre pays, notamment en matière d'infrastructures, de préservation des terres agricoles et de durabilité.

Nos infrastructures sont déjà saturées : chaque jour, les automobilistes et les véhicules de nos entreprises passent des heures dans les bouchons sur nos routes et autoroutes arrivées à saturation, rendant les trajets quotidiens éprouvants. Les transports publics, bien que largement développés, sont surchargés aux heures de pointe et peinent à répondre aux besoins des usagers. Nos écoles, nos hôpitaux et nos établissements médico-sociaux (EMS) sont également sous pression, ce qui rend la qualité des services offerts à la population toujours plus difficile.

La situation de nos terres agricoles est alarmante : au cours des 30 dernières années, nous avons perdu 1 mètre carré de terres agricoles chaque seconde, une tendance qui, bien que légèrement atténuée aujourd'hui, reste préoccupante, avec encore 0,6 mètre carré perdu chaque seconde au profit de nouvelles constructions et de nouvelles infrastructures. Plus de 5 hectares disparaissent ainsi chaque jour, au détriment de l'agriculture, de la production alimentaire, de la biodiversité et de la faune. Cela ne fait que souligner la nécessité de protéger notre espace agricole, essentiel pour notre approvisionnement alimentaire, démontrant la problématique de notre dépendance alimentaire des produits agricoles importés toujours plus importante et rappelant que la Suisse ne produit que la moitié du contenu de notre assiette. Il est impératif de promouvoir une agriculture durable et nourricière

AB 2025 N 1863 / BO 2025 N 1863

ainsi que de soutenir la production locale afin de garantir et renforcer notre sécurité alimentaire, tout en renforçant également le secteur agroalimentaire de proximité. Pour ce faire, il faut des terres agricoles.

La question de l'immigration mérite également d'être abordée. Plutôt que d'encourager une croissance démographique continue et parfois désordonnée, nous devons privilégier une immigration qualitative, qui répond avant tout aux besoins du marché du travail et qui profite à l'ensemble de notre société, sans surcharger nos infrastructures. Il est temps de freiner cette fuite en avant démographique et de réfléchir à une croissance qui soit durable et équilibrée.

En conclusion, l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" est un appel à la responsabilité. Elle vise à préserver notre qualité de vie, à protéger nos ressources naturelles et à garantir un avenir durable pour les générations futures. C'est un choix pour un avenir raisonnable et durable. Nous devons agir maintenant pour éviter une surcharge supplémentaire de nos infrastructures, une perte effrénée de nos terres agricoles, une dépendance toujours plus forte aux importations de denrées alimentaires et une immigration incontrôlée.

C'est pour toutes ces bonnes raisons que je soutiens l'initiative sur la durabilité et vous demande d'en faire autant.

Pahud Yvan (V, VD): Voulons-nous continuer, année après année, d'accueillir en Suisse la population de la



ville de Lausanne ? Oui, c'est la réalité, construire et bétonner une nouvelle ville chaque année pour loger près de 100 000 nouveaux arrivants dans notre pays. Les conséquences ? Des trains bondés, des embouteillages qui n'en finissent plus, des hôpitaux débordés, et, cerise sur le gâteau, une pression insoutenable sur les loyers. Car, oui, déjà aujourd'hui, la classe moyenne et les familles peinent à trouver un logement abordable. Cette pénurie fait exploser les prix des logements, mettant à mal le pouvoir d'achat de ceux qui travaillent dur et se lèvent tôt pour vivre dignement. C'est la réalité d'un pays en surpopulation. Ce sont les effets concrets d'une immigration non maîtrisée. Et ce sont les citoyennes et les citoyens de notre pays qui en paient le prix, chaque jour, dans leur quotidien.

En 1980 – qui est, d'ailleurs, une très belle année puisque j'ai eu le plaisir d'y voir le jour –, il y avait 6 millions d'habitants. Aujourd'hui, nous approchons les 9 millions. Si nous continuons sur cette voie, ce sera 10, 11 ou 12 millions d'ici quelques années. C'est une explosion démographique sans précédent. Il faut regarder le problème en face, elle est due à une immigration massive et incontrôlée. Nous ne pouvons pas continuer à construire sans fin et à bétonner nos terres agricoles pour accueillir toujours plus de monde. À ce rythme, nous sacrifions ce qui fait la force et la beauté de notre pays : ses paysages, sa qualité de vie, sa cohésion sociale et la sécurité. La qualité et non la quantité. L'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" n'est pas une fermeture. C'est une question de bon sens et de responsabilité. Elle défend une durabilité authentique, celle qui protège notre sol, notre environnement, notre autonomie et assure un avenir viable aux générations futures. Soutenir cette initiative, c'est donc faire preuve de bon sens, de courage et de loyauté envers notre pays et sa population.

Je vous invite donc à dire oui pour une Suisse durable, habitable et digne de ce que nous voulons transmettre.

Schaffner Barbara (GL, ZH): Intelligenza enstagl betun! De l'intelligence plutôt que du béton! Intelligenza anziché beton!

Anstelle von immer mehr Beton und immer mehr Verkehrsinfrastruktur sollten wir besser die bestehende Infrastruktur gut ausnutzen. So machen wir sie fit für mehr Leute. Damit dies gelingt, braucht es ein gesamtheitliches Denken, das die Grünliberalen mit der Forderung nach weniger Silodenken und einer Reorganisation der Verkehrsämter anregen.

Die GLP steht für qualitatives und cleveres Wachstum statt starrer Grenzen. Die Kündigungs-Initiative ist keine Lösung.

Docourt Martine (S, NE): Pendant des décennies, des centaines de milliers de personnes venues d'Italie, d'Espagne, du Portugal ou de Yougoslavie ont contribué à la prospérité de la Suisse.

Hanno costruito strade e gallerie, lavorato nei campi e negli alberghi, sostenendo settori fondamentali della nostra economia. In cambio furono sottoposti a un regime discriminatorio: permessi di soggiorno di nove mesi, divieto di vivere con le famiglie, alloggi spesso in baracche.

De nombreux enfants ont grandi cachés, privés de liberté, car la loi ne leur reconnaissait pas le droit d'exister ici. Le statut de saisonnier, introduit en 1931, reste une blessure dans notre histoire, symbole d'une immigration utilitariste et indigne, qui n'a été aboli qu'en 2002 avec la libre circulation.

Aujourd'hui, l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" tente de nous ramener à cette logique. C'est une nouvelle offense envers les travailleuses et travailleurs issus de la migration et une attaque contre la protection des salaires et la disponibilité de main-d'œuvre dans des secteurs tels que la santé, l'hôtellerie, la restauration ou encore la construction. Réduire l'immigration affaiblirait la transition énergétique, l'agriculture locale, la santé, les services publics et l'innovation. C'est ainsi tout le contraire de la durabilité. La durabilité se construit avec l'ouverture, la solidarité et la responsabilité collective, et non en fermant les frontières.

Les initiants parlent de bétonnage et de perte de nature. Cependant, en septembre 2024, l'UDC a rejeté l'initiative pour la biodiversité et, la même année, a soutenu l'extension des autoroutes, augmentant ainsi la consommation de sol et les émissions.

En ce qui concerne les loyers, l'argument ne tient pas plus : la crise est due au manque de volonté politique de protéger les locataires, tandis que la droite soutient des projets en faveur des propriétaires.

Le trafic est un autre faux problème imputé à l'immigration. Limiter les flux ne réduirait ni les embouteillages ni les trains surchargés. La densification du trafic dépend de la planification et des investissements dans les transports publics, tandis que l'extension des autoroutes encourage l'utilisation de la voiture.

L'argument de la perte de culture, d'identité ou de cohésion sociale est trompeur. L'intégration est un processus réciproque.

Migranten und Migrantinnen lernen unsere Sprachen, engagieren sich im sozialen und politischen Leben und respektieren unsere Institutionen. Ihre Kinder bereichern das Bildungssystem, und die Eltern tragen aktiv zur



Stabilität des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungen bei.

Enfin, une contradiction fondamentale : aucune référence n'est faite à la question climatique. L'UDC critique l'immigration massive, mais elle reste silencieuse sur les flux migratoires liés au dérèglement climatique et aux conflits que sa propre politique contribue à provoquer. Avec son inaction en politique climatique et en soutenant les oligarchies pétrolières, elle favorise l'instabilité et les mouvements de fuite. Son discours est donc sélectif et hypocrite.

En fin de compte, cette initiative prétend répondre à des problèmes réels, mais elle repose sur des simplifications et des contradictions. Voter "oui" reviendrait à choisir des solutions discriminatoires et inefficaces au lieu de renforcer la justice sociale et la cohésion démocratique et de protéger l'environnement. Nous devons tirer les leçons de l'histoire : la prospérité ne doit plus reposer sur l'isolement et l'exclusion, mais sur l'ouverture, le travail et la dignité pour toutes et tous. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" est un dangereux retour en arrière. C'est pourquoi nous devons clairement dire "non".

Quadri Lorenzo (V, TI): Riprendere il controllo sull'immigrazione è una necessità per la Svizzera. Negli ultimi cinquant'anni la popolazione è aumentata del 40 per cento, negli ultimi vent'anni di oltre il 20 per cento, e la percentuale di stranieri residenti in Svizzera è raddoppiata dagli anni Settanta ad oggi.

L'immigrazione incontrollata ha effetti negativi praticamente in ogni ambito: sicurezza, Stato sociale, educazione, costi della salute, mercato dell'alloggio, traffico, inquinamento, fabbisogno energetico, presunta carenza di manodopera, ecc.

AB 2025 N 1864 / BO 2025 N 1864

Con l'accordo di sottomissione all'Unione europea di cui si discute di questi periodi, la situazione è destinata a peggiorare ulteriormente e non ci sarà evidentemente alcuna clausola di salvaguardia. La situazione della Svizzera ad occhi dell'UE non sarà mai abbastanza grave per giustificare l'attivazione.

In questa sala non possono trovare posto 2000 persone. È una legge fisica. È curioso vedere come le stesse cerchie politiche, che si lamentano dell'eccessivo consumo di risorse, promuovano l'immigrazione incontrollata. Proprio per preservare le risorse naturali, una decina di anni fa, l'iniziativa Ecopop chiedeva di limitare l'immigrazione netta ad un massimo di circa 16 000 persone all'anno e venne bollata come una follia ed uno scandalo.

Prima della votazione sugli accordi bilaterali, il Consiglio federale aveva detto che, a seguito della libera circolazione delle persone, sarebbero arrivate in Svizzera circa 8000 a 10 000 persone all'anno di immigrazione netta. La cifra reale è di dieci volte superiore.

Il progetto sugli aerei F-35, sottoposto alla votazione del popolo, non è l'unico esempio in cui il Consiglio federale e il Parlamento hanno fornito ai cittadini delle cifre fasulle. Se bisognasse rifare tutte le votazioni in cui ciò è avvenuto, la prima votazione da rifare non sarebbe quella sugli aerei F-35, ma quella sulla libera circolazione delle persone e anche sugli accordi di Schengen.

Secondo lo studioso olandese Ruud Koopmans, in Europa le maggioranze sono particolarmente vulnerabili in due ambiti, nei quali meritano una protezione per legge, in quelli dell'immigrazione e della rappresentazione dell'identità nazionale nello spazio pubblico. Limitare l'immigrazione non è razzismo, è una necessità evidente. Allargando lo sguardo al panorama globale, si nota che la Svizzera si trova in una situazione eccezionale, perché nel mondo l'immigrazione di massa non è certo la regola.

Tutelarsi è legittimo. L'iniziativa popolare "No ad una Svizzera da 10 milioni" non è di per sé un'iniziativa contro la libera circolazione delle persone e quindi contro i Bilaterali, perché – il testo è chiaro – quando si raggiungono i limiti indicati si interviene sul settore dell'asilo e sui ricongiungimenti familiari, quindi in sostanza su quelle persone che nemmeno dovrebbero essere qui. La disdetta della libera circolazione delle persone sarebbe l'ultima ratio. In ogni caso, in un recente approfondimento, pubblicato nel mese di giugno su "Finanz und Wirtschaft", il professor Reiner Eichenberger dell'Università di Friburgo dimostra che l'apporto economico dei Bilaterali I alla Svizzera è pressoché inesistente e quindi una loro eventuale disdetta sarebbe facile da gestire.

Invito quindi a raccomandare di approvare questa iniziativa popolare, perché non c'è nessun motivo per non farlo.

Mahaim Raphaël (G, VD): Si cette initiative venait à passer la rampe, nous pourrions, du jour au lendemain, clore le dossier européen. Cela reviendrait à faire un bras d'honneur à l'Union européenne. Ce serait la fin complète des discussions avec l'Union européenne et, je me permets de le dire, un drame pour la Suisse et son avenir. Fin de partie ! Rideau ! C'est terminé ! Très franchement, ce seul élément, à lui tout seul, doit nous



inciter à ne même pas nous poser la question des autres problématiques soulevées par l'initiative et à la rejeter sans hésiter.

À l'heure où Vladimir Poutine provoque l'Europe aux portes des pays baltes ou en Scandinavie, à l'heure où les États-Unis ne sont plus un partenaire fiable en raison d'un président qui a littéralement perdu la tête et qui est parti dans une dérive fasciste, la Suisse doit savoir où sont ses alliés. Elle doit savoir où sont ses alliés et elle ne peut pas se permettre de leur faire un bras d'honneur. Si elle le fait – si elle le fait –, le jour où la sécurité sur le continent européen ne sera plus garantie, et même si nous n'avons bien sûr pas d'alliance militaire avec l'Union européenne, nous nous retrouverons dans une situation où nous irions pleurer à la porte de nos alliés de l'Union européenne et où plus personne ne nous répondrait. Parce que, forcément, si on leur fait un bras d'honneur, on peut comprendre que le jour où on aura besoin d'eux, ils nous répondront : "Chers Suisses, vous vouliez faire tout seul, eh bien faites tout seul !" Voilà la conséquence. Il faut avoir le courage de le dire. Voilà la conséquence qu'aurait l'acceptation de cette initiative.

C'est donc un chaos programmé, mais on peut aussi, au-delà de ce chaos, parler de l'initiative en se posant la question de la surchauffe économique et des conséquences qu'elle engendre dans notre pays. Oui, c'est vrai, dans certaines régions du pays, il y a une surchauffe. Dans certaines régions du pays, il y a besoin de prendre des mesures. Mais alors, chères et chers collègues qui êtes à l'origine de cette initiative, pourquoi avez-vous voté sans hésiter pour une extension des autoroutes ? Plus d'autoroutes, c'est plus de trafic. Pourquoi vous opposez-vous depuis toujours à des mesures d'aménagement du territoire intelligentes qui, je le rappelle, visent à construire du logement là où on en a besoin et à protéger les terres agricoles là où on doit les protéger ? Pourquoi vous opposez-vous à un contrôle des loyers, pour éviter les loyers abusifs dans notre pays, qui étranglent la classe moyenne ? Voilà le type de mesures que l'on doit prendre pour éviter les effets négatifs de la surchauffe économique. J'en ajoute une, et non des moindres : oui, certaines pratiques fiscales agressives, notamment à l'égard d'entreprises étrangères ou de multinationales, notamment dans la région d'où je viens, l'Arc lémanique, ont incité des entreprises à participer à cette surchauffe, à participer à cette croissance. Pour le meilleur parfois, mais aussi pour le pire.

Il faut donc s'en prendre aux causes. Il faut s'en prendre aux causes et non pas désigner une conséquence qui de toute façon est une chimère. Il me venait, en réfléchissant à ce débat, une analogie : c'est un peu comme si on dit qu'on n'aime pas la pluie, alors on demande d'interdire la pluie. D'abord, on a besoin de la pluie, tout comme on a besoin de l'immigration pour la prospérité helvétique. Nos routes et nos hôpitaux fonctionnent grâce à une main-d'œuvre en partie étrangère. On a besoin de la pluie, mais, surtout, interdire la pluie, cela ne veut rien dire. C'est absurde. Si on veut réfléchir aux conséquences négatives que parfois la pluie peut avoir, on réfléchit à se protéger, à des mesures de lutte contre les inondations, etc. C'est exactement la même chose en matière d'immigration : un aménagement du territoire intelligent, des mesures sociales intelligentes, ne pas développer à outrance nos infrastructures, ne pas pratiquer une politique fiscale agressive qui fait venir des entreprises qui, très franchement, participent aussi à une forme de surchauffe économique. Voilà les mesures intelligentes que l'on peut prendre.

En conclusion, si nous ne voulons pas un chaos programmé dans nos relations avec l'Union européenne, dans une période critique de l'histoire suisse où nous avons besoin de stabilité, nous devons dire, sans même réfléchir davantage, "non" à cette initiative. J'espère vivement que le peuple le fera. Si tel n'est pas le cas, je prédis une grande période d'instabilité pour notre pays, à un moment où la géopolitique mondiale, malheureusement, nous impose de réfléchir beaucoup plus intelligemment et de rester alliés avec notre plus proche alliée, l'Union européenne.

Reimann Lukas (V, SG): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, die Schweiz müsse wissen, wo sie in Bezug auf Putins Politik stehe. Ist Ihnen bekannt, dass Putin versucht, die europäische Gesellschaft zu destabilisieren, indem er Flüchtlingswellen anrollen lässt, die uns schaden sollen? Wie wollen Sie denn darauf reagieren? Es wäre doch auch eine Anti-Putin-Politik, wenn man diese Flüchtlingswellen stoppen könnte.

Mahaim Raphaël (G, VD): Merci, cher collègue. Je crois savoir que la déstabilisation par Vladimir Poutine, notamment sur les réseaux sociaux, notamment par la propagation de "fake news", ne fait pas partie des choses que vous combattez avec le plus de vigueur. C'est pourtant exactement là qu'il faut agir. Quant à la question migratoire, je ne sais pas exactement où vous voulez en venir, mais si vous nous dites qu'il faut cesser d'accepter des réfugiés ukrainiens, alors vous vous placez du côté de Poutine. Ce que vous êtes en train de dire, c'est que, ce que Poutine fait, il faut le laisser le faire.



Non, la seule chose que je dis, c'est qu'il faut rester du côté de nos véritables alliés, à savoir l'Union européenne, dans cette situation géopolitique tendue.

Graber Michael (V, VS): Herr Kollege Mahaim, Sie haben gesagt, der demokratisch gewählte US-Präsident drifte in eine faschistische Richtung ab. Sind Sie sich bewusst, dass der Attentäter von Charlie Kirk auf seine Patronen "Fang, du Faschist" geschrieben hat? Sind Sie sich bewusst, dass Sie damit genau das gleiche Vokabular verwenden wie der Attentäter und mit einer solchen Formulierung zur Gewaltbereitschaft von linker Seite beitragen?

Mahaim Raphaël (G, VD): L'assassinat de M. Kirk est ignoble. Je le condamne sans hésiter. Cela n'a rien à voir avec la discussion sur la politique menée par M. Trump, et je maintiens les termes que j'ai utilisés. C'est une dérive fasciste à laquelle on assiste, et je le disais dans le cadre de ce débat, parce que la Suisse doit savoir qui sont ses alliés aujourd'hui. Et ses alliés, malheureusement, ce ne sont plus les USA et encore moins la Russie de Vladimir Poutine.

Reimann Lukas (V, SG): Ich wurde durch die Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 politisiert. Ich möchte daran erinnern, was uns der Bundesrat damals erzählte. Im Büchlein zur Abstimmung über die Bilateralen I vom 21. Mai 2000 stand, die Erfahrungen zeigten, dass die Ängste des Referendumskomitees unbegründet seien, die Einwanderung aus EU-Staaten nicht zunehmen werde, in Wirklichkeit die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU sehr gering seien. Ich war damals auch in der "Arena" zu dieser Abstimmung, und da sagte Bundesrat Joseph Deiss, es würden pro Jahr 8000 bis 10 000 Personen mehr in die Schweiz kommen. Wir sagten damals, es würden 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Die damaligen Befürworter sagten: Ihr übertreibt, das ist ja wahnsinnig, diese Zahlen sind Hirngespinnste. Und sie hatten recht: Auch wir untertrieben damals. Es sind nicht 40 000 gekommen, erst recht nicht 8000 bis 10 000, sondern es kommen Jahr für Jahr 80 000 bis 100 000, und das seit 25 Jahren.

Und ich frage mich schon, Herr Jans: Wusste der Bundesrat es nicht besser, wollte er es nicht besser wissen, oder wurde das Volk bei dieser Abstimmung brandschwarz angelogen?

Wir sehen es heute beim Verkehr, wir sehen es an den Universitäten, an den Schulen, wir sehen es eigentlich überall: Obwohl wir viel Geld in die Infrastruktur investieren, kommen wir mit diesem Bevölkerungswachstum nicht mehr mit. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist auf dem Niveau eines Drittweltlandes, und das sollte uns zu denken geben. Wenn ich von St. Gallen nach Genf fahre, dann sehe ich kaum zwei Minuten lang grüne Flächen. Es ist alles verbaut, es ist überall zubetoniert. Wenn Sie mit dem Zug nach Berlin oder nach Paris fahren, dann sehen Sie durchaus zwei Stunden lang Grünes, und das ist ein grosser Unterschied zur Schweiz.

Es war ein historischer Fehler, dass wir damals dieser Personenfreizügigkeit zustimmten, und der zweite historische Fehler war die Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative. Der erste historische Fehler führte dazu, dass die Schweizer Bevölkerung 2014 zum ersten Mal in ihrer Geschichte – und die Schweizer Bevölkerung ist grundsätzlich eine sehr offene, grossherzige Bevölkerung – einer Bevölkerungsbegrenzung zustimmte. Was tat dieses Parlament? Es ignorierte den Volksentscheid. Ja, es stimmte sogar neuen Verträgen, die dem Verfassungsartikel widersprechen, zu.

Diese zwei historischen Fehler der Schweizer Politik können wir mit der Nachhaltigkeits-Initiative korrigieren. Die Nachhaltigkeits-Initiative bietet die historische Chance zur Korrektur dieser falschen Politik. Sie macht für zukünftige Generationen eine Schweiz möglich, die nicht komplett zugebaut ist. Die Frage, wie man ökonomische, soziale und ökologische Grenzen des Wachstums ernsthaft angehen kann, müssen wir hier im Parlament stellen. Wie viele Menschen kann dieses Land tragen, ohne dass Lebensqualität, Biodiversität und Versorgungssicherheit verloren gehen? Wer hier bloss redet und nicht zuhört, der verfehlt den Kern der Aufgabe, die allen Parlamentariern auferlegt ist, nämlich die Wohlfahrt der Schweiz zu sichern. Hinterlassen wir zukünftigen Generationen eine Schweiz mit schwindender Lebensqualität, zerstörten Landschaften und wachsender Abhängigkeit oder eine, die an der Generationengerechtigkeit orientiert ist? Verantwortung für morgen zu übernehmen, bedeutet nicht, auf Kosten der Jungen zu leben. Das unbegrenzte Wachstum bleibt der tote Winkel im politischen Spiegel: unsichtbar für jene, die nicht genau hinsehen wollen, aber dennoch real und gefährlich. Wer diesen toten Winkel ignoriert, steuert unweigerlich in eine Kollision. Und die Rechnung des Zusammenstosses zahlen am Ende nicht wir, sondern die nächsten Generationen.

In der Debatte heute wurde oft gesagt, das Saisonierstatut sei ganz schlimm gewesen, es habe sich um eine Selektion gehandelt. Es war vielleicht nicht alles perfekt damals, aber was Sie heute mit der Personenfreizügigkeit machen, ist keinen Deut besser. Sie geben allen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern einen Rechtsanspruch darauf, sich hier in der Schweiz niederlassen zu können, und alle, die keinen EU-Pass haben, haben diese



Möglichkeit nicht. Viel gerechter, viel fairer wäre es, ein System zu haben, das sich an konkreten Kriterien orientiert und nicht an EU-Pässen. Es sollte sich daran orientieren, ob jemand aus einer Branche kommt, die die Schweiz braucht, und ob jemand einen Beitrag zum Schweizer Arbeitsmarkt oder zur Integration leisten will oder nicht, und nicht einfach daran, ob jemand einen EU-Pass hat oder nicht.

Nutzen wir diese Chance der Nachhaltigkeits-Initiative, empfehlen Sie diese Initiative zur Annahme.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Kollege Reimann, in diesem Parlament wurde ja die Masseneinwanderungs-Initiative nicht umgesetzt. Es wurde aber damals versprochen, es werde eine Regulierung geben. Bei der Ausschaffungs-Initiative wurde versprochen, sie werde pfefferscharf umgesetzt. Das war nicht der Fall. Jetzt wird mit dem neuen EU-Unterwerfungsvertrag versprochen, es gebe auch dort Verschärfungen. Das ist nicht der Fall. Was sagen Sie dazu, dass hier das Parlament nicht auf die Problematik reagiert?

Reimann Lukas (V, SG): Das ist ein ganz, ganz grosses Problem der Schweizer Politik – es ist die Ignoranz gegenüber der Bevölkerung, die Ignoranz gegenüber den Problemen. Ich hoffe schwer, dass sich alle Demokraten in diesem Land an Volksentscheide gebunden fühlen. Das Volk hat schon die Ausschaffungs-Initiative und die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen, und ich bin überzeugt, dass das Volk auch die Nachhaltigkeits-Initiative annehmen wird.

Riem Katja (V, BE): Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" stellt keine symbolische Forderung – sie ist eine Notbremse. Heute leben wir bereits in einer 9-Millionen-Schweiz. Allein im Jahr 2022 wuchs unsere Bevölkerung um 180 000 Menschen, mehr als die Stadt Basel, die immerhin die drittgrösste unseres Landes ist.

Zur erneuten Erinnerung nach meinem Vorredner: Der Bundesrat prognostizierte einst, dass die Schweiz die 9-Millionen-Grenze erst um das Jahr 2040 erreichen würde. Heute aber, fast zwanzig Jahre früher als erwartet, leben wir bereits in einer 9-Millionen-Schweiz. Das zeigt, wie stark die Prognosen danebenlagen und wie dringend wir handeln müssen.

Wer glaubt, wir könnten dieses Tempo weiterhin zulassen, verkennt die Realität. Sie kennen die Probleme: Wohnraum wird knapp und teuer, die Umwelt wird zubetoniert, und auch die Schulzimmer platzen aus allen Nähten. Ich nenne einige Beispiele aus der Bevölkerung. Erstes Beispiel: Ittigen (BE), 2025, Erhöhung des Steuerfusses von 1,13 auf 1,23. Begründung: grosse Investitionen in die Schulhausinfrastruktur. Zweites Beispiel: Gansingen (AG), 2023, Steuererhöhung von 115 auf 120 Prozent. Grund: Projekt grösseres Schulhaus. Drittes Beispiel: Mammern (TG), 2025, deutliche Steuererhöhung. Grund: Schulraumerweiterung. Die Liste könnte noch lange, lange, lange weitergeführt werden. Überall wird es eng, und es kostet.

Das Hauptargument der Gegner, wir haben es heute schon zahlreiche Male gehört, ist der Fachkräftemangel. Doch

AB 2025 N 1866 / BO 2025 N 1866

gerade hier zeigt sich die Illusion am allerdeutlichsten. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist die Schweiz um mehr als 1,3 Millionen Einwohner gewachsen. Die Zahl der Grenzgänger hat sich verdoppelt, und, Achtung, trotzdem hat sich die Zahl der offenen Stellen vervierfacht – vervierfacht! Wenn die Zuwanderung das Wundermittel wäre, dürfte es diesen Mangel längst nicht mehr geben. Das ist doch nicht normal.

Noch deutlicher: Von allen Zugewanderten in den letzten Jahren arbeitet im Schnitt nicht einmal jeder Fünfte in einem Beruf mit echtem Fachkräftemangel. Bei den Grenzgängern sind es gar nur 16 Prozent. Das zeigt: Die Masse geht am Bedarf vorbei, und jeder zusätzliche Zuwanderer schafft eine neue Nachfrage nach Lehrerinnen, nach Pflegepersonal, nach Ärzten, nach Wohnungen und nach Schulraum. So verstärkt die Zuwanderung den Mangel, den sie angeblich beheben soll.

Das Bevölkerungswachstum bedeutet auch mehr Beton und weniger Natur. Täglich verschwinden wertvolle Grün- und Landwirtschaftsflächen, die für unsere Biodiversität und die Ernährungssicherheit entscheidend sind. Wo sind denn jetzt die Kämpferinnen und Kämpfer für die Umwelt? Sie sitzen wahrscheinlich in ihren Büros und sehen nicht, wie draussen Quadratmeter für Quadratmeter zubetoniert wird und wie wertvolle Flächen verloren gehen. Wir fordern deshalb mehr Nachhaltigkeit, und zwar echte Nachhaltigkeit.

Nun noch zu den Bilateralen: Auch sie werden uns immer wieder als Allheilmittel präsentiert. Aber ein Vertrag ersetzt keine Steuerung. Die Bilateralen haben uns nicht von Engpässen befreit. Im Gegenteil: Sie haben das quantitative Wachstum beschleunigt, ohne die qualitativen Lücken zu schliessen. Der Wohlstand pro Kopf stagniert seit ihrer Einführung. Die Infrastruktur ächzt, die Sozialwerke geraten unter enormen Druck. Wer glaubt, wir müssen um jeden Preis alles hinnehmen, nur um die Bilateralen zu retten, macht unsere Zukunft von Verträgen abhängig, die offensichtlich kaum Probleme lösen.



Dabei spreche ich auch für meine Generation. Wir haben keine Lust, all die dekadenten Entscheide ausbaden zu müssen. Wir fordern jetzt eine klare Grenze. Die Initiative gibt uns diesen Rahmen. Sie hilft uns, Zuwanderung zu steuern – nicht zu verhindern –, und zwar gezielt dorthin, wo sie tatsächlich gebraucht wird, und nicht blind, in der Masse.

Empfehlen Sie diese Initiative zur Annahme. Denken Sie dabei an meine Generation und an die unserer Kinder. Auch sie haben eine Schweiz verdient, welche ihrem Namen gerecht wird, und jetzt können Sie diese ermöglichen.

Schmezer Ueli (S, BE): Ich kann es kurz machen. Die Initiative verdient ein entschiedenes Nein, weil sie heuchlerisch ist. Ehrlicherweise müsste sie lauten: Die Schweiz soll die Verträge mit der EU kündigen. Das darf man wollen, aber man soll es so sagen, sonst führt man die Leute an der Nase herum.

Die Initiantinnen und Initianten finden, dass zu viele Menschen in die Schweiz kommen. Das darf man finden, aber man soll bitte sehr so ehrlich sein und sagen, warum Menschen in die Schweiz kommen. Sie kommen, um zu arbeiten. Sie kommen, weil es in der Schweiz viele Arbeitsstellen gibt. Und diese gibt es zu einem wesentlichen Teil, weil die Schweiz Wirtschaftsförderung betreibt und tiefe Gewinnsteuern hat. Wenn man will, dass weniger Menschen kommen, muss man die Wirtschaftsförderung reduzieren und die Gewinnsteuern erhöhen, statt die Grenzen zu schliessen.

Cette initiative mérite un "non" catégorique.

Riner Christoph (V, AG): Manche tun so, als sei eine Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern ein Geschenk, das Resultat des unvermeidlichen Laufs der Zeit, welcher Wohlstand bringt. Aber ich frage Sie: Wohlstand für wen? Es sind nur wenige, die daran verdienen. Die grosse Mehrheit der Menschen in unserem Land verliert. Sie verlieren ihre Freiräume, sie verlieren Rückzugsorte, sie verlieren ein Stück Heimat. Wir alle spüren es tagtäglich. Die Mieten steigen, der Platz wird enger, die Züge und Strassen sind überlastet, Landschaften verschwinden. Unser Land verändert sich in einem Tempo, das uns kaum noch Luft zum Atmen lässt.

Wohlstand, echter Wohlstand ist so viel mehr als Zahlen in einer Statistik. Unser Wohlstand ist nicht das Bruttoinlandsprodukt, auch nicht der nächste Quartalsgewinn. Echter Wohlstand ist so viel mehr: Echter Wohlstand ist Geborgenheit. Er bedeutet Sicherheit. Niemand muss sich fürchten, wenn er auf unseren Strassen unterwegs ist. Echter Wohlstand sind Freundschaften, Gemeinschaft, Vertrauen. Echter Wohlstand, das sind auch unsere Traditionen, unsere Bräuche, unsere Feste, unsere Kultur, der Zusammenhalt und das Miteinander der verschiedenen Landesregionen. All das ist die Seele der Schweiz.

Ich liebe die Schweiz, ihre Vielfalt, ihre Freiheit, ihre Geschichte. Ich liebe die Schweiz, weil sie uns Heimat schenkt, weil sie uns Halt gibt, weil sie mehr ist als ein Stück Land. Sie ist unser Zuhause, und dieses Zuhause dürfen wir nicht verlieren. Einfach zu sagen, das sei halt der Lauf der Zeit, eine 10-Millionen-Schweiz sei unausweichlich, ist Resignation, aber keine Haltung. Wenn nur noch wenige profitieren und die grosse Mehrheit verliert, wenn unsere Landschaften verschwinden, wenn unsere Traditionen verblassen, dann verlieren wir unsere Schweiz. Dann verlieren wir aber auch uns selbst.

Darum brauchen wir die Nachhaltigkeits-Initiative. Sie ist die Antwort auf unser ungebremses Bevölkerungswachstum, auf die 10-Millionen-Schweiz. Sie steht für ein Wachstum mit Mass, für Vernunft statt für blinde Gier. Sie steht für Lebensqualität, für Sicherheit, für echten Wohlstand. Eine 10-Millionen-Schweiz bedeutet noch mehr Enge, noch mehr Lärm, noch mehr Verlust. Die Schweiz darf nicht auf Kosten der Bevölkerung für den Profit einiger weniger immer weiter wachsen. Unsere Schweiz soll die Schweiz bleiben, so wie wir sie lieben. Genau deshalb sage ich: Wir brauchen die Nachhaltigkeits-Initiative und keine 10-Millionen-Schweiz. Was wäre die Alternative zur Nachhaltigkeits-Initiative? Den Kopf in den Sand stecken und die kommenden Generationen dafür bezahlen lassen, was wir heute verschlafen?

Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative heisst Ja zu einer intakten Landschaft, Ja zu unseren Traditionen und Ja zu einer Schweiz, die ihr Herz nicht verkauft.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative klingt auf den ersten Blick simpel – eine Zahl, eine Grenze, ein Gefühl von Sicherheit. Doch Politik ist keine Mathematikaufgabe mit einer fixen Zahl im Resultatfeld. Eine Zahl in der Verfassung ersetzt keine Politik. Sie ist eine Schaufensterdekoration, während die echten Probleme im Hinterzimmer sind.

Die Bevölkerung sorgt sich zu Recht – wegen steigender Krankenkassenprämien, wegen Wohnungsknappheit, wegen Staus und wegen Engpässen im Pflegebereich. Aber Hand aufs Herz: Keine Familie zahlt weniger Krankenkassenprämien, nur weil in der Bundesverfassung die Zahl von 10 Millionen steht. Kein einziges zusätzliches Bett im Pflegeheim entsteht, weil wir eine symbolische Zahl in Stein meisseln. Eine starre Obergrenze in der Verfassung nimmt uns genau das, was wir am meisten brauchen: Flexibilität in der Steuerung.



Sie blockiert Lösungen, statt sie zu ermöglichen.

Und die Initiative hat einen hohen Preis – einen hohen Preis für uns alle. Wirtschaftlich bedeutet sie weniger Fachkräfte im Spital, weniger Innovation im Labor, weniger Wettbewerbsfähigkeit in unseren KMU und weniger ausländische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Ohne sie könnten unsere Höfe gar nicht mehr produzieren. Gesellschaftlich bedeutet sie weniger Pflegepersonal in Spitälern und Altersheimen und weniger Perspektiven für die nächste Generation. Politisch bedeutet sie mehr Blockade hier im Saal statt Handlungsfähigkeit.

Wer glaubt, diese Initiative stärke die Schweiz, täuscht sich. In Wahrheit schwächt sie uns in genau den Bereichen, die für unsere Zukunft entscheidend sind. Natürlich, die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger sind real. Sie fragen sich, wie die Schweiz auch in Zukunft lebenswert bleibt. Doch genau deshalb dürfen wir ihnen keine falschen Rezepte anbieten. Politische Verantwortung heisst, die Sorgen ernst zu nehmen, aber mit Lösungen, die wirken. Dieses Schaulaufen hier und heute wirkt nicht.

AB 2025 N 1867 / BO 2025 N 1867

Die Lösungen liegen längst auf dem Tisch: eine gezielte Steuerung der Zuwanderung nach den Bedürfnissen von Arbeitsmarkt und Gesellschaft, wie sie unser Gegenentwurf vorsieht; Investitionen in Bildung, Integration und Infrastruktur; eine nachhaltige Raumplanung, die das Wachstum klug begleitet. Das ist der Weg, den wir gehen müssen. Oder zugespitzt gesagt: Wir wollen steuern statt blockieren. Wir wollen gestalten statt verwalten. Wir wollen Zukunft statt unsinnige Zahlenspiele.

Darum sage ich klar: Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative schafft keine Sicherheit. Sie schafft Unsicherheit, Blockaden und Kosten für uns alle. Die Schweiz ist nicht stark, weil sie Grenzen zieht. Sie ist stark, weil sie Lösungen findet.

Darum stimme ich Nein – aus Verantwortung für ein Land, das gestalten will, statt sich zu blockieren.

Rüegger Monika (V, OW): Vor über 23 Jahren, am 1. Juni 2002, trat das Personenfreizügigkeitsabkommen in Kraft. Was uns damals als Chance verkauft wurde, hat sich seither zu einer massiven Herausforderung entwickelt. Netto sind bisher über 1,6 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert; dies entspricht der gesamten Bevölkerung des bevölkerungsstärksten Kantons, des Kantons Zürich, oder anders gesagt: Es entspricht der Bevölkerungszahl der sechs Zentralschweizer Kantone Luzern, Schwyz, Zug, Nidwalden, Uri und Obwalden – und zwar gleich mal zwei.

Der Bundesrat und die Classe politique versprochen uns damals, jedes Jahr würden nur rund 8000 Leute kommen, doch die Realität sieht anders aus. Diese Versprechen haben sich als Illusion entpuppt, und damit haben wir die Kontrolle der Zuwanderung aus der Hand gegeben.

Das Schweizer Stimmvolk hat längst erkannt, dass es so nicht weitergeht. 2014 nahm die Stimmbevölkerung die Masseneinwanderungs-Initiative an, mit dem klaren Ziel, dass die Schweiz mittels Kontingenten und Höchstzahlen – so steht es in Artikel 121a der Bundesverfassung – wieder eigenständig bestimmen können soll, wie viele Menschen zuwandern. Doch dieser Volksentscheid wurde von der FDP und der radikalen Linken missachtet. Damit wurde das Fundament der direkten Demokratie erschüttert.

Die Folgen dieser verfehlten Politik spüren wir alle tagtäglich: verstopfte Züge, Stau auf den Strassen, eine Schweiz, die zunehmend verbaut und zubetoniert wird. Es herrscht Wohnungsnot, es gibt weniger Grünflächen, die Sozialkosten steigen. Vier von fünf neu gebauten Wohnungen sind heute für Zugewanderte bestimmt. Jährlich kommen über 80 000 zusätzliche Menschen in unser Land; das erfordert mehr Schulen, mehr Altersheime, mehr Strassen, mehr Infrastruktur. Paradoxerweise holen wir wieder neue Menschen aus dem Ausland, um all diese zusätzlichen Bedürfnisse der Zugewanderten zu decken. Das Ergebnis: Die Schweiz, unsere Heimat, wächst nicht in puncto Qualität, sondern nur in puncto Quantität. Die Schweiz wächst in die Breite, doch der Wohlstand pro Kopf sinkt. Wir verlieren Stück für Stück unsere Lebensqualität. Darum braucht es jetzt eine klare Antwort.

Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" setzt ein Ziel, das realistisch und zugleich notwendig ist. Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf bis 2050 nicht mehr als 10 Millionen erreichen. Das bedeutet konkret: In den kommenden 24,5 Jahren dürfen im Schnitt jährlich maximal 37 500 Personen netto einwandern. In wirtschaftlich guten Jahren können es mehr sein, in schwächeren Jahren weniger. Wird dieses Ziel nicht erreicht, muss der Bundesrat handeln – er muss handeln. Wenn er das nicht macht, ist er gezwungen, die internationalen Verträge zu kündigen. Diese Zuwanderung befeuert nur das Bevölkerungswachstum, darum muss das Personenfreizügigkeitsabkommen dann gekündigt werden.

Die Initiative steht für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und für eine lebenswerte Schweiz, die auch künftigen Generationen Raum, Wohlstand und Perspektiven bietet. Es geht hier nicht um eine Abschottung, es geht um Verantwortung: Verantwortung für unser Land, unsere Heimat, unsere Kultur, Verantwortung ge-



genüber unseren Kindern und Enkeln, Verantwortung dafür, dass die Schweiz nicht in der Masse untergeht, sondern frei, eigenständig und stark bleibt. Lassen wir uns nicht länger von falschen Versprechungen blenden. Fordern wir, dass der Volkswille respektiert wird, und kämpfen wir gemeinsam dafür, dass die Schweiz nicht zur 10-Millionen-Schweiz wird, sondern die Schweiz bleibt, wie wir sie alle lieben!

Porchet Léonore (G, VD): Je monte aujourd'hui à la tribune avec une pensée pour mon grand-père, qui doit se retourner dans sa tombe aujourd'hui, lui qui était chargé d'accompagner et de soulager le plus possible le dur sort de ses collègues saisonniers à l'époque où, dans le canton de Vaud en particulier, on construisait des kilomètres d'autoroutes. Voyez-vous, mon grand-père, en tant que technicien-géomètre, a notamment participé à la construction du grand viaduc de Villeneuve, que les fans d'autoroute qui se trouvent dans cette salle doivent bien connaître et regarder avec fierté, une prouesse d'ingénierie dont, oui, nous sommes fiers, mais qui n'a pas vraiment été construit par des Suisses, comme dans le cas de mon grand-père. Il se trouve que ce viaduc, comme beaucoup d'autres oeuvres d'ingénierie dans ce pays, a été construit par les saisonniers italiens entassés dans des baraquements branlants, glacés ou suffocants, supportant des panneaux "Interdit aux chiens et aux Italiens" dans le climat raciste des années Schwarzenbach. L'histoire des saisonniers et du racisme décomplexé de la politique suisse est une histoire honteuse de notre pays, à laquelle l'UDC voudrait aujourd'hui nous ramener.

En limitant la population à 10 millions d'habitants, en s'attaquant d'abord au droit d'asile puis au regroupement familial, puis à la libre circulation, cette initiative, de fait, recrée notamment un statut de saisonnier, un retour en arrière inacceptable. Le statut de saisonnier signifiait des vies marquées par l'absence et la précarité ; signifiait des hommes qui travaillaient ici, mais qui n'avaient pas le droit de faire venir leurs femmes et leurs enfants ; signifiait des familles déchirées, des enfants grandissant sans père ; signifiait des couples et des enfants contraints à la clandestinité pour rester ensemble. Cette réalité a laissé des blessures profondes dans notre histoire. Revenir sur le regroupement familial, comme le propose l'initiative, c'est revenir à un système qui discrimine les travailleuses et les travailleurs, qui nie leurs droits fondamentaux. Ce serait répéter une erreur dont notre pays devrait, au contraire, rester conscient et tirer les leçons.

Il faut le rappeler, l'environnement suisse n'est pas menacé par une quelconque surpopulation étrangère. Ce qui menace notre avenir, c'est un système économique et énergétique qui continue de polluer, qui dépend encore massivement du pétrole, du gaz et de modes de production destructeurs. Les initiants et les initiantes le savent très bien, mais ils n'ont aucune envie de remettre en question ce système. Au lieu de s'attaquer aux multinationales, aux énergies fossiles, aux infrastructures polluantes, ils préfèrent pointer du doigt les étrangers et les étrangers. C'est plus facile, c'est plus rentable politiquement, mais c'est totalement inefficace. Si nous voulons être durables, ce n'est pas en fermant nos frontières que nous y arriverons, c'est en transformant notre économie, nos transports, notre agro-industrie et notre production énergétique. C'est en faisant de l'écologie le choix le plus facile et le meilleur marché. C'est en construisant un avenir écologique avec toutes celles et tous ceux qui vivent ici, et non pas en les excluant.

Les conséquences de cette initiative seraient aussi lourdes pour notre économie, à commencer par les hôpitaux qui manqueraient de bras, les EMS qui manqueraient de bras, les fermes qui manqueraient de bras, notre AVS qui manquerait de cotisations. En tant que syndicaliste, j'aimerais aussi rappeler qu'aujourd'hui, grâce aux mesures d'accompagnement de la libre circulation des personnes, nous avons un système solide qui protège les salaires et les conditions de travail. L'initiative met justement ce système en danger, de la même manière que le groupe UDC tente toute l'année de fragiliser la protection des travailleurs et des travailleuses en s'attaquant à la loi sur le travail. L'avenir de la Suisse ne se construit pas sur le repli ni l'exclusion, mais sur la solidarité et la coopération. Cette initiative fait des plus vulnérables, les

AB 2025 N 1868 / BO 2025 N 1868

réfugiés, les déplacés, des boucs émissaires de crises dont ils ne sont pas à l'origine.

Rejeter cette initiative, c'est choisir une Suisse fidèle à son histoire d'ouverture, plutôt qu'à ses années Schwarzenbach. C'est une Suisse qui regarde vers l'avenir, une Suisse qui s'attaque aux vrais défis de durabilité et de justice sociale et non pas aux personnes qui font aussi vivre et prospérer la Suisse.

Suter Gabriela (S, AG): Die SVP spricht von Dichtestress. Die Bahnhöfe und Züge sind übervoll, die Strassen sind laufend verstopft, sogar auf Bergwanderungen steht man sich neuerdings auf den Füßen herum. Der Wohnraum wird knapp und unbezahlbar. Dieses Besorgnis hat Kollege Walter Gartmann von der SVP geäußert.

Die SVP spricht von Dichtestress, sieht die Lösung in der Kündigung der Personenfreizügigkeit und nennt



diese Lösung dann nachhaltig. Aber ist das wirklich nachhaltig? Werden die angesprochenen Probleme durch eine Begrenzung der Einwanderung wirklich behoben? Ich bin der Meinung, dass hier eine einfache Scheinlösung angeboten wird, die der Schweiz schadet und nicht nützt. Ich verzichte darauf, noch einmal im Detail zu wiederholen, warum eine Kündigung der Personenfreizügigkeit zu einer Abschottung führt und unseren Wohlstand akut gefährdet.

Viele Probleme, die Sie ansprechen, sind aber nicht aufgrund der Zuwanderung, sondern aufgrund unserer steigenden Ansprüche entstanden. Ich bin in den 1970er-Jahren aufgewachsen, einige von Ihnen ebenfalls. Erinnern Sie sich, welche Familie damals zwei Autos besass? So etwas konnten sich die wenigsten leisten. Wie viele Personen pendelten damals täglich zur Arbeit und wieder zurück? Es waren die wenigsten. 1970 waren laut Statistikangaben 31 Prozent der Erwerbstätigen täglich am Pendeln. Im Jahr 2000 waren es knapp 58 Prozent, und heute sind es über 71 Prozent. Wissen Sie, wie diese Leute pendeln? Die wenigsten sind mit dem Zug unterwegs, die meisten mit dem Privatauto.

Herr Glarner sagte, mittlerweile gebe es auch am Samstag und am Sonntag Stau. Ja, das liegt daran, dass wir ein anderes Freizeitverhalten haben. 40 Prozent der Autofahrten sind dem Freizeitverkehr zuzuordnen. Wie viele Rentnerinnen und Rentner waren in den 1970er-Jahren noch rüstig genug, um mit 75 oder 80 Jahren morgens um 7 Uhr mit dem Zug in die Berge zu fahren? Das war eine verschwindend geringe Anzahl von Menschen. Heute begegnen mir solche Seniorengruppen regelmässig bei der Fahrt zur Arbeit und zurück. Wir sollten uns freuen, dass so viele ältere Menschen bei uns bei so guter Gesundheit sind.

Wie viele erwachsene Personen haben in den 1970er-Jahren allein in einer Dreizimmerwohnung gewohnt? Fast niemand. Seit 1970 ist der Wohnflächenbedarf um über 40 Prozent gestiegen. 1970 beanspruchte eine Person durchschnittlich 30 Quadratmeter Nettowohnfläche, heute sind es 46 Quadratmeter.

Was ich mit diesen Beispielen zeigen will: Wir haben heute ein anderes Konsumverhalten, ein anderes Mobilitätsverhalten als vor fünfzig Jahren. Aber wir brauchen nach wie vor eine Infrastruktur, die vor vierzig oder fünfzig Jahren für die Bedürfnisse der damaligen Zeit gebaut worden ist. Wir stecken in alten Denkweisen und Verhaltensmustern fest.

Wenn wir also die Probleme, die Sie adressieren und unter "Dichtestress" subsumieren, wirklich anpacken wollen, dann müssen wir primär unser Verhalten ändern und unsere Infrastruktur fit für die Zukunft machen. Das heisst, wir müssen uns flächeneffizient fortbewegen. In der Stadt heisst das, dass wir uns zu Fuss, mit dem Velo, mit dem ÖV fortbewegen, und zwar in dieser Reihenfolge. Wir müssen schauen, dass die Menschen möglichst am gleichen Ort wohnen und arbeiten können, dass sie dort auch einkaufen können und nicht auf das Auto angewiesen sind. Dafür braucht es eine kluge Siedlungsplanung und Stadtentwicklung. Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitnehmenden ein Recht darauf haben, einen oder zwei Tage in der Woche im Homeoffice zu arbeiten, sofern dies von der Arbeit her möglich ist. Das würde unsere Strassen massiv entlasten und die Staus reduzieren. Wir müssen Alternativen zum Privatauto attraktiv machen. Das Potenzial, den Freizeitverkehr auf umweltfreundliche und flächeneffiziente Verkehrsmittel zu verlagern, ist gross.

Wir müssen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern und endlich dafür sorgen, dass Wohnungen basierend auf der "Kostenmiete plus" vermietet werden, wie es das Gesetz vorsieht. Schliesslich müssen wir das inländische Arbeitskräftepotenzial besser nutzen, indem wir für Gleichstellung und bezahlbare Kinderbetreuung sorgen, damit beide Elternteile arbeiten können, und indem wir ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen beschäftigen und sie nicht vorschnell aussortieren und aus dem Arbeitsmarkt kippen.

All diese Massnahmen sind nachhaltige Massnahmen. Ihre Initiative ist hingegen abzulehnen.

Götte Michael (V, SG): Geschätzte Frau Suter, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben wunderbar begonnen. Sie haben zuerst alle Problem aufgezeigt, aber dann haben Sie nur teilweise Lösungen vorgebracht. Ein Thema, das Sie aufgebracht haben, ist, dass wir die Infrastruktur ausbauen müssen. Aber gerade gegen den Ausbau von Infrastrukturprojekten leisteten Sie und Ihre Partei im letzten September massiven Widerstand. Sie kämpften dagegen, dass die Infrastrukturen – konkret: die Autobahnen – ausgebaut werden. Gibt es nicht diverse Widersprüche in Ihrem Votum?

Suter Gabriela (S, AG): Es kommt natürlich darauf an, welche Infrastruktur man ausbauen soll. In der Stadt heisst das beispielsweise, dass man für sichere Fuss- und Velowege sorgt, damit mehr Leute auch mit dem Velo einkaufen, zur Arbeit fahren und sich in der Freizeit so bewegen können. Das ist, was ich unter flächeneffizienter Mobilität subsumiert habe.

Reimann Lukas (V, SG): Liebe Frau Kollegin Suter, ich habe in den Achtzigerjahren in der Schule gelernt, die Schweiz habe 6 Millionen Einwohner. Sie haben jetzt die Siebzigerjahre erwähnt. Wie viele Einwohner hatte



die Schweiz in den Siebzigerjahren? Und finden Sie nicht, es sind heute viel, viel mehr?

Suter Gabriela (S, AG): Ich glaube, statt mich zu fragen, geschätzter Kollege Reimann, würden Sie es besser schnell googeln. Dann wüssten Sie es ganz genau und hätten die Statistik gleich zur Hand.

Egger Mike (V, SG): Frau Kollegin Suter, Sie haben wieder von dieser "Abschottung" gesprochen. Aber mit dieser Initiative könnten ja bis ins Jahr 2050 jedes Jahr etwa 40 000 Personen in die Schweiz zuwandern. Ist das für Sie eine Abschottung? Müssten es Ihrer Meinung nach mehr sein?

Suter Gabriela (S, AG): Geschätzter Herr Kollege Egger, vielen Dank für diese Fragen. Ja, ich glaube, der Platz reicht für alle. Aber wir müssen diesen Platz, den wir haben, klug und effizient nutzen – und das machen wir im Moment nicht.

Giezendanner Benjamin (V, AG): Frau Kollegin, Sie haben gesagt, man müsse die flächeneffizientesten Verkehrsträger ausbauen. Können Sie mir bestätigen, dass das Autobahnnetz flächeneffizienter als das Bahnnetz ist?

Suter Gabriela (S, AG): Vielen Dank für diese interessante Frage, Herr Kollege Giezendanner. Es ist nicht effizient, sich alleine in einem überdimensionierten Auto, das zwei Tonnen oder mehr wiegt, fortzubewegen, ohne dass man noch etwas Zusätzliches zu transportieren hat. Es ist leider effektiv so, dass sehr viele Menschen in einem Privatauto zur Arbeit fahren, und sie tun dies alleine, nicht einmal zu zweit, und das verstopft am Schluss die Strassen und auch die Autobahnen.

Aeschi Thomas (V, ZG): Sie sagen, der Platz reiche für alle: Wären Sie für eine Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Länder in Afrika, Asien oder Südamerika? Wären Sie also dafür, dass auch diese Länder ein Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Schweiz abschliessen könnten und dass

AB 2025 N 1869 / BO 2025 N 1869

Personen aus diesen Ländern, die z. B. einen Arbeitsvertrag in der Schweiz erhielten, automatisch in die Schweiz kommen dürften, ohne ein Gesuch stellen zu müssen?

Suter Gabriela (S, AG): Vielen Dank für diese Frage, Herr Kollege Aeschi. Ich glaube, darum geht es gar nicht. Niemand spricht von einer ausgeweiteten Personenfreizügigkeit, wie Sie sie skizziert haben. Es geht jetzt um Ihre Initiative. Die Frage vorhin betraf die 40 000 Personen, und da habe ich gesagt, ich finde, der Platz könnte effizienter genutzt werden, dann hätte es Platz für alle.

Schmid Pascal (V, TG): Frau Kollegin, ich möchte nochmals nachhaken. Sie haben gesagt, der Platz in der Schweiz reiche für alle. Wer sind denn "alle"? Ist das die ganze Welt? Müssen oder dürfen wir die ganze Welt aufnehmen?

Suter Gabriela (S, AG): Vielen Dank für diese Anschlussfrage an die vorherige Frage. Ich habe diese ja bereits beantwortet, deswegen muss ich jetzt nicht noch einmal auf Ihre Frage antworten.

Sollberger Sandra (V, BL): Unser Wohlstand wird durch die masslose Zuwanderung aufgefressen. Wegen der sehr hohen und unbegrenzten Zuwanderung in unser Land haben die Menschen weniger Geld im Portemonnaie. Die 100 000 Einwanderer pro Jahr oder, wie man auch sagen kann, die zwei Millionen in den letzten zwanzig Jahren lassen unseren Wohlstand sinken. Der Wohlstand pro Kopf, und das ist die wichtige Zahl für den Einzelnen, schwindet. Die Kaufkraft schwindet. Obwohl die gesamte Schweizer Wirtschaft wächst, bringt das den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern nichts, weil dieser Wohlstand auf immer mehr Köpfe verteilt wird. Immer mehr Geld zu haben, bringt doch nichts, wenn dieses Geld auf immer mehr Menschen verteilt wird. Das sollte doch eigentlich jedem klar sein. Wir wachsen in die Breite. Das schafft keine Tiefe, kein Fundament. Das ist kein Wachsen in die Höhe, nein, wir werden fett und träge. Das bringt keine Stärke. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt.

Diese extreme Zuwanderung ist kein Wundermittel, sondern Gift für unsere Kaufkraft und für unseren Wohlstand. Infrastrukturen wie Strassen, Züge, Schulen, Sportanlagen und Spitäler platzen aus allen Nähten. Das kostet, und das kostet sehr viel. Schauen Sie sich nur die Sozial- und Asylkosten oder die Gesundheitskosten an. Sie alle überborden wegen der riesigen Einwanderung. "Fest steht, dass das Realeinkommen und die Kaufkraft der Mittelschicht in den letzten Jahren gesunken sind" – ich habe soeben einen ehemaligen sozialdemokratischen Nationalrat zitiert.



Diese Entwicklung zeigt ganz deutlich: Es kommen zu viele, und es kommen die Falschen. Diese Bevölkerungsexplosion bringt keinen Wohlstand, weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft, im Gegenteil: Die Gemeinschaft wird extrem belastet. Der Wohlstand pro Kopf sinkt. Die Produktivität lässt nach. Die Sozialwerke werden infrage gestellt und ausgenutzt.

Die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" ist zwingend nötig zum Schutz unserer Umwelt, unserer Lebensqualität, unseres Wohlstandes und überhaupt für unsere Bevölkerung. Denn nur eine Begrenzung und eine aktive Steuerung der Zuwanderung bringen qualitatives Wachstum und sind nachhaltig.

Danke für die Unterstützung.

Lohr Christian (M-E, TG): Faire Spielregeln sind für unser Zusammenleben unverzichtbar. Natürlich braucht auch die Zuwanderung klare Regeln, doch sie müssen mit Respekt und Anstand gestaltet werden, gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, und gegenüber uns allen, die wir hier in der Schweiz leben. Die vorliegende Initiative will mit einer starren Obergrenze die Entwicklung unseres Landes steuern. Sie klingt auf den ersten Blick einfach, ja fast technisch, doch in Wahrheit führt sie zu Angst und Unsicherheit und nimmt in Kauf, dass ausgerechnet jene, die auf ein solidarisches Umfeld angewiesen sind, zu den Leidtragenden gehören.

Gerade Menschen mit Beeinträchtigungen und Krankheiten wissen, wie entscheidend funktionierende Unterstützungssysteme sind, sei es in der Pflege, in der Betreuung, in der Arbeitsintegration oder im Zugang zu Dienstleistungen. Wenn die Zuwanderung pauschal und drastisch beschränkt wird, trifft das auch diese Systeme. Wir riskieren, dass dringend benötigte Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen fehlen. Wir riskieren, dass Familien, die heute schon stark belastet sind, weniger Entlastung und weniger Unterstützung erfahren. Wir riskieren, dass Menschen, die besondere Hilfe brauchen, im Alltag auf noch mehr Hürden stossen.

Ein solidarisches Gesellschaftssystem lebt davon, dass wir nicht nur für uns selbst sorgen, sondern füreinander einstehen, dass wir Vielfalt nicht als Bedrohung verstehen, sondern als Chance, voneinander zu lernen. Wer hier lebt, soll wissen: Er oder sie ist Teil einer Gemeinschaft, die einen trägt, unabhängig davon, ob man zugezogen ist, ob man auf Unterstützung angewiesen ist oder ob man voll und ganz selbstständig durchs Leben geht.

Es geht nicht darum, jegliche Grenzen aufzugeben. Aber starre Zahlen und Verbote sind keine Lösung. Sie blenden aus, dass hinter jeder Zahl ein Mensch steht – mit einer Geschichte, mit Hoffnungen, mit Bedürfnissen. Gute Politik darf nicht Mauern errichten, sondern sie muss Brücken bauen. Integration gelingt nicht durch Abgrenzung, sondern indem wir Menschen einbeziehen, indem wir Zugänge zu Bildung, zu Arbeit, zu unserer Gemeinschaft schaffen, indem wir Ängste abbauen, statt neue zu schüren.

Die Schweiz hat immer davon profitiert, offen zu sein. Wir sind stark geworden, weil wir Neues aufgenommen, Vielfalt zugelassen und Innovation gefördert haben. Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative legt diesem Erfolgsmodell ein starkes Korsett an. Sie ist nicht die Lösung, sie ist ein Rückschritt. Nachdem ich die Voten heute gehört habe, bin ich mir eben nicht so ganz sicher, ob man hier von einer Nachhaltigkeits-Initiative sprechen kann oder ob es nicht letztlich zu einer Gleichgültigkeits-Initiative wird, auch wenn ich davon überzeugt bin, dass die Initianten das nicht wollen.

Darum bitte ich Sie, lehnen Sie diese Initiative ab. Lassen Sie uns gemeinsam an Regeln arbeiten, die es braucht, die aber fair sind, die nachhaltig wirken und die unsere Gesellschaft im Innersten stärken, indem Sie Rückhalt geben, Perspektiven eröffnen und niemanden zurücklassen. Ich werde heute dem direkten Gegenvorschlag zustimmen.

Strupler Manuel (V, TG): Wenn wir über diese Volksinitiative sprechen, müssen wir darüber sprechen, welches Wachstum für die Schweiz vernünftig und welche Zuwanderung für unser Land nachhaltig ist. So wie jetzt – ungebremst, unkontrolliert – ist es unvernünftig oder eben, wie die Initiative sagt, nicht nachhaltig. Oder ist es beispielsweise vernünftig, in der Schweiz ein Hotel mit Architekten aus Spanien zu bauen, mit Ingenieuren aus Indien, mit Bauarbeitern aus Polen, mit einer Geschäftsleitung aus Deutschland, mit einem Koch aus Rumänien, mit einer Putzfrau aus Portugal und mit einem Investor aus Katar? Das Einzige, was daran noch schweizerisch ist, ist die Beteiligung mit Steuergeldern an der Tourismuswerbung. Die Mitarbeitenden, die wir dafür brauchen, finden in der Schweiz aber kaum Wohnraum; sie bezahlen steuerlich vergünstigte Krankenkassenprämien, ihre Kinder benötigen zusätzliche Pädagogen und Unterstützung in der Schule usw. Bringt der breiten Bevölkerung diese Art von Wachstum wirklich etwas? Vielleicht bringt sie dem "Ämtlisammeler", FDP-Ständerat Damian Müller, etwas, der jetzt schon Angst davor hat, dass bei einer Begrenzung der Zuwanderung bei ihm zuhause niemand mehr das WC repariert; oder vielleicht bringt sie seinen Managerkollegen und der Classe politique etwas. Hört man aber, und das tue ich täglich, den Menschen auf der Baustelle oder der arbeitenden Bevölkerung zu, dann spürt man jeweils bald, dass das Wachstumstempo für viele zu



hoch und die damit verbundenen Nachteile zu gross sind. Sie spüren nichts von den von Mitte-Links propagierten Vorteilen der Zuwanderung, sondern sie fühlen sich immer mehr als Verlierer dieser ungebremsen, unkontrollierten Zuwanderung. Der Traum von der Willensnation Schweiz, in der

AB 2025 N 1870 / BO 2025 N 1870

mit Fleiss für alle alles möglich ist, rückt für sie in immer weitere Ferne.

Mein Anspruch an mich als Vater von drei Kindern ist es, eine enkeltaugliche Politik zu machen. Ich möchte es meinen Enkeln ermöglichen, dass auch sie in einem so tollen Land aufwachsen können, wie ich es tun durfte. Wenn ich an das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest in Mollis zurückdenke, an die Stimmung am Samstagmorgen früh, als 50 000 Leute aus Überzeugung unsere Nationalhymne sangen, weiss ich, dass es sich lohnt, sich für unsere Schweiz, unsere Werte und unsere Traditionen einzusetzen und für sie zu kämpfen. Der Erfolg der Schweiz, unser Erfolg, ist auf einem christlichen Fundament aufgebaut. Aber genau dieses Fundament, das uns Erfolg, Frieden und Wohlstand gebracht hat, wird immer mehr von Integrationsunwilligen aus anderen Kulturen infrage gestellt oder sogar mit Füssen getreten.

Deshalb dürfen wir weder aus Bequemlichkeit noch aus kurzfristiger Profitgier eine ungebremsste, unkontrollierte Zuwanderung zulassen. Wir wollen keine Zustände wie in Frankreich oder Schweden. Wir wollen keine Überfremdung und keine Parallelgesellschaften, die meist noch zu hundert Prozent vom Staat leben. Wir wollen keine Kulturen und Glaubensgemeinschaften in der Schweiz, in denen Mädchen und Frauen weniger wert sind. Wir wollen keine importierte Kriminalität.

Mit einem überzeugenden Ja zu unserer Nachhaltigkeits-Initiative verhindern Sie, wie von links behauptet wird, die Zuwanderung nicht, sondern Sie helfen mit, dass wir die Zuwanderung wieder selbst steuern können, dass wir kontrollieren können, wer in unser Land kommt und hierbleiben darf. Mit einem Ja bewahren Sie unsere Heimat. Dafür danke ich Ihnen.

Arslan Sibel (G, BS): Na a questa iniziativa d'isolaziun! Nein zu dieser Abschottungs-Initiative, einer Initiative, die vorgibt, Probleme zu lösen, die gar keine sind, und die in Wahrheit nur Schaden anrichtet. Nichts an dieser Initiative ist ehrlich: weder der Titel noch der Inhalt oder die Zielsetzung. Diese sogenannte Abschottungs- oder Kündigungs-Initiative will eigentlich, dass die Personenfreizügigkeit gekündigt wird. Genau das ist das eigentliche Ziel der SVP. Damit würde die Schweiz ins Abseits gestellt. Unsere Wissenschaft, unsere Wirtschaft, unsere jungen Menschen, die in Europa studieren und arbeiten wollen – sie alle würden massiv eingeschränkt.

Doch statt ehrlich über Lösungen zu reden, wird mit falschen Fakten und Bildern Angst geschürt. Die SVP redet vom Wohnungsmangel und von steigenden Mieten, aber sie ist es, die konsequent gegen Massnahmen stimmt, die bezahlbaren Wohnraum fördern wollen, und die Mieterinnen und Mieter den explodierenden Mieten ausliefert. Es wird oft gesagt, in der Schweiz gebe es zu viel Verkehr. Doch wer profitiert am meisten davon? Es sind jene, die die Autos verkaufen und gleichzeitig den Menschen, die diese Autos kaufen, die Schuld zuschieben. Ich habe recherchiert, Herr Imark, am meisten profitiert davon die Emil Frey AG, deren Inhaber sogar hier im Nationalrat der Fraktionschef der SVP-Fraktion war.

Was wir hier also erleben, ist das typische Ablenkungsmanöver der SVP. Die Schuld wird immer den anderen gegeben, während die eigenen Profite verschwiegen werden. Statt Verantwortung zu übernehmen und den Schutz der Mietenden zu stärken, sucht die SVP Sündenböcke. Und wer eignet sich besser als Einwanderer? Statt sich klar gegen autoritäre Männer und ihre angeheizten Kriege zu stellen, kuschelt die SVP mit ihnen. Sie macht sogar Geschäfte mit ihnen, sei es bei Waffen oder im Rohstoffsektor. Statt Solidarität zu zeigen mit Menschen, die Schutz suchen, macht sie Stimmung gegen Geflüchtete. Sie macht bewusst keine Unterscheidung zwischen denjenigen, die vor Krieg und Gewalt fliehen, und denjenigen, die als dringend benötigte Fachkräfte hierherkommen. Beiden wird misstraut, beiden werden Rechte genommen, während genau diese Menschen gebraucht und gleichzeitig ausgebeutet werden: in Fabriken, auf dem Bau, in der Pflege und wo auch immer, möglichst billig und möglichst ohne Stimme.

Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Das ist Willkür, und das ist bösartig. Das ist eine Politik der Abschottung auf dem Rücken der Schwächsten. Es ist verletzend, und das muss auch einmal gesagt werden. Etwas Persönliches: In den letzten Jahren war ich oft auf Beerdigungen – auch von vielen Einwanderinnen und Einwanderern, von Menschen, die einst mit Koffern in die Schweiz kamen und in Särgen wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Dass diese Menschen hier auch wertvolle Arbeit geleistet haben, wird von Ihnen ganz fest verschwiegen.

Die Demokratie lebt von Teilhabe. Doch anstatt Menschen, die hier geboren oder aufgewachsen sind, eine faire Chance zur Einbürgerung zu geben, werden die Hürden immer höher gelegt. Menschen, die längst Teil unserer



Gesellschaft sind, werden ausgegrenzt, statt endlich als gleichwertige Mitglieder aufgenommen zu werden. Die Initiative schürt einmal mehr Fremdenfeindlichkeit. Sie ist rücksichtslos und gefährlich. Sie bedroht nicht nur unsere internationalen Beziehungen, sondern auch den sozialen Frieden hier bei uns im eigenen Land. Die Schweiz war immer dann stark, wenn sie offen war, wenn sie die Zusammenarbeit suchte, wenn sie Vielfalt als Bereicherung verstand. Diese Initiative aber führt uns in die Isolation, in die Abhängigkeit von autoritären Regimen, in ein Klima der Angst und des Misstrauens.

Empfehlen Sie diese unsägliche Initiative zur Ablehnung! Treten Sie ein für eine offene Schweiz, für eine solidarische Gesellschaft und für eine Zukunft, die auf Zusammenarbeit statt auf Abschottung baut.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr

La séance est levée à 13 h 00

AB 2025 N 1871 / BO 2025 N 1871



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative**

**Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Wir führen die allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und die Debatte über das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 2 fort.

Schnyder Markus (V, GL): Ich spreche zur Nachhaltigkeits-Initiative, zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!". Ich empfehle sie zur Annahme und begründe das.

Zuerst muss ich einen kurzen Rückblick machen: Ich bin seit rund elf Jahren in der Politik tätig, meine Laufbahn startete, wie sich das gehört – die Ochsentour lässt grüssen –, auf kommunaler Ebene, namentlich im Gemeinderat von Glarus. Gewählt wurde ich, und das ist wichtig, am 9. Februar 2014. Vielleicht können Sie sich an dieses Datum erinnern; damals wurde nämlich die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP von Volk und Ständen angenommen. Sie forderte im Wesentlichen – dies einfach als Erinnerung –, die Schweiz müsse die Zuwanderung selbstständig steuern. Das Volk erteilte mit der Annahme dieser Initiative dem Parlament einen glasklaren Auftrag, welcher bis heute nicht umgesetzt worden ist. Das ist nicht nur Arbeitsverweigerung, sondern auch demokratieverachtend, und dafür müsste sich das Parlament eigentlich schämen. Hätte man diesen Verfassungsauftrag nämlich umgesetzt, müssten wir heute nicht über die Nachhaltigkeits-Initiative debattieren und hätten vermutlich auch sonst deutlich weniger Probleme in unserem Land.

Apropos Probleme: An Problemen fehlt es uns derzeit nicht. Leider sind viele davon importiert und dennoch hausgemacht. Denken Sie an die verstopften Strassen, an die vollen Züge, an das stetig sinkende Niveau an unseren Schulen, an die zunehmende Gewalt, an die Wohnungsnot, an die hohen Miet- und Immobilienpreise, ja auch an die Strommangellage, an die stetig steigenden Gesundheitskosten, an die sinkende Kaufkraft und an die Finanzierungsprobleme unserer Sozialwerke. Klar, an alledem sind nicht die Zuwanderer schuld, aber wenn Sie die Ideologiebrille einmal ablegen, dann stellen Sie fest, dass all diese Probleme direkt oder zumindest indirekt eben doch auf die masslose und vor allem unkontrollierte Zuwanderung zurückzuführen sind.

Das direkte Problem ist offensichtlich: Es kommen einfach zu viele Menschen in unser Land, welche den Staat beanspruchen, anstatt diesem etwas zu bringen. Das indirekte Problem ist ebenso dramatisch: Durch das schnelle und unnatürliche Wachstum platzen unsere Infrastrukturen aus allen Nähten, und sie können auch mit bestem Willen nicht so schnell ausgebaut werden, wie das nötig wäre. Dazu fehlen nicht nur Geld, Personal und Platz, sondern auch die Fähigkeit einer Gesellschaft, solche Massen von Menschen nachhaltig zu integrieren.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich zwei Punkte feststellen:

1. Wenn eine Bevölkerung derart schnell wächst wie jene der Schweiz und der vermeintliche Fachkräftemangel dennoch immer grösser wird, müssen sich vielleicht auch die grössten Gegner unserer territorialen Grenzen



einmal fragen, ob die Personenfreizügigkeit vielleicht gar nicht die Lösung, sondern eher die Ursache des Problems darstellt.

2. Wenn bei Ihnen zuhause eine Wasserleitung kaputt ist und das Haus mit Wasser vollläuft, dann können Sie selbstverständlich Kessel um Kessel unter das Leck stellen und Ihren Mitbewohnern erklären, dass Wasser halt einfach wichtig sei und deshalb die Kessel voller Wasser im Haus stehen müssten. Wenn Sie Glück haben und Ihr Hausabwart ein SVPLer ist, dann wird er sich um die Ursache kümmern und wahrscheinlich einfach den Wasserhahn zudrehen. Ich schliesse mit einem Zitat von William of Ockham, der mal gesagt haben soll, die einfachste Lösung sei meistens die beste.

Stimmen Sie der Nachhaltigkeits-Initiative zu.

Nussbaumer Eric (S, BL): Geschätzter Kollege, Sie sagten einleitend, es sei demokratieverachtend gewesen, wie das Parlament die Volksinitiative damals umgesetzt habe. War es nicht eher folgendermassen: Es gab ein Gesetz, Sie hätten das Referendum ergreifen können, aber Sie waren nicht gewillt, das Referendum zu ergreifen?

Schnyder Markus (V, GL): Nein, ich habe gesagt, es sei demokratieverachtend, dass sie nicht umgesetzt wurde. Klar, auf dem Papier heisst es offiziell, die Initiative sei umgesetzt worden, aber in Tat und Wahrheit wurde sie eben nicht umgesetzt. Im Initiativtext stand damals im ersten Satz, die Schweiz steuere die Zuwanderung selbstständig – und das tut sie heute einfach nicht. Deshalb kann man nicht davon sprechen, die Initiative sei umgesetzt worden.

Egger Mike (V, SG): Geschätzter Herr Kollege, können Sie bestätigen, dass die Zuwanderung seit der parlamentarischen Nichtumsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative nicht beschränkt wurde und auch nicht eigenständig gesteuert wird?

Schnyder Markus (V, GL): Ja, das kann ich bestätigen. Die Zuwanderung hat sich wahrscheinlich sogar noch beschleunigt.

Widmer Céline (S, ZH): Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative der SVP ist brandgefährlich. Sie ist gefährlich für das Erfolgsmodell Schweiz, gefährlich für unsere Wirtschaft, aber vor allem auch gefährlich für unsere Gesellschaft. Sie will das Asylsystem zerstören, und sie will unsere Beziehungen zu Europa ein für alle Mal zerschmettern. Sie ist ein Angriff auf unsere offene und vielfältige Gesellschaft.

Ich kann Ihnen sagen: Ich lebe mit meinen Kindern mitten im Langstrassenquartier in Zürich. Das ist ein Quartier der Vielfalt. Die Eltern der Schulkameradinnen und -kameraden meiner Kinder kommen aus Bangladesch, aus Eritrea und natürlich aus Deutschland, aus Österreich, aus Frankreich und aus der Ukraine. Diese Vielfalt nehmen wir als etwas Gutes wahr. Sie ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Genau weil mein Zuhause ein Ort mit vergleichsweise vielen Ausländerinnen und Ausländern ist, bin ich überzeugt, dass die Initiative der SVP brandgefährlich ist. Sie ist eine Abschottungs-Initiative, die unsere offene, vielfältige Gesellschaft gefährdet.

Die Forderungen der Initiative sind ja nicht neu, überhaupt nicht. Sie stehen in einer historischen Linie mit der Schwarzenbach-Initiative, auch wenn die vorliegende Initiative nicht ganz so radikal ist. Sie schürt Ängste, und sie steht in der

AB 2025 N 1872 / BO 2025 N 1872

Tradition des fremdenfeindlichen Überfremdungsdiskurses, der in der Schweiz leider eine über hundertjährige Tradition hat. Er hat sich zwar etwas gewandelt, aber das Grundmotiv bleibt gleich, nämlich die Behauptung, dass zu viel Zuwanderung die nationale Identität, die Gesellschaft und die Ressourcen zerstören würde. Diese Behauptung ist leider konstant geblieben. Es ist pure Ideologie, eine Ideologie, die ich nicht teile.

Diese Initiative ist auch eine Ablenkungs-Initiative. Hören Sie doch auf, zu behaupten, die Wohnungsnot liesse sich mit weniger Zuwanderung lösen. Hören Sie doch auf, zu behaupten, die Kinder in der Schule würden besser unterrichtet, wenn es weniger Zuwanderung gäbe. Hören Sie doch auf, zu behaupten, es hätte im Tram mehr Platz, wenn wir weniger Zuwanderung hätten. Und hören Sie doch endlich auf, zu behaupten, der Umwelt ginge es besser mit weniger Zuwanderung. Das sind alles nur vorgeschobene, fadenscheinige Argumente.

Wenn es Ihnen wirklich um diese Herausforderungen ginge, dann würden Sie sich nicht engagieren gegen preisgünstige Wohnungen, gegen ein Vorkaufsrecht für Gemeinden. Dann wären Sie nicht gegen den Ausbau der Infrastruktur, zum Beispiel gegen die Limmattalbahn. Dann wären Sie nicht gegen genügend Ressourcen für die Schule. Dann wären Sie vor allem nicht konstant, zu hundert Prozent, gegen jede Vorlage, die den



Umweltschutz verbessert.

Zuwanderung ist für die Schweiz und besonders für die vielfältigen Städte wie Zürich eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzung. Sie ist unverzichtbar. Die Initiative ist deshalb, und da bin ich überzeugt, eine Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort, und sie verschärft soziale Probleme, statt sie zu lösen.

Sagen Sie Nein zu diesem isolationistischen Experiment. Sagen Sie Nein zu diesem Angriff auf eine offene Schweiz. Vielen Dank – und nein, ich beantworte keine Fragen der SVP.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Céline Widmer beantwortet keine Fragen.

Steinemann Barbara (V, ZH): Die Personenfreizügigkeit wirke dem Fachkräftemangel entgegen, lesen und hören wir überall. Je mehr Menschen aber hier leben, desto mehr Arbeiter werden gesucht. Die Personenfreizügigkeit hat den viel beklagten Fachkräftemangel nicht behoben, sondern ihn im Gegenteil noch verschärft, denn jeder zusätzliche Einwohner löst neuen Bedarf an Zuwanderern und Infrastruktur aus: mehr Lehrer, Krippenbetreuer, Pflegepersonal, Bauarbeiter, Verwaltungsangestellte, Verkäufer, aber auch zusätzliche Schulhäuser, Spitäler, Strassen, zusätzlicher öffentlicher Verkehr – mehr von allem und jedem. Die Zuwanderung selbst ist der Treiber des Fachkräftemangels. Es ist ein Schneeballsystem, das nie enden wird. Das alles ist schon lange nicht mehr nachhaltig. Aber wollen wir unseren Nachkommen wirklich eine Schweiz mit 15, später mit 20 oder 30 Millionen Einwohnern hinterlassen? Dann sieht unser Land aus wie Hongkong. Irgendwann müssen wir in Brüssel die Personenfreizügigkeit neu verhandeln. Darum werden wir nicht herumkommen. Jeder Vertrag ist neu verhandelbar, auch derjenige mit der EU ist nicht sakrosankt.

Auf der einen Seite haben wir seit Einführung der Personenfreizügigkeit Fachkräftemangel, und auf der anderen Seite beziehen immer mehr Ausländer Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe, trotz Hochkonjunktur und sehr tiefer Arbeitslosigkeit. Von den Personen, die Arbeitslosengelder beziehen, sind deutlich über 50 Prozent Zuwanderer, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 27 Prozent ausmacht. Mittlerweile haben 45 Prozent aller Sozialhilfebezüger einen Asylhintergrund. 83 Prozent der anerkannten Flüchtlinge leben von der Sozialhilfe. Bei den vorläufig Aufgenommenen sind es 75 Prozent, die auf Fürsorge angewiesen sind. Weitere 23 Prozent aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer ohne Asylhintergrund, und nur 32 Prozent haben einen Schweizer Pass.

Eine Studie des Amts für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich zeigte vor einigen Jahren auf, dass von den zwischen 2007 und 2014 in die Schweiz zugewanderten Arbeitskräften im Durchschnitt nicht einmal jeder Fünfte in einem Beruf arbeitet, bei dem ein Fachkräftemangel herrscht. In den Kantonen Tessin und Genf waren es sogar nur rund 15 Prozent und damit nur jeder siebte Einwanderer. Es sind also nicht die Fachkräfte, die kommen.

Aber das Ganze ist nicht nur deswegen, sondern insbesondere von der linken Seite her widersprüchlich. Sie beklagt die steigenden Wohnungs- und Mietpreise und behauptet gegen jede ökonomische Logik, die Zuwanderung habe damit nichts zu tun – als ob es die Preise nicht in die Höhe treiben würde, wenn sich so viele Bewerber um eine Wohnung oder um ein Einfamilienhaus bemühen und jährlich eine ganze Stadt in der Grösse von Winterthur in die Schweiz einwandert. Die Grünen sind ja ansonsten grosse Wachstumskritiker, haben aber kein Problem, wenn wir wegen der Zuwanderung immer mehr in energieintensiven Beton investieren müssen. Es braucht immer mehr Wohnungen, immer mehr Läden, Tankstellen, Gewerberäume, und immer mehr Flächen der Schweiz werden zubetoniert. Die Zersiedelung der Landschaft ignorieren sie genauso wie die Zunahme des Verkehrs mit all dem zusätzlichen CO₂-Ausstoss und den massiv steigenden Energieverbrauch. Es ist den Grünen plötzlich völlig egal, wenn wir wegen des hohen Bevölkerungswachstums die von ihnen gesetzten Klimaziele nicht erreichen. Die umweltrelevanten Faktoren der Massenzuwanderung sind belegt, und sie sind enorm. Aber die Grünen und Linken kümmert es nicht, Hauptsache, der Massenzustrom aus dem Ausland hält an.

Geben wir den Behörden endlich verbindliche Leitlinien in die Hand, und setzen wir diesen Missständen endlich ein Ende.

Vietze Kris (RL, TG): Im Mittelalter mischten Alchemisten Elixiere, die angeblich jede Krankheit heilen konnten. Das war zwar absoluter Humbug, aber es zog. Auch die Initianten versprechen ein Allheilmittel. Man müsse nur die Initiative annehmen, und schon seien alle Probleme gelöst: Wohnungsnot, Stau, Strommangel, Fachkräftemangel, Schulqualität, Sozialkosten, Kriminalität und hohe Steuern. Natürlich ist auch das Humbug. Auch wenn wir uns die 10 Millionen als Grenzwert in die Verfassung schreiben, wird sich an den Problemen unseres Landes nichts ändern. Denn der Grund für sie ist nicht allein die Zuwanderung, sondern unzählige andere Versagen und Versäumnisse, die uns heute einholen. Die Initianten präsentieren uns für echte Probleme eine Scheinlösung.



Aber es geht den Initianten ja auch gar nicht darum, die Probleme unseres Landes zu lösen. Mit ihrer Initiative wollen sie die berechtigten Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land instrumentalisieren, mit dem Ziel, die Verträge mit unseren Nachbarn zu kündigen. Dazu nehmen sie bewusst in Kauf, die Sicherheit und Freiheit unserer Bevölkerung zu schädigen. Denn ohne eine starke Wirtschaft, die ihr ganzes Potenzial nutzen kann, werden wir nicht über volle Züge diskutieren, sondern über leere Portemonnaies. Gessler sitzt nicht in Brüssel, so sehr uns das die Initianten glauben machen wollen, er sitzt in Washington, Moskau und Peking. Ohne Schengen und Dublin wird die Asylproblematik nicht gelöst, sondern erheblich verschärft, weil dann jeder Asylsuchende, der in einem Dublin-Staat abgelehnt wird, in der Schweiz eine zweite Chance erhält. Die Schweiz wird zu einem Magnet für unkontrollierte Migration. Das alles kann niemand wollen, der das Wohl der Schweiz zum Ziel hat.

Die Wohnungsnot lösen wir mit angepassten Bauvorschriften, die das Bauen wieder ermöglichen und bezahlbar machen. Den Stau lösen wir, indem wir Strassen bauen. Den Strommangel lösen wir, indem wir mehr Strom zur Verfügung stellen. Die Schulqualität verbessern wir mit richtigen Investitionen in die Bildung. Das Problem der Sozialkosten lösen wir, indem wir aufhören, das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, sondern es jenen zukommen lassen, die es brauchen. Die illegale Migration lösen wir, indem wir sie konsequent angehen. Die Kriminalität lösen wir mit einer leistungsfähigen Polizei und schnellen Prozessen. Die Steuerbelastung senken wir, indem wir die Staatsausgaben eindämmen.

Kurzum: Für die Sorgen und Nöte der Menschen in unserem Land gibt es gute, wenn auch nicht einfache Lösungen. Die Herausforderungen der Zeit verlangen nach

AB 2025 N 1873 / BO 2025 N 1873

Geschlossenheit, Sachpolitik und Konsens, und sie verlangen eine nüchterne Ehrlichkeit, indem wir sagen, dass es kein einfaches Allheilmittel gibt, dass wir es alle zusammen angehen müssen und dass es nicht einfach ist.

Das Volk erwartet von uns in diesem Saal, dass wir gemeinsam anständige und beständige Lösungen erarbeiten und dass wir Scheinlösungen als das entlarven, was sie sind, nämlich Blendwerk. Genau das ist die vorliegende Kündigungs-Initiative: ein Blendwerk, das ein Allheilmittel und eine Lösung vorgaukelt, die gar keine ist. Und deswegen gehört sie versenkt.

Stettler Thomas (V, JU): Nous avons aujourd'hui la responsabilité de parler vrai. L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" n'est pas un caprice. C'est une nécessité vitale, car si nous ne faisons rien, notre pays risque de perdre ce qui a toujours fait sa force : la stabilité, la sécurité et la cohésion. Soyons clairs, la Suisse n'a pas les moyens d'accueillir indéfiniment des flux migratoires massifs. Chaque année, l'équivalent d'une ville comme Bienne ou Lucerne s'ajoute à notre population. Résultat : explosion des loyers, infrastructures saturées, classes surchargées, hôpitaux débordés, et ce n'est que le début si nous franchissons le cap des 10 millions d'habitants. Or, il ne s'agit pas seulement de chiffres, c'est aussi une question de société.

Nous avons vu cet été à Porrentruy des incidents graves dans une piscine publique impliquant des groupes de migrants. Ces dérives ne sont pas des anecdotes, elles sont le signe que l'intégration échoue trop souvent. Quand l'intégration échoue, ce sont des tensions, des insécurités et, à terme, des ghettos qui se forment. Regardons nos voisins français. Là-bas, on a fermé les yeux pendant des décennies. Aujourd'hui, des quartiers entiers échappent à l'État de droit, des sociétés parallèles se sont formées et la fracture est devenue irréversible. Voulons-nous vraiment prendre ce chemin ? Pour une immigration de qualité, l'immigration doit être maîtrisée. Elle doit être au service de notre pays et pas l'inverse. Le regroupement familial sans condition stricte, le laxisme, l'exigence de respect des règles et la peur de stigmatiser conduisent droit dans le mur.

Exiger le respect de nos lois et de nos valeurs ne devrait pas être une option, mais une évidence.

L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" est un garde-fou. Elle n'interdit pas l'immigration, mais elle impose des limites claires et met fin à une fuite en avant suicidaire. Dire "oui" à cette initiative, c'est protéger notre qualité de vie, notre sécurité et notre identité. L'avenir ne pardonnera pas aux lâches ni aux aveugles. Le courage, aujourd'hui, c'est de dire stop : stop à la surpopulation incontrôlée ; stop aux dérives tolérées ; oui à une Suisse qui garde la maîtrise de son destin et de sa qualité de vie.

Dire oui à l'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !", c'est juste le choix du bon sens.

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR): Die Deckelung der Bevölkerungszahl durch die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" hätte katastrophale gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen für unser Land. Die Umsetzung durch einen Grenzwert wird zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und aufgrund der Guillotineklausel auch zum Ende des bilateralen Weges führen. Durch den Verlust des pri-



vilegierten Zugangs zum europäischen Binnenmarkt würden Tausende Schweizer Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Mit dem Ausstieg aus dem Schengen/Dublin-System müsste die Schweiz mit einer höheren Zahl von Asylsuchenden und mit stärkerer irregulärer Migration rechnen. Gleichzeitig verlöre die Schweiz den Zugang zur europäischen Fahndungsdatenbank, wodurch die Kriminalitätsbekämpfung erschwert würde.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Bundesrat im Rahmen der Bilateralen III eine Schutzklausel mit der EU ausgehandelt hat. Diese wird es der Schweiz ermöglichen, bei übermässiger Zuwanderung geeignete Massnahmen zu treffen. Die "Keine 10-Millionen-Schweiz!"-Initiative macht diesen Fortschritt zunichte, ohne eine valable Nachfolgelösung zu präsentieren. In dieser Zeit geopolitischer Umwälzungen und grosser Unsicherheiten – man denke an den Krieg in Europa und an die US-Zölle – müssen wir ein stabiles Verhältnis zur EU, unserer wichtigsten Handels- und Wertepartnerin, schaffen. Diese Initiative würde genau das Gegenteil davon bewirken.

In Anbetracht der gravierenden Konsequenzen für den Wohlstand und für die Sicherheit unseres Landes bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Dem direkten Gegenvorschlag werde ich hingegen zustimmen.

Trede Aline (G, BE): 46 Rednerinnen und Redner der SVP-Fraktion haben bereits gesprochen. Beim Zuhören habe ich wirklich das Gefühl bekommen, dass sie vergessen haben, in was für einem wunderbaren Land wir leben. Ich helfe ihnen gerne, wieder etwas mehr Licht am Ende des Tunnels zu sehen, das Leben hier wieder schön zu finden und das Privileg, in diesem schönen, sicheren und offenen Land zu leben, wirklich zu anerkennen.

Ein Drittel aller Ehen, die in der Schweiz geschlossen werden, ist binational. Das sind rund 13 000 Eheschliessungen pro Jahr. In unserem Land leben 50,3 Prozent Frauen. 10 000 Menschen in der Schweiz können die Gebärdensprache. Es gibt 3000 Dönerbuden, und es werden jedes Jahr über 12 Liter Rivella pro Person getrunken. 2024 hatten wir 560 000 Hunde und 5 Millionen Velos in der Schweiz. Es gibt über 200 000 gleichgeschlechtliche Paare, 1,5 Millionen Rinder, darunter etwa 560 000 Milchkühe. Es gibt über eine Million Einfamilienhäuser, und es werden über 23 Kilo Käse pro Jahr und pro Person gegessen. Es gibt rund 150 000 nicht binäre Personen. Wir haben in der Schweiz 56 000 Arten, die bekannt sind, davon sind 39 438 Tiere, 11 121 Pilz- und Flechtenarten sowie 5450 Algen-, Moos- und Gefässpflanzenarten. Es gibt über 12 Millionen Hühner, und 7 049 287 Fahrzeuge sind in der Schweiz unterwegs. Im Jahr 2024 waren 1 798 934 Personen unter 20 Jahre alt. Es werden jährlich rund 200 000 Tonnen Käse in der Schweiz produziert.

75 Prozent der Menschen, die in die Schweiz kommen, kommen, um hier zu arbeiten. Sie sind aus EU- und EFTA-Staaten. Es gibt auch noch rund 300 Wölfe und etwa 12 Sprachen in der Schweiz, und mehr als 1 Prozent der Bevölkerung kann diese 12 Sprachen sprechen. Es werden 53 Liter Bier pro Kopf und Jahr getrunken, da gibt es noch Luft nach oben. Wir haben 48 Berge, die höher sind als 4000 Meter. 15 Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf Landwirtschaftsbetrieben sind Ausländerinnen und Ausländer. Mia und Noah sind die beliebtesten Kindernamen in der Schweiz.

Il y a 50,3 pour cent de femmes en Suisse et les langues des signes sont utilisées par plus 10 000 personnes en Suisse. Il y a 5 millions de vélos et on mange 23 kilos de fondue par personne et par an. Il y a 12 millions de poulets qui vivent en Suisse et 75 pour cent des personnes qui viennent travailler en Suisse sont originaires de pays de l'Union européenne ou de l'AELE. Il y a 300 loups et 53 litres de bière sont consommés par habitant et par an. Nous avons 48 montagnes dont l'altitude est supérieure à 4000 mètres.

Le lingue dei segni sono utilizzate da oltre 10 000 persone in Svizzera. Abbiamo 3000 chioschi di kebab, e oltre 2 litri di Rivella pro capite all'anno sono bevuti in Svizzera. Abbiamo 5 milioni di biciclette e abbiamo 560 000 cani. In Svizzera vengono prodotti circa 200 tonnellate di formaggio all'anno. Il 75 per cento delle persone che vengono in Svizzera per lavorare provengono da Paesi dell'UE e dell'AELE. Abbiamo 300 lupi, e si consumano 53 litri di birra pro capite.

(Zwischenruf der Präsidentin: Cara collega, Ihre Redezeit!) Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. – Wir haben gut 9 034 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das alles ist die Schweiz; alles, was ich gesagt habe, ist die Schweiz und macht die Schweiz auch aus. Es ist die Offenheit, die wir verkörpern, und das wollen wir nicht gefährden. *(Zwischenruf der Präsidentin: Aber jetzt haben Sie nur noch null Sekunden.)* Questa è la nostra Svizzera.

Drum: Nei zur Abschottigs-Initiative!

Huber Alois (V, AG): Wir haben jetzt einen sehr humorvollen Vortrag gehört. Ich habe auch eine humorvolle Frage: Wissen Sie auch, wie viel Milch in der Schweiz getrunken wird? Wie



viel Bier getrunken wird, wissen Sie. Und nach Coca-Cola Zero frage ich gar nicht. (*Heiterkeit*)

Trede Aline (G, BE): Gut, gemäss Ihnen sterben wir ja an Coca-Cola Zero – das möchten wir natürlich nicht. Es war eigentlich nicht ein humorvoller Vortrag, ich habe nur versucht, heute, am Tag der Mehrsprachigkeit, auch noch die anderen Landessprachen zu sprechen. Ich habe gesagt, wie viele Tonnen Käse produziert werden. Aber ich weiss nicht auswendig, wie viele Liter Milch getrunken werden. Es sind auf jeden Fall weniger, als produziert werden.

Schmid Pascal (V, TG): Ich hoffe, Sie haben fleissig mitgeschrieben, auch die Leute auf der Tribüne, bei all diesen vielen Zahlen, die wir gehört haben. Das Bundesamt für Statistik würde vor Neid erblassen ob all diesen Zahlen. Aber was wir heute diskutieren, ist ein sehr ernstes Thema.

Die entscheidende Frage ist – um jetzt nach all diesen Zahlen darauf zurückzukommen -: Wie viel Zuwanderung verträgt unser Land? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Im Juli dieses Jahres wurde die Marke von 9,1 Millionen Einwohnern überschritten. Das sind 2 Millionen mehr als im Jahr 2000; es sind fast 30 Prozent mehr. Wie man hört, sind für die SP auch 12 Millionen Einwohner kein Problem, und für den Bundesrat gibt es bei der Zuwanderung sowieso keine Obergrenze.

Auch im Verlauf dieser Debatte, vor allem heute, haben wir recht wilde Aussagen gehört, die weit weg von den Sorgen der Bevölkerung und auch weit weg von der Realität sind. Die entscheidende Frage stellt man sich bei den Gegnern nicht: Was hat die massive Zuwanderung in unser Land unserer Bevölkerung gebracht? Einzelne haben profitiert, aber die grosse Mehrheit zählt zu den Verlierern. Sie haben an Lebensqualität eingebüsst, und sie fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land.

Es handele sich um eine "Kündigungs-Initiative", war zu hören, ja es handele sich um eine "Abschottungs-Initiative", haben Herr Glättli und viele andere gesagt. Aber wo ist denn da die Abschottung? Mit der Initiative können ja bis zum Jahr 2050 jährlich immer noch 40 000 Personen ins Land kommen. Das ist doch keine Abschottung; das sind ein bisschen weniger als jetzt, es ist ein bisschen mehr Masshalten, aber es sind immer noch viele.

Und wieso sagt man "Kündigungs-Initiative"? Erst wenn die Zahl von 9,5 Millionen Einwohnern überschritten wird, muss der Bundesrat Massnahmen treffen. Dann muss man den Hebel logischerweise zuerst im Asylbereich ansetzen, und dort gibt es noch sehr viel Luft für Massnahmen. Wenn wir uns nur mal darauf beschränken würden, diejenigen aufzunehmen, die wirklich echte Flüchtlinge sind, dann würde man sehen, dass wir noch sehr viel Luft im System haben. Dann wären die Zahlen schon weit tiefer, und das Freizügigkeitsabkommen mit der EU wäre dann erst viel später betroffen.

Wir bräuchten die Zuwanderung wegen der Beschäftigung, wurde gesagt. Die Initiative lässt genügend Raum für Zuwanderung, aber mit Mass und nicht masslos, und das ist der Punkt – da sind wir ja schon fast wieder beim Bier, Frau Trede.

Die Asylzahlen würden zurückgehen, hat Frau Funicello gesagt. Das stimmt so einfach nicht; sie wurden ja jetzt gerade wieder ein bisschen nach oben korrigiert. Der Gesamtbestand ist die entscheidende Grösse. Es ist ja nicht so entscheidend, wie viele jeweils kommen, entscheidend ist, wie viele im System total drin sind. Da sind wir auf einem absoluten Rekordniveau. Es dürfen viel zu viele bleiben. Viel zu viele davon sind nicht Flüchtlinge, und es sind auch nicht unbedingt die Fachkräfte, die wir brauchen.

Die Kriminalität habe nicht zugenommen, hat Frau Meyer gesagt. Ja, schön wäre es, schön wäre es, aber die Kriminalität in der Schweiz hat in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent zugenommen, um 30 Prozent! Das ist massiv. Ein grosser Teil davon ist importierte Kriminalität und importierte Gewalt. Da sind wir bei dem von der linken Seite oft erwähnten Thema der Femizide. Das ist die Realität.

Es habe Platz für alle in diesem Land, war zu hören. Ja klar, wieso nicht gleich 20 Millionen Einwohner? Die entscheidende Frage ist doch: Was macht das mit uns, was macht das mit unserem Land? Wollen wir das? Man kann Zuwanderung steuern, Zuwanderung ist nicht gottgegeben. Wir passen uns ja schon heute viel zu viel an die Zuwanderer an statt umgekehrt.

Die Initiative sei sogar fremdenfeindlich, gar rassistisch. Also bessere Argumente als diese hat man offenbar nicht gefunden. Was soll um Gottes willen daran rassistisch sein, wenn man die Zuwanderung in einem Land steuern will? Das ist doch das Normalste auf der Welt.

Bundesrat und Parlament sind nicht gewillt, die Zuwanderung zu bremsen. Die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative wurde in einem beispiellosen Verfassungsbruch verweigert, und die Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen, die seit zwanzig Jahren besteht, wurde nie ausgelöst. Deshalb wird auch der Gegenvorschlag wirkungslos sein.

Die masslose Zuwanderung tut unserem Land nicht gut, deshalb braucht es diese Initiative unbedingt zum



Schutz unserer Bevölkerung und zum Schutz unseres Landes.

Roth David (S, LU): Die sogenannte Nachhaltigkeits-Initiative der SVP ist kein Beitrag zur Lösung realer Probleme. Sie ist ein trojanisches Pferd. Aussen trägt sie das schöne Wort "Nachhaltigkeit", doch im Inneren verstecken sich Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften, auf die Rechte der Arbeitnehmenden, auf den Lohnschutz, auf die Menschenrechte. Dieses trojanische Pferd ist aus schönem Holz geschnitzt, mit dem Wort "Nachhaltigkeit" verziert. Doch im Inneren dieser Initiative, dieses Pferdes, sitzen jene, die unsere Löhne drücken, unsere Rechte schleifen und uns spalten wollen.

Was verlangt die Initiative konkret? Es ist die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU, also das Recht, sich legal niederzulassen und zu arbeiten. Damit verbunden sind der automatische Wegfall der flankierenden Massnahmen – also des Lohnschutzes, der Kontrollen und der Sanktionen gegen Lohndumping –, neue Diskriminierungen von Menschen ohne Schweizer Pass, de facto ein Rückfall ins Saisonnierstatut, und die Kündigung internationaler Abkommen, die unsere Rechte schützen, von der Genfer Flüchtlingskonvention bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Aujourd'hui, en cette journée du multilinguisme, je vais continuer en français, car cette initiative s'attaque justement à la diversité de notre Suisse. Ce n'est pas une contribution à la durabilité, c'est une attaque frontale contre les droits des travailleuses et des travailleurs, contre toutes et tous, quel que soit leur passeport.

Qu'est-ce que cela signifie concrètement? Aujourd'hui, des commissions paritaires contrôlent chaque année des milliers d'entreprises. Elles constatent que, dans environ un quart des cas, il y a des violations des dispositions salariales. Chez les employeurs suisses, la proportion est même légèrement plus élevée. Plus d'un tiers ne respectent pas les conditions de travail. Sans ces contrôles, autoroute pour le dumping salarial et autoroute pour l'exploitation. Cette initiative ne réduira pas du tout la migration, mais elle fera en sorte que les personnes des deux côtés de la frontière soient moins protégées. C'est le but: que les salaires baissent, que des droits soient perdus, que la Suisse redevienne un pays où l'on peut certes travailler, mais sans protection, sans sécurité et sans perspectives.

Nous disons non: non à la politique qui, sous le couvert de la durabilité, détruit les acquis sociaux; non à l'initiative qui divise la Suisse au lieu de la renforcer; non à un cheval de Troie qui veut nous voler les droits des travailleuses et des travailleurs. Baisser les salaires, perdre des droits: pas avec nous!

Thalmann-Bieri Vroni (V, LU): Ich bin froh, dass ich beim einfachen Volk noch viele Unterstützende für unser Anliegen finde. Laut intelligenten Umfragen sind nur jene, die unter 6000 Franken Haushaltseinkommen haben, im Ja-Lager. Ebenfalls sind nur jene für ein Ja, die höchstens eine obligatorische Bildung erreicht haben. Es gibt sie also auch immer noch, ebenso wie jene, die für die vielen Studierenden die Arbeit machen und auch die finanzielle Übernutzung bezahlen müssen.

AB 2025 N 1875 / BO 2025 N 1875

Das klingt doch fast schon despektierlich. Genau denen geht es aber immer schlechter, weil sie alles bezahlen müssen, was sie selber gar nicht unterstützen möchten.

Die Schweiz verliert auch an Wohnqualität, und wegen der Zuwanderung will man den Schweizern weniger Wohnfläche geben. Wir müssen massiv verdichtet bauen, um der Zuwanderung überhaupt Herr zu werden. Die Mieten steigen, weil jeder Bau immer mehr Auflagen hat und somit mehr kostet.

Die Mehrheit der Politik massregelt immer die Einheimischen, damit die Zugewanderten noch Platz haben und sich wohlfühlen dürfen hier in der Schweiz. Es findet immer mehr Übernutzung statt. Alle merken es, und nur wenige wollen sich dagegen wehren. Eine Umfrage zeigt auch, dass eine Einschränkung des Bleiberechts für vorläufig Aufgenommene mit 51 zu 43 Prozent mehrheitlich positiv bewertet wird. Die Schweiz verliert den produktiven Boden wegen ungebremstem Wachstum.

Wehren wir uns doch gegen die grossen Nachteile des Wachstums wie Kriminalität, Überlastungen der Gefängnisse, der Polizei, des Gesundheitswesens und der Sozialwerke. Es wird wirklich Zeit, diesen Weg endlich zu korrigieren. Uns lehrten die Eltern noch "Weniger ist mehr". Das meinten sie nicht nur in Bezug auf unsere tägliche landwirtschaftliche Arbeit, sondern auch in Bezug auf den Anspruch auf Luxus und Prestige und auf Sachen, die nur scheinbar nützlich sind.

Brauchen wir die Zuwanderung? Ja, aber nicht in den Teppichetagen und bei allen möglichen Schnittstellen und Drittanbietern des ganzen Staatshaushalts. Kämen wirklich nur diejenigen, die Arbeitsplätze in der Produktion haben, sähe das anders aus. Die Rechnung geht nicht auf, egal wie viele das hier immer wieder versprechen. Nein, es braucht auch immer mehr Steuergelder, AHV-Gelder, Pflegerestfinanzierungen. Es ist eine Anspruchsspirale nach oben, die muss man brechen, sonst wird der grosse Fall zu schmerzhaft.



Die Richtungsänderung ist dringend zu befürworten. Es ist ja schon fast fünf nach zwölf, was die Übernutzung anbelangt. Bleiben wir uns treu und stehen wir nachhaltig für die Schweiz ein. Es ist ein machbarer Weg, und er ist auch realisierbar. Unser Privileg müssen wir bewahren. Jeder Landwirtschaftsbetrieb muss seine Nährstoffbilanz erfüllen, damit die Natur im Gleichgewicht bleibt und keine Übernutzung stattfindet. Genau gleich funktioniert die Nachhaltigkeits-Initiative. Sie schützt das Gleichgewicht der Schweiz, damit auch sie nicht übernutzt wird.

Deshalb braucht es ganz klar ein Ja zur Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!".

Tuena Mauro (V, ZH): Ich bin Stadtzürcher. Ich wohne seit 53 Jahren in der Stadt Zürich. Ich gehe ab und zu noch in den Ausgang und spreche mit den Menschen auf der Strasse. Ich kann Ihnen sagen: Es gibt ganz viele, gerade junge Menschen, die sagen mir: Mauro Tuena, ich gehe nicht mehr in den Ausgang, ich habe Angst, hier auszugehen. Das hat mit der Kriminalität zu tun. Frau Widmer, Sie müssen die Kriminalstatistik einmal anschauen und nicht hier einfach etwas erzählen. Selbstverständlich hat das mit der massiven Zuwanderung zu tun – mit der massiven Zuwanderung.

Wenn ich in der Kriminalstatistik den Anteil von Ausländerinnen und Ausländern anschau, dann muss ich Ihnen sagen, dass das in keinem Verhältnis steht. Ausländerinnen und Ausländer schwingen in der Kriminalstatistik mit über 50 Prozent bei den schweren Delikten – wir sprechen nicht von einem frisierten Töffli – obenaus. Das sind die Fakten, die tragischen Fakten.

Frau Widmer, Sie bewerben sich in der Stadt Zürich um ein Exekutivamt. Wo haben Sie Ihre Augen in Zürich? Sie sagen, die Zuwanderung habe nichts zu tun mit den überfüllten Bussen, Trams und Zügen. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele für überfüllte Verkehrsmittel – ich fahre ab und zu mit dem öffentlichen Verkehr -: die Busse Nr. 46, 32, 31. Der Bus Nr. 32 quert eigentlich die Stadt Zürich. In Bern ist es dasselbe. Sagen Sie mir, was für Menschen in diesen Verkehrsmitteln sind. Sind es Leute aus dem Schächental? Ich kann Ihnen sagen, das ist definitiv nicht so. Sie können doch nicht sagen, diese vollen öffentlichen Verkehrsmittel hätten nichts mit der massiven Zuwanderung zu tun. Das geht schlicht und einfach nicht.

Das Gleiche gilt selbstverständlich, gerade in den Ballungszentren Zürich, Bern, Basel, Genf, Lausanne usw., für die Wohnungssuche. Ist ja klar: Je mehr Leute hierherkommen, desto mehr Wohnungen braucht es. Aber die Schweiz hat nicht unbegrenzt Platz, auf dem man diese Wohnungen bauen kann. Das Resultat ist, das kann ich Ihnen sagen, dass unsere jungen Leute keine Wohnungen mehr finden. Ich höre, dass das das grosse Problem sei. Schauen Sie das Sorgenbarometer der Bevölkerung an. Darum hat die SVP konsequenterweise reagiert und hat diese Initiative lanciert, die Nachhaltigkeits-Initiative, mit welcher wir sagen: Wir wollen keine 10 Millionen Menschen in diesem Land. Wenn diese Grenze erreicht ist, dann muss gehandelt werden.

Ich kann Ihnen sagen: Beim Unterschriftensammeln – ich sammle sehr gerne Unterschriften und mache das oft, die Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion können das bestätigen – war es nicht so, dass ich zu den Leuten gehen musste. Nein, die Leute kamen zu mir und fragten: Kann ich hier unterschreiben? Sie sagten, das sei eine sinnvolle und gute Initiative.

Ich möchte Sie wirklich bitten, heute ein klares Zeichen zu setzen: Jawohl, wir nehmen die Probleme der Bevölkerung ernst und empfehlen hier der Stimmbevölkerung, die Nachhaltigkeits-Initiative anzunehmen.

Chollet Clarence (G, NE): L'initiative "Pas de Suisse à 10 millions !" part d'un constat biaisé et propose une fausse solution à de vrais enjeux. Elle prétend défendre la qualité de vie, mais, en réalité, elle sème la peur et désigne les étrangers et étrangères comme boucs émissaires des problèmes de notre société. Oui, nous expérimentons parfois des transports publics saturés, des routes encombrées et nous voyons des espaces naturels menacés par l'urbanisation. Mais comment peut-on honnêtement attribuer ces défis à la seule immigration ? Ces défis sont dus à des choix politiques, à des décennies de sous-investissements dans les infrastructures et à un aménagement du territoire qui a trop souvent privilégié la voiture et l'étalement urbain. La qualité de vie en Suisse ne va pas augmenter en fermant nos frontières. Cette qualité de vie, nous pourrions la maintenir en misant sur des investissements publics intelligents, sur un aménagement du territoire durable et sur une densification harmonieuse et acceptable. Le potentiel est immense.

Aujourd'hui, la population suisse occupe en moyenne une surface habitable bien trop grande en comparaison de ses besoins. Nous pouvons atteindre une densification intelligente qui préserve les zones naturelles, limite le mitage du territoire et renforce la convivialité de nos villes et de nos villages. Venant de Neuchâtel, je sais ce que l'immigration a apporté et apporte toujours à notre pays et à nos régions. Nos villes industrielles des montagnes n'auraient jamais prospéré sans les apports de l'immigration d'hier. Aujourd'hui encore, notre économie a besoin de cette main-d'oeuvre. Qui s'occupe de nos aînés dans les EMS ? Qui nous soigne dans les hôpitaux ? Qui ramasse les légumes et les fruits dans nos champs ? Ce sont bien souvent des personnes



venues d'ailleurs, qui assument des tâches essentielles que beaucoup de citoyens de notre pays ne souhaitent pas exécuter, mais dont notre société ne peut absolument pas se passer.

Les chiffres sont parlants. Dans le domaine de la santé, plus d'un tiers des médecins formés en Suisse viennent de l'étranger. En Suisse romande, une grande part du personnel infirmier est transfrontalier, jusqu'à deux tiers à Genève. Sans immigration, notre système de santé s'effondrerait, tout simplement. Dire oui à cette initiative, ce n'est pas améliorer la qualité de vie. C'est au contraire mettre en péril notre prospérité, notre système de santé, notre agriculture, nos infrastructures sociales. C'est isoler la Suisse sur le plan international, couper les ponts avec nos partenaires européens, renoncer à des accords essentiels qui garantissent nos échanges et notre stabilité. Et la population suisse le sait. En 2020, une initiative similaire de l'UDC pour restreindre l'immigration a été balayée par près de 62 pour cent de la population et par tous les cantons.

AB 2025 N 1876 / BO 2025 N 1876

Notre pays n'a pas un territoire infini, c'est vrai, mais nous n'avons pas besoin de fermer nos frontières pour relever ce défi. Nous devons orienter notre politique économique vers plus de durabilité, construire une économie résiliente, qui respecte les limites planétaires, viser l'autonomie énergétique et alimentaire. Dans cette vision, l'apport de l'immigration aura toute sa place. En réalité, l'initiative de l'UDC ne vise pas à protéger la qualité de vie, elle vise à enfermer la Suisse dans une logique de peur, de repli et d'exclusion. C'est un danger pour nos valeurs, pour notre économie, pour notre cohésion sociale. Et il faut le dire clairement, quand l'UDC prétend défendre la durabilité en limitant la population, alors qu'elle combat systématiquement toute mesure pour le climat et la biodiversité, c'est une manipulation.

Le groupe des Verts veut une autre voie, celle de la solidarité, de l'intelligence collective et du respect de la planète. Une Suisse qui construit son avenir en ouvrant les yeux sur les vrais défis : le climat, la biodiversité, l'autonomie énergétique, l'égalité sociale. Rejetons cette initiative mensongère et dangereuse, rejetons le piège du faux discours écologique de l'UDC et disons non à la peur et oui à une Suisse ouverte, solidaire et durable !

Bühler Manfred (V, BE): Chère collègue, vous avez dit qu'on aurait sous-investi, notamment dans les transports publics, et que cela serait une des causes des problèmes dans le domaine des transports publics. Cependant, ces vingt dernières années, nous avons eu des cadences à l'heure, à la demi-heure et au quart d'heure sur les grandes lignes. On investit 16 milliards de francs, voire plus, pour le rail entre 2025 et 2028. Comment pouvez-vous affirmer qu'on aurait sous-investi dans les transports publics dans notre pays ?

Chollet Clarence (G, NE): Dans le trafic régional, il y a clairement des sous-investissements. C'est souvent dans les villes et dans les régions, comme le montrent d'ailleurs les exemples mentionnés ici, qu'il y a des problèmes de trop de personnes dans les transports publics. Le trafic grandes lignes est quand même un petit peu moins concerné. Ce sont donc bien les cantons qui ont sous-investi dans les transports publics ces dernières années.

Vontobel Erich (V, ZH): Wir führen heute keine akademische Debatte. Es geht nicht um Zahlenspiele. Es geht um das Fundament unseres Landes, darum, ob die Schweiz auch in Zukunft lebenswert bleibt.

Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" setzt eine klare Grenze: 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner bis 2050, nicht mehr. Es ist eine Grenze, die uns zwingt, rechtzeitig Verantwortung zu übernehmen. Ab 9,5 Millionen müssen Bund und Kantone handeln. Ab diesem Moment darf niemand mehr sagen, wir hätten es nicht kommen sehen. Denn wir alle sehen es, viele Menschen erleben es im Alltag: volle Züge, Staus, Mieten, die kaum noch zahlbar sind, Gemeinden, die beim Schulraum am Limit sind, Ärzte und Pflegepersonal, die am Anschlag arbeiten. Immer öfter ist auch von Dichtestress die Rede. Es ist ein bekanntes Phänomen: Wo es zu eng wird, entstehen Spannungen, und die Lebensqualität leidet. Das sind Sorgen, die real sind und die wir ernst nehmen müssen. Die Schweiz hat viel erreicht, gerade dank ihrer Offenheit, aber ein System, das dauerhaft überlastet ist, bricht irgendwann zusammen. Darum geht es in dieser Abstimmung nicht um Abschottung, sondern um Steuerung, nicht um Angst, sondern um Verantwortung.

Die Gegner malen Schreckensbilder. Sie behaupten, die Initiative zerstöre die Bilateralen. Tatsache ist: Solange die Bevölkerung unter 10 Millionen bleibt, und genau das ist das Ziel, wird kein einziges Abkommen gekündigt. Erst wenn dieser Grenzwert trotz aller Massnahmen dauerhaft überschritten wird und wenn keine Schutzklauseln greifen, verlangt die Initiative eine Anpassung. Die Bedrohung entsteht also nicht durch die Initiative selbst, sondern nur dann, wenn die Politik – das sind wir, oder? – und die Behörden versagen. Das ist kein Sprengsatz gegen die Bilateralen, sondern ein Sicherheitsnetz. Und wer sagt, wir seien ja schon bald bei 10 Millionen, liegt falsch. Nach den offiziellen Szenarien des Bundes wird die Schwelle erst um 2040 erreicht. Noch sind wir nicht dort, aber genau jetzt ist der Moment, Leitplanken zu setzen. Wer erst reagiert, wenn die



Grenze überschritten ist, stolpert nur noch hinterher.

Ja, unsere Wirtschaft braucht Fachkräfte, das bestreitet niemand. Aber Fachkräfte nützen uns nur dann, wenn auch Wohnraum, Schulen und Verkehr mithalten. Genau dafür sorgt die Initiative. Sie zwingt Politik und Behörden, Zuwanderung und Infrastruktur im Gleichschritt zu entwickeln, damit unsere Wirtschaft leistungsfähig bleibt und unser Alltag lebenswert. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, die heute hier lebt, gegenüber der kommenden Generation und gegenüber unserer Umwelt, die nicht beliebig belastbar ist. Die Schweiz ist ein kleines Land mit begrenzter Fläche und begrenzten Ressourcen. Natürlich hat Umweltpolitik viele Dimensionen, doch ohne ein stabiles Bevölkerungsniveau sind unsere Klimaziele viel schwerer zu erreichen.

Die Initiative ist vernünftig, sie ist ausgewogen, sie ist vorausschauend. Sie gibt uns die Möglichkeit, masszuhalten, bevor Masslosigkeit Schaden anrichtet. Darum sagen wir EDU-Vertreter: Ein Ja zu dieser Initiative ist ein Ja zur Planbarkeit, ein Ja zur Gerechtigkeit. Es ist ein Ja zu einer Schweiz, die ihre Freiheit in Verantwortung nutzt – ehrlich, gerecht, nachhaltig. Wir alle kennen die Versuchung, die Lösung von Problemen in die Zukunft zu verschieben, aber die Zukunft ist schneller da, als wir denken.

Deshalb bitte ich Sie, empfehlen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative zur Annahme, für die Schweiz von heute und für die Schweiz von morgen.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Wie so oft liegt die Wahrheit in der Mitte. Sie haben hier jetzt stundenlang diskutiert. Wir haben gehört, welche Probleme die Zuwanderung verursacht, wie schlimm der hohe Ausländeranteil ist. Wir haben aber auch gehört, dass das eigentlich alles unproblematisch sei, dass allenfalls das Mietrecht angepasst werden müsse. Vieles von dem, was diskutiert wurde, hat mit der eigentlichen Frage gar nichts zu tun.

Fakt ist: Die Zuwanderung ist gross. Diese wird aber nicht von Asylsuchenden verursacht, wie oft suggeriert wird, sondern dadurch, dass wir eine prosperierende Wirtschaft haben, dass wir ein attraktives Land sind und die Leute hierherkommen, um zu arbeiten, weil sie hier mehr Geld verdienen können und wir einen Bedarf an Arbeitskräften haben. Fakt ist auch: Die Bevölkerung leidet unter der hohen Zuwanderung, weil wir in vielen Bereichen noch nicht à jour sind. Überfüllte Verkehrsmittel, Wohnungsknappheit – das sind Probleme, die echt vorhanden sind und die wir nicht negieren können.

Fakt ist aber auch: Die Bilateralen sind für uns wichtig. Wir brauchen gute Beziehungen zu unseren nächsten Partnern, und diese Beziehungen dürfen wir nicht mit einer Kündigung der Bilateralen aufs Spiel setzen. Und wenn man hier jetzt sagt, es sei ja noch nicht so weit, dann hat man den Initiativtext nicht gelesen. Die Initiative ist nichts anderes als eine Kündigungs-Initiative für den Moment, in dem wir den Schwellenwert erreichen. Das darf nicht sein.

Aber wir dürfen auch nicht so tun, als ob es das Problem nicht gäbe. Wenn ich mit den Menschen auf der Strasse spreche, dann spüre ich, dass es die Leute beschäftigt. Darum brauchen wir Regeln. Wir brauchen klare Regeln, wie wir die Zuwanderung steuern können. Aber wir dürfen keine Kündigung der Bilateralen in Kauf nehmen.

Die Mitte-Fraktion hat Ihnen eine Variante präsentiert: einen direkten Gegenvorschlag, der die Sorgen und Ängste der Menschen aufnimmt, der den Bundesrat verpflichtet, zu handeln, wenn die Schwelle von 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschritten wird, der aber eben nicht die direkte Kündigung als Konsequenz hat, sondern den Bundesrat auffordert, nächste Schritte zu unternehmen. Beim Erreichen des Wertes von 9,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern geht es darum, dass man Massnahmen ergreift – in der Raumplanung, in der Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur, in der Abfederung der Nachteile dieser Zuwanderung, die es zweifelsfrei gibt. Diese Massnahmen greifen nicht am ersten Tag, das braucht eine gewisse Zeit.

AB 2025 N 1877 / BO 2025 N 1877

Deshalb folgt eine Phase, in der man überprüfen muss, ob die Massnahmen greifen – und zwar nicht bei irgendeinem Schwellenwert, sondern anhand von objektiven Kriterien. Sollten sie nicht greifen, wird der Bundesrat aufgefordert, mit der Europäischen Union das Gespräch zu suchen und zu verhandeln, wie man die Zuwanderung gezielt steuern könnte.

Das nennt man vorausschauende Politik. Das nennt man die Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen. Aber das bedeutet auch, nicht mit dem Feuer zu spielen und die Bilateralen aufs Spiel zu setzen.

Der Antrag der Minderheit Pfister Gerhard bietet Ihnen einen guten Weg, genau das zu tun, was ich nun skizziert habe. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg zu beschreiten und so eine gute, wirtschaftlich prosperierende Zukunft der Schweiz zu generieren, die Schweiz vorwärtszubringen, aber die Probleme und die Ängste der



Menschen nicht zu vergessen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie der Minderheit II (Pfister Gerhard) zustimmen und so einen konstruktiven, guten Weg in der Mitte wählen.

Walliser Bruno (V, ZH): Die Schweiz steht vor einer grossen Herausforderung: dem starken Bevölkerungswachstum durch die ungebremste Zuwanderung. Heute leben bereits über 9 Millionen Menschen in der Schweiz. Viele Prognosen gehen davon aus, dass wir in den nächsten Jahrzehnten die Marke von 10 Millionen Menschen überschreiten werden. Dem müssen wir Gegensteuer geben.

Die Zuwanderung hat auch direkte Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Schon jetzt herrscht nicht nur in den Städten akute Wohnungsnot. Vielerorts liegt die Leerwohnungsziffer bei unter 1 Prozent. Das bedeutet, dass es praktisch keine freien Wohnungen mehr gibt. Für Durchschnittsfamilien wird die Situation immer schwieriger. Eine Vier- bis Fünzimmerwohnung, die für Eltern und Kinder notwendig ist, ist nicht mehr zu finden. Viele Familien müssen daher entweder an den Stadtrand ziehen, längere Pendelzeiten in Kauf nehmen oder schlicht auf Wohnqualität verzichten. Die Ursachen dafür liegen im Zusammenspiel mit der Zuwanderung begründet.

Durch links-grüne Politik sind die Bauflächen begrenzt, Baubewilligungsverfahren werden langwierig und durch willkürliche Einsprachen verhindert. Das schreckt auch Investoren ab. Die Mieten werden immer teurer, zentrale Lagen sind kaum mehr bezahlbar. Die meisten Schweizerinnen und Schweizer können sich kein Wohneigentum mehr leisten. Für die Wohnungsknappheit ist auch die massive Zuwanderung mitverantwortlich. Die Wohnungsknappheit wird durch die anhaltend hohe Zuwanderung angetrieben. Allein 2024 sind 87 143 Personen zusätzlich in unsere kleine, schöne Schweiz gekommen. Diese Leute drängen selbstverständlich auch in den Wohnungsmarkt und verschärfen das Problem zusätzlich. Der Grund dafür ist völlig klar, wird aber politisch totgeschwiegen: die ungebremste Zuwanderung.

Kollege Jauslin hat in der Debatte gesagt, dass Dichtestress entstehe, wenn die fremde Nasenspitze näher komme; er sehe das Phänomen an vielen Orten in der Schweiz. Genau, Herr Jauslin, Sie haben absolut recht, aber wieso unterstützen Sie dann die Nachhaltigkeits-Initiative nicht? Vielleicht halten Sie es halt so, weil die Nachhaltigkeits-Initiative aus der Feder der SVP stammt.

Die Debatte über die 10-Millionen-Schweiz ist nicht nur eine Zahlendiskussion, sondern betrifft auch die Lebensqualität aller Menschen. Denn wenn sich eine Durchschnittsfamilie die Miete nicht mehr leisten kann, stehen weit mehr als nur Wohnungsfragen auf dem Spiel, namentlich der soziale Zusammenhalt.

Sagen Sie also Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative. Sagen Sie Ja zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung. Sagen Sie Ja zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf.

Dandrès Christian (S, GE): Durant les 60 dernières années, on a eu 44 votations et 44 campagnes sur des objets en lien avec les étrangers. On doit encore ajouter à cela 11 votations supplémentaires sur l'Europe. Je pense qu'on peut dire ici sans s'avancer que le champ politique est sursaturé de discours xénophobes et anti-étrangers. L'UDC et ses prédécesseurs labourent l'opinion publique avec cette thématique. Avec cette initiative, ils ont fait un pas de plus et dépassent assez clairement ce qui s'est fait précédemment. Elle pousse jusqu'à l'absurde la chaîne idéologique – j'insiste sur "idéologique" – de causalité entre les étrangers et toutes les difficultés qui frappent la population. La liste des arguments de l'UDC, non seulement dans le texte, mais également dans la campagne qui est menée en parallèle, est quasiment un puits sans fond. On a même entendu ce matin, sérieusement, qu'il y avait un lien entre migrants et qualité de l'alimentation. Non mais, sérieusement, on dépasse quasiment toutes les bornes.

On a ici une initiative qui appelle quasiment à des dynamiques de cerveau reptilien qui cherchent à mobiliser les angoisses des électeurs et à les retourner contre elles et eux pour casser le niveau de vie de la population et remettre aussi en cause des aspects de salaire.

La main-d'oeuvre étrangère est une nécessité pour les entreprises, parce que les actifs résidents n'arrivent pas à couvrir le besoin. On a quelques données : le nombre d'actifs occupés est passé de 75 pour cent à 66 pour cent en 20 ans. Alors évidemment, on ne va pas soupçonner l'UDC, qui est le meilleur ami des patrons dans ce Parlement, de vouloir supprimer la main-d'oeuvre abondante. Le but, il est ailleurs. Quel est le but ? Le but est de consolider un vote xénophobe pour approfondir la casse sociale, pour revenir sur les acquis de ces dernières décennies qui ont été obtenus de haute lutte par les locataires, par les salariés et par les assurés. L'autre but de l'initiative, puisque c'est un mécanisme à plusieurs détentes, est de renforcer la position des patrons face aux salariés dans les entreprises. Pourquoi ? Parce que si on met en place un droit de séjour au mérite, avec évidemment pour seul juge du mérite l'employeur, on arrive à créer une menace permanente sur



les salariés de perdre le droit de vivre en Suisse en cas de licenciement.

Ce chantage marche pour les patrons. C'est une arme extrêmement efficace aux mains des employeurs. On a quelques données statistiques : aujourd'hui, les patrons parviennent à imposer aux salariés étrangers environ deux semaines de travail supplémentaires de plus que pour les résidents suisses. C'est cet avantage que l'UDC veut étendre au détriment de tous les salariés, suisses et étrangers. C'est le troisième effet de cette initiative, en utilisant l'initiative, avec la complicité des autres partis de droite, comme épouvantail pour justifier des attaques en profondeur sur les droits des salariés.

La dialectique – on a eu quelques beaux exemples hier concernant le télétravail –, c'est que pour réduire la prétendue surpopulation étrangère, on doit aggraver l'exploitation de la main-d'œuvre indigène. C'est quoi, la main-d'œuvre indigène ? C'est mettre les femmes et les aînés au travail, parce que c'est là que l'on a ce potentiel. Je vous renvoie aux mesures qui ont été préconisées dans les cuisines patronales. Il y en a un certain nombre. On en a effectivement débattu hier.

On doit rappeler ici deux choses. On a une réalité, et les faits sont assez têtus. Ce ne sont pas les migrants qui font exploser les inégalités sociales. Ce ne sont pas les migrants qui font augmenter les prix des médicaments, qui cassent les services publics hospitaliers, qui font exploser les loyers et qui proposent de relever l'âge de la retraite. Ce sont les personnes qui portent cette initiative.

Il y a un autre aspect – j'aimerais terminer là-dessus. C'est que la xénophobie ne met pas que la pression sur les salariés, elle ravage la démocratie et elle cause également des souffrances innommables et la mort. On a une politique migratoire, qui, aujourd'hui, en Europe et en Suisse, repousse les limites de dignité et de l'humanité. Je vous laisse imaginer ce qu'est le parcours d'une famille migrante. C'est un véritable chemin de croix, aujourd'hui. En Méditerranée, c'est un vaste charnier. On a 68 000 morts – personnes mortes dans la mer – depuis deux décennies. C'est vraiment quelque chose d'inimaginable ; c'est quasiment une guerre.

AB 2025 N 1878 / BO 2025 N 1878

Il y a encore une chose. Où part l'argent de nos impôts ? Aujourd'hui, la première agence de l'Union européenne n'est pas consacrée à protéger les consommateurs. Elle n'est pas consacrée à la protection des droits fondamentaux, à lutter contre les monopoles ou les cartels. Non, c'est l'agence qui est chargée de mener la guerre contre l'immigration non choisie. C'est Frontex, qui a enflé de 1000 salariés en 2019 à 10 000 à l'horizon 2027. C'est 1 milliard d'euros engloutis par année.

Pour montrer ce décalage : pendant des décennies, on a attaqué le rideau de fer et le mur de Berlin comme étant des choses inacceptables. Aujourd'hui, l'Europe appuie sa politique migratoire sur des centaines de kilomètres de murs, de miradors et de barbelés. On doit donc combattre cette initiative. Pourquoi cela ? Pour redonner un peu d'air à notre démocratie, également, en montrant notre attachement radical au principe des droits de la personne humaine.

Addor Jean-Luc (V, VS): Monsieur Dandrès, vous nous parlez de la condition des familles de migrants qui traversent la Méditerranée. Avec notre initiative, nous vous parlons de la condition des Suisses. De qui défendez-vous les intérêts ?

Dandrès Christian (S, GE): Je crois que poser la question, c'est y répondre, Monsieur. Je travaille effectivement pour la défense des locataires et des salariés – j'annonce mes liens d'intérêts, je suis président du Syndicat des services publics (SSP). Je le fais depuis des décennies, j'en suis assez fier.

Wandfluh Ernst (V, BE): Der Flächenverbrauch in der Schweiz ist real und besorgniserregend. Laut Daten des Bundesamts für Statistik wuchs unsere Siedlungsfläche zwischen 2009 und 2018 um 180 Quadratkilometer. Das ist fast doppelt so viel wie die Fläche des Zürichsees. Neun von zehn neuen Siedlungsflächen entstanden auf Kulturland. Pro Stunde verschwinden in der Schweiz rund 2000 Quadratmeter nicht vermehrbare Boden. Das zerstört die Landschaften und die Biodiversität und gefährdet unsere Ernährungssicherheit.

Wir haben heute fast einen Drittel mehr Wohnungen als im Jahr 2000, und trotzdem haben wir einen Wohnungsnotstand. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist im gleichen Zeitraum um 3 Prozent zurückgegangen. Das tönt zwar, als sei es nicht viel, es sind aber rund 30 000 Hektaren pro Jahr. Sogar die Anzahl Milchkühe ist um 4,7 Prozent bzw. um 70 000 zurückgegangen – da man vorhin schon eine "Milchbüechli-Rechnung" gemacht hat. Und da kann ich Sie beruhigen: Wir Schweizer trinken 60 Liter Milch pro Jahr, also vier Liter mehr Milch als Bier.

Unsere Infrastrukturen stammen aus den 1960er-Jahren und müssten ständig ausgebaut werden. Hinzu kommen dann noch ökologische Ausgleichsmassnahmen. Das alles braucht Land und Platz. Wenn die linke Seite wirklich etwas für die Biodiversität machen will: Lassen Sie uns die Zuwanderung steuern, und empfehlen Sie



die Initiative zur Annahme. Sagen Sie Ja zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungebremsten und ungesteuerten Zuwanderung. Sagen Sie Ja zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung die Zahl von 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Gobet Nadine (RL, FR): Les préoccupations de la population face aux défis liés à l'immigration, qu'il s'agisse de logement, de mobilité ou de sécurité, sont légitimes et doivent être prises au sérieux. L'une des réponses passe par la mise en oeuvre d'une politique migratoire ferme et ciblée. Mais celle qui veut limiter arbitrairement la population à 10 millions serait une grave erreur. Cela freinerait notre croissance, affaiblirait nos retraites et priverait des secteurs essentiels comme la santé, la construction ou l'agriculture de la main-d'oeuvre dont ils ont absolument besoin.

Si cette initiative prétend assurer la durabilité de notre système, elle est en réalité très éloignée de cet objectif. Elle représente une menace directe pour la prospérité de notre pays et notre qualité de vie. Avec une limite de population fixée arbitrairement à 10 millions et l'abandon de la libre circulation des personnes comme but ultime, cette initiative fait fi de la réalité démographique de notre pays, qui se traduit actuellement par une chute des naissances et un important vieillissement de la population.

Aujourd'hui déjà, de nombreux secteurs sont confrontés à une pénurie chronique et croissante de main-d'oeuvre, qualifiée ou non ; les estimations prévoient le manque de quelque 400 000 travailleurs à plein temps d'ici 2035, soit presque demain. Nous sommes tous d'accord pour donner la priorité à l'intégration de la main-d'oeuvre indigène dans le marché du travail avec des mesures fiscales, d'amélioration de l'employabilité et autres. Toutefois, cette main-d'oeuvre là n'est pas suffisante pour répondre aux besoins de nos entreprises. L'apport de travailleurs étrangers, en particulier européens, est tout simplement indispensable, notamment à l'heure où nos entreprises sont déjà soumises à une concurrence internationale de plus en plus forte.

La main-d'oeuvre étrangère est, par exemple, essentielle au bon fonctionnement de nos hôtels-restaurants et des sociétés de nettoyage. Elle l'est tout autant dans d'autres secteurs encore plus sensibles, tels que la santé, la construction ou l'agriculture. Dans le secteur technologique, environ 45 pour cent des ingénieurs informatiques en Suisse sont issus de l'étranger. Sans cette main-d'oeuvre qualifiée, les entreprises suisses innovantes peineraient à maintenir leur compétitivité sur le marché mondial.

Avec le vieillissement de la population et l'augmentation de maladies chroniques, les besoins en prestations médicales et infirmières sont continuellement en hausse. En 2024, plus de 40 pour cent des médecins exerçant en Suisse ont suivi leurs études et obtenu leur diplôme à l'étranger. Cette proportion n'a cessé d'augmenter ces dernières années. Qui remplacera les infirmiers et les infirmières dans nos EMS ? Plus largement, qui prendra soin de nos personnes âgées, alors que les besoins en soins explosent déjà ? Dans l'agriculture ou la construction, des milliers d'emplois reposent sur la main-d'oeuvre étrangère. Sans elle, le fonctionnement de certaines exploitations sera remis en question. Des employés manqueront pour construire nos logements et nos écoles. Est-ce vraiment l'avenir que nous voulons pour la Suisse ? Il serait toutefois naïf d'ignorer les préoccupations de la population. Oui, la croissance démographique soulève des défis bien réels en matière de logement, de mobilité, d'infrastructures ou de formation. Ce n'est pas en fermant la porte aux travailleurs dont notre économie dépend que nous relèverons ces défis. C'est en investissant davantage dans des logements accessibles, des transports publics et des infrastructures efficaces et dans la formation. C'est en renforçant nos capacités internes et non en affaiblissant notre prospérité, que nous pourrions garantir la cohésion sociale et le bien-être de tous.

En conclusion, cette initiative fait prendre un risque majeur à la Suisse. Limiter arbitrairement la population au chiffre de 10 millions, censé nous rendre heureux, et restreindre la libre circulation des personnes, c'est se priver des travailleurs dont la Suisse a absolument besoin : moins de médecins, moins d'infirmiers, moins d'ouvriers et moins de spécialistes. Ce sont nos hôpitaux et nos entreprises qui en pâtiront et, avec eux, toute la population. Le taux de chômage reste bas malgré l'immigration et les mesures d'accompagnement encadrent efficacement l'accès au marché du travail. Ce n'est pas en mettant la Suisse sous cloche que nous serons heureux. Il est dans notre intérêt de maintenir un accès facilité aux travailleurs étrangers, mais en renforçant la participation de la main-d'oeuvre résidente. C'est ainsi que la Suisse assurera sa prospérité et sa durabilité pour les générations futures.

Dans ce sens, je vous invite à rejeter cette initiative.

Wyssmann Rémy (V, SO): Die Einwanderungspolitik Dänemarks hat sich von liberal zu extrem restriktiv gewandelt. Sie zielt darauf ab, die Zuwanderung zu minimieren, indem sie den Familiennachzug erschwert, die Möglichkeit von Asylanträgen im Lande abschafft und Asylverfahren dauerhaft ausserhalb Europas durchfüh-



ren will. Die Regierung setzt auch

AB 2025 N 1879 / BO 2025 N 1879

auf konsequente Abschiebungen, auch von EU-Bürgern, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben.

Die Regierung Dänemarks ist nicht nationalkonservativ, sie ist sozialdemokratisch. Warum ist eine sozialdemokratische Regierung für eine restriktive Einwanderungspolitik? Weil dänische Sozialdemokraten genau wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik schlicht nicht finanzierbar ist, weil dänische Sozialdemokraten genau wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik die Sozialwerke ruiniert, und weil sie wissen, dass eine unbeschränkte Einwanderungspolitik nicht sozial ist.

Ich bin Gemeinderat in einem kleinen Dorf und dort zuständig für die Finanzen. Was sind die grössten Kostentreiber in unserem Dorf? Das sind die Asylkosten, das sind die Sozialkosten, und das sind die Gesundheitskosten. All diese Positionen werden nachweisbar durch die Zuwanderung getrieben. Wenn dieses Wachstum so weitergeht, wird das unseren Gemeinden das Genick brechen, und das, obwohl wir bereits heute in einem Hochsteuercanton leben. 70 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons Solothurn werden vom Mittelstand bezahlt. Der Mittelstand bezahlt die Rechnung für eine unbegrenzte Migrationspolitik. Auch das wissen die dänischen Sozialdemokraten, und genau deshalb schränken sie die Migration ein.

Nicht nur die Sozialhilfe in den Kommunen wird durch die unbeschränkte Einwanderung zerstört, auch die Sozialversicherungen. Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit gab es keine jahrelangen Wartefristen bei den Sozialwerken, z. B. bei den EL und der IV. Man konnte sogar mit der Suva noch einzelfallgerechte Lösungen erreichen. Mit der unbegrenzten Zuwanderung wurde diese Praxis gestoppt. Seither warten EL- und IV-Versicherte Monate und Jahre auf ihre Entscheide. Einzelfalllösungen sind nicht mehr möglich. Bei den Leistungen drehen die Verwaltung und die Justiz die Ermessensschrauben immer mehr zu. Das Resultat ist das gleiche wie im Verkehr oder in den Wartesälen unserer Spitäler. Am Schluss werden auch bei den Versicherungen alle gleich schlecht behandelt.

Wenn der Ring ins Bad fällt, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie tauchen dem Ring nach, bis er im Siphon auf Nimmerwiedersehen verschwindet, oder Sie machen den Stöpsel zu. Machen wir lieber den Stöpsel zu und begrenzen die Zuwanderung.

Unterstützen Sie deshalb unsere Initiative.

Badran Jacqueline (S, ZH): Rechnen Sie mit: 1000 mal 1000 mal 1000 mal 1000 Franken – das gibt 1 Billion Franken. Das ist eine Eins mit zwölf Nullen. Diese Billion – eine Schweizer Billion, keine englische "billion", das wären 1000 mal 1000 mal 1000 Franken – ist das Volumen der Direktinvestitionen in der Schweiz; es ist das weltweit höchste Volumen pro Kopf. Direktinvestitionen ergeben sich hauptsächlich, wenn der Hauptsitz eines Konzerns in die Schweiz verlegt wird oder eine Zweigniederlassung in der Schweiz entsteht, also kurz: wenn sich Unternehmen hier ansiedeln. Lagen diese Direktinvestitionen im Jahr 1998 noch bei knapp 100 Milliarden Franken, betrugen sie gut 25 Jahre später eben 1 Billion Franken; das ist also ein Plus von 900 Milliarden Franken. Das ist gigantisch.

Und wie kommt das? Der grosse Treiber der Verlegung von Unternehmen in die Schweiz ist unsere bzw. Ihre Steuerdumpingpolitik für Unternehmen. Ich erinnere an die Unternehmenssteuerreformen I bis III, an Stempelsteuerreduktionen, an Verrechnungssteuerreduktionen oder -abschaffungen, an Ihre Politik nach dem Motto "Wir müssen die Besten sein im Standortwettbewerb". Das ist der Treiber dafür, dass jährlich Tausende von Firmen ihren Sitz hierher verlegen. "Arena" für "Arena", in denen ich solche Vorlagen bekämpfte, musste ich mir von der SVP in der Person des damaligen Finanzministers Ueli Maurer anhören: "Wir senken die Unternehmenssteuern nicht als Selbstzweck, wir wollen Firmen ansiedeln. Wir wollen, dass Unternehmen kommen, denn das schafft Arbeitsplätze. Wir machen das wegen der Arbeitsplätze, Frau Badran, das sollte Ihnen als Sozialdemokratin doch gefallen."

Konkret hat sich die Zahl der Hauptsitze zwischen 2014 und 2023 von 13 000 auf fast 20 000 erhöht, also um gut 50 Prozent. Das ist eine Erhöhung um rund 850 Hauptsitze pro Jahr. Die Zahl der Zweigniederlassungen ausländischer Multinationaler hat sich zwischen 2014 und 2023 um 5500 erhöht, von rund 13 000 auf 18 500. Das sind fast 600 Unternehmen pro Jahr, die noch einmal hinzukommen. So haben diese angelockten Unternehmen rund eine Viertelmillion neue Arbeitsplätze in die Schweiz gebracht, plus – da nehme ich Ihre Rede auf – die Folgezuwanderung. Denn alle diese Leute müssen ja irgendwo wohnen, also brauchen wir mehr Bauarbeitende. Diese Bauarbeiter haben vielleicht Kinder, die in die Schule gehen, also brauchen wir mehr Schulen. Diese brauchen mehr Lehrer, die wiederum Gesundheitsdienstleistungen benötigen; damit haben wir eine Knappheit in den Spitälern. Und so kommt es, dass wir diese hohe Zuwanderung haben. Sie ist eins zu eins der Ansiedlungspolitik von Unternehmen geschuldet.



Der grosse Treiber für den grossen Bedarf an weiterer Zuwanderung ist also Ihre Politik – seit Jahren. Und Sie wagen es, uns seit ebenso langer Zeit die Ohren vollzujammern, wenn als Folge Ihrer Ansiedlungspolitik die Leute in die Schweiz kommen; und Sie wagen es, uns – den Linken – die Schuld daran in die Schuhe zu schieben! Sie torpedieren die flankierenden Massnahmen, die die Gewerkschaften und die SP mühsam erkämpft haben, um die Menschen und das Gewerbe vor Lohndumping zu schützen. Und dann jammern Sie uns die Hücke voll, wenn ältere Arbeitnehmer durch billigere jüngere ersetzt werden.

Noch schlimmer: Sie lassen Geld auf den Immobilienmarkt. Geldwäscherei ist das Stichwort, dagegen tun Sie nichts! Mit der Aufweichung der Lex Koller, die aus dem Departement Blocher kam, waren es Milliarden an zusätzlichem Geld, die den Boden verteuert haben. Und dann jammern Sie uns die Hücke voll, dass sich hier im Land immer weniger Leute selbstbewohntes Eigentum leisten können. Das ist inakzeptabel! Sie torpedieren alles, was die Durchsetzung des Mietrechts angeht. Wir hätten nämlich keine Mietpreisexplosion, würde das Mietrecht durchgesetzt. Und dann jammern Sie uns die Hücke voll, die Mietpreisexplosion sei der Zuwanderung geschuldet, was nachweislich weder theoretisch noch praktisch stimmt.

Wer also weniger Zuwanderung will, der hört augenblicklich auf mit dieser Ansiedlungs- und Standort- und Unternehmenssteuerdumping-Politik. Alles andere ist verlogener Unsinn.

Pamini Paolo (V, TI): Guardate, da ticinese vi dico una cosa molto semplice: noi non siamo contro l'immigrazione, noi chiediamo con questa iniziativa semplicemente che l'immigrazione sia sostenibile. Purtroppo i baby boomer si stanno avvicinando ad un'età che li porterà ad abbandonare questo Paese; i tassi di natalità scendono; ci sono anche persone che abbandonano la Svizzera. Già solo per questi motivi serve comunque dell'immigrazione per mantenere stabile la popolazione. Quindi non venite a dirci che questa è un'iniziativa contro l'immigrazione.

Questa è un'iniziativa per la sostenibilità, come ben espone anche il titolo. Noi semplicemente diciamo che l'immigrazione deve fare in modo che la nostra società, ma anche il nostro territorio e il nostro ambiente vengano mantenuti sostenibili. Noi non vogliamo continuare a cementificare la nostra nazione. Per questo stupisce un po' che anche dalla sinistra arrivi un rigetto di questa proposta che in realtà va ben al di là degli aspetti del controllo della popolazione, perché si tratta soprattutto di ambiente ed energia. Voi pensate: tutti gli sforzi – anche qui mi collego a un argomento che non è proprio del nostro partito – per decarbonizzare la società svizzera, per ridurre le emissioni, sono stati vani per il fatto stesso che la popolazione ha continuato ad aumentare.

Abbiamo un problema economico in Svizzera. Se guardate i tassi di crescita della nostra economia, gli ultimi vent'anni sono stati meravigliosi in termini assoluti, ma una volta che li calcolate pro capite, quindi li rapportate al numero di persone, vedete in realtà un rallentamento della crescita del benessere. In realtà il vero benessere lo misuriamo pro capite, non in termini assoluti. Allora chiediamoci che cosa sta succedendo. Il problema è che questi effetti di spillover,

AB 2025 N 1880 / BO 2025 N 1880

come li chiamiamo noi economisti, legati all'immigrazione, che dovrebbero creare più benessere per tutti, tardano a farsi vedere. Ormai sono quasi vent'anni che abbiamo le nuove regole del gioco con la libera circolazione. Ma, come ho detto, l'iniziativa non dice di abolire la libera circolazione tout court; se riusciamo a rimanere all'interno dei margini di sostenibilità, questa assolutamente varrebbe. Tra l'altro l'iniziativa dice anche che nel caso di sfioramento della soglia non verrebbe data immediatamente disdetta dell'accordo di libera circolazione. Quindi chiamarla "iniziativa per la disdetta" o "Kündigungs-Initiative" è un meccanismo semplicemente retorico. Il Consiglio federale dovrebbe implementare delle misure.

Noi abbiamo un problema – ve lo dico da ticinese che lo conosce molto bene – di saturazione dell'infrastruttura. Quando viaggiate fra Zurigo e Berna, e tanti di voi lo fanno, vi sembra normale che nelle ore di punta dovete stare in piedi in prima classe in treno? Vi sembra normale che dobbiamo essere sempre in colonna nelle autostrade? Ora, grazie al cielo, il Consiglio degli Stati proprio questa mattina ha approvato una mozione che chiede l'introduzione di un'imposta di transito attraverso la Svizzera per il traffico turistico. Ma vi sembra normale che le ore di coda al Gottardo e al San Bernardino continuino ad aumentare? Vi sembra normale che il traffico cittadino è congestionato? Vi sembra normale che i prezzi degli immobili continuano ad esplodere e chi è nato e cresciuto in una città come Zurigo ma piano piano anche in periferia non riesce più ad acquistare casa, semplicemente perché il terreno diventa sempre più scarso? Ecco, sono queste le cose di cui dobbiamo parlare: dell'energia, dell'ambiente, della cementificazione e del problema che l'infrastruttura non è stata pensata per nove milioni di persone e tanto meno per dieci milioni di persone.

Poi c'è anche un aspetto di coesione, di identità. Una crescita troppo rapida della nostra popolazione ci porta



ad avere dei problemi culturali già solo nelle scuole, con figli di persone che non parlano le nostre lingue. Nel sistema di democrazia diretta che conosciamo in Svizzera è importantissimo che le persone mettano al proprio interno le regole del gioco, che capiscano che qui non siamo in Germania, non siamo in Francia, non siamo in Italia, dove si chiedono sempre più servizi allo Stato; qui vige anche la responsabilità personale.

Questi sono i motivi per cui proponiamo alla popolazione svizzera un'iniziativa per la sostenibilità, per il nostro ambiente, per mantenere la nostra Svizzera così come l'abbiamo conosciuta. Perché è questo che la rende attrattiva. Le persone saranno sempre benvenute da noi fintantoché sarà utile per tutti.

Zuberbühler David (V, AR): Vielleicht kennen Sie dieses Gefühl: Man sitzt im Auto, der Termin rückt näher, die Kunden warten, und trotzdem kommt man einfach nicht vorwärts. Vorne nur rote Bremslichter, hinten drängende Autos und dazwischen nichts anderes als Stillstand – wieder einmal Stau, endlos, kilometerlang. Für mich ist das keine theoretische Beobachtung, sondern fast tägliche Realität. Ich spreche heute nicht nur als Nationalrat, sondern auch als Unternehmer. Seit zwanzig Jahren führe ich mit meinem Bruder zusammen unter anderem einen Schuhgrosshandel. Mehrmals im Jahr fahren wir nach Spreitenbach in ein grosses Ordercenter, wo über siebzig nationale und internationale Schuhvertreter mehr als zweihundert Marken präsentieren: Schuhe, Taschen und Accessoires. Dort treffen wir unsere Kunden aus dem Fachhandel. Als wir 2005 begonnen haben, brauchten wir für die Fahrt von Herisau dorthin knapp eine Stunde. Mit zehn Minuten Reserve waren wir auf der sicheren Seite. Heute müssen wir an einem Montagmorgen fast zwei Stunden einplanen, und das nicht etwa, weil die Distanz gewachsen wäre, sondern weil die Strassen immer öfter dicht sind. Das betrifft nicht nur diese eine Strecke. Wir besuchen Kunden in der ganzen Schweiz, sind unterwegs von Termin zu Termin, und doch bietet sich immer wieder dasselbe Bild: stockender Verkehr und Stau.

Wer selbst so viel Zeit im Auto verbringt, weiss, wie verrückt das ist und wie teuer. Denn jede Minute, die wir im Stau stehen, ist verlorene Zeit für mich als Unternehmer, für den Handwerker, der zur Baustelle muss, für den Chauffeur, der Waren ausliefert, oder für die Pendlerin, die pünktlich bei der Arbeit sein will. Diese verlorene Zeit hat einen hohen Preis. Der Bund selbst spricht von Milliardenkosten durch Stau. Es sind Milliardenkosten, die am Ende wir alle tragen, sei es als Steuerzahler, als Konsumenten oder über höhere Preise in den Geschäften.

Jahr für Jahr wächst unsere Bevölkerung um rund 80 000 Menschen, um so viele, wie die Stadt St. Gallen Einwohner hat. Mehr Menschen bedeuten logischerweise mehr Autos, mehr Lastwagen, mehr Pendler. Schon heute quälen wir uns durch ein Verkehrschaos, weil die Verkehrssituation seit der Einführung der Personenfreizügigkeit völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Die Staustunden haben sich vervierfacht. Ja, das ist keine übertriebene Warnung, das ist die Realität, und wenn wir jetzt nicht handeln, wird es noch schlimmer. Wollen wir wirklich in einer 10-Millionen-Schweiz leben, in der das Auto mehr steht als fährt, in der Unternehmen Aufträge verlieren, weil sie im Verkehr stecken bleiben, in der Konsumentinnen und Konsumenten immer mehr bezahlen, weil die Transportkosten explodieren?

Und letztlich geht es nicht nur um Verkehr und Mobilität, sondern um unsere Lebensqualität. Immer mehr Menschen in der Schweiz fühlen sich fremd im eigenen Land. Bereits über 40 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, und wer mit offenen Augen durchs Land geht, erkennt, dass sich die Schweiz rasant und oft nicht zum Guten verändert. Unsere Infrastruktur ist nicht grenzenlos erweiterbar. Wir können nicht jedes Tal zubetonieren, nicht endlos Strassen verbreitern, nicht beliebig Tunnels bauen. Es gibt Grenzen, geografische, ökologische, aber auch gesellschaftliche.

Genau darum braucht es die Nachhaltigkeits-Initiative. Sie setzt genau hier an und zieht die Notbremse. Ab 9,5 Millionen Einwohnern muss der Bundesrat handeln, insbesondere im Asylwesen und beim Familiennachzug. Und die Grenze von 10 Millionen darf keinesfalls überschritten werden. Wir müssen uns klar sein: Solange die Bevölkerung jedes Jahr um die Grösse einer Stadt wie St. Gallen wächst, werden wir das Stauprobblem nie lösen. Wir können noch so viel zubetonieren, wir würden nur dem Kollaps hinterherbauen. Die einzige echte Lösung ist, das Wachstum zu stoppen. Ich wünsche mir eine Schweiz, in der man morgens wieder pünktlich beim Kunden ankommt, in der unser Wohlstand nicht im Stau verloren geht und in der die Menschen sich im eigenen Land zuhause fühlen, im Einklang mit unseren christlichen Grundwerten, die unsere Gesellschaft seit Generationen tragen und prägen.

Darum bitte ich Sie: Unterstützen Sie die Nachhaltigkeits-Initiative, für unsere Unternehmen, für unsere Umwelt und für unsere Heimat.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich muss Ihnen sagen, beim Zuhören ist mir spontan eine Filmtrilogie in den Sinn gekommen. Vielleicht kennen Sie die "Hunger Games". In diesen Filmen versucht eine ökonomische Elite dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Reichtum produzieren und die ausgebeutet werden, in rituellen Spielen



aufeinander losgehen, damit sie sich gegenseitig bekämpfen und hassen und sich nicht gegen ihre Herrscherinnen und Herrscher wenden. Es ist eine uralte Machttechnik, mit der die Mächtigen die weniger Mächtigen gegeneinander ausspielen. Es geht dabei immer um das Gleiche, nämlich um Ablenkung. Um nichts anderes geht es auch bei diesen wiederholt spalterischen Initiativen der SVP.

Die Wahrheit ist: Das Problem in diesem Land kommt weder in Schlauchbooten übers Mittelmeer noch mit Bussen auf unsere Baustellen noch mit dem PKW in die Pflegeheime und Altersheime und füllt die Fachkräftelücke. Das Problem in diesem Land reist in der Regel im Privatjet, in der Limousine und sitzt für die SVP im Parlament oder sichert sich deren Stimmen über Parteispenden an sie. Das Unbehagen mit der ungleichen Verteilung des Reichtums in diesem Land ist absolut berechtigt. Alleine die 300 Reichsten haben ihr Vermögen in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, 80 Prozent davon wurde absolut ohne Leistung vererbt. Gleichzeitig kämpfen Familien wieder darum, Mieten, Krankenkassenprämien und Kita-Kosten bezahlen zu können.

AB 2025 N 1881 / BO 2025 N 1881

Aber das ist die Folge Ihrer Politik, Herr Dettling, und jener der SVP und die Folge Ihrer falschen Loyalität. Der Hauptgrund dafür, dass die Mieten steigen, ist, dass Sie jedes Mal für die Immobilienlobby stimmen in diesem Parlament, weil Ihre Loyalität zu dieser grösser ist als Ihre Loyalität zur Bevölkerung in diesem Land. Der Hauptgrund, warum die Krankenkassenprämien steigen, ist, dass Ihnen die Verwaltungsratsmandate bei den Privatversicherungen wichtiger sind als die Familien und die Rentnerinnen und Rentner. Wenn der Staat nie genug Geld hat, um die Werk tätigen zu unterstützen, die Rentnerinnen, die Familien, die Alleinerziehenden, aber immer genug Geld, um die Banken zu retten, dann ist es so, weil Sie Ihre Verpflichtung gegenüber der Finanzoligarchie am Paradeplatz höher gewichten als Ihre Verpflichtung gegenüber der Schweizer Bevölkerung. Am Anfang dieser Debatte hat der Kommissionssprecher diese Initiative "Kündigungs-Initiative" genannt und wurde dann von Ihnen dafür kritisiert. Ich finde, es gibt eine berechtigte Kritik, die man gegenüber dem Kommissionssprecher anbringen kann, nämlich dass das noch eine zu nette Formulierung war. Inhaltlich viel korrekter wäre es, zu sagen, das ist eine Chaos-und-Desaster-Initiative. Ich glaube, wer wirklich glaubt, dass es im jetzigen geopolitischen Umfeld irgendwie Sinn machen würde, die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn aufs Spiel zu setzen, die Beziehungen zu demokratischen Welt aufs Spiel zu setzen, weil man grundlegende Verträge kündigen müsste, die diese Regeln festhalten, der hat wirklich den Gong der Zeit nicht gehört. Das wäre relativ nahe an einem geopolitischen Selbstmord, den die Schweiz damit begehen würde. Etwas Unschweizerischeres und Unpatriotischeres und frontaler gegen die Interessen der grossen Mehrheit der Bevölkerung Gerichtetes als Ihre Initiative hat dieses Parlament schon lange nicht mehr diskutiert.

Es gibt darauf eine ganz klare Antwort: Diese Initiative muss von diesem Parlament und auch von der Bevölkerung bachab geschickt werden, und es braucht auch keinen Gegenvorschlag.

Wyssmann Rémy (V, SO): Herr Kollege Wermuth, das grösste Armutsrisiko liegt bei den Steuerschulden. Wer betreibt die Schweizerbürger: der Staat oder Ihre Millionäre?

Wermuth Cédric (S, AG): Ich würde sagen, wenn der Schweizer Staat irgendjemanden betreibt, tut er das auf Grundlage des Budgets, das Sie letztes Jahr in diesem Parlament gegen unsere Stimmen verabschiedet haben. Ich bin ganz bei Ihnen. Wissen Sie, was die beste Antwort auf Schulden und Armut in diesem Land ist? Das wären Mindestlöhne. Aber es ist Ihre Partei, die in den Kantonen versucht, vom Volk beschlossene Mindestlöhne wieder aufzuheben. Sie treiben die Menschen in die Armut, das ist Ihre Politik.

Egger Mike (V, SG): Sie haben uns fälschlicherweise Lobbyismus vorgeworfen. Ist es nicht so, dass Sie bei dieser Initiative zusammen mit den Vertreterinnen und Vertretern von Economiesuisse auf einer Seite kämpfen?

Wermuth Cédric (S, AG): Ich weiss nicht, wer Vertreter von Economiesuisse ist. In unserem Parteivorstand ist niemand im Vorstand von Economiesuisse. Da müssten Sie vielleicht bei sich selber zuerst ein bisschen aufräumen. Ich möchte Ihnen aber sehr herzlich für diese Frage danken. Denn wir haben die Menschen gebeten, für jede Minute, in der Sie hier im Parlament Ihre Argumente und fremdenfeindlichen Parolen ausbreiten, zu spenden. Inzwischen haben wir schon über 115 000 Franken für den Abstimmungskampf gegen Ihre Initiative gesammelt.

Giezendanner Benjamin (V, AG): Wenn ich der Debatte zuhöre, dann habe ich das Gefühl: für einmal etwas weniger "Hunger Games" auf Netflix, dafür etwas mehr "SRF bi de Lüt"! Vor zwanzig Jahren habe ich an meinem Wohnort an das unbegrenzte Wachstum geglaubt. Ich war damals ganz vorne, wenn es darum



ging, Einzonungen vorzunehmen. Ich hatte die Überzeugung: mehr Raum, mehr Wachstum, mehr Wohlstand. Doch heute, zwei Jahrzehnte später, sehe ich landauf, landab in unseren Gemeinden die Konsequenzen: eine massive Zubetonierung unserer Landschaft und überhöhte Bodenpreise. Die Folge ist, dass sich sehr viele Menschen Wohneigentum fast nicht mehr leisten können. Sie mutieren zu modernen Nomaden, gehen auf der Suche von Wohnung zu Wohnung, und sie können dabei keine Wurzeln mehr schlagen in den Gemeinden. Das spüren wir sträflich in den Vereinen, und wir spüren das auch in den Gremien auf Gemeindestufe.

Im Gewerbe zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Als Transportunternehmer erwirtschaftete ich rund 70 Prozent unseres Umsatzes im Ausland. Dennoch bin ich stolz, dass etwa 50 Prozent unserer Fahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert sind. Im nächsten Jahr, 2026, werden bei mir im Unternehmen zehn Leute das 65. Altersjahr erreichen und werden pensioniert. In der Berufsschule Baden ist der aktuelle Jahrgang für Strassentransportfachmann mit 17 Personen für den ganzen Kanton belegt. Wie füllen wir das grosse Defizit aus? Ich sage Ihnen: Mehrheitlich füllen wir das mit Menschen aus dem Ausland auf.

Doch genau hier beginnt das Problem. Menschen kommen wegen dieses Berufsbildes in die Schweiz, weil sie denken, sie würden einen sehr, sehr guten Lohn kriegen. Wenn sie aber mit ihrer Familie in die Schweiz gezogen sind und die Lebenshaltungskosten bezahlen müssen, kommen sie relativ schnell auf die Welt und merken, dass es ihnen in der Schweiz verhältnismässig schlechter als im Ausland geht. Das findet vor allem bei Berufsbildern mit eher tieferen Ausbildungsanforderungen statt. Ich will es nicht Working-Poor nennen, aber genau so entsteht das Problem, dass diese Leute sagen: Ich gehe lieber ins Sozialsystem, arbeiten lohnt sich nicht. Genau diese stranden im Sozialsystem.

Hinzu kommt: Jährlich kommen über 170 000 Leute in die Schweiz. Gleichzeitig verlassen 80 000 Leute die Schweiz. Wissen Sie, wer diese Leute sind? Das sind die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Italien, Portugal, Spanien, ja aus Ex-Jugoslawien, die uns den Wohlstand mitgesichert haben. Diese gehen zurück, weil sie es sich nicht mehr leisten können, in der Schweiz zu bleiben. Aber wissen Sie, was? Die 80 000 bis 90 000 Menschen, die netto durch die Zuwanderung in die Schweiz kommen, kommen gar nie im Arbeitsmarkt an, sonst hätten wir gar nicht diesen Fachkräftemangel. Dort gilt es das Problem an der Wurzel zu packen.

Für das Gewerbe bedeutet das eine doppelte Belastung. Einerseits bedeutet es, dass wir die Fachkräfte nicht bekommen und jeden Tag unter einem Preisdruck leiden. Andererseits müssen wir genau dieses Sozialsystem noch finanzieren. Sie haben in dieser Session gezeigt, was mit den Abgaben geschieht, die das Gewerbe und die Industrie wieder bezahlen müssen. Darum sage ich Ihnen: Nach zwanzig Jahren, in welchen sich die Zahlendaten und die Fakten geändert haben, darf man klüger werden. Ich habe gelernt, und ich sage Ihnen: Das grenzenlose Wachstum müssen wir nicht um jeden Preis verfolgen. Es gilt, in diesem Land wieder die Zuwanderung steuern zu können. Dann können wir die Leute holen, die wir haben wollen.

Und ich sage Ihnen noch etwas anderes. Viele, die in den letzten zwanzig Jahren eingewandert sind, sind in das Sozialsystem eingewandert. Wissen Sie, wo sie gestrandet sind? Beim Staat sind sie gestrandet, im Gesundheitswesen. Sie sind im Bereich der Bildung gestrandet – nein, sie sind nicht gestrandet: Wir brauchten sie, weil immer mehr Leute gekommen sind. Gewisse sind direkt beim Bund und bei den Kantonen geblieben, und das Gewerbe hat gar nicht die Leute bekommen, die es gebraucht hätte.

Deshalb sage ich Ihnen, dass ich als Gewerbetreibender voll und ganz hinter dieser Initiative stehe. Wir müssen wieder wählen können, wer in dieses Land kommt und wen wir im Arbeitsmarkt gebrauchen können. Milton Friedman sagte einmal: "Regierungen lernen nie. Nur Menschen lernen." Ich bin gespannt darauf, ob Sie nach dieser Debatte etwas dazugelernt haben. Sonst hoffe ich ganz fest, dass die Bevölkerung Ihnen eine Lektion erteilen wird.

Dettling Marcel (V, SZ): Bei meiner Geburt zählte die Schweiz 6,3 Millionen Einwohner, bei einem

AB 2025 N 1882 / BO 2025 N 1882

Ausländeranteil von 15,3 Prozent. Im Jahr 2025 zählen wir bereits über 9,1 Millionen Menschen, bei einem Ausländeranteil von 27,3 Prozent. Zudem bürgern wir jedes Jahr 40 000 Personen ein, die auf dem Papier dann Schweizer sind. Die unkontrollierte Einwanderung macht unsere Heimat kaputt!

Vieles wurde uns schon versprochen. 8000 bis 10 000 Personen würden kommen, das haben wir bereits gehört. Aber die Schweiz platzt aus allen Nähten. Wir wachsen 18-mal schneller als Deutschland. Anstatt endlich masszuhalten, wollen nun alle Parteien, ausser der SVP, mit dem Unterwerfungsvertrag sogar noch mehr Leute aus dem EU-Raum in die Schweiz einschleusen. Der Familiennachzug soll noch einmal gelockert werden. Pflegebedürftige Verwandte sollen in die Schweiz geholt werden – die Krankenkassen werden es Ihnen danken. Überdies hat die Vertreterin der Sozialdemokratischen Fraktion heute Morgen gesagt, dass wir



Platz für alle hätten.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Stautunden nicht verdoppelt, sie haben sich auch nicht verdreifacht – sie haben sich versiebenfacht. Das Gewerbe leidet, wir haben es gehört, denn die Angestellten stehen im Stau, anstatt zu arbeiten. Die Infrastruktur, das war heute Morgen die Antwort von Links-Grün, müsse ausgebaut werden. Dem muss ich entgegnen, dass das genau mein Humor ist. Wer verhindert denn alles: Autobahnausbau, Staumauererhöhungen – Einsprache da, Einsprache dort? Alles ist von linker Seite verursacht.

Das unkontrollierte Bevölkerungswachstum führt zur Zubetonierung der Heimat. Betrachten Sie einmal ganz genau das Bild hinter mir. Wo findet die Zubetonierung statt? Ein Drittel der Schweiz – und dieses Bild zeigt es sehr genau – ist Wald, dort wird gar nichts gebaut. Ein zweites Drittel der Schweiz ist unproduktive Fläche, Seen und Berge, dort wird überhaupt nichts gebaut. Auf dem letzten Drittel finden die Siedlungsentwicklung, der Verkehr und die landwirtschaftliche Produktion statt. Die Schweiz wird nicht grösser. Wir wachsen, wir wachsen, wir wachsen, es wird alles zubetoniert, aber die Fläche wird nicht grösser.

Die Sicherheit nimmt extrem ab. Ich musste schon ein wenig schmunzeln – nein, dies ist das falsche Wort; ich war sehr verärgert –, als Frau Meyer am Montag auf eine Frage antwortete, dass die Kriminalität in der Schweiz zahlenmässig abnehme. Im Jahr 2000 verzeichneten wir in der Schweiz 310 000 Straftaten, heute liegen wir bei 563 000, also über 1500 Straftaten pro Tag, begangen zu über 50 Prozent von Nichtschweizern, davon stammt mehr als ein Viertel aus dem Asylbereich und aus der illegalen Migration. Besonders schlimm waren die Vergewaltigungen, innerhalb eines Jahres haben sie um 30 Prozent zugenommen. Die schweren Straftaten sind um 20 Prozent gestiegen. Die schlimmsten in diesem Jahr in der Schweiz begangenen Straftaten, die Frauen- und Kindermorde, haben einen Namen: importierte Kriminalität. Die Nationen der diesjährigen Täter sind: Algerien, Syrien, Rumänien, Bulgarien, Kosovo, Griechenland, unbekannt – was auch immer das heisst – und Schweiz. 73 Prozent der Gefängnisse sind mit Nichtschweizern gefüllt; diesbezüglich hat Präsident Trump sogar noch untertrieben.

Heute hat Frau Widmer zudem gesagt, dass die Zuwanderung gut für die Kultur in den Städten sei. Ich weiss nicht, ob sie damit den Syrer meint, der vor zwei Wochen in einem Zürcher Tram eine Frau brutal nieder- und bewusstlos geschlagen hat. Die Gewalt an den Schulen, gegenüber Lehrern, aber auch gegenüber Schülern, nimmt massiv zu. In den Spitälern brauchen wir wegen des Multikulti mittlerweile Sicherheitskräfte – stellen Sie sich das einmal vor! Sanitäter werden bei der Arbeit angegangen, auch das Zugpersonal erlebt eine unglaubliche Zunahme der Gewalt. Ist das die Schweiz, die Sie wollen? Wir von der SVP-Fraktion wollen das sicher nicht.

Zu guter Letzt stellen wir sogar fest, dass der Wohlstand abnimmt. Der Wohlstand nimmt ab! Die Heimat wird zubetoniert, wir stehen immer länger im Stau, alles wird massiv teurer, das ganze Land wird unsicherer, die Mietkosten explodieren. Seit dem Jahr 2007, also seitdem die Personenfreizügigkeit voll gilt, hat sich die Zahl der offenen Stellen vervierfacht. Trotzdem wollen Sie alle, mit Ausnahme der SVP-Fraktion, mit dieser extrem unkontrollierten Zuwanderung einfach so weiterfahren? Als Familienvater mit drei kleinen Kindern kommt mir da nur eines in den Sinn: Das ist total verantwortungslos!

Helfen Sie daher mit, das zu korrigieren, und sagen Sie Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative.

Jans Beat, Bundesrat: Danke für die elfstündige Debatte. Ich habe viel gelernt. Immerhin durfte ich feststellen, dass zumindest in diesem Saal während der Debatte kein Dichtestress herrscht.

Der Bundesrat lehnt die eidgenössische Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" dezidiert ab. Die Initiative gibt vor, die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen zu wollen. Die Infrastrukturen, die Gesundheitsversorgung und unsere Sozialversicherungen sollen leistungsfähig bleiben. Auch der Bundesrat strebt eine nachhaltige Entwicklung an. Was den Bundesrat gleichwohl zu einer entschlossenen Ablehnung dieser Initiative bringt, sind ihre konkreten Handlungsvorschläge. Diese beurteilt er als unbrauchbar, ja sogar als gefährlich. Was diese Volksinitiative in unsere Verfassung schreiben will, würde unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gefährden, uns international isolieren und die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen erheblich und völlig unnötig einschränken. Dabei ist mehr als ungewiss, ob die Initiative die Zuwanderung überhaupt bremsen würde. Indem Sie einfach starre Obergrenzen in die Verfassung schreiben, haben Sie noch überhaupt nichts erreicht. Was zählt, sind brauchbare Vorschläge. Davon gibt es in der Initiative keine. Was zählt, sind nicht fromme Wünsche, sondern der Verfassungstext.

Schauen wir uns die Übergangsbestimmungen der Initiative genau an. Sie würden in Artikel 197 Ziffer 15 der Bundesverfassung stehen. In Absatz 1 steht, was Bundesrat und Parlament unternehmen müssten, wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 die Zahl von 9,5 Millionen Menschen überschreiten würde. Bei 9,5 Millionen, die gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Statistik in fünf bis zehn Jahren erreicht sind, soll zuerst im Asylbereich und beim Familiennachzug angesetzt werden. Der Asylbereich macht



ohne Schutzstatus S nur etwa 7 Prozent der Zuwanderung aus. Mit den Ukrainerinnen und Ukrainern sind es rund 12 Prozent. Die Menschen, die durch Flucht in die Schweiz gekommen sind, machen gerade einmal 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Selbst wenn Sie diese Initiative also gemäss Absatz 1 sehr radikal umsetzen würden und die Schweiz keine Flüchtlinge mehr aufnehmen würde – das ginge weiter, als es die Initiative überhaupt verlangt –, würden Sie die Entwicklung hin zur 10-Millionen-Schweiz kaum abwenden. Die Initiative bietet keinen griffigen Hebel. Dafür sind die Zahlen im Asylbereich schlicht zu tief.

Der Familiennachzug ist heute ebenfalls schon stark geregelt und streng geregelt. Der Spielraum ist klein. Laut Initiative soll der Familiennachzug noch strenger geregelt werden – aber wie? Sollen wir wie zu Zeiten der Saisonniers wieder jedes Jahr Tausende von Familien auseinanderreißen?

Weiter verlangt die Initiative in diesem Artikel, dass wir bevölkerungswachstumstreibende Übereinkommen neu verhandeln. Welche Abkommen das sind, ist nicht klar. Das ist ein neu erfundener Begriff. In der Botschaft haben wir dargelegt, dass das wahrscheinlich die Menschenrechtskonvention wäre, die Flüchtlingskonvention oder die Kinderrechtskonvention. Aber auch die Istanbul-Konvention oder das Abkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels könnten dazugehören. "Neu verhandeln" lautet also dann der Auftrag an den Bundesrat. Glauben Sie tatsächlich, dass die fast 200 Länder, welche zum Beispiel die Kinderrechtskonvention unterschrieben haben, eine neue Konvention aushandeln würden, nur weil die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt ein Problem sieht? Oder glauben Sie, dass man uns plötzlich eine Ausnahme von der Menschenrechtskonvention gewähren würde? Sie wissen, das ist unrealistisch. So bringt auch diese Forderung nur Verunsicherung und isoliert die Schweiz, aber die Zuwanderung steuert sie nicht.

Schliesslich sollen wir auch noch Schutzklauseln neu verhandeln. Genau das haben wir soeben mit der EU gemacht, aus

AB 2025 N 1883 / BO 2025 N 1883

welcher die mit Abstand grösste Zuwanderung kommt, und genau diese neue Schutzklausel lehnt die Partei, welche diese Initiative lanciert hat, bei jeder Gelegenheit ab.

Sie sehen also: Was in Absatz 1 steht, schafft grosse Verunsicherung, steuert die Zuwanderung aber kaum. Wir würden weiter auf die 10 Millionen zusteuern.

Mit Absatz 2 der Übergangsbestimmungen in Artikel 197 Ziffer 15 kommt es noch dicker: Bei Überschreiten des Grenzwerts von 10 Millionen müssten wir alle sogenannten bevölkerungswachstumstreibenden Konventionen aufkünden, also die Menschenrechtskonvention, die Flüchtlingskonvention oder die Kinderrechtskonvention und vielleicht noch andere, und zwar ohne Wenn und Aber. Das gilt dann aber nicht mehr für uns, sondern erst für die nächsten Generationen, denn diese Schwelle, wir haben es mehrfach gehört, wird voraussichtlich nicht vor 2040 überschritten werden. Aber woher wissen wir, dass die nächste Generation das überhaupt will? Woher nehmen wir das Recht, unseren Kindern vorzuschreiben, dass sie in fünfzehn Jahren eine menschenrechtswidrige Politik einschlagen müssen?

Aber das ist noch nicht genug. In Absatz 2 des Initiativtextes steht dann eben unmissverständlich, dass wir das Freizügigkeitsabkommen mit der EU künden müssten. Das ist definitiv eine schlechte Idee, denn damit beenden wir den bilateralen Weg, und damit setzen wir unseren Wohlstand, unsere Sicherheit aufs Spiel. Das Ende der Personenfreizügigkeit würde den Zugang der Schweizer Unternehmen zu wichtigen Märkten erschweren, und es würde das Funktionieren unserer Gesellschaft beeinträchtigen. Unsere Unternehmen – ob in der Industrie, im Pflegebereich, auf dem Bau, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft oder in der Forschung – sind heute auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Ohne diese könnten viele Betriebe ihre offenen Stellen nicht besetzen, Dienstleistungen könnten nicht mehr im gleichen Umfang angeboten werden, Innovationen blieben aus, Projekte würden verzögert. Ich weiss, "Dienstleistungen" tönt so abstrakt, aber es ist eben ganz konkret: Ohne Ärztinnen und Ärzte aus der EU könnten Sie im Spital lange läuten, bis ein Arzt kommt. Wollen Sie das?

Ausserdem haben wir schon heute zu wenig Fachkräfte. Sie haben es gelesen, die Post verlagert 200 IT-Stellen nach Portugal, weil sie hier keine Leute findet. Die Menschen kommen, weil die Unternehmen sie brauchen; die Menschen kommen, weil wir sie brauchen. Wir haben einen Arbeitskräftemangel, der nicht verschwinden wird, solange die Schweizer Wirtschaft brummt – im Gegenteil.

Hinzu kommt, dass die Bevölkerung altert. Der demografische Wandel ist keine Zukunftsprognose, er ist Realität. Tendenziell verlassen mehr Personen den Arbeitsmarkt und gehen in Rente, als junge Personen in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Schweiz wird also nur schon deshalb auch zukünftig auf zusätzliche ausländische Arbeits- und Fachkräfte angewiesen sein. Nur so können wir den Bedarf decken und dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft weiter funktioniert.

Die Alterung ist bei Weitem nicht unsere einzige Herausforderung. Die Welt verändert sich rasant: globale Kri-



sen, technologische Umbrüche, grosse geopolitische Spannungen oder auch unvorhersehbare wirtschaftliche Entwicklungen – die Welt ist unberechenbar geworden. Mit einer starren Obergrenze von 10 Millionen Menschen geben wir jene Flexibilität aus der Hand, die wir heute dringender denn je brauchen. Wir müssen rasch reagieren und uns anpassen können. Starre Obergrenzen nehmen uns diese Handlungsfähigkeit weg. Starre Obergrenzen sind unschweizerisch.

Aber auch ohne diese Umbrüche ist klar: Schon nur das Ende der Personenfreizügigkeit wäre mit beträchtlichen zusätzlichen Kosten verbunden. Das Freizügigkeitsabkommen ist mit Abstand das wichtigste der sieben Abkommen der Bilateralen I. Wenn wir es kündigen, fallen wegen der Guillotineklausel die Bilateralen I als Ganzes weg. Dies wäre mit immensen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Das SECO hat untersuchen lassen, was passiert, wenn die Bilateralen I wegfallen. Das Ergebnis war: In zwanzig Jahren wäre das BIP fast 5 Prozent tiefer. Der Wohlstandsverlust in der Schweiz würde sich dann auf etwa 500 Milliarden Franken belaufen, auf 2500 Franken pro Kopf. Ja, wir würden also ganz konkret die Kaufkraft der Menschen hier gefährden.

Bei einem Ende des Freizügigkeitsabkommens wären auch die Bilateralen II akut gefährdet, insbesondere die Abkommen zu Schengen und Dublin. Diese Abkommen sind zwar formell nicht an das Freizügigkeitsabkommen gekoppelt, aber die EU hat bereits mehrfach klargemacht, dass sie Schengen und Dublin politisch mit dem Freizügigkeitsabkommen verknüpft. Die Konsequenz liegt auf der Hand. Wenn wir das Freizügigkeitsabkommen kündigen, riskieren wir auch die Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit und im Asylwesen. Heute profitiert die Schweiz stark von der engen Kooperation in den Bereichen Grenze, Justiz, Polizei, Migration und Visa. Asylsuchende können im Dublin-Raum nur einmal ein Asylgesuch stellen. Die Schweiz kann dreimal mehr Asylsuchende in andere Dublin-Länder überstellen, als sie selber zurücknehmen muss. Ohne Dublin-Überstellungen müsste das Schweizer Asylwesen ausgebaut werden und würde teurer. Zudem müssten wir mit einer beträchtlichen Anzahl von Zweitgesuchen rechnen. Wir würden also noch mehr Unterkünfte und noch mehr Personal im Asylwesen brauchen.

Wir wären auch vom Austausch sicherheitsrelevanter Daten abgeschnitten, etwa bei der Terrorismusbekämpfung oder beim Kampf gegen organisierte Kriminalität. Das Schengener Informationssystem ist die wohl wichtigste Datenbank für die Sicherheit und ermöglicht der Schweiz Zugang zu Millionen von Fahndungsdaten. Ohne das Schengener Informationssystem wären unsere Polizei- und Grenzbehörden erst einmal blind. Und selbst wenn wir ein eigenes System aufbauen würden, wären wir von einem grossen Teil der Sicherheitsinformationen abgeschnitten. Der Wegfall von Schengen und Dublin wäre gerade jetzt besonders verheerend, da sich die EU-Mitgliedstaaten endlich zusammengerauft haben. Nach jahrelangen Verhandlungen liegt mit dem EU-Migrations- und -Asylpakt eine umfassende Reform auf dem Tisch. Ich bin überzeugt, dass wir damit endlich einen Schritt weiterkommen. Und was bei alldem besonders irritierend ist, ist, dass die Volksinitiative all das in Kauf nimmt. Sie löst keine Probleme, sie schafft Probleme, und sie gefährdet Wohlstand und Sicherheit. Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz hat sehr viel mit guten und stabilen Beziehungen zur EU zu tun. Die EU ist unsere wichtigste Partnerin, im aktuellen Kontext mehr denn je. Die Annahme der Initiative würde die bewährten und für beide Seiten fruchtbaren bilateralen Beziehungen frontal angreifen. Ich kann selbstverständlich nicht für die EU sprechen. Es ist aber klar, dass ein Ja zur Initiative das ausgehandelte Vertragspaket Schweiz-EU im Kern gefährden würde. Gerade in einer Zeit, die von Spannungen, Krieg und Unsicherheit geprägt ist, brauchen wir Verlässlichkeit. Die Initiative untergräbt diese Verlässlichkeit und schafft viele neue Probleme und Unsicherheiten. Eine starre Bevölkerungsobergrenze in der Verfassung und die unflexiblen Vorgaben in den Übergangsbestimmungen würden die Schweiz ihrer Handlungsfähigkeit berauben, ausgerechnet in einer Zeit, in der wir Flexibilität und Zusammenarbeit mehr denn je brauchen.

Das Ende der Personenfreizügigkeit würde unser Verhältnis zur EU, zu unserer wichtigsten Partnerin, stark belasten. Die Initiative löst keine Probleme. Sie kann das 10-Millionen-Versprechen nicht halten. Sie gefährdet vielmehr unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, und sie nimmt kommenden Generationen wichtige Chancen. Schauen wir nach Grossbritannien: Dort hat man mit ähnlichen Versprechen die Personenfreizügigkeit aufgegeben, in der Hoffnung, so die Zuwanderung zu stoppen. Doch der Brexit hat die Versprechen nicht erfüllt; er führte nicht zu weniger Migration, im Gegenteil. Und den Wohlstand hat er auch nicht gefördert: Die Wirtschaft leidet, und den Menschen in Grossbritannien geht es seit dem Brexit schlechter.

Gleichwohl ist klar: Die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum bringen auch Herausforderungen. In gewissen Regionen spüren wir das, etwa beim Wohnungsangebot oder bei der Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesrat nimmt das ernst, und er handelt nicht erst, wenn die Bevölkerung 9,5

AB 2025 N 1884 / BO 2025 N 1884

Millionen beträgt, sondern bereits jetzt, nämlich mit ausgewogenen und gezielten Massnahmen. Im Januar hat



der Bundesrat ein Paket mit Begleitmassnahmen beschlossen. Diese Massnahmen zielen darauf ab, den Druck der Zuwanderung zu reduzieren, ohne dabei den bilateralen Weg mit der EU zu gefährden.

Ein Fokus liegt auf dem Arbeitsmarkt: Wir wollen, dass jene Menschen arbeiten, die schon in der Schweiz sind. Das spart Kosten und führt gleichzeitig dazu, dass Unternehmen hier statt im Ausland rekrutieren. Potenzial gibt es zum Beispiel bei älteren Stellensuchenden und bei Frauen, insbesondere bei Frauen, die mit dem Familiennachzug in die Schweiz gekommen sind. Wir wollen eine Meldepflicht einführen und diese Personen gezielt beim Ein- oder Wiedereinstieg unterstützen.

Der Bundesrat setzt auch beim Wohnungswesen an, zum Beispiel mit mehr Geld für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Bundesrat wird voraussichtlich noch in diesem Jahr eine Botschaft für einen entsprechenden Verpflichtungskredit verabschieden, und ich freue mich, wenn Sie diesen dann auch entsprechend unterstützen. Mit verschiedenen Anpassungen der Lex Koller will der Bundesrat zudem die Bedingungen verschärfen, unter denen Personen im Ausland Immobilien in der Schweiz kaufen und behalten können, und auch dadurch den Druck auf die Wohnungspreise senken.

Handlungsbedarf gibt es aber auch im Asylbereich; hierzu haben wir auch von Ihnen schon viele Vorstösse überwiesen bekommen. Wir arbeiten mit Kantonen, mit Städten und Gemeinden an einer Asylstrategie. Wir wollen die Asylgesuche reduzieren, die Asylverfahren beschleunigen. Parallel dazu wird das SEM regelmässiger und intensiver prüfen, ob vorläufige Aufnahmen aufgehoben werden können.

Vor allem hat der Bundesrat, und das ist entscheidend, mit der EU ein Paket von Abkommen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen verhandelt, und darin ist auch eine konkretisierte Schutzklausel enthalten. Sie ist die Antwort auf Ihre Initiative. Mit ihr können wir, wenn sich echte Probleme zeigen, die Zuwanderung aus dem EU-Raum beschränken, ohne dass wir den gesamten bilateralen Weg infrage stellen. Die Vernehmlassung zum EU-Paket läuft noch bis Ende Oktober. Politisch betrachtet, ist dieses neue europapolitische Paket das Gegenprojekt zur Nachhaltigkeits-Initiative. Die Initiative will den bilateralen Weg an die Wand fahren; der Bundesrat will ihn, im Interesse der Schweizer Bevölkerung, stabilisieren und weiterentwickeln.

Wollen wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit aufs Spiel setzen und freiwillig darauf verzichten, dass wir auf künftige Herausforderungen reagieren können? Oder wollen wir Probleme mit gezielten Massnahmen dort lösen, wo sie entstehen? Der Bundesrat hat sich für den zweiten Weg entschieden, er hat Begleitmassnahmen aufgelegt, er hat mit der EU ein Vertragspaket inklusive Schutzklausel ausgehandelt. Damit können wir die Zuwanderung steuern, ohne dass wir den bilateralen Weg zerstören.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen darum, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sie der Stimmbevölkerung und den Ständen ohne Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Le Conseil fédéral vous propose donc de recommander le rejet de cette initiative et de la soumettre au vote du peuple et des cantons sans contre-projet.

Il Consiglio federale vi chiede dunque di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere questa iniziativa e di sottoporla al voto popolare senza controprogetto.

Per questi motivi As recumonda il Cussegl federal da refusar l'iniziativa e da la suttametter senza cuntraproposta a la votaziun dal pievel e dals chantuns.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf ein Votum.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Detaillberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Über Artikel 2 stimmen wir ab, nachdem wir über den Gegenentwurf befunden haben.

2. Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeits-Initiative]")

2. Arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! [initiative pour la durabilité]")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Titel

2. Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 3. April 2024 eingereichten Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2025, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 73a Titel

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Ziff. I Art. 73a Abs. 1

Der Bund trägt zur langfristigen Sicherstellung einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz bei.

Ziff. I Art. 73a Abs. 2

Er berücksichtigt dabei insbesondere:

- a. die Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- b. die Auswirkungen auf Infrastruktur, Sozialwerke und Wohnraum;
- c. die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts.

Ziff. I Art. 73a Abs. 3

Um die Zielgrösse einer ständigen Wohnbevölkerung von 10 Millionen einzuhalten, sorgt der Bundesrat bei Überschreitung von 9,5 Millionen für geeignete Massnahmen. Bei der Ermittlung dieses Schwellenwerts bleibt die Zuwanderung aufgrund humanitärer Verpflichtungen unberücksichtigt. Der Bund trifft insbesondere folgende Massnahmen:

- a. Ausrichtung der Zuwanderung auf den Bedarf an Arbeitskräften;
- b. Förderung der Integration von Zugewanderten am Arbeitsplatz, bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotentials;
- c. Raumplanerische und infrastrukturelle Massnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs unter Berücksichtigung der regionalen Disparitäten.

Ziff. I Art. 73a Abs. 4

Sollte sich weisen, dass die Zielgrösse nicht eingehalten werden kann, ohne die Zuwanderung aus dem europäischen

AB 2025 N 1885 / BO 2025 N 1885

Freizügigkeitsraum zu beeinflussen, nimmt der Bundesrat mit der Europäischen Union Verhandlungen auf mit dem Ziel, eine verbindliche Bestimmung im Rahmen des Abkommens über die Freizügigkeit zu vereinbaren,



welche dessen bestehende Schutzmechanismen ergänzt und eine nachhaltige Steuerung der Zuwanderung ermöglicht.

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Titre

2. Arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" déposée le 3 avril 2024, vu le message du Conseil fédéral du 21 mars 2025, arrête :

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit :

Ch. I art. 73a titre

Développement durable de la population

Ch. I art. 73a al. 1

La Confédération contribue à assurer, à long terme, un développement durable de la population en Suisse.

Ch. I art. 73a al. 2

Elle prend en compte, notamment :

- a. les atteintes aux ressources naturelles ;
- b. les effets sur l'infrastructure, le système de sécurité sociale et le marché du logement ;
- c. les besoins du marché du travail.

Ch. I art. 73a al. 3

Pour respecter la valeur cible d'une population résidente permanente de 10 millions, le Conseil fédéral prend des mesures adéquates lorsque la barre des 9,5 millions est dépassée. L'immigration résultant d'engagements humanitaires n'est pas prise en compte dans le calcul de cette valeur seuil. La Confédération prend en particulier les mesures suivantes :

- a. orientation de l'immigration sur le besoin de main-d'oeuvre ;
- b. encouragement de l'intégration des personnes immigrées sur le lieu de travail, meilleure exploitation du potentiel de la main-d'oeuvre indigène ;
- c. mesures d'aménagement du territoire et d'infrastructures pour limiter l'utilisation des ressources en tenant compte des disparités régionales.

Ch. I art. 73a al. 4

S'il apparaît que la valeur cible ne peut pas être respectée sans influencer l'immigration de l'espace de libre circulation européen, le Conseil fédéral entame des négociations avec l'Union européenne afin de convenir d'une disposition contraignante qui complète les mécanismes de protection existants de l'accord sur la libre circulation des personnes et permet une gestion durable de l'immigration.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/31273)

Für den Antrag der Mehrheit ... 161 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 30 Stimmen

(0 Enthaltungen)



Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Da der Rat nicht auf den Gegenentwurf eingetreten ist, kommen wir nun auf Artikel 2 der Volksinitiative zurück.

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Schmid Pascal, Addor, Fischer Benjamin, Glarner, Hess Erich, Knutti, Riner, Rutz Gregor, Steinemann)
... die Initiative anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss über eine nachhaltige Migrationspolitik" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Schmid Pascal, Addor, Fischer Benjamin, Glarner, Hess Erich, Knutti, Riner, Rutz Gregor, Steinemann)
... d'accepter l'initiative.

Proposition de la minorité II

(Pfister Gerhard, Fonio, Meier Andreas, Roduit)

A1. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant une politique migratoire durable) selon la procédure prévue à l'art. 139b de la Constitution.

A1. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Pfister Gerhard) ist durch das Nichteintreten auf den Gegenentwurf hinfällig geworden.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/31274)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 64 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Da Eintreten obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft geht an den Ständerat.



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative****Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire***Zweitrat – Deuxième Conseil*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Wir führen die allgemeine Aussprache über die Volksinitiative in Vorlage 1 und die Debatte über das Eintreten auf den direkten Gegenentwurf in Vorlage 3.

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)", so lautet der Titel der Volksinitiative, die ja schon zu eifrigen Diskussionen Anlass gegeben hat. Ziel der Initiative ist es, die Wohnbevölkerung in unserem Land bis zum Jahr 2050 auf 10 Millionen Personen zu beschränken. Nach 2050 würde das entsprechend der Entwicklung dann angepasst. Es geht also darum, dass man gewissermassen einen Deckel für die Wohnbevölkerung festlegt und dann festlegt, dass diese Grenze eigentlich nicht überschritten werden darf, respektive es werden, wenn sie überschritten wird, verschiedene Massnahmen zwingend zur Anwendung kommen. Diese Massnahmen bilden eine Art Automatismus. Beispielsweise ist die automatische Kündigung des Freizügigkeitsabkommens vorgesehen. Ich glaube, man kann sagen – bei aller Zurückhaltung, die man als Kommissionsberichtersteller haben muss –, dass es relativ drastische, sehr einschneidende Massnahmen sind. Entsprechend überrascht es auch nicht, dass der Nationalrat die Initiative mit 121 zu 64 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen hat, und das ohne Gegenvorschlag. Ihre Staatspolitische Kommission hat die Initiative beraten. Sie beantragt Ihnen ebenfalls, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, dies aus folgenden Überlegungen: Es ist in der Kommission unbestritten geblieben, dass das Bevölkerungswachstum eine Herausforderung darstellt, dass es auf dem Sorgenbarometer unserer Bevölkerung einen relativ hohen Stellenwert einnimmt und dass wir uns deshalb dieser Diskussion nicht verweigern dürfen und uns auch damit auseinandersetzen müssen. Das Problem der Initiative ist, ich habe es schon angetönt: Sie geht in Bezug auf die Massnahmen sehr weit. Es sind sehr einschneidende Massnahmen. Es sind zum Teil Massnahmen, die mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen unseres Landes schwer oder nicht zu vereinbaren sind. So muss das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union zwingend aufgekündigt werden, wenn diese 10-Millionen-Grenze innerhalb der entsprechenden Frist überschritten wird.

Das Fragwürdige an dieser Konstruktion ist, dass zukünftige Generationen durch diese Initiative gewissermassen gebunden sind. Natürlich kann man auch eine Verfassungsbestimmung in Zukunft wieder ändern, aber grundsätzlich machen wir ja Verfassungsbestimmungen, um sie dann einzuhalten, und nicht, um sie nicht einzuhalten. Sie sehen: Das geht sehr weit, also mindestens bis 2050, das sind über 20 Jahre. Das betrifft also eine Generation, die dann im Jahre 2050 oder irgendwann um dieses Jahr herum von uns gezwungen würde, Massnahmen einzuführen, die natürlich in 10 oder 15 Jahren völlig aus der Zeit gefallen sein können. Das wissen wir ja nicht. Wir wissen ja nicht, was dann ist. Wir nehmen also uns und unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern gewissermassen den Handlungsspielraum weg und geben ihnen gezwungenermassen eine Vorgehensweise vor, wie sie dann bei einer bestimmten Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern in der Schweiz





reagieren müssen.

Das zweite Problem und der zweite Grund, warum sich die Kommission nicht für die Initiative erwärmen konnte, ist, dass die Initiative sich nicht mit der Ursache der Situation auseinandersetzt. Es ist, wie ich gesagt habe, zweifellos eine Herausforderung für unser Land, dass die Bevölkerung wächst – insbesondere die ausländische Bevölkerung, denn die inländische nimmt aufgrund der tiefen Reproduktionsrate eher ab. Das ist eine Herausforderung in verschiedener Hinsicht: rein organisatorisch, baulich, aber auch mit Bezug auf Arbeitsplätze. Dann gibt es Migrations-Hotspots, die Schwierigkeiten bereiten. Es stellen sich kulturelle Fragen. Das ist alles richtig. Aber wenn Sie einfach den Deckel drauflegen, dann ist das wie bei einem Dampfkochtopf: Sie können schon unter dem Topf Feuer machen und den Deckel einfach schliessen, das können Sie schon machen, aber irgendwann explodiert das Ganze, denn den Druck haben Sie ja immer noch.

Wie würde man beispielsweise mit der Situation umgehen, wenn sich ein ähnliches Drama ereignen würde wie in der Ukraine vor drei Jahren? Würde man einfach sagen: "Das ist jetzt dumm, denn wir haben die Grenze von 10 Millionen erreicht, Ukraine hin oder her, das kümmert uns nicht"?

Die Frage ist auch die, woher die Migration kommt. Einerseits haben Sie den ganzen Asyl- und Flüchtlingsbereich. Dabei handelt es sich ja nicht um Leute, die freiwillig hierherkommen, sondern sie fliehen unter Umständen aus dramatischen Situationen. Andererseits haben Sie die ganze Migration. Die Leute, insbesondere diejenigen aus der Europäischen Union, kommen ja auch nicht einfach deshalb zu uns, weil sie gerade Lust haben, sondern vor allem, weil unsere Wirtschaft Fachkräfte und Arbeitskräfte braucht. Da müssen wir also darüber diskutieren, ob wir Wohlstand wollen oder nicht. Es ist eine einfache Rechnung: Wenn wir auf der einen Seite Wohlstand haben und eine Wirtschaft, die glücklicherweise Arbeitsplätze produziert, wir aber auf der anderen Seite eine Reproduktionsrate von, so glaube ich, 1,3 haben, dann ist es logisch, dass man der Wirtschaft die Arbeitsplätze nur zur Verfügung stellen kann, wenn die entsprechenden Fachkräfte aus dem Ausland kommen.

Im Übrigen – einfach, um es richtig einzuordnen -: Wir oder eher viele von uns betrachten die Zuwanderung von Fachkräften aus der Europäischen Union als "Problem". In Deutschland ist das Thema ein anderes, da fragt man sich: Warum bilden wir in Deutschland Ärzte und Fachkräfte aus, wenn die dann in der Schweiz arbeiten gehen? Das Problem erweist sich auf der anderen Seite als mindestens gleich gross.

Dies sind die Überlegungen, die die Kommission dazu bewogen haben, die Initiative, das kann man sagen, relativ klar

AB 2025 S 1342 / BO 2025 E 1342

abzulehnen. Eine Zustimmung zur Initiative war im Wesentlichen kein Thema. Die Minderheit wird sich natürlich noch dazu äussern, was für die Initiative spricht, aber ich glaube, die Mehrheitsverhältnisse sind klar, zumindest in der Kommission. Die Frage in der Kommission lautete weniger "Initiative – ja oder nein?", sondern vielmehr "Nein, aber wie: Nein mit Gegenvorschlag, Nein ohne Gegenvorschlag?".

Sie sehen, es gibt drei Minderheiten mit drei verschiedenen Gegenvorschlägen. Dem entnehmen Sie zunächst einmal, dass die Kommission sich dazu entschieden hat, die Initiative, wie man so schön sagt, nackt zur Abstimmung zu bringen, also ohne Gegenvorschlag. Die Gegenvorschläge werden dann natürlich von den drei Minderheitsführerinnen und -führern noch vorgestellt. Deshalb nur ganz kurz: Es gibt die beiden Gegenvorschläge gemäss den Anträgen der Minderheit I (Gössi) und der Minderheit II (Fässler Daniel). Diese orientieren sich grundsätzlich an der Initiative. Sie haben den gleichen Meccano wie die Initiative, suchen aber eine Umsetzung ohne Verletzung des Völkerrechts. Vielleicht hier noch zu den Unterschieden: Frau Gössi orientiert sich primär am Wachstum und sieht Massnahmen gemäss der Initiative vor, dies aber eben, wie erwähnt, ohne Verletzung des Völkerrechts bzw. unter Einhaltung desselben, insbesondere des Freizügigkeitsabkommens. Die Stossrichtung von Herrn Fässler ist identisch mit derjenigen der Initiative. Er hält ebenfalls das Völkerrecht ein respektive sieht vor, dass die Bevölkerung sich zu gegebenem Zeitpunkt, also wenn wir an diese Grenze kommen, zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens äussern muss. Die Minderheit II versucht, den Handlungsspielraum der Stimmbevölkerung aufrechtzuerhalten, damit uns nicht quasi die Hände gebunden sind.

Beide Anträge auf einen Gegenvorschlag sind in der Kommission gescheitert, jener der jetzigen Minderheit I mit 4 zu 9 Stimmen und jener der jetzigen Minderheit II mit 5 zu 8 Stimmen. Der Grund liegt im Wesentlichen darin, dass sie die gleiche Stossrichtung, die gleiche Philosophie wie die Initiative haben. Sie scheitern beide am gleichen Problem, auch wenn sie milder sind und die Personenfreizügigkeit nicht beeinträchtigen möchten. Aber von der Grundstossrichtung und von der Grundkritik her ändern sie nichts gegenüber der Initiative.

Die Minderheit III (Z'graggen) sieht ein ganz anderes Konzept vor. Sie sieht eine Zuwanderungsabgabe vor; die Zuwanderung wird gewissermassen besteuert. Das mag die Finanzministerin freuen, geht aber am Grund-



gedanken der Initiative vorbei und wird von der Mehrheit der Kommission, nämlich mit 8 zu 5 Stimmen, aus der Überlegung heraus abgelehnt, dass das ebenfalls kein taugliches Konzept ist, um es der Initiative entgegenzustellen.

Nun, warum will die Kommission grundsätzlich keinen Gegenvorschlag machen? Man hätte auch einen anderen Gegenvorschlag wählen können. Das Problem am Gegenvorschlag ist wie erwähnt, dass man mit einem Gegenvorschlag zeigt, dass man grundsätzlich in die Richtung der Initiative gehen, aber andere Nuancen setzen oder gewisse Korrekturen vornehmen möchte. Wie ich Ihnen gesagt habe: Das Konzept der Initiative, einen Deckel auf die Bevölkerungszahl zu legen und zu sagen, es müssen Massnahmen ergriffen werden, wenn man an diese Grenze kommt, ist nicht das Konzept, das die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission verfolgen möchte, weil es nicht ursachenorientiert ist. Das Thema aufnehmen, ja, aber eben lösungsorientiert in dem Sinne, dass wir uns mit den grundsätzlichen Fragen, die mit der Migration, mit der Zuwanderung zu tun haben, beschäftigen. Das ist der Grund, warum wir einen Gegenvorschlag grundsätzlich ablehnen.

Es gibt Überlegungen taktischer Natur. Ist es einfacher, eine Initiative mit oder ohne Gegenvorschlag zu bekämpfen? Aber wir haben in der SPK klar gesagt, dass wir uns nicht auf taktische Spielchen einlassen wollen. Es ist legitim, eine Volksinitiative zur Abstimmung zu bringen. Die Bevölkerung entscheidet, nicht wir. Wir müssen hier mit offenen Karten spielen und mit offenem Visier kämpfen. Wir sind der Meinung, dass das Konzept der Initiative falsch ist, deshalb bekämpfen wir die Initiative mit den Argumenten, die wir haben. Wir haben gute Argumente, und die Stimmbevölkerung muss dann entscheiden.

Gössi Petra (RL, SZ): Wieso spreche ich mich für einen Gegenvorschlag aus und führe die Minderheit I an? Zuerst einmal möchte ich eines klarstellen: Auch ich bin gegen die Initiative, aber ich bin wirklich der Überzeugung, dass die Initianten mit der Zuwanderung einen Nerv in der Bevölkerung getroffen haben. Das haben in den letzten zehn Tagen auch verschiedene Umfragen gezeigt, die veröffentlicht wurden.

Nehmen wir da zum Beispiel das UBS-Sorgenbarometer – früher hiess es CS-Sorgenbarometer. Bei dieser Umfrage rangieren die Personenfreizügigkeit und der Asylbereich auf den Rängen 4 und 5 der gewichtigsten Sorgen, direkt hinter den Krankenkassenprämien, dem Umweltschutz und der AHV. Auf ein noch deutlicheres Ergebnis kam eine Umfrage von Leewas, die im Auftrag von "20 Minuten" und Tamedia erstellt wurde. Bei dieser Umfrage landeten die Krankenkassenprämien als drängendstes Problem auf Platz 1, bereits auf Platz 2 kamen mit 48 Prozent die Zuwanderung und die Migration. Gemäss dieser Umfrage unterstützt eine relative Mehrheit die Initiative. 6 von 10 Personen haben Sicherheitsbedenken wegen der Migration geäussert, und eine knappe Mehrheit befürchtet, dass Migration die Mieten verteuern werde und das Sozialsystem belasten könnte. Das sind die Sorgen in der Bevölkerung, die virulent sind und die eben auch mit dieser Initiative adressiert werden. Vor allem bei der Umfrage von Leewas zeigte sich aber immerhin auch, dass die Minderung des Fachkräftemangels als Vorteil der Zuwanderung angesehen wird. Das zeigt eben auch auf, dass die Initiative zu radikal ist und auch das Positive der Zuwanderung unterwandern würde.

Noch ein weiterer Punkt kommt hinzu, Sie konnten das heute beispielsweise auch im "Tages-Anzeiger" lesen: Die Zustimmung bei Zuwanderungsinitiativen nimmt im Laufe der Zeit zu, sie lässt nicht nach, wie das bei Abstimmungskämpfen zu Initiativen normalerweise der Fall ist.

Die Lösung der Initiative, die bei Überschreitung der Schwelle von 10 Millionen bei der ständigen Wohnbevölkerung unweigerlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit, des UNO-Migrationspaktes und auch weiterer Verträge führen wird, ist aber zu radikal, weil sie eben auch alle positiven Aspekte der Zuwanderung untergraben würde. Der Kommissionssprecher hat Ihnen die Risiken der Initiative bereits deutlich aufgezeigt, aber die Politik hat es insgesamt bisher leider nicht fertiggebracht, griffige Massnahmen zu ergreifen, welche die Zuwanderung in Bahnen lenken würde, sodass sie von einer relativen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr als Bedrohung und als Anlass zu Besorgnis wahrgenommen würde. Zumindest gibt es meines Erachtens keine Massnahmen, welche von der Bevölkerung als solche wahrgenommen würden, weil sonst nämlich die Zuwanderung aufgrund der Personenfreizügigkeit, aus Drittstaaten oder auch über das Asylwesen nicht so weit oben im Sorgenbarometer aufschwingen würde. Das weist eben leider darauf hin, dass wir in der Politik mit unseren bisherigen Massnahmen versagt haben.

Es ist so, darauf hat auch der Kommissionssprecher hingewiesen, dass direkte Gegenvorschläge aufgrund des Abstimmungsmechanismus schwierig sind; Sie wissen das. Auf dem Abstimmungszettel gibt es dann die Fragen: Unterstützen Sie die Initiative? Unterstützen Sie den Gegenvorschlag? Und dann kommt noch der Stichentscheid, falls beide Vorlagen obsiegen würden: Sind Sie für die Initiative, oder sind Sie für den Gegenvorschlag? Deshalb bin ich auch kein grosser Fan von direkten Gegenvorschlägen. In diesem Stadium der Debatte sehe ich aber leider keinen anderen Weg, um der Bevölkerung zu zeigen, dass ihre Sorgen auch in der Politik gehört werden. Wer gegen die Initiative ist, steht meines Erachtens jetzt in der Pflicht, nach



Lösungen zu suchen, die eben auch als solche wahrgenommen werden, damit wir den Arbeitsmarkt nicht abschotten und damit wir die Schweizer Grenze nicht wegen der Kündigung von Schengen/Dublin zu einer EU-Aussengrenze werden lassen.

Damit ist aber auch klar, wieso ich mich gegen die Initiative ausspreche. Ich befürchte, dass die Kündigung der Personenfreizügigkeit auf Kosten unseres Wohlstands ginge. Die

AB 2025 S 1343 / BO 2025 E 1343

Sozialwerke würden geschwächt werden, unser Asylsystem würde überlastet werden, was wahrscheinlich dann noch viel höhere Kosten zur Folge hätte, als dies heute schon der Fall ist. Im Hinblick auf die Folgen einer Kündigung der Personenfreizügigkeit lohnt sich übrigens auch ein Blick nach Grossbritannien, weil der Brexit dort massgeblich durch eine Zuwanderungskrise getrieben war. Quantitativ lag die Nettozuwanderung in den 2010er-Jahren bei 200 000 bis 300 000 Personen pro Jahr. Nach dem Brexit und der Einführung eines punktebasierten Systems stieg die Zuwanderung bis 2023 auf Rekordwerte von bis zu rund 900 000 Personen pro Jahr. Danach hat die Regierung Massnahmen ergriffen, um die Zuwanderung zu beschränken, aber sie liegt immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit hat also nicht dazu geführt, dass weniger Menschen gekommen wären – im Gegenteil.

Was aber zeigen nun die Zahlen für die Schweiz? Die Zuwanderung über die Personenfreizügigkeit und aus Drittstaaten ist seit 2020 stark angestiegen, nachdem sie von 2017 bis 2019 auf einem wirklich relativ tiefen Niveau verharrte. Der starke Anstieg der letzten Jahre führte meines Erachtens dazu, dass sich in der Bevölkerung, so wie ich es wahrnehme und wie ich es in meinen Kreisen sehe, etwas massiv verändert hat. Die Infrastruktur scheint überlastet, die Wohnungspreise und die Mieten steigen und steigen, die Stautunden erreichen jedes Jahr neue Höchstwerte. Diese allgemeine Stimmung, mag sie jetzt objektiv begründet sein oder nicht, wird es erschweren, die Initiative zu bekämpfen. Hinzu kommt dann übrigens auch noch, dass bei einer Annahme der Initiative vorerst gar nichts passieren wird, bis die Schwellen überschritten werden. Und da nützt es dann auch nichts, wenn argumentativ ins Feld geführt wird, dass diese Schwellen wegen einer schwächelnden Wirtschaft und der demografischen Entwicklung gar nicht erst erreicht werden, weil das dann nämlich nur dazu legitimieren würde, die Initiative eben auch aus diesem Bauchgefühl heraus anzunehmen.

Nun komme ich aber noch zu meiner Minderheit I. Was beinhaltet denn dieser Antrag? Die Minderheit I beantragt keine fixen Zahlen als Schwellen; für sie wäre entscheidend, dass die ständige Wohnbevölkerung drei Jahre hintereinander um 0,8 Prozent wächst. In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet dies: Bei 9 Millionen Menschen wäre dieses Wachstum bei einer Zuwanderung von rund 72 000 Personen jährlich erreicht. Ein Wachstum um 0,8 Prozent müsste einfach drei Jahre hintereinander erreicht werden. Mit dieser Schwelle müsste der Bundesrat sogar früher handeln, als es in der Initiative vorgesehen ist. Nur ein Beispiel: In den letzten drei Jahren wurde diese Schwelle überschritten, und in den Jahren 2007 bis 2016 wurde diese Schwelle in jedem einzelnen Jahr überschritten.

Die Minderheit I definiert den Begriff der ständigen Wohnbevölkerung nach der Initiative. Das würde dann heissen: Wenn diese Schwelle von 0,8 Prozent Wachstum dreimal hintereinander überschritten wäre, dann müssten der Bundesrat und die Bundesversammlung zu Massnahmen greifen, z. B. im Asylbereich und beim Familiennachzug. Vorläufig Aufgenommene würden dann beispielsweise ab diesem Zeitpunkt kein Bleiberecht mehr erhalten, und im Bereich der Personenfreizügigkeit müsste der Bundesrat die Schutzklausel aktivieren. Damit wäre ein wesentlich strengerer Hebel vorgesehen, als wir ihn heute kennen. Heute werden schwerwiegende wirtschaftliche oder soziale Probleme vorausgesetzt, damit die Schutzklausel angerufen werden kann. Diese Regelung ist aber zu wenig griffig. Es stellt sich nämlich die Frage, wann diese schwerwiegenden Probleme denn tatsächlich vorliegen. Deshalb beantrage ich die Verknüpfung mit einem Bevölkerungswachstum von 0,8 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung während drei Jahren hintereinander, weil das dann einfach klar definiert ist.

Lassen Sie mich abschliessend noch auf folgenden Punkt eingehen: Ein Vorwurf, den ich immer wieder gehört habe, ist, dass die Massnahmen in diesem Gegenvorschlag zu wenig konkret seien. Sind Sie tatsächlich dieser Auffassung, dann müssten Sie eigentlich heute dem Gegenvorschlag zustimmen, weil wir nur dann eine Differenz zum Erstrat schaffen würden und der Nationalrat diesen Gegenvorschlag weiterentwickeln könnte. Möglichkeiten gibt es viele. Man könnte einen Verfassungsartikel einfügen, der Massnahmen im Mietwesen verlangt. In der Kommission haben wir einen Inländervorrang diskutiert. Einen solchen Inländervorrang könnte man auch bei Artikel 110 der Bundesverfassung vorsehen, der die Arbeit auf Verfassungsebene regelt. Da müssten wir aber zuerst eine Differenz zum Erstrat schaffen. Deshalb bitte ich Sie, einem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Ich werde sämtliche Gegenvorschläge unterstützen, weil ich überzeugt bin, dass wir in der Abstimmung unsere



Lösungsbereitschaft zeigen müssen. Das heisst, ich werde bei einer allfälligen Ausmehrung zuerst für meine Minderheit I stimmen, danach aber auch jeden anderen obsiegenden Gegenvorschlag unterstützen, wie ich das bereits in der Kommission zum Ausdruck gebracht habe. Für die Begründung der Gegenvorschläge der Minderheiten II (Fässler Daniel) und III (Z'graggen) gebe ich nun gerne das Wort weiter.

Fässler Daniel (M-E, AI): Für die Beratung der Initiative und die Frage des Eintretens auf einen möglichen direkten Gegenentwurf sollten wir uns zuerst zwei Fragen stellen. Erstens: Ist es angezeigt, die Initiative Volk und Ständen nicht blank, sondern mit einem direkten Gegenentwurf zur Abstimmung vorzulegen? Zweitens: Gibt es einen direkten Gegenentwurf, der das Anliegen der Initiative aufnimmt, aber einen einfachen und klaren Unterschied zur Initiative herstellt, sodass die Stimmbevölkerung bei der Stichfrage einen einfachen Entscheid fällen kann? Dass das angezeigt sein kann, hat das Parlament schon verschiedentlich bewiesen. Ich erinnere Sie daran, dass wir nächsten März über die Bargeld-Initiative an der Urne abstimmen werden. Dort gibt es einen direkten Gegenentwurf. Wir haben die Neutralitäts-Initiative beraten, auch dort gibt es einen direkten Gegenentwurf, der den Wortlaut der Initiative in weiten Teilen übernimmt.

All jene, welche die Initiative ohne direkten Gegenentwurf an die Urne bringen wollen, pokern meines Erachtens hoch und riskieren, mit ihren Prognosen falschzuliegen. Volksinitiativen, welche die Zuwanderung betreffen, erhalten generell eine hohe Zustimmung. Diese nimmt, wie Kollegin Gössi bereits ausgeführt hat, anders als bei anderen Initiativen, bis zum Abstimmungssonntag in der Regel nicht ab, sondern erfahrungsgemäss zu. Dies hat rationale Gründe, hat aber auch stark mit persönlichen Einschätzungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu tun. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger stellen sich zunehmend die Frage, welche Vorteile ihnen die starke Zuwanderung und das damit verbundene Bevölkerungswachstum bringen bzw. welche Probleme sie persönlich damit verbinden.

Ich gehe auf einige Themen ein. Das Bevölkerungswachstum lässt auch das Bruttoinlandprodukt der Schweiz wachsen, denn mehr Einwohner fragen mehr Güter nach. Doch das schweizerische Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniert aktuell nicht nur, sondern ist 2023 und 2024 sogar gesunken. Das heisst, es gibt zwar Profiteure, doch der Wohlstand des durchschnittlichen Einzelnen nimmt ab. Berücksichtigt man, dass das BIP-Wachstum auch vom Erfolg von umsatzstarken Branchen mit verhältnismässig wenig Arbeitsplätzen beeinflusst wird, wie zum Beispiel dem Rohstoffhandel, aber auch der Pharmabranche, dann zeigt sich noch stärker, dass der Wohlstand einer grossen Mehrheit der Bevölkerung trotz Zuwanderung nicht mehr zunimmt. Das heisst, die Schweiz wächst höchstens noch in die Breite.

Grosse Teile der Bevölkerung haben zu Recht das Gefühl, von der Globalisierung und der Zuwanderung nicht zu profitieren. Die Wirtschaft boomt zwar auf der einen Seite und beklagt sich ständig über einen Fachkräftemangel, den es mit der Zuwanderung zu decken gelte, auf der anderen Seite gibt es aber viele Menschen, die keinen Job mehr finden. Dies sind längst nicht mehr nur Arbeitsuchende im Alter von 50 Jahren und mehr, sondern auch junge. Wenn gut ausgebildete Schweizer Studienabgänger keine Arbeit finden, weil die Unternehmen Arbeitsplätze entweder ins Ausland verlegen oder mit ausländischen, günstigeren Arbeitnehmenden besetzen, dann muss dies uns allen zu denken geben.

Der am 26. Februar dieses Jahres vom Bundesrat in Erfüllung der Postulate Müller Damian 22.4289 und 22.4290

AB 2025 S 1344 / BO 2025 E 1344

publizierte Bericht mit dem Titel "Mietpreisentwicklung und Wohnungsmangel in der Schweiz" zählt einige relevante Daten auf und führt zu einer unmissverständlichen Schlussfolgerung. Von 2000 bis 2023 hat die ständige Wohnbevölkerung von 7,2 Millionen auf 8,9 Millionen Personen, das heisst um fast ein Viertel, zugenommen. Dies hat in dieser Zeit zu einem noch grösseren Wachstum bei der Anzahl Haushalte geführt. Während zwischen 2013 und 2023 das durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstum bei 1 Prozent lag, nahm die Anzahl der Haushalte pro Jahr um durchschnittlich 1,3 Prozent zu. In absoluten Zahlen erhöhte sich die Zahl der Haushalte in dieser Zeit um rund 48 000 pro Jahr. Das heisst nichts anderes, als dass die allgemein beklagte Wohnungsknappheit trotz ständig grosser Bautätigkeit in erster Linie auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Eine Grafik im erwähnten Bericht des Bundesrates illustriert es sehr deutlich: Vor allem seit 2022 werden neue Haushalte netto fast ausschliesslich noch aufgrund der Zuwanderung gegründet. Eine zusätzliche Nachfrage nach Wohnraum aufgrund eines Geburtenüberschusses oder einer Reduktion der Anzahl Personen pro Haushalt existiert praktisch nicht mehr oder ist vernachlässigbar. Wer die Wohnungsknappheit bekämpfen will, hat daher auch die Zuwanderung infrage zu stellen.

Dass die Bevölkerung in der Schweiz innert 25 Jahren um 25 Prozent gewachsen ist, spüren die Menschen nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern unter anderem auch auf Strasse und Schiene. Der motorisierte



Individualverkehr und der Güterverkehr nehmen ständig zu. In Zügen, Bussen und Bahnhöfen kommt es zu gewissen Tageszeiten zu einem eigentlichen Dichtestress. Was machen wir im Parlament? Wir reagieren mit milliardenschweren Investitionen und bekommen das Problem trotzdem nicht richtig in den Griff.

Wird über das Bevölkerungswachstum gesprochen, wird der positive Effekt der Zuwanderung meistens mit der Finanzierung der Altersvorsorge und einem Mangel an Fachkräften, z. B. im Pflegebereich, begründet. Dies ist auf den ersten Blick richtig. Nur: Auch die zugewanderten Personen werden älter, auch sie verlangen eine angemessene Altersrente, und auch sie benötigen irgendwann Pflege. Diese Bedürfnisse werden wiederum nur mit einer weiteren Zuwanderung gedeckt werden können. Wer die Zuwanderung mit solchen Argumenten begrüsst und begründet, verschweigt, dass wir uns in einer ständigen Spirale befinden.

Ich bin persönlich überzeugt, Sie haben das herausgehört, dass die Initiative aus solchen Überlegungen, aber auch aus vielen weiteren Gründen gute Chancen hat, von Volk und Ständen angenommen zu werden. Wir tun daher gut daran, der Initiative einen direkten Gegenentwurf entgegenzustellen, der das Anliegen der Initiative möglichst weitgehend übernimmt, aber den problematischsten Punkt entfernt.

Damit komme ich zur Begründung der Minderheit II und dabei zum zentralen Element dieses Antrages. Die Initiative verlangt in den Übergangsbestimmungen, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen ist, wenn die Grenze von 10 Millionen Einwohnern drei Jahre hintereinander überschritten wird und keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden können, mit denen die Bevölkerung wieder auf einen Wert von unter 10 Millionen Einwohnern reduziert wird. Wegen dieser Übergangsbestimmung wird die Initiative nicht zu Unrecht auch als Kündigungs-Initiative bezeichnet. Wird die Initiative angenommen, werden sich Bundesrat und Parlament ernsthaft die Frage stellen müssen, ob die mit der EU ausgehandelten Verträge noch Sinn machen.

Hier setzt die durch mich vertretene Minderheit II mit ihrem Antrag für einen direkten Gegenentwurf an. Der Antrag wurde in der Kommission mit 8 zu 5 Stimmen abgelehnt. Es darf nicht sein, dass Volk und Stände im Rahmen einer Übergangsbestimmung nebenbei den Entscheid fällen, das Personenfreizügigkeitsabkommen zu kündigen und damit das zentrale Element des bilateralen Weges aufzugeben. Es darf nicht sein, dass der Fortbestand des Personenfreizügigkeitsabkommens und des bilateralen Weges allein von einer statistischen Entwicklung abhängt. Dieser für die Zukunft der Schweiz zentrale Entscheid muss der Stimmbevölkerung, sofern der Grenzwert von 10 Millionen drei Jahre lang überschritten wird, separat zur Entscheidung vorgelegt werden. Dann können die Stimmberechtigten diesen Entscheid unter Würdigung der dannzumaligen Situation fällen. Dies ist nur schon aus demokratiepolitischen Gründen zwingend. Wird der Grenzwert von 10 Millionen entsprechend gewissen Szenarien nicht überschritten, muss zum Personenfreizügigkeitsabkommen auch keine Abstimmung angesetzt werden.

Wenn Sie einem direkten Gegenentwurf grundsätzlich positiv gegenüberstehen, müssen Sie noch eine weitere wichtige Frage beantworten: Taugt der Gegenentwurf, um an der Urne eine Mehrheit zu finden und bei der Stichfrage zu obsiegen? Wird die Initiative abgelehnt, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auch der Gegenentwurf abgelehnt. Wird die Initiative hingegen angenommen, hat ein Gegenentwurf nur dann eine Chance, ebenfalls angenommen zu werden, wenn er das Anliegen der Initiative weitgehend übernimmt. In der Stichfrage hat ein Gegenentwurf nur dann eine Chance, wenn er im Vergleich zur Initiative einen einfachen, klaren Vorteil bietet.

All diese Voraussetzungen werden mit dem von mir vertretenen Gegenentwurf gemäss Minderheit II erfüllt. Erstens: Der Vorschlag lehnt sich weitgehend an den Initiativtext an. Zweitens: Die wichtigste Differenz besteht bei den Übergangsbestimmungen, indem ich vorschlage, zur Personenfreizügigkeit zu gegebener Zeit eine separate Abstimmung durchzuführen, bei der notabene nur das Volksmehr massgebend ist. Drittens: Die Stichfrage reduziert sich damit auf die einfache Frage, ob das Personenfreizügigkeitsabkommen bei einer Annahme der Initiative automatisch gekündigt werden soll oder ob die Stimmbevölkerung dazu selbst Ja oder Nein sagen kann.

Ich fasse zusammen: Die Initiative hat gute Chancen, von Volk und Ständen angenommen zu werden. Wer dies anders sieht, verschliesst die Augen vor der Realität oder pokert einfach hoch. Bedenken Sie, dass die Stimmung in der Bevölkerung nicht die gleiche ist wie hier im Bundeshaus. Über eine Kündigung des zentralen Elements der bilateralen Beziehungen zur EU soll nicht heute im Rahmen dieser Initiative, sondern im Rahmen einer späteren Abstimmung entschieden werden. Die Stimmbevölkerung hat das Recht, zu späterer Zeit, zu gegebener Zeit diese Frage entscheiden zu können. Wer an den Erfolg des EU-Paketes glaubt, sollte bei der heute zu beratenden Initiative die nötige Vorsicht walten lassen und das Risiko vermeiden, zum Totengräber des EU-Paketes zu werden.

Ich empfehle Ihnen aus all diesen Gründen, der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen und dabei den Antrag der Minderheit II (Fässler Daniel) vorzuziehen. Damit nehmen Sie die Sorgen der Bevöl-



kerung ernst, handeln aber demokratiepolitisch korrekt.

Z'graggen Heidi (M-E, UR): Die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" bringt auf den Punkt, was unser Land zunehmend an seine Grenzen bringt. Gerade diese wichtige Funktion haben Volksinitiativen: dass sie Befürchtungen aus der Bevölkerung aufnehmen und ins politische System tragen. Die Bevölkerung in der Schweiz wächst, und sie wächst schneller, als ihre Strukturen mithalten können. Das spüren die Menschen in unserem Land jeden Tag: steigende Mieten, knapper Wohnraum, überlasteter Verkehr, volle Schulzimmer, ein Gesundheitswesen unter Druck, Umweltbelastung und steigender Bodenverbrauch. Das sind nicht abstrakte Effekte, es sind reale Kosten, ja reale Erfahrungen. Diese Kosten trägt heute fast ausschliesslich die einheimische Bevölkerung.

Dass diese Entwicklung Sorgen auslöst, überrascht nicht. Umfragen – sie wurden erwähnt, und es wurde ausgeführt – zeigen es denn auch klar: Migration und Zuwanderung gehören heute zu den grössten Sorgen der Bevölkerung, weil viele sie spüren und erleben. Es wird eng in der Schweiz, zu eng: im öffentlichen Verkehr, im öffentlichen Raum, auf der Strasse, in den Schulen. Es gibt zu viele Menschen auf zu wenig Raum. Geduld und Toleranz werden knapper, Konflikte nehmen zu, das soziale Klima gerät unter Druck. Das löst Dichtestress aus.

AB 2025 S 1345 / BO 2025 E 1345

Die Sorgen sind nicht unbegründet. Ein grosser Teil des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre stammt nicht aus höherer Produktivität, sondern aus dem Bevölkerungswachstum: mehr Menschen, mehr Konsum, aber nicht mehr Wohlstand pro Kopf. Der wirtschaftliche Kuchen ist zwar grösser geworden, doch das Stück für den Einzelnen nicht. Das BIP pro Kopf stagniert, ja es ging in den letzten zwei Jahren gar leicht zurück. Das ist ein Alarmzeichen, ein Alarmzeichen gerade auch für den Wohlstand unseres Landes.

Gleichzeitig wächst die Bevölkerung durch Zuwanderung weiter. Immer mehr Menschen teilen sich dieselbe Wirtschaftsleistung. Der materielle Wohlstand stagniert, die Lebensqualität sinkt. Es entsteht eine sich selbst verstärkende Spirale: Zuwanderung zieht Zuwanderung nach sich. Das dürfen wir doch nicht länger ignorieren. Zuwanderung erhöht die Nachfrage nach Wohnraum, Verkehr, Schulen und Gesundheitsleistungen. Um diesen Bedarf zu decken, brauchen wir wieder neue Arbeitskräfte, die aus dem Ausland rekrutiert werden. Diese neue Zuwanderung erzeugt wiederum neue Nachfrage. Zuwanderung zieht also Zuwanderung nach sich. Die Belastung wächst schneller als der Wohlstand. Das führt zwangsläufig und auch zu Recht zu Unzufriedenheit.

Der entscheidende Fehler der letzten Jahre ist klar: Wir haben die Steuerung der Zuwanderung weitestgehend nur dem Markt und die Kosten der Bevölkerung überlassen. Die Folgen kennen wir: höhere Mieten, zunehmende Konkurrenz um Infrastruktur, sinkende Lebensqualität. Wenn der Druck zu gross wurde, reagierten wir mit Notlösungen: mehr Regulierungen, mehr Bürokratie, mehr staatliche Eingriffe – teuer, ineffizient und letztlich keine Lösung. Schutzklauseln sind in Planung, aber sie sind abstrakt. Sie überzeugen nicht, weil sie das Problem nicht an der Wurzel packen. Die zentrale Frage ist nicht, ob wir Zuwanderung wollen, sondern wie wir sie gestalten. Die zentrale Frage ist: Wie steuern wir Zuwanderung, sodass sie der Schweiz nützt, ohne die Belastungen einseitig der bestehenden Bevölkerung aufzubürden? Wir brauchen Steuerung statt Verdrängung, also Verantwortung statt Wegschauen.

Genau hier setzt mein Gegenentwurf an: mit der Zuwanderungsabgabe. Wer zuwandert, beteiligt sich an den Kosten für Infrastruktur und öffentliche Leistungen. Die Verfassung schafft mit einem direkten Gegenentwurf die rechtliche Grundlage für die Zuwanderungsabgabe. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt dann auf Gesetzesstufe, flexibel, differenziert und völkerrechtskonform. So kann auch gezielt auf Branchen, Regionen und Aufenthaltsdauer Rücksicht genommen werden. Die Zuwanderungsabgabe ist einfach, und sie ist wirksam, weil sie direkt ansetzt, weil sie die Kosten dort berücksichtigt, wo sie entstehen. Wirksam ist sie, weil sie lenkt. Das schafft Kostenwahrheit, und es stärkt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Es ermöglicht, auf weitere teure und indirekte Regulierungen zu verzichten. Die Abgabe kann von Arbeitgebern oder Zugewanderten getragen werden. Und was ich ganz besonders wichtig finde: Sie setzt Anreize, einheimische Arbeitskräfte stärker zu fördern, auch ältere Arbeitnehmende einzustellen und so bestehende Mitarbeitende zu halten, statt günstige Arbeitskräfte aus dem Ausland in die Schweiz zu holen.

Die Einnahmen der Zuwanderungsabgabe können gezielt, beispielsweise in Integration, Infrastruktur, Arbeitsmarkstabilität und so weiter, investiert werden. So werden die Kosten der Zuwanderung ausgeglichen. Der Vorteil gegenüber der Initiative ist: Wir können schnell tätig werden. Die Initiative wartet bis zu einem Zeitpunkt X, und dann reagiert sie. Das ist der falsche Weg. Wir müssen jetzt Instrumente haben, um die Zuwanderung besser in den Griff zu bekommen. Heute trägt fast ausschliesslich die bestehende Bevölkerung den Druck der



Zuwanderung. Mit der Zuwanderungsabgabe leisten Neuzuziehende oder Arbeitgeber einen angemessenen Beitrag.

Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie offen ist. Aber Offenheit ohne Steuerung, einfach laufenlassen, das ist kein Erfolgsmodell. Es ist Verzicht auf Verantwortung. Die Zuwanderungsabgabe steht für Wachstum mit Augenmass, für eine Schweiz, die offen bleibt, ohne sich selbst zu überfordern.

Darum bitte ich Sie: Unterstützen Sie diesen wirksamen, rasch umsetzbaren Gegenvorschlag. Verankern wir die Zuwanderungsabgabe in der Verfassung mit einem direkten Gegenentwurf, und regeln wir sie dann verantwortungsvoll auf Gesetzesstufe.

Friedli Esther (V, SG): Wir debattieren heute darüber, ob die Anzahl Menschen, die in unserem Land leben, weiterhin ungebremst ansteigen soll oder ob wir bei der Bevölkerungsentwicklung auf die in der Schweiz vorhandenen Ressourcen Rücksicht nehmen wollen. Dieses Thema bewegt unser Land immer wieder, vor allem in jüngerer Vergangenheit, denn in den letzten zwanzig Jahren ist die ständige Wohnbevölkerung von rund 7,5 Millionen Menschen im Jahr 2004 auf über 9 Millionen Menschen per Ende 2024 angewachsen. Das sind innerhalb von zwanzig Jahren zusätzlich mehr als 1,5 Millionen Personen, die in unserem Land leben. Dieses starke Wachstum von fast 25 Prozent innerhalb dieser Zeitspanne ist nicht durch Geburten, sondern zu 80 Prozent durch die Zuwanderung geschehen.

Ja, wir brauchen auch in der Schweiz eine Entwicklung der Bevölkerung, aber jetzt stellt sich die Frage, wie diese geschehen soll und was die Nebenwirkungen dieser zu starken Bevölkerungsentwicklung sind. Seit dem Jahr 2000 ist die Bevölkerung in der Schweiz 18-mal stärker gewachsen als in Deutschland, mehr als 6,5-mal stärker als in Italien und um immer noch mehr als das Doppelte als in Frankreich. Ich meine, dieses Wachstum ist ungesund, es ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Und ich bin nicht die Einzige mit dieser Meinung, auch einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner haben das bereits gesagt. Denn diese übermässige Zuwanderung merken wir alle jeden Tag, sei es im Zug, im Bus, auf der Strasse, beim Suchen einer neuen Wohnung, in den Schulzimmern, auf dem Arbeitsmarkt, bei der steigenden Kriminalität. Dieses Bevölkerungswachstum geht nicht spurlos an der Schweiz vorüber, und es geht erst recht nicht spurlos an den Bürgerinnen und Bürgern vorüber. Im letzten Jahr, also im Jahr 2024, wanderten über 212 000 Menschen neu in unser Land ein. Etwa 129 000 Menschen verliessen unser Land wieder, aber es bleibt eine Nettozuwanderung von über 83 000 Menschen. Das ist jedes Jahr eine Bevölkerungszunahme in der Grössenordnung der Stadt St. Gallen oder der Stadt Luzern. All diese Menschen brauchen unsere Infrastruktur, Energie, Arbeit. Sie brauchen über 40 000 zusätzliche Wohnungen, 1600 neue Pflegepersonen, etwa 47 000 neue Autos, 566 Millionen Kilowatt Strom und 35 Quadratkilometer Siedlungsfläche.

Das starke Bevölkerungswachstum nimmt seit Anfang dieses Jahrhunderts stark Fahrt auf. Der Haupttreiber ist die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union. Bei der Volksabstimmung zur Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 kommunizierte der Bundesrat, dass pro Jahr höchstens zwischen 8000 und 10 000 Menschen zusätzlich in unser Land einwandern würden. 8000 bis 10 000 Menschen: Da verschätzte sich der Bundesrat doch gewaltig, denn es kamen bereits kurze Zeit später jedes Jahr viele zehntausend Zuzüger mehr. Es ist nicht verwunderlich, dass vor diesem Hintergrund bereits im Jahr 2014 Volk und Stände der Masseneinwanderungs-Initiative zugestimmt haben. Diese wollte, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selbst steuert. Die Mehrheit des Parlamentes widersetzte sich diesem Auftrag, was sich jetzt rächen dürfte. Einzig eine zahnlose bürokratische Massnahme, der sogenannte Inländervorrang light, wurde geschaffen. Bis heute steuert die Schweiz die Zuwanderung trotz Verfassungsauftrag nicht selbst. Artikel 121a ist weiterhin ein toter Verfassungsartikel. Und seit der Volksabstimmung im Jahr 2014 sind wiederum weit über 800 000 Menschen zusätzlich eingewandert.

Kein Wunder, sind wir wegen der masslosen Zuwanderung mit vielen Problemen konfrontiert, die wir mit mehr Bürokratie, mehr finanziellen Mitteln, neuen Gesetzen zu übertünchen versuchen. Wir müssen das Problem endlich an der Wurzel packen, und das bedeutet, dass wir im Bereich der Zuwanderung in unser Land neue Instrumente brauchen und bestehende internationale Abkommen in diesem Bereich neu

AB 2025 S 1346 / BO 2025 E 1346

verhandeln müssen. Denn die Umsetzung von Artikel 121a wollen Sie ja nicht vollziehen.

Das bedeutet, dass wir nun endlich auch den Elefanten im Raum benennen müssen, das ist das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union. Dieses besagt, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger die Möglichkeit haben, in die Schweiz zu kommen und hier Arbeit zu suchen oder auch zu studieren. Aufgrund der grossen wirtschaftlichen Disparitäten gegenüber den EU-Ländern ist die Schweiz dafür äusserst attraktiv. In Zusammenhang mit der Wichtigkeit des Personenfreizügigkeitsabkommens wird immer wieder der soge-



nannte Fachkräftemangel in der Schweiz genannt: Wir bräuchten diese Fach- und Arbeitskräfte dringend. In gewissen Branchen mag das stimmen. Doch der Fachkräftemangel hat mit der Einführung der Personenfreizügigkeit eigentlich erst recht Fahrt aufgenommen. Seit der Einführung gibt es fast fünfmal mehr offene Stellen. Warum? Es gibt hier einen Perpetuum-mobile-Effekt, das wurde von Kollege Fässler und von Kollegin Z'graggen auch schon erwähnt. Wandern mehr Menschen in unser Land ein, braucht es auch mehr Lehrpersonen, Pflegefachpersonen, Ärztinnen und Ärzte, Verwaltungsangestellte usw., frei nach dem Motto: "Zugewanderte kümmern sich um Zugewanderte." Das zeigt auch ein Blick auf die Statistik zu den Stellen, die neu geschaffen wurden. 26 Prozent entfallen auf den Sektor Gesundheit und Bildung.

Von der Personenfreizügigkeit profitieren längst nicht alle. Interessant ist ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen per Ende November dieses Jahres. Sie zeigen, dass 67 634 Schweizerinnen und Schweizer arbeitslos sind. Bei den ausländischen Personen sind es 71 226, davon 44 527 EU- oder EFTA-Bürgerinnen und -Bürger. Die Statistik zeigt: Es sind wesentlich mehr Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos als Schweizer, und das in absoluten Zahlen; dies bei einem offiziellen Ausländeranteil von 25,7 Prozent. Denn wer einmal hier ist, bleibt hier, auch wenn er keine Stelle mehr hat. Und das Verheerende ist: Das Bleiberecht soll mit dem neuen EU-Paket nochmals einfacher und attraktiver werden.

Kollege Fässler hat es bereits gesagt: Ein wichtiger Indikator für das Wachstum und den materiellen Wohlstand ist die wirtschaftliche Leistung pro Kopf, auch genannt Bruttoinlandprodukt pro Kopf. In der Schweiz hat sich das Wachstum des BIP in den letzten Jahren verlangsamt – aber nicht erst in den letzten zwei Jahren, wie gesagt wurde. Schauen wir uns das reale BIP-Wachstum pro Kopf an: Im Zeitraum von 1991 bis 2007 lag es bei 1,06 Prozent, im Zeitraum von 2007 bis 2023 noch bei 0,65 Prozent. Das zeigt: Wir haben vor allem ein Wachstum in die Breite. Das Wachstum des BIP pro Kopf und damit der Produktivität sinkt hingegen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit kontinuierlich. Zudem haben wir hohe Kosten durch das Bevölkerungswachstum – diese sind im BIP nicht eingerechnet -: eine stärkere Belastung von Infrastruktur, der Strassen, des öffentlichen Verkehrs, mehr Investitionen in Schulen, in Integration, in Sicherheit, eine Verteuerung des Bodens. Es wird immer mehr gebaut, und Kulturland geht verloren. Und doch ist die Wohnungssuche schwierig, Wohneigentum fast unerschwinglich.

Ja, die Wirtschaft wächst, aber die Belastung für den Sozialstaat, die Infrastruktur und die Umwelt nimmt zu, während gewisse Güter wie Boden verteuert werden. Die Ökonomen Fabian Kuhn und Reiner Eichenberger haben die Sache in einem Artikel vom 28. September letzten Jahres in der "NZZ" auf den Punkt gebracht: "Ein schnelles Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung bringt den Normalbürgern, für deren Wohlergehen das BIP pro Kopf wichtig ist, nichts und belastet sie, erst recht, wenn noch die Füllungskosten berücksichtigt werden. Die Personenfreizügigkeit bringt nur Breitenwachstum und nützt so nur wenigen Spezialbürgern in der Politik sowie an der Spitze von Wirtschaftsverbänden und manchen Unternehmungen. Ihnen bringt ein insgesamt wachsendes BIP mehr Steuereinnahmen, Mitgliederbeiträge und Umsätze – und damit Vitamin 3B: mehr Budget, Bedeutung und Boni." Aber den meisten Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land bringt es eben nichts. Sie sind vielmehr damit konfrontiert, dass in der Schule kaum noch Deutsch gesprochen wird und das Bildungsniveau abnimmt. Sprechen Sie mal mit Eltern darüber, mit wie vielen Dolmetschern sie an einem Elternabend konfrontiert sind. Oder denken Sie an die zunehmende Kriminalität und Gewalt. Bereits Jugendliche laufen mit Messern herum, als Frau traut man sich spätabends kaum noch alleine nachhause. Unsere Bürgerinnen und Bürger finden kaum noch Wohnungen, der Erwerb von Wohneigentum wird zum Luxusgut, Stautunden auf der Autobahn und kein Platz im Zug werden zur Normalität.

Daher sind wir nur konsequenterweise mit der vorliegenden Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!", auch Nachhaltigkeits-Initiative genannt, konfrontiert. Sie will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung und eine Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung vor dem Jahr 2050 nicht die 10-Millionen-Grenze überschreiten darf. Der Ansatz ist daher bei dieser Initiative ein ganz anderer als bei der Masseneinwanderungs-Initiative. Die Initiative setzt eine Obergrenze. Heute leben in der Schweiz über 9 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner. Gemäss Szenario des Bundesrates wird die Schweiz die 10-Millionen-Grenze wohl um das Jahr 2040 erreichen. Geht es jedoch so weiter wie in den letzten Jahren, dann wird dies schon früher der Fall sein. Daher braucht es nun neue Massnahmen.

Damit das Parlament die Initiative nicht wieder nicht umsetzen kann, haben die Initiantinnen und Initianten direkt in den Initiativtext geschrieben, wie bei einer Annahme vorgegangen werden muss und welche Massnahmen Bundesrat und Parlament ergreifen müssen. Ich erspare Ihnen jetzt das Aufzählen all der einzelnen Massnahmen, aber dieses Vorgehen ist ein gut austariertes Kaskadenmodell. Es geht eben nicht mehr um keine Zuwanderung, sondern um eine selbst gesteuerte, qualitative Zuwanderung, die gesund ist für unser kleines Land. Die Kündigung respektive Neuverhandlung des Personenfreizügigkeitsabkommens ist der letzte Schritt, wenn mit anderen Massnahmen nichts erreicht wird. Es ist kein Automatismus. Bundesrat und



Parlament – vor allem der Bundesrat – sind aufgefordert, vorgängig mit der Europäischen Union das Personenfreizügigkeitsabkommen neu auszuhandeln und dabei insbesondere eine Schutzklausel auszuhandeln. Gemäss dem neuen EU-Paket ist die neue Schutzklausel laut Bundesrat ja eine effektive Schutzklausel, die bei Problemen dann auch angerufen werden könnte.

Es braucht in unserem Land endlich eine Diskussion über das Wachstum der Bevölkerung. Es braucht eine Debatte darüber, wer unter welchen Bedingungen in unser Land kommen kann. Es braucht eine Debatte über die Probleme und die Herausforderungen, die dieses Bevölkerungswachstum in der Schweiz mit sich bringt. Die vorliegende Volksinitiative ist aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Minderheit eine sinnvolle Variante, um die Zuwanderung wieder selber zu steuern und zu begrenzen.

Ich erlaube mir, abschliessend auch noch etwas zu den vorliegenden Minderheitsanträgen zu sagen. Diese Minderheitsanträge, die einen direkten Gegenvorschlag möchten, anerkennen die Probleme und Herausforderungen, die die hohe Zuwanderung in unser Land mit sich bringt; die Minderheitssprecher haben dies auch ausgeführt. Ihre Konzepte sind aus meiner Sicht jedoch zu wenig ausgereift, zum Teil wirkungslos und bieten zu wenig griffige Massnahmen. Weitere deklaratorische Verfassungsartikel brauchen wir nicht. Es reicht schon, dass Artikel 121a nicht umgesetzt ist.

Ich bitte Sie daher, meiner Minderheit IV zu folgen und die Initiative ohne Gegenvorschlag Volk und Ständen zur Annahme zu empfehlen.

Moser Tiana Angelina (GL, ZH): Die sogenannte Nachhaltigkeits-Initiative trägt einen sehr irreführenden Namen, denn das einzig Nachhaltige an dieser Initiative ist der Schaden, den sie anrichten würde. Da staune ich über das Votum meiner Vorrednerin. Die Initiative – das steht so im Text – verlangt faktisch in der Konsequenz die Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit das Ende der bestehenden Bilateralen Verträge. Die Personenfreizügigkeit, das wissen Sie, ist kein isoliertes Element, sondern integraler Bestandteil eines bewährten Vertragssystems, das seit Jahren ein wichtiger Pfeiler unseres Wohlstands ist.

AB 2025 S 1347 / BO 2025 E 1347

Die Folgen einer Annahme der Initiative für die Schweizer Wirtschaft, für unser ganzes Land wären gravierend. Bereits heute fehlen uns bekanntlich Fachkräfte. Diverse für die Versorgungssicherheit elementare Branchen sind direkt davon betroffen: das Gesundheitswesen und ganz besonders die Pflege in den Heimen, die Landwirtschaft, die Gastronomie, das Baugewerbe, aber auch die Industrie. Ohne genügend Arbeitskräfte drohen in Spitälern, in Pflegeheimen, in der Gastronomie massive Engpässe und geradezu chaotische Zustände, mit direkten Konsequenzen für die Bevölkerung.

Die Dimension lässt sich gut am Beispiel des Gesundheitswesens aufzeigen: 45 Prozent der Ärztinnen und Ärzte in unseren Krankenhäusern haben ihr Diplom im Ausland erlangt, und von ihnen stammen über 90 Prozent aus der EU. Die Tätigkeit in Praxen ist hierbei noch nicht berücksichtigt. Beim Pflegepersonal sind es über 30 Prozent. Das zeigt eigentlich schon sehr viel. Sie können die Spitäler nicht plötzlich mit 45 Prozent weniger Ärzten versorgen. Das zeigt, wie realitätsfremd die Initiative im Kern ist.

Ein Blick nach Grossbritannien und auf den Brexit zeigt eindrücklich, wohin ein solcher Weg führen kann; die Briten haben dieses Experiment mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit gewagt. Der Fachkräftebedarf bleibt hoch; die Wirtschaft kann aber nicht mehr auf den besten geeigneten Markt zugreifen. Mit dem Brexit und dem Wegfall der Personenfreizügigkeit ist die Zuwanderung von EU-Fachkräften in Grossbritannien stark eingebrochen. Gleichzeitig hat die Gesamtzuwanderung aber zugenommen – zugenommen, nicht abgenommen, wie es eigentlich geplant war. Sie hat zugenommen, allerdings aus anderen Weltregionen. Die Migration nach Grossbritannien erfolgt heute nicht mehr mehrheitlich aus Europa, sondern aus Indien, China, Nigeria, Pakistan und Simbabwe. Besonders problematisch war der abrupte Rückzug von EU-Fachkräften aus dem britischen Gesundheitswesen. Studien zeigen klar: Die Qualität der Versorgung hat gefährlich darunter gelitten.

Auch für unsere KMU und Industrieunternehmen wäre die Initiative ein schwerer Rückschritt. Die EU ist mit Abstand unser wichtigster Absatzmarkt. Ein Rückfall ins Kontingentsystem wäre geradezu absurd. Vor der Personenfreizügigkeit war jede Anstellung einer ausländischen Fachkraft ein bürokratischer Hürdenlauf. Die Kontingente waren knapp, die Verfahren langwierig und oft wenig transparent. Besonders KMU hatten das Nachsehen gegenüber Grossunternehmen. Dies kann wirklich nicht unser Ziel sein.

Die Initiative ist eine Form systematischer Bewirtschaftung von Problemen in unserem Land. Sie vermischt ganz bewusst zwei unterschiedliche Themen: die Arbeitsmigration und die Asylpolitik. Eine Einschränkung der Arbeitsmigration hat keinen Einfluss auf die Asylzahlen in unserem Land, sondern verschärft einfach den Fachkräftemangel massiv. Die Folgen sind absehbar: höhere Preise, längere Wartezeiten, eine gefährdete Ver-



sorgungssicherheit, dies beispielsweise im Gesundheitswesen. Diese Initiative wirkt faktisch als Wohlstandsbremse, und zwar für uns alle.

Ich erlaube mir noch kurz eine Einschätzung zur Frage, ob der Initiative ein Gegenvorschlag gegenüberzustellen sei. Es war selbstverständlich richtig und wichtig, die Frage eines Gegenvorschlags sorgfältig zu prüfen. Eine so extreme Initiative, die für sämtliche Formen der Migration einen starren Deckel vorsehen will, eignet sich nicht für einen konstruktiven Gegenvorschlag. Das hat auch nichts mit Pokern zu tun, sondern schlicht mit der Frage, ob es sachlich gerechtfertigt ist.

Ich staune über die Voten zum Wohlstandsverlust in unserem Land. Ich staune auch über die Aussage, dass es eng wird in unserem Land; insbesondere als Stadtzürcherin muss ich da etwas schmunzeln. Auch wenn wir die Initiative klar ablehnen, stehen wir selbstverständlich trotzdem in der Verantwortung, reale Herausforderungen, die es selbstverständlich in unserem Land gibt, anzugehen. Das gilt für die Bekämpfung der illegalen Migration, für die Bekämpfung der Kriminalität ebenso wie für die bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Hier haben wir wirksame Hebel, bei welchen wir selbstverständlich noch Verbesserungen erzielen können, die wir aber auch anwenden müssen.

Die Initiative betreibt eine reine Problembewirtschaftung. Sie gefährdet den bilateralen Weg, den Wohlstand und die Versorgungssicherheit in unserem Land.

Ich empfehle Ihnen dementsprechend, gemäss der Mehrheit der Kommission zu stimmen.

Caroni Andrea (RL, AR): Wir haben nicht weniger als fünf verschiedene Rezepte auf dem Tisch, in allen Farbnuancen und Geschmacksrichtungen, fast so viele wie in einer durchschnittlichen Packung Weihnachtsguetzli oder Marshmallows. Damit Sie richtig entscheiden können, welche dieser fünf Optionen Sie sich zu Gemüte führen wollen, möchte ich nur zwei Gedanken anbringen, einen zum Inhalt und einen zum Vorgehen.

Zum Inhalt möchte ich einen Gegenentwurf dankend hervorstreichen, den der Minderheit III (Z'graggen) mit der Zuwanderungsabgabe. Unser Rat hat hierzu auch ein Postulat beschlossen, konkret im März 2024. Frau Z'graggen hat zur Abgabe alles Wichtige ausgeführt, nämlich dass sie die richtigen Anreize setzt und allenfalls auch Mittel generiert, sei es für die Infrastruktur oder für Abgeltungen, und damit auch für mehr Akzeptanz sorgt. Allerdings steht der Postulatsbericht, wie gesagt, noch aus. Herr Bundesrat Jans kann uns sicher sagen, wann er kommt. Ich hoffe, bald, das Postulat ist bald zwei Jahre alt. Es stellen sich viele Fragen bei einer solchen Abgabe: von wem man sie erhebt, wie hoch man sie ansetzt, wie lange man sie erhebt, was man mit dem Erlös tut. Ist es eine Steuer, ist es keine? Es stellt sich auch die hier interessierende Frage: Braucht es überhaupt eine Verfassungsänderung? Ich denke, inhaltlich ist es richtig, sich zuerst diese Gedanken zu machen, bevor man entscheidet, dass man eine Verfassungsänderung will. So weit zum Inhalt. Der Antrag der Minderheit III (Z'graggen) wäre, wenn überhaupt, meine bevorzugte Variante.

Der zweite Gedanke ist, dass ich darauf verzichten möchte, jetzt überhaupt einen Gegenentwurf zu verabschieden. Meines Erachtens sollte man diese Frage separat diskutieren: Will man eine Zuwanderungsabgabe, oder will man sie nicht? Wenn man solche Fragen im Kontext einer Initiative diskutiert, dann werden gute Ideen im Zerren um eine Initiative oft zerrieben. Zum Beispiel sind nämlich auch jene, die an und für sich für eine solche Zuwanderungsabgabe wären, namentlich bei den Initianten finden sich davon viele, dann dagegen, weil es eben ein Gegenentwurf zu ihrer Initiative ist. Es wäre schade um eine gute Idee, wenn sie dann in einem solchen Kontext zerrieben würde. Zerrieben würde sie auch in der öffentlichen Diskussion, es gäbe dann nicht mehr eine klare Botschaft dafür oder dagegen, sondern es gäbe dann ganz verschiedene Botschaften, und die Lager würden sich teilen.

Herr Ständerat Fässler hat die anderen Beispiele erwähnt, wo das Parlament einen direkten Gegenentwurf beschlossen hat. Wir haben überhaupt erst seit der neuen Bundesverfassung, seit gut 25 Jahren, die Möglichkeit des doppelten Ja mit Stichentscheid. Es gab seither drei Abstimmungen, bei denen die Initiative nicht im Vorfeld zurückgezogen wurde. Wenn eine Initiative zurückgezogen wird, dann ist ein Gegenentwurf ein taugliches Instrument. Wird sie aber nicht zurückgezogen, scheint er mir untauglich. In den drei Abstimmungen, wo man es mit dem doppelten Ja versucht hat, wurde nie der Gegenentwurf angenommen. Eine Initiative wurde aber angenommen, das war die Ausschaffungs-Initiative. Es gibt manchmal auch skurrile Resultate, wenn die Leute einen Gegenentwurf ablehnen, zum Beispiel den Gegenentwurf zur Ausschaffungs-Initiative, und im Stichentscheid dann aber diesem Gegenentwurf den Vorzug geben. Ich will sagen, das ist auch sehr anspruchsvoll für die Stimmberechtigten und natürlich auch für uns, wenn wir Kampagnen führen. Ob es ein erstes Beispiel für einen angenommenen Gegenentwurf geben wird, das können wir dann bei der Bargeld-Initiative sehen. Das wäre die Premiere nach ungefähr 28 Jahren. Und bei der Neutralitäts-Initiative sind wir auch noch nicht an diesem Punkt.

Also, mein Fazit ist: Diese spannende Diskussion über eine Zuwanderungsabgabe soll man führen. Bundesrat



Jans wird uns hoffentlich bald die Grundlagen liefern. Wir sollten das

AB 2025 S 1348 / BO 2025 E 1348

aber losgelöst von der aufgeladenen Diskussion über die Initiative tun. Diese Initiative hat zwei klare Ziele: Sie will zum einen einen Deckel und zum andern dann die Kündigung. Ich glaube, die klare Message dagegen ist: Man will keinen fixen Deckel in der Verfassung und auch keine automatische Kündigung. Daher bitte ich Sie, unter den Gegenentwürfen diesen zu bevorzugen, aber für den Moment dann doch darauf zu verzichten.

Broulis Pascal (RL, VD): Nous avons un texte qu'il faut traiter. Quatre textes s'entrechoqueront ces prochains mois, ces prochaines années. Il y aura d'abord les Bilatérales III, qui parleront aussi d'immigration, d'ouverture ou de fermeture ; ensuite, on aura l'initiative populaire visant à un maximum de 5000 requérants d'asile par an, qui est contraire à Schengen et Dublin ; l'initiative sur la neutralité sera aussi un texte qui nous obligera à réfléchir à ce qu'on souhaite inscrire ou pas dans la Constitution ; et puis on aura cette initiative "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)".

Vous me connaissez, vous avez suivi mon parcours politique : je suis plutôt quelqu'un de xénophile et je considère qu'on peut accompagner l'immigration. Je suis pour une immigration clairement choisie : celle qui est en lien avec l'économie, avec les besoins de notre économie et avec les besoins liés à la pyramide des âges. C'est vrai qu'aujourd'hui, la Suisse est confrontée, comme d'autres pays européens, à des problèmes de criminalité, à des problèmes d'incivilité, à des problèmes de loyers qui perturbent fortement les habitants de ce pays, et à des problèmes de travail et de cohésion, puisqu'on voit déjà aujourd'hui des difficultés liées à l'intégration dans le monde du travail. Le débat doit avoir lieu. Les quatre propositions qui nous sont soumises aujourd'hui n'ont pas l'effet d'une baguette magique et ne sont pas la panacée.

À ce propos, dans le cadre de la préparation de nos débats, j'ai pris connaissance d'un rapport récent du Conseil d'État vaudois. Je rappelle que le canton de Vaud est le troisième canton suisse et qu'il a accueilli passablement de gens, sans trop de difficultés, ces dernières années. Ce rapport aborde les conséquences d'une éventuelle adaptation de l'initiative pour le canton de Vaud. Ce rapport détaillé, important, d'une quarantaine de pages, souligne en particulier les éléments suivants. Dans une logique non pas de perspective démographique, mais de prospective démographique – ce n'est pas la même chose, car la prospective permet en quelque sorte de tenir compte de scénarios en fonction d'une évolution d'une société, des besoins en lien avec cette société –, si cette initiative est retenue par la population – je suis un démocrate et je me battrai contre elle devant la population –, cela aurait pour conséquence de réduire la croissance de l'emploi dans mon canton en réduisant, comme levier de recrutement, le recours à l'immigration. Ce déficit de main-d'œuvre s'élèverait entre 30 600 et 79 900 équivalents plein temps à l'horizon 2062, soit plus de 10 pour cent des emplois du canton de Vaud. Elle modifierait d'une part la main-d'œuvre disponible et de l'autre les besoins de la population. La population indigène mobilisable rapidement ne permettrait pas de compenser le déficit de main-d'œuvre, la pénurie de personnel dans le domaine de la santé et dans le social serait accrue. Des branches telles que l'hôtellerie et la restauration, les activités industrielles et l'informatique connaîtraient des difficultés de recrutement. Cela aurait une conséquence importante pour le développement et la cohésion territoriale. L'initiative aurait pour effet de réduire plus fortement la population des personnes de 20 à 64 ans que les plus jeunes adultes ou les personnes âgées. Par conséquent, nous connaîtrions un arrondissement plus important du rapport entre le nombre de seniors et la population active.

En cas de dénonciation de l'accord bilatéral avec l'Union européenne, nous pourrions connaître un renchérissement des exportations, une diminution de la capacité d'innovation, des délocalisations et un recul des importations. Nous aurions ainsi une perte massive de l'emploi. Enfin, l'initiative amplifierait le problème relatif aux retraites et au financement de nos assurances sociales.

Pour ces raisons et dans l'intérêt du canton de Vaud, puisque je parle du canton de Vaud et que c'est un rapport qui touche à la prospective démographique, je vais m'engager contre ce texte. Personnellement, je pense qu'il ne faut pas vouloir bidouiller ou venir avec des variantes. Je crois que les variantes, on les retraitera ultérieurement. Si le texte est refusé, dans le cadre des Bilatérales III, la clause de sauvegarde sera débattue. Concernant les autres textes, nous discuterons de savoir si la Suisse doit rester ouverte ou non.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Die Schweiz ist ein Einwanderungsland, früher war sie ein Auswanderungsland. Die Lösung ist relativ klar: Die Schweiz war ein Auswanderungsland, weil sie ein armes Land war, heute ist sie ein Einwanderungsland, weil sie ein wirtschaftlich erfolgreiches Land ist – ein reiches Land, ein Land mit einer ausserordentlich hohen medizinischen Versorgungsleistung, mit intakten und hochrangigen Ver-



kehrsinfrastrukturen, einem intakten Sozialsystem, einem guten Versorgungssystem, einem hohen Standard an Bildung, Forschung und Innovation. Sie ist ein Land, dessen Arbeitsplätze und Wirtschaft stark auf den Export – in meinem Kanton besonders –, also auf andere Märkte angewiesen sind; der wichtigste ist notabene die EU. Dass die Zuwanderung die Menschen aber auch verunsichert, dass die Dichte zunimmt und, damit verbunden, mangelnder Wohnraum moniert wird, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Das ist sicher der höheren Zuwanderung zuzuschreiben, dagegen hätten wir jedoch Massnahmen.

Wenn die Kräfte, die eine massive Zuwanderung monieren und sogar sagen, die inländische Arbeitslosigkeit in unserem Land sei grösser als die ausländische, gleichzeitig ihre Arbeitskräfte frisch-fröhlich aus der EU rekrutieren, statt auf inländische Arbeitskräfte zu setzen, dann ist das einfach ein bisschen widersprüchlich. Wenn man die Leute mit 55 Jahren entlässt, wenn man sich konsequent weigert, darüber nachzudenken, ob man die Leute nicht länger im Arbeitsprozess behalten könnte, weil wir ja immer noch das bismarcksche Rentenalter haben, dann ist das einfach ein bisschen widersprüchlich. Wenn man konsequent verhindert und sich dagegen wehrt, dass wir eine bessere Kinderbetreuung haben, eine effizientere Kinderbetreuung – was dazu führen würde, dass die inländische Integration in den Arbeitsmarkt besser wäre, weil sich beide Elternteile besser in den Arbeitsmarkt integrieren könnten –, dann ist das auch widersprüchlich. Deshalb denke ich, dass man vielleicht besser einmal vor der eigenen Türe wischen würde, statt die Türe zu einem Markt zuzuhauen, der uns Wohlstand bringt.

Denn diese Initiative ist eine Kündigungs-Initiative. Sie kündigt den bilateralen Weg. Das steht klipp und klar in dieser Initiative drin, das kann man einfach nachlesen. Und das ist ja irgendwo fahrlässig, nicht nur, weil die Arbeitsmigration fehlen wird, die Fachkräfte in unseren Betrieben, sondern weil die Kündigung des bilateralen Weges schlussendlich auch zur Kündigung von Schengen/Dublin führen kann. Die Personenfreizügigkeit liegt diesen Abkommen zugrunde, und das heisst dann schlicht und ergreifend Folgendes: Jeder Asylsuchende, der im Schengen-Raum kein Asyl erhalten hat, kann sein Asylgesuch dann bei uns stellen.

Noch ein bisschen etwas zum Wohlstand, der da moniert wird: Die Schweiz verfügt nach wie vor über einen hohen Wohlstand. Mit einem kaufkraftbereinigten BIP pro Kopf, das höher ist als jenes in den USA oder in Deutschland, und mit einem Medianvermögen von rund 150 000 Franken pro Person, Stand 2025, liegt die Schweiz international an der Spitze – was nicht heisst, dass es nicht auch Menschen gibt, die grosse Probleme haben. Ja, und es ist richtig: Das Wachstum ist in den letzten Monaten verhaltener geworden. Und woran liegt das? Ganz einfach an den Problemen, die unsere Unternehmen und unsere Wirtschaft in einem erschwerten Umfeld haben. Wenn sie z. B. plötzlich – und dies ist ja nicht das Einzige – 39 Prozent Zoll bezahlen müssen, dann gibt es Probleme, und dann sinkt letztlich der Wohlstand, und der Wohlstand, der hat seinen Preis.

Ich werde also diese Initiative sicher zur Ablehnung empfehlen, werde aber den Antrag der Minderheit II (Fäsler Daniel) unterstützen. Die Minderheit II nimmt nämlich etwas

AB 2025 S 1349 / BO 2025 E 1349

auf, was auch der Berichterstatter, Herr Kollege Jositsch, erwähnt hat: Mit der Initiative nehmen wir der künftigen Generation die Handlungsfreiheit. Wissen wir denn, was in 25 Jahren in diesem Land stattfindet? Ich will an dieser Stelle vielleicht auch einmal betonen: Ohne Zuwanderung ist die Bevölkerungsbilanz in Europa seit 2012 negativ, mit verstärkter Wirkung in den letzten Jahren. Wir schrumpfen uns zu Tode. 2024 standen vier Todesfälle drei Geburten gegenüber. Die Schweiz wächst momentan noch, würde jedoch ohne Zuwanderung bis ins Jahr 2100 nur noch sechs Millionen Menschen zählen. Ich höre hier immer nur das Wort Zuwanderung und ihre offenbar verheerenden Auswirkungen auf unser Land, aber nie die Auswirkungen eines drohenden Migrationsstopps, kombiniert mit einer tiefen Geburtenrate und einer Überalterung der Bevölkerung. Stellen Sie sich vor, zu welchen Engpässen in Industrie, Pflege, Handwerk und im Dienstleistungssektor das führt. Es wird zu einer sinkenden Konsum- und Investitionsnachfrage führen, zu einem Verlust der Wirtschaftskraft, zu einer kompletten Überlastung des Pflege- und Gesundheitssystems. Das Generationenungleichgewicht würde die Altersvorsorge weiter unter Druck geraten lassen.

Deshalb bitte ich Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, sich aber für den Gegenvorschlag der Minderheit II zu erwärmen, weil dann wirklich einer künftigen Generation die Chance bleibt, die dannzumalige Situation zu beurteilen und dann aufgrund dieser Situation zu entscheiden.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Je vais essayer de ne pas répéter les choses déjà dites et de me concentrer sur quelques éléments centraux. D'abord, dans le débat nourri que nous avons, souvent, malheureusement, nous oublions de regarder notre histoire. Je pense que c'est toujours un bon moyen de trancher les débats complexes que de regarder notre histoire. La question qui se pose, c'est : la solution des contingents ou la fin de la libre circulation limitent-elles véritablement l'immigration ? Parce que c'est ce qui est sous-entendu



dans le texte de l'initiative, à savoir que c'est parce que nous aurions des accords de libre circulation que nous avons de l'immigration. Il faudrait donc, pour éviter l'immigration, réduire la libre circulation, voire la supprimer complètement. Or, que nous dit notre histoire ? L'exemple anglais a déjà été évoqué, mais notre histoire suisse nous sert de réponse à cette question. Ce que nous constatons, c'est que la période de notre histoire où, par rapport à la population, nous avons eu le plus d'immigration, c'était celle des contingents et pendant laquelle il n'y avait pas de libre circulation des personnes. Les seules périodes de l'histoire suisse où nous avons eu pendant trois ans une croissance de plus de 2 pour cent, c'était dans les années 1960, avec les contingents et sans la libre circulation. À l'époque, nous avions des périodes de trois ans avec 2 pour cent de croissance de la population ; chiffre que nous n'avons plus jamais atteint. Bien sûr, en chiffre absolu, nous avons des situations où, aujourd'hui, il y a plus d'immigration, mais, en pourcentage de la population, c'est la période des contingents qui a connu le plus de croissance de l'immigration.

Pourquoi cela ? Parce que dans tous les secteurs économiques, la gastronomie, chère à notre collègue Friedli, l'industrie, chère à Mme Blocher, par exemple, d'autres secteurs de la construction, chers à des électeurs du parti qui a lancé cette initiative, dans toutes ces branches, on allait supplier les cantons d'augmenter les contingents et d'augmenter les permis de travail pour avoir la force de travail nécessaire. Quand on n'obtenait pas ces permis de travail, on se permettait parfois d'engager quand même des étrangers, mais de ne pas les déclarer. Dans les campagnes que je connais, on engageait des Kosovars – quand c'était encore des Yougoslaves –, qui n'étaient pas déclarés, qui étaient payés au noir et qui étaient d'ailleurs très mal payés. Aujourd'hui, ce sont plutôt des Roumains. Ils viennent légalement et ils sont payés au salaire minimum. Le nombre d'immigrés ne change pas, mais la nature de cette immigration est différente. Le niveau d'exploitation est un peu inférieur aujourd'hui et je crois qu'au final, ce qui compte, c'est simplement de constater que c'est la croissance économique qui a un effet réel sur l'immigration.

D'ailleurs, les deux seules périodes de notre histoire – là encore regardons notre histoire – où nous avons eu une baisse de l'immigration et une baisse de la population, ce sont les années 1975–1977, avec le deuxième choc pétrolier et une grande récession dans notre pays, ou en 1918, avec la grippe espagnole. Voilà les deux moments où la population se réduit et où l'immigration est négative. On doit donc se demander si c'est ce que nous voulons : voulons-nous entrer en récession ou, pire, pensons-nous qu'il faudrait des pandémies plus souvent pour limiter la croissance de notre population ? Hors de ces périodes, nous avons eu une croissance régulière de l'immigration et de la population qui est presque indifférente à toutes les lois que nous pouvons voter sur l'immigration. On ne voit pas de différence selon les statuts juridiques que nous avons. Voilà un élément sur l'histoire.

J'ajoute un deuxième élément sur notre démographie. Cela a déjà été dit, mais j'aimerais donner une image encore plus frappante. Aujourd'hui, 100 femmes capables d'avoir des enfants donnent naissance en moyenne à 65 filles. Nous remplacerons donc 100 femmes capables d'avoir des enfants par 65 femmes capables d'avoir des enfants dans 20 ans. Voilà l'état de la démographie suisse sans immigration. Effectivement, si nous n'avons plus d'immigration, ce pays va donc tendanciellement commencer à disparaître, comme à peu près la moitié des pays du globe qui voient aujourd'hui leur population diminuer et qui sont confrontés à des problèmes presque insolubles. Même des États totalitaires comme la Chine n'arrivent pas à inverser cette situation et n'arrivent pas à augmenter à nouveau leur population. Ils sont donc en phase de déclin démographique, qui s'accompagnera évidemment d'un déclin économique.

Pour la première fois depuis 1918, dans ce pays, nous avons presque autant de décès que de naissances. En ce moment, en 2024, nous avons à peu près autant de décès que de naissances pour la première fois depuis 1918. C'est aujourd'hui que l'on voudrait limiter l'immigration, ce qui est complètement à rebours des besoins que nous aurons pour les générations suivantes. La question est : voulons-nous que nos villes se remplissent presque exclusivement de gens aux cheveux gris, quand ils ont encore des cheveux, parce que ce n'est pas toujours le cas et je suis bien placé pour en parler ? Est-ce ce que l'on veut ? Ou veut-on encore des enfants et des jeunes dans nos rues, qui puissent justement s'engager sur le marché du travail et payer nos futures retraites ?

Il y a évidemment une question à laquelle on n'a peut-être pas encore répondu : a-t-on encore la capacité de croître en matière d'habitat ? On a parfois l'impression que nous sommes sur un territoire qui aurait des limites que l'on aurait atteintes ; maintenant, on ne peut plus construire davantage. Ce n'est pas un projet, ce n'est pas une proposition, mais c'est juste quand même pour nous donner une idée : nous sommes aujourd'hui dans cette belle ville de Berne, qui a une qualité de vie remarquable. On ne va pas dire que l'on est dans un environnement urbain oppressant. Il y a une qualité de vie tout à fait reconnue. La ville de Berne a une densité de population d'à peu près 2600 habitants au kilomètre carré, c'est-à-dire presque cinq fois moins que Genève et presque deux fois moins que Zurich. Il y a donc une belle qualité de vie dans la ville de Berne. Si un peu



plus de la moitié du canton de Berne était densifiée comme la ville de Berne, nous pourrions avoir toute la population suisse qui serait localisée dans ce canton de Berne. Tout le reste du pays serait un parc naturel avec des ours, des cerfs, des loups, etc. Voilà ce qui serait possible théoriquement. Je le répète : ce n'est pas un programme et ce n'est pas une proposition, mais c'est juste pour se rendre compte que nous avons encore la possibilité de loger une population suisse dans des conditions tout à fait raisonnables et harmonieuses. Voilà pour vous dire à quel point cette initiative donne une illusion de réponse. Les vraies réponses aux problèmes de la population, c'est un bon contrôle des salaires et une bonne protection des salaires pour éviter du dumping salarial ; c'est une bonne redistribution des richesses produites dans ce pays ; c'est un meilleur contrôle des loyers. Voilà les

AB 2025 S 1350 / BO 2025 E 1350

mesures que l'on doit prendre pour que la population profite de cette croissance davantage qu'elle ne l'a fait ces dernières années. Si nous faisons cela, nous arriverons à créer un consensus.

Enfin, un dernier mot sur les propositions de contre-projet. Je ne vais pas aller dans le détail de chaque contre-projet, mais je fais juste un constat. Quand on a entendu les trois porte-paroles de minorités – M. Daniel Fässler, Mme Gössi et Mme Z'graggen – expliquer leur contre-projet, presque deux tiers de leur temps de parole a servi à expliquer pourquoi les auteurs de l'initiative avaient un peu raison au fond – n'est-ce pas ? Je ne sais pas ce que votera chacun des trois collègues à la fin si les propositions de contre-projets sont rejetées, mais j'ai cru comprendre qu'en tout cas deux sur trois étaient contre l'initiative. C'est exactement ce qui se passe quand on fait un contre-projet : on passe son temps à expliquer que l'initiative va quand même un peu dans la bonne direction, mais qu'il faudrait faire un peu autrement. Il faudrait être un peu moins efficace. Si vous passez une campagne à expliquer pourquoi les autres ont à peu près raison, mais qu'il faut faire à peu près seulement 10 pour cent de ce qu'ils demandent, vous êtes quasiment sûrs que vous allez perdre. Cette initiative, il faut la combattre de manière démocratique. Il faut la respecter. Il faut respecter ses arguments. Cependant, il faut effectivement donner des arguments contraires à ce qu'elle propose, parce que ce n'est pas dans l'intérêt de notre pays et de notre jeunesse.

C'est la raison pour laquelle je pense qu'il est préférable de refuser ces propositions de contre-projet et de mener ce débat clair, démocratique et franc face à la population, qui, nous l'espérons, fera le bon choix.

Schwander Pirmin (V, SZ): Es überrascht Sie wahrscheinlich nicht, dass ich dafür plädiere, die Minderheit IV (Friedli Esther) zu unterstützen.

Ich habe bis jetzt gehört, die Initiative sei radikal, drastisch, einschneidend, sie befasse sich nicht mit den Ursachen und sie bewirtschafte systematisch ein Problem. Nun haben Sie sich vielleicht gefragt, was den Anstoss zu dieser Initiative gab. Ich zitiere aus der Stellungnahme des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 über die bilateralen Abkommen mit der EU: "Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste des Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben. Dank den zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen besteht ein umfassender Schutz vor Lohn- und Sozialdumping. Dies ist besonders für die Grenzkantone von Bedeutung. Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten."

Nun, das war der erste Anstoss zur Initiative: diese drastische, einschneidende, polemische, teils arrogante und belehrende Fehleinschätzung des Jahrhunderts von Bundesrat und Parlament im Jahr 2000. Damals wie heute wird eines ausgeblendet, nämlich der volkswirtschaftliche Graben zwischen der Schweiz und der EU. Ich gehe nicht mehr auf die Probleme ein; Kollege Fässler und Kollegin Z'graggen haben die Probleme geschildert, die wir heute aufgrund dieser Fehleinschätzung haben. Was mich in den letzten zwanzig Jahren gestört hat, ist die Tatsache, dass sich weder Bundesrat noch Parlament mit den sich bereits ab 2009 abzeichnenden Problemen befassen haben, die sich bis heute zugespitzt haben. Man wollte die Probleme offenbar ausblenden. Bei der Frage, ob wir in der Vergangenheit einen Wohlstandsverlust hatten oder nicht, gehen die Meinungen offenbar auseinander. Kollegin Z'graggen hat das BIP pro Kopf angesprochen. Hierzu können Sie auch andere Statistiken nachlesen. Ich muss eines sagen: Das BIP pro Kopf stagniert schon lange, wenn man es genau betrachtet und wenn man es bereinigt. Die Berechnung des BIP wurde geändert; zum Beispiel werden die Edelmetalle nicht eingerechnet, und die Grenzgänger werden anders eingerechnet. Diese Elemente muss man korrekt einbeziehen. Wenn man das tut, sieht man, dass wir schon seit fünfzehn Jahren ein stagnierendes und teilweise ein negatives BIP pro Kopf, also einen Wohlstandsverlust, haben. Das sieht man, wenn man das BIP um die Edelmetalle bereinigt und die Waren mit einbezieht, die in der Vergangenheit nicht eingerechnet



wurden, neu hingegen schon.

Dann zum Kaufkraftverlust: Wenn Sie bei der Lohnentwicklung die 10 Prozent tiefsten und die 10 Prozent höchsten Löhne wegnehmen – das sollten Sie, wenn Sie statistische Auswertungen machen, sonst haben Sie Verzerrungen –, dann stellen Sie einen massiven, einen drastischen Kaufkraftverlust fest. Wir sagen heute, der Mittelstand verschwinde; das können Sie statistisch nachweisen, wenn Sie eben 5 bis 10 Prozent von der Normalverteilung wegnehmen.

Dann stellen wir eine Korrelation zwischen dem Fachkräftemangel und der Zunahme der Teilzeitbeschäftigung fest; das können Sie auch wissenschaftlich nachweisen. Wir schaffen den Fachkräftemangel eigentlich innenpolitisch, indem die Teilzeitbeschäftigung entsprechend zunimmt.

Was sind die Lösungen? Meiner Meinung nach hätten wir die Lösungsansätze der Minderheiten I, II und III schon lange diskutieren müssen. Wir diskutieren sie heute, und meines Erachtens kommen sie zu spät. Warum kommen sie zu spät? Wir haben, volkswirtschaftlich gesprochen, eine negative Wachstumsdynamik, das können wir nicht wegleugnen. Wie stellen wir das fest? Ganz einfach: Seit den Bilateralen I hat die Bevölkerung um 20 Prozent und die Vollzeitstellen um 30 Prozent zugenommen; die Vollzeitstellen in der öffentlichen Verwaltung, in Bildung, Erziehung und im Gesundheitswesen haben um 65 Prozent zugenommen. Das ist die negative Wachstumsdynamik, wissenschaftlich können Sie diese mit grosser Evidenz nachweisen. Was heisst das für die vergangenen zehn Jahre? 50 Prozent – knapp 50 Prozent, man muss genau sein – der in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren geschaffenen Stellen brauchten wir in der öffentlichen Verwaltung, in Erziehung, Bildung und im Gesundheitswesen, um das Wachstum aufzufangen. Ich habe Ihnen die diesbezügliche Frage schon einmal gestellt, Herr Bundesrat Jans. Dieses Wirtschaftsmodell, in dem Sie fast 50 Prozent der Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung, in Erziehung, Bildung und im Gesundheitswesen brauchen – Tendenz zunehmend –, funktioniert nicht. Ich wüsste nicht, in welchem Land auf der Welt dieses Modell funktioniert. Es funktioniert schlichtweg nicht. Darum haben wir eben diese negativen Folgen bezüglich BIP pro Kopf, Kaufkraftverlust oder eben die zunehmende Teilzeitbeschäftigung, was eben wieder zu Fachkräftemangel führt.

Wenn Sie das noch weiter untersuchen, dann kommen Sie zum Schluss, dass sich der grosse volkswirtschaftliche Graben zwischen der EU und der Schweiz in Zukunft noch vertiefen, dass sich diese Probleme noch zuspitzen werden, wenn wir jetzt nichts machen. Das kann ich Ihnen sagen. Ich gebe Ihnen nicht noch mehr Statistiken usw.; wir haben heute, auch von den anderen Kolleginnen und Kollegen, zum Glück schon genug gehört. Diese Probleme spitzen sich noch mehr zu. Darum bin ich überzeugt, dass wir jetzt etwas machen müssen. Leider, muss ich sagen, haben wir zwanzig Jahre lang nichts gemacht. Je länger Sie bei einem Problem zuwarten, das sage ich auch in Bezug auf Unternehmungen, die Probleme nicht lösen, desto eher müssen Sie drastische Massnahmen treffen – oder Sie können die Probleme nicht mehr lösen; solche Unternehmen gehen unter, das sind Fakten.

Ich bitte Sie, der Minderheit IV (Friedli Esther) zu folgen.

Chiesa Marco (V, TI): Si dice spesso che gli svizzeri si alzano presto ma si svegliano tardi. Ecco, su questo tema è arrivato proprio il momento di aprire gli occhi. La realtà è davanti a noi da anni, ma alcuni fanno ancora finta di non conoscerla. Oggi discutiamo l'iniziativa "No a una Svizzera da 10 milioni!", che non è un'esagerazione, bensì è dovuta a una vera e propria emergenza. Nel 2000 eravamo poco più di 7 milioni di abitanti. Oggi siamo già oltre i 9 milioni e, secondo le proiezioni, supereremo i 10 milioni di abitanti prima del 2050. Ma voi sapete benissimo che questa cifra verrà raggiunta ben prima di quella data.

AB 2025 S 1351 / BO 2025 E 1351

Il ritmo di crescita a cui sottoponiamo il nostro Paese non è sostenibile sotto nessun punto di vista, né infrastrutturale né ambientale né sociale. Basta guardarsi intorno. Gli effetti sono stati già citati prima: strade congestionate, treni sovraffollati, ospedali al limite, alloggi sempre più cari, servizi pubblici in affanno e approvvigionamento energetico in emergenza. Nel frattempo, ci preoccupiamo giustamente del consumo del suolo, della qualità dell'aria, della protezione del paesaggio e dell'approvvigionamento energetico. Ma come possiamo ridurre emissioni e traffico, evitare la cementificazione e garantire l'elettricità per tutti, se ogni anno aggiungiamo una nuova città più grande di Lugano al nostro Paese?

Chi ha responsabilità pubbliche non può continuare a ignorare questi segnali. La crescita illimitata, oggettivamente, non è un destino ma il risultato di una scelta, e oggi la situazione ci sta sfuggendo di mano.

Quando nel 2002 abbiamo adottato la libera circolazione con l'Unione europea ci dissero – grazie al collega Schwander che l'ha citato! – che sarebbero arrivati al massimo 8000 stranieri all'anno. Oggi sono più di 80 000



arrivi netti all'anno. Una previsione sbagliata solo di uno zero, quindi di un ordine di misura. Ma invece di correggere la rotta si è continuato a dire che tutto andava bene e che dovevamo continuare così.

Non stiamo parlando di rifiutare chi ha bisogno di aiuto, caro collega Maillard, né di chiudere il Paese. Stiamo dicendo che serve finalmente una politica migratoria seria, fondata sull'interesse nazionale, sulla capacità effettiva di integrazione, sulla sostenibilità del sistema che necessita un'immigrazione, appunto, complementare e non di sostituzione ai residenti, come ad esempio succede nel mio di Cantone.

Oggi tre quarti della crescita demografica è legata direttamente all'immigrazione e chi ne nega l'impatto nega l'evidenza. Infrastrutture, sanità, mercato del lavoro, ambiente, coesione sociale – tutto è sotto pressione. E più a lungo aspettiamo, più sarà difficile porvi rimedio. L'iniziativa che discutiamo non propone misure drastiche. Non propone alcuna misura drastica ma un principio chiaro: fissare un limite della popolazione residente permanente per non superare questi famosi 10 milioni entro il 2050. La Confederazione avrà margine di adottare misure flessibili e proporzionate. Non si tratta di bloccare gli ingressi nel nostro Paese ma di governare e tornare a decidere, come un Paese sovrano e come una popolazione libera, su chi entra, in quale numero e con quale obiettivo.

Il nostro modello sociale funziona perché è costruito su misura, non sul gigantismo. La Svizzera ha bisogno di equilibrio, di qualità e sicurezza, non di una corsa cieca verso la crescita. Per questo oggi dobbiamo suonare la sveglia, perché se non agiamo ora sarà troppo tardi per salvaguardare ciò che rende unica la Svizzera: la qualità di vita, la coesione fra le regioni, la fiducia nelle istituzioni, la sostenibilità dei servizi pubblici.

Non possiamo lasciare che la demografia si governi da sola. Non possiamo rassegnarci a diventare un pezzo di asfalto e beton nel cuore dell'Europa, dove la politica non decide più nulla perché è sempre troppo tardi. La Svizzera non è un territorio da riempire, è una comunità da proteggere. Questa iniziativa non è un rifiuto, è una scelta. Una scelta per mantenere il controllo, per proteggere l'equilibrio, per garantire la continuità di un modello che ha servito bene il nostro Paese. Non serve ideologia, serve lucidità, serve il coraggio di dire "adesso basta!".

Io sostengo questa iniziativa perché voglio una Svizzera che cresca con intelligenza e non per inerzia; una Svizzera che guardi avanti, non che chiuda gli occhi; una Svizzera che resti fedele a sé stessa malgrado le pressioni del mondo; e soprattutto una Svizzera che si svegli per tempo.

Ringrazio dunque tutti coloro che vorranno sostenere questa iniziativa – e credo che ci ringrazieranno prima di tutto le prossime generazioni.

Würth Benedikt (M-E, SG): Ein Element, das meines Erachtens sehr wichtig ist, wurde bis jetzt noch überhaupt nicht angesprochen, und das erstaunt mich. Es wurde nicht einmal in der Botschaft des Bundesrates angesprochen. Wovon spreche ich? Wir müssen uns überlegen, welche Auswirkungen diese Initiative auf das interkantonale Verhältnis hat. Das wird bis jetzt völlig ausgeblendet. Wieso sage ich das?

Wenn Sie die Bevölkerungsszenarien anschauen, dann dürfen Sie nicht nur einfach den nationalen Entwicklungskontext anschauen. National sagt man 0,6 Prozent, dann sind wir 2050 bei 10,4 Millionen Einwohnern, und davon gehen alle aus. Schauen Sie bitte auch die kantonalen Bevölkerungsszenarien an. Es ist sehr wichtig, was in den Kantonen passiert. Wir haben heute schon sehr unterschiedliche Dynamiken. Die wichtigste Kennzahl diesbezüglich ist der Altersquotient, also das Verhältnis der Über-65-Jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Noch 2019 waren diese relativ eng beieinander. Es gab aber damals schon einen Unterschied zwischen ländlichen Kantonen und städtischen Kantonen. Was passiert jetzt? In den nächsten dreissig Jahren wird diese unterschiedliche Dynamik deutlich zunehmen. Die Kantone Tessin und Graubünden haben einen deutlich höheren Altersquotienten. Es ist schade, dass Kollege Chiesa nicht mehr im Saal ist, aber ich sage ihm das nachher noch beim Bier. Die Kantone Basel-Stadt, Waadt, Zürich, Genf – das ist auch nicht überraschend – haben einen tieferen Altersquotienten. Das können Sie alles im interessanten Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 20.4257 nachlesen, der vor zwei Jahren publiziert wurde.

Das führt natürlich zu einer speziellen Situation, wenn wir den Deckel, der verschiedentlich zitiert wurde, nehmen. Was passiert dann? Falls Sie auf diese Entwicklung einen Deckel legen, dann werden die grossen Unternehmen in diesen Zentren, die ich erwähnt habe, einfach stärker aus den peripheren Regionen rekrutieren, wenn sie ihren Arbeitskräftebedarf nicht mehr im europäischen Markt abdecken können. Das hat natürlich weitreichende Auswirkungen auf das interkantonale Verhältnis, auf Bildungseinrichtungen, auf Gesundheitseinrichtungen in diesen Regionen. Ich spüre das auch in meinem Kanton. Wir sind ja gewissermassen eine Schweiz im Kleinen, mit unterschiedlichen Regionen, die eben unterschiedliche Altersquotienten haben.

Dieses Problem wird mit dieser Initiative deutlich verschärft. Zu diesem Bericht hat uns, der Finanzkommission, die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) am 25. August 2023 einen interessanten Brief geschrieben. Ich habe ihn über das Wochenende wieder gefunden. Ich zitiere Ihnen aus diesem Brief der KdK: "Wie der Bericht



zeigt, driften die Kantone bis 2050 demografisch auseinander. Kantone mit geringem oder gar negativem Bevölkerungswachstum und einer starken Alterung werden zunehmend Mühe bekunden, die demografieabhängigen Ausgaben nachhaltig zu finanzieren. Insbesondere der Bereich Langzeitpflege dürfte bei vielen Kantonen zu einer grösseren Finanzierungslücke führen. Die unterschiedliche demografische Entwicklung hat zudem zur Folge, dass sich die Disparitäten in der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Kantonen gegenüber heute weiter vergrössern werden."

Ich komme zum Fazit: Der demografische Wandel ist sinnbildlich für die wirtschaftliche Entwicklung, dessen muss man sich bewusst sein. Wenn Sie einfach diesen Deckel, der verschiedentlich zitiert wurde, auf die Schweiz legen, dann wird das zu deutlichen, massiven Verwerfungen zwischen den Kantonen führen. Das muss hier einfach gesagt werden.

Überlegen wir, was jetzt mit der Bevölkerungsentwicklung national passiert: Mit den 0,6 Prozent, die ich erwähnt habe, haben wir 900 000 mehr Pensionierte im Jahr 2055. Gegenüber den heutigen 1,8 Millionen sind es dann 2,7 Millionen. Wenn wir diesen hohen Rentnerinnen- und Rentnerbestand finanzieren müssen und gleichzeitig diese Effekte haben, die jetzt verschiedentlich erwähnt wurden, dann bekommen wir einfach ein Problem. Das können Sie lange schönreden, aber die Leute sind ja hier. Das ist Statistik, das ist nicht irgendwie Steuerung durch die Politik. Es ist einfach Statistik, die zeigt, dass die Leute älter werden und irgendwann in Rente gehen.

Diese Punkte, diese interkantonalen Effekte, müssen in der Debatte, die wir mit dem Volk führen werden, sehr deutlich gemacht werden. Wir müssen deutlich sagen – und ich bedauere es, Herr Bundesrat, dass der Bundesrat diesen Kontext in der Botschaft ausblendet –, dass das grosse

AB 2025 S 1352 / BO 2025 E 1352

Auswirkungen auf die unterschiedliche Entwicklung unseres Landes haben wird.

Mein Hauptkritikpunkt an dieser Initiative ist eigentlich nicht, dass sie irgendein Problem aufnimmt; es wurde von "Problembewirtschaftung" usw. gesprochen. Das ist direkte Demokratie, man kann den gleichen x-beliebigen Abstimmungsgegenstand immer wieder aufgreifen. Mein Hauptkritikpunkt ist, dass diese Initiative keinen Umsetzungsplan aufweist. Es wäre ein fundamentaler Wechsel unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dann muss man doch sagen, wie man das umsetzt. Man kann doch nicht sagen: Ja, wir schauen dann. Ich habe bis jetzt eigentlich nicht gehört, wie man das dann umsetzt. Der Schwellenwert wird kommen, das ist logisch, das ist statistisch wohl eindeutig.

Ich bin mit Kollege Maillard nicht immer ganz einig. Aber er hat vorhin schon etwas sehr Richtiges im Kontext mit der Geschichte der Migration gesagt. Schauen Sie, in welchen Phasen wir die höchsten Dynamiken mit der Migration, mit der Zuwanderung hatten: Das war nicht in der Phase der Freizügigkeit; es war – er hat es erwähnt – in der Phase, als wir Kontingente hatten. Nur: Damals hatten wir keinen Deckel. Er hat aus der Geschichte ohne Deckel zitiert.

Was passiert, wenn wir jetzt wieder Kontingente einführen? Das ist logisch: Artikel 121a der Bundesverfassung und ein Deckel führen zu einem gewaltigen Shift zwischen den Branchen. Dann wird es entscheidend sein, welche Branchen am besten für die Füllung dieser Kontingente mobilisieren werden. In diesem Zusammenhang: Wir machen ja keine Parteipolitik im Ständerat, aber der Präsident der initiiierenden Partei hat in einem "NZZ"-Interview am 22. September 2025 sich schon sehr entlarvend geäussert und die Masken fallen lassen. Er hat konkret die Frage gestellt bekommen: "Also wollen Sie die Kontingente für Tieflohnbranchen wie Landwirtschaft oder Tourismus so gross halten, dass Sie so viele Leute rekrutieren können wie bisher?" Das war die Frage des Journalisten. Die Antwort des Präsidenten der initiiierenden Partei war kurz und bündig: "Ja, klar." Das wird der grosse Shift sein.

Ich muss Ihnen einfach sagen: Wenn Sie den Transfer von Mitteln weiterhin so bewirtschaften wollen, wie wir das in diesem Land volkswirtschaftlich und finanziell in den letzten zwanzig, dreissig, ja fünfzig Jahren, wenn Sie wollen, aufgezogen haben, wenn Sie dieses Transfervolumen, diese Transfersysteme am Laufen halten wollen, gerade auch zugunsten der ländlichen Räume, dann brauchen Sie auch die wertschöpfungsstarken Branchen. Dann können Sie nicht nur einfach sagen: "Ja, klar, selbstverständlich rekrutieren wir dann, so wie heute." Das geht nicht auf. Das wird einen volkswirtschaftlichen Crash geben.

Vor diesem Hintergrund ist meine Hauptkritik: Wir haben null Umsetzungsplan, wir haben keine Vorstellung, wie wir ein Ja konkret in Gesetzestext überführen. Wenn die Initiative angenommen wird, wird dies die Schweiz verändern. Das will man seitens der Initianten, das ist legitim, das gehört zur direkten Demokratie. Aber die Bevölkerung, insbesondere auch die Wirtschaft, insbesondere auch die ländlichen Regionen müssen sich bewusst sein, was das dann bedeutet.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit IV (Friedli Esther) abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.



Mühlemann Benjamin (RL, GL): Dass die Bevölkerung Dichte wahrnimmt und die Migration die Bevölkerung beschäftigt, das ist real, und das verdient ernsthafte politische Antworten. Jetzt kann man das simplifizieren, das ist natürlich verlockend – und ich meine, genau das macht diese Initiative –, oder man kann die vielschichtigen Herausforderungen, die komplexen Herausforderungen sauber herauschälen und anpacken. Herr Würth hat gesagt, ihm fehle der Umsetzungsplan dieser Initiative. Mir fehlt der Umsetzungsplan eigentlich nicht, ich möchte viel lieber ohne diese Initiative umsetzen. Ich meine, das sei in der politischen Arbeit wirklich sinnstiftender.

Das Bild des Landes, das an seine Grenzen stösst, wurde schön gezeichnet. Es ist auch schnell gezeichnet, und es lässt sich leicht fassen. Es ist aber unsere Pflicht als Gesetzgeber, glaube ich, die ganze Leinwand zu betrachten. Die Schweiz hat in ihrer Geschichte immer wieder bewiesen, dass sie Wachstum bei aller Komplexität produktiv bewältigen kann, und das könnte die Schweiz auch in der Zukunft. Wir dürfen nicht vergessen, dass vieles, was heute hier beklagt wird, hausgemacht ist, zum Beispiel als Resultat von unzureichenden Investitionen in die Infrastruktur oder zum Beispiel durch das Abwenden vom Leistungsprinzip in der Bildung in den vergangenen Jahren, ganz unabhängig von der Zuwanderung. Mit anderen Worten: Die vorliegende Initiative verspricht Ordnung, und sie verspricht Steuerung. In der Praxis destabilisiert sie aber nicht nur unsere Wirtschaftsbeziehungen im Kern, denn wer will denn hier im Land, das diese Sicherheit nicht mehr hat, schon investieren? Sie schwächt auch unsere eigenen Steuerungsinstrumente fundamental. Deshalb beantrage ich Ihnen, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und alle Gegenvorschläge ebenfalls abzulehnen.

Mich überzeugen diese Gegenvorschläge jedenfalls nicht, weil sie den technischen Mechanismus, den diese Initiative fordert, noch als tauglich darstellen – es ist eben eine Art Simplifizierung –, um das Wachstum dann technisch abzufedern. Diese Gegenvorschläge überzeugen mich auch nicht, weil sie halt – ich sage es jetzt zugespitzt – auch nur technische Mechanismen sind.

Dabei ist es doch gar nicht das Problem, dass unser Staat über zu wenige Instrumente zur Steuerung der Zuwanderung verfügt. Das zentrale Problem ist, dass die Hebel, die wir im eigenen Land eigentlich haben, zu wenig genutzt werden. Eine nachhaltige Antwort auf den Zuwanderungsdruck beginnt nicht an der Grenze, sondern sie beginnt bei den inländischen Strukturen. In diesem Zusammenhang ist, meine ich, auch eine gewisse Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung nötig.

Es wird jetzt mit diesen vier oder fünf Modellen, die hier im Raum stehen, so getan, als könne man die Zuwanderung mit technischen Mechanismen, mit Zielwerten und Schwellen und mit Automatismen usw., feinjustieren. Es klingt, als habe man alles im Griff, wenn man diesen Text in die Verfassung geschrieben hat. Ich finde, das ist Augenwischerei. Seien wir doch ehrlich: Echte Steuerung auf technischer Ebene funktioniert nur und wirklich nur mit einem Kontingentsystem, geben Sie es zu. Das wäre transparent, das wäre verständlich: ein Kontingentsystem. Aber in kaum einer Branche, wir haben das auch schon gehört, wäre man bereit, für sich verbindliche Kontingente zu akzeptieren, weder im Gesundheitswesen noch im Bauwesen, in der Industrie, in der Landwirtschaft oder in der Gastronomie. "Not in my backyard", würde es heissen, und ich persönlich hätte grösstes Verständnis für diese Aussage. Gerade deshalb bleibt die versprochene Steuerung ein politisches Versprechen ohne Substanz. Das führt mich klar zur Schlussfolgerung: Wir müssen den Druck dort reduzieren, wo wir effektiv handeln können, eben im Inland.

Lassen Sie mich zwei, drei Beispiele aufzählen. Ein zentraler Hebel liegt in der besseren Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials. Die Schweiz verfügt über gut ausgebildete Menschen mit Erfahrung und Motivation. Dieses Potenzial wird sehr oft durch falsche Anreize blockiert. Wer über Zuwanderung spricht, der muss doch zuerst darüber sprechen, wie wir mehr Menschen in den Arbeitsmarkt bringen, die schon hier leben, und wie wir es ihnen ermöglichen können, mehr zu arbeiten, wenn sie das denn wollen.

Sprechen wir doch über die steuerliche Behandlung von Arbeit: Ein Projekt, welches das Parlament auf den Weg geschickt hat, gelangt am 8. März zur Abstimmung. Und nein, ich mache hier jetzt keinen Werbespot für die Individualbesteuerung – das gehört sich nicht, das weiss ich –, ich weise nur sachlich, nüchtern darauf hin, dass diese Reform Arbeit attraktiver macht und die Erwerbsquote gerade bei gut qualifiziertem Fachpersonal erhöhen würde. Das ist doch eine von vielen Möglichkeiten, eine ganz konkrete Antwort auf die grosse Frage, über die wir hier diskutieren. Man muss es einfach wollen.

Generell gibt es bei der Arbeitsmarktpolitik Hebel, bei der Attraktivität der Arbeit für Personen, die über 55-jährig oder sogar schon im Pensionsalter sind. Sie wissen das:

AB 2025 S 1353 / BO 2025 E 1353

Arbeitnehmende ab 55 werden benachteiligt, sei es durch höhere Lohnnebenkosten, sei es durch starre Pensionsmodelle. Das ist nur schon volkswirtschaftlich unvernünftig. Erfahrene und motivierte Arbeitskräfte zwingt man sehr unflexibel in Pension. Also wieso halten wir denn diese Leute nicht länger im System? Warum



eliminieren wir denn nicht Fehlanreize und schaffen wir nicht positive Anreize steuerlicher Art, für Ältere beispielsweise? Das würde nicht nur die Wirtschaft stärken, sondern auch die Sozialwerke entlasten, und es würde Fachkräfte im Inland mobilisieren, sodass man diese Fachkräfte dann nicht im Ausland suchen muss. Es würde den Zuwanderungsdruck reduzieren. Also wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Ebenso zentral ist, dass man den Menschen hierzulande eine Infrastruktur zur Verfügung stellt, die ihnen ein angenehmes und ein bezahlbares Leben ermöglicht. Das beginnt beim Wohnraum. Hier in diesem Rat diskutieren wir immer wieder über das Vereinfachen von Baubewilligungsverfahren, das Lösen von Fesseln für bezahlbaren Wohnraum und so weiter und so fort. Da gibt es zum Beispiel Anknüpfungspunkte im Raumplanungsgesetz, das ja eben diese Fesseln anlegt. Der Bundesrat hat längst versprochen, dass er einen Katalog bringen werde. Die Frage ist dann, ob das Parlament den Katalog umsetzen will, auch wenn es vielleicht unbequem sein könnte.

Natürlich gehören auch eine funktionierende Mobilität und eine verlässliche öffentliche Infrastruktur dazu, die das tägliche Leben erleichtern. Auch daran können wir arbeiten, damit die Lebensqualität hierzulande gesichert bleibt. Ja, es ist anstrengend, daran zu arbeiten, aber es ist zielführender, als einen On-off-Schalter zu installieren, der sich dann erst noch von alleine umschaltet. Für Politikerinnen und Politiker ist das sehr bequem, aber es bedeutet auch, die Verantwortung ein Stück weit abzugeben – nicht zu delegieren, sondern abzugeben.

Ich habe eingangs meines Votums die These aufgestellt, dass die Schweiz Wachstum produktiv bewältigen kann. Und Produktivität schaffen wir mit unserem dualen Berufsbildungssystem, mit gezielter Umschulung, mit Innovation, mit Digitalisierung, mit Digitalisierung auch bei unserer Verwaltung. Gerade der Staat muss produktiver werden statt einfach immer grösser. Und Produktivitätsgewinne reduzieren am Ende den Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften und sichern unseren Wohlstand.

Also zusammengefasst: All die Herausforderungen, die jetzt hier in diesem Saal genannt wurden, lassen sich nicht so einfach lösen, wie es die Initiative und auch die Gegenvorschläge uns vormachen. Diese Herausforderungen verlangen nach konsequenter Arbeit an den Grundlagen unseres Landes, nämlich am Arbeitsmarkt, an den Sozialwerken, am Wohnungswesen, an der Infrastruktur, an der Bildung, an der Produktivität und an der staatlichen Effizienz. Gehen wir doch besser diesen Weg. Dieser Weg ist vielleicht anstrengender, aber es ist ein konstruktiverer Weg – und ganz nebenbei stärkt er auch noch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Salzmann Werner (V, BE): Ich möchte das Ganze einmal in etwas andere Worte fassen. Die unkontrollierte Zuwanderung in ein Land ist faktisch fast wie eine Haustür, die wegen des gebetsmühlenartigen Vortragens von Vorteilen dauerhaft offen steht, mit einem Schild daneben: Bitte eintreten. Kontrolle wäre unhöflich. Anfangs kommen nette Gäste mit Blumen. Später ziehen Leute ein, die sich sogar an Ihrem Kühlschrank bedienen und behaupten, sie hätten schon immer hier gewohnt. Irgendwann wird die Tür ausgebaut, weil sie angeblich ein Symbol für Ausgrenzung ist, während die ursprünglichen Bewohner aus Platzmangel im Flur stehen und sich erklären lassen müssen, warum sie trotzdem für Heizung, Ordnung und Reparaturen verantwortlich sind. Und wenn jemand vorsichtig fragt, ob man die Tür vielleicht wieder anlehnen sollte, heisst es empört: Was, willst du etwa Mauern bauen?

Nein, die Initiative will nicht Mauern bauen. Sie will Ordnung schaffen und die Ursachen der Missstände beseitigen, die auch viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bewegen. Die Zuwanderung kann von uns gesteuert werden. Das heisst nicht, dass wir niemanden mehr hereinlassen. Herr Würth hat gesagt, wir hätten keine Umsetzungsbeispiele oder Umsetzungsideen. Das Beispiel Kanada wurde auch im Rahmen der Masseneinwanderungs-Initiative in Bezug auf eine mögliche Umsetzung erwähnt. Es ist klar, dass wir Kontingente schaffen müssen, aber wir bestimmen, wer wann in die Schweiz kommt und in welche Branche. Das ist der Unterschied. Ich empfehle Ihnen also: Nehmen Sie die Schlüssel dieses Hauses wieder in die eigene Hand, und bekämpfen Sie nicht die Folgen, sondern die Ursachen.

Ich empfehle Ihnen, die Initiative anzunehmen und die Minderheitsanträge auf einen Gegenvorschlag abzulehnen.

Germann Hannes (V, SH): Eigentlich wäre das Votum meines Vorredners ein gutes Schlusswort gewesen. Nun habe ich mich aber gemeldet wegen der Einwürfe, die noch gekommen sind, denn diese wurden noch nicht widerlegt.

Man kann der Initiative natürlich vorwerfen, sie würde eine Illusion verbreiten. Ich meine aber, es sei keine Illusion. Es ist ziemlich konkret, Herr Kollege Maillard, Sie haben es ja auch gesagt: Es ist keine Illusion, dass die Schweiz in den Sechziger- und Siebzigerjahren gewachsen ist, damals ihre grösste Zuwanderung hatte, und dass sich diese für den Wohlstand unseres Landes gelohnt hat – und dies unter einem Kontingentsystem.



Man stelle sich das einmal vor, wo doch Kontingente heute dermassen schlechtgeredet worden sind. Dabei ist es doch das Normalste der Welt, dass man nur so viele Leute ins Land lässt, wie dieses ertragen kann. Im letzten Jahr sind netto 83 900 Menschen zugewandert. Pro Jahr fehlen 30 000 bis 40 000 Wohnungen. Sie spüren das ja alle, der Wohnraum wird knapper. Die gleichen Leute, die für eine unbegrenzte Zuwanderung sind, sind dann immer für restriktive Vorschriften zu haben, wenn es ums Bauen geht, wenn es ums Erweitern geht, auch wenn es ums Verdichten geht. Überall hat man Einwände. Das geht nicht auf.

Frau Kollegin Moser, ich weiss es nicht, ob es Schaden oder Chaos anrichtet, wenn man vor einem Haus oder vor einer Diskothek einen Türsteher hat. Früher war das üblich, heute ist es immer noch üblich. Ich meinte, das sei eher eine gewisse Kontrolle, und diese fügt dem System keinen Schaden zu, im Gegenteil. Wenn die Türen offen sind und man gar nichts mehr steuert, dann hat man auch nichts im Griff und muss sich nicht über die Ergebnisse wundern. "Wir schaffen das", hiess es in Deutschland – und ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, wie das Ergebnis ist.

Schliesslich noch ein Wort zu den Ausführungen von Kollege Würth: Natürlich hat das Auswirkungen auf die Kantone. Das hatte aber auch schon das System im letzten Jahrhundert mit den Kontingenten. Ich glaube, diese Entwicklung müssen wir zusammen mit den Kantonen gestalten. Das ist eben das, was eine Volksinitiative sicher nicht kann: ein System austariert zu Ende denken. Gleichwohl verweise ich Sie aber auf die Initiative. Lesen Sie sie durch, lesen Sie auch die Begründungen, und dann werden Sie sehen, dass es ein gut austariertes Kaskadenmodell ist. Es geht eben nicht darum, keine Zuwanderung mehr zu haben, sondern eine selbst gesteuerte, qualitative Zuwanderung, die für unser Land, unsere Landschaft, unsere Kultur gut ist. Ich meine, dem gelte es am Schluss auch Rechnung zu tragen.

Ich möchte die drei Gegenvorschläge, die von drei Minderheiten eingebracht worden sind, ausgesprochen würdigen. Sie alle haben sich die richtigen Überlegungen gemacht, ihre Anträge sind heute aber wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig. Am ehesten wäre es vielleicht der Minderheitsantrag Z'graggen, weil er dabei helfen würde, die Bundeskasse zu füllen. Aber auch das lassen wir heute. Ich habe drei gute Ansätze herausgespürt, bleibe aber beim Original, und das ist die Initiative.

Darum bitte ich Sie, der Minderheit IV (Friedli Esther) zu folgen, und entschuldige mich, Herr Präsident, dass ich das Wort noch ergriffen habe. Aber ich danke Ihnen.

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Herr Germann, Sie haben das Recht, das Wort zu ergreifen. Auch Herr Poggia hat das Recht dazu, und ich erteile ihm das Wort.

AB 2025 S 1354 / BO 2025 E 1354

Poggia Mauro (V, GE): Mon but n'est évidemment pas de répéter ce qui a été dit du côté des soutiens à cette initiative. Ce n'est pas une initiative qui oppose des citoyens qui veulent se replier sur eux-mêmes contre des citoyens qui veulent être et rester ouverts au monde; il est ici très justement question, comme l'a dit notre collègue Marco Chiesa, de contrôler et non pas de subir une situation que nous subissons depuis maintenant des décennies, depuis notamment l'ouverture de la libre circulation – je reviendrai sur les propos de notre collègue Maillard.

Cette initiative est excessive, nous dit-on. Mais où est l'excès? Je vous rappelle qu'en février 2014, l'article 121a de la Constitution a été accepté en votation populaire et n'a jamais été respecté. Est-ce qu'il n'est pas excessif de faire voter la population qui exprime une crainte quant à une immigration non maîtrisée, mais de n'en tenir aucun compte? Avons-nous vu notre économie s'imposer des règles pour favoriser l'emploi de notre population? Quand je parle de notre population, c'est évidemment toutes les personnes qui sont sur notre territoire, qu'elles soient de nationalité suisse ou étrangère, toutes les personnes qui sont ici. Lorsqu'à un moment donné, elles sont dans la difficulté, notre solidarité implique un soutien. Pourtant, ces règles auraient pu être imposées par l'économie elle-même, sur une base volontaire, sans aucune violation de la libre circulation. Nous savons très bien, en particulier à Genève, à quel point la concurrence d'une main-d'oeuvre étrangère peut être considérée comme déloyale. Elle l'est bien souvent, pas au niveau des salaires les plus bas, puisque nous avons un salaire minimum, mais désormais dans des classes salariales plus élevées. Nous avons un chômage qui est bas, nous dit-on, pratiquement le plein emploi. Mais nous savons très bien comment nous calculons notre taux de chômage: Genève, avec – de mémoire – trois autres cantons en Suisse, prend également en considération les personnes qui sont à l'aide sociale, pour en faire une masse de demandeurs d'emploi. Dans la plupart des cantons suisses, on ne prend que les personnes inscrites aux offices régionaux de placement. Toutes les personnes qui ne sont tout simplement pas au chômage, parce qu'elles sont aidées par des proches, parce qu'elles ont peut-être une fierté, sans doute mal placée, qui les amène à tenir bon, à puiser dans leurs



réserve, toutes les personnes qui exercent une profession qui n'est pas la leur, avec un salaire bien inférieur à celui qu'elles mériteraient ; toutes ces personnes souffrent, et cette souffrance est bien réelle. Est-ce que l'on prend en considération cette souffrance qui existe dans notre pays, et qui a été exprimée en février 2014 ? C'est la raison pour laquelle je considère que cette initiative impose une réflexion sur la façon de gérer notre immigration et non pas de la subir, comme nous le faisons aujourd'hui et comme certains voudraient continuer à le faire.

Jans Beat, Bundesrat: In immer mehr Kommentaren liest man – wir haben es heute auch gehört –, die Leute hätten jetzt dann genug von der Zuwanderung. Die Schweiz sei im Dichtestress, man müsse etwas tun. Das Gefühl breite sich aus, dass es so nicht weitergehe. Und es gibt auch Umfragen, das haben wir ebenfalls gehört, die das bestätigen. Es gibt aber auch andere Umfragen, es gibt Rankings. Nach diesen Rankings gehört die Schweizer Bevölkerung zu den glücklichsten der Welt. Es gibt wenige Städte auf der ganzen Welt, in denen es sich besser lebt als in Schweizer Städten. Auch das wird durch solche Rankings bestätigt. Und es kommen viele weitere Rankings dazu: Die Schweiz gehört zu den reichsten, zu den sichersten, zu den friedlichsten, zu den wettbewerbsfähigsten und zu den innovativsten Ländern dieser Welt. Die Behauptung, Herr Schwander, dass die Schweiz nicht funktioniere, wird durch solche internationalen Vergleiche ganz sicher nicht bestätigt. Im Gegenteil, es gibt keinen Grund, wenn man diese internationalen Vergleiche sieht, anzunehmen, dass die Schweiz nicht funktioniere.

Wer hat nun recht: die Kommentare oder die Rankings? Ich überlasse die Entscheidung Ihnen oder vielleicht dem Volk. Aber ich bin persönlich überzeugt, dass die Schweiz und die Schweizer Bevölkerung etwas Wichtiges weiss, nämlich dass die Zuwanderung wichtig für unseren Wohlstand ist. Die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren in der Schweiz erfreulich positiv entwickelt und hat dafür gesorgt, dass es der Schweizer Bevölkerung vergleichsweise gut geht. Das war nur möglich, weil Jobs kreiert wurden. Als Folge davon hat auch die Bevölkerung zugenommen. Die Zuwanderung und unser Wohlstand gehören zusammen wie ein Paar Schuhe. Um vorwärtszukommen, braucht es beide. Wenn das Bevölkerungswachstum aber zu schnell erfolgt, dann können Probleme entstehen. Diese Herausforderungen, die gehen wir an: der Bundesrat, Sie – das Parlament –, die Kantone und Gemeinden, die Raum- und Verkehrsplaner, die Logistiker, Immobilienentwickler, Grossverteiler, all die klugen und engagierten Leute, die dazu beitragen, unsere Gesellschaft zu organisieren. Die Initiative hingegen, die tut das nicht. Sie löst kein einziges Problem, sondern schafft ganz viele neue. Zwischen dem, was die Initiative will, und dem, was sie tatsächlich bewirken würde, klaffen Welten. Die Initiative will zum Beispiel die Zuwanderung souverän steuern können. Stattdessen steuert sie die Schweiz in die Isolation und nimmt der nächsten Generation wichtige Handlungsspielräume, um auf aktuelle Probleme reagieren zu können. Die Initiative will die Zuwanderung bremsen, stattdessen verschärft sie den Fachkräftemangel und setzt das gute Verhältnis zur EU aufs Spiel. Die EU ist unsere wichtigste Partnerin, und das wird sie noch sehr, sehr lange sein.

Weiter will die Initiative mehr Sicherheit, aber stattdessen gefährdet sie die Sicherheit der Schweiz, indem sie in letzter Konsequenz die Polizei und den Grenzschutz von den wichtigen europäischen Informationen abschneidet. Das wäre nämlich der Fall, wenn wir nicht mehr bei Schengen dabei wären. Das wäre eine brandgefährliche Entwicklung.

Und schliesslich möchte die Initiative auch die Flüchtlinge fernhalten. Heute machen die Asylsuchenden nur einen sehr kleinen Teil der Zuwanderung aus. Die Initiative aber macht die Schweiz zur Insel der Hoffnung für alle abgewiesenen Asylsuchenden Europas. Würden wir nämlich den bilateralen Weg und den Schengen-Raum tatsächlich verlassen, würden die Zahl der Asylgesuche und die Kosten in der Schweiz explodieren.

Die Initiative ist auch schon als Chaos-Initiative bezeichnet worden. Ich würde ganz einfach sagen, die Initiative ist nicht im Interesse unseres Landes. Unsicherheit ist das Letzte, was wir in dieser ohnehin unsicheren Zeit brauchen können. Wenn wir Probleme haben, dann machen wir nicht einen Deckel darauf, sondern dann lösen wir diese Probleme.

Wohlstand und Zuwanderung gehören zusammen, wir haben es gehört. Ein Blick zurück lohnt sich: Im Wirtschaftswunder der Sechzigerjahre hatten wir teilweise über 200 000 Zuwanderer pro Jahr, trotz Kontingentierung – netto. In den Neunzigerjahren lief die Schweizer Wirtschaft im Kriechgang, die Zuwanderung ging auf einige Zehntausend zurück. Und dann, in den 2000er-Jahren, zog die Konjunktur mit der Personenfreizügigkeit kräftig an und mit ihr auch die Zuwanderung. Sie wissen es ja, geschätzte Frau Ständerätin Friedli, geschätzter Herr Ständerat Schwander, und Sie haben recht: Damals hat der Bundesrat unterschätzt, wie enorm die Schweizer Unternehmen vom europäischen Binnenmarkt profitieren und wie erfolgreich sie sich darin entwickeln würden. Damit unterschätzte er auch den Bedarf an Fachkräften.

Man kann Zuwanderung auch als Leistungsausweis sehen. Ich weiss, das tönt provokativ. Aber schauen Sie



nach Deutschland, dort ist die Zuwanderung im dritten Jahr der Rezession praktisch zum Erliegen gekommen. Die Zuwanderung und die gute Entwicklung der Wirtschaft machen die Schweiz zu dem, was sie ist: zu einem innovativen, friedlichen und demokratischen Land mit einer ausserordentlich hohen Lebensqualität. Die Initiative behauptet, all das bewahren zu wollen, aber in Wirklichkeit macht sie das Gegenteil. Sie widerspricht allem, was die Schweiz ausmacht, nämlich Wohlstand, Sicherheit und Menschlichkeit. Niemand behauptet, dass es bei diesem Erfolg keine Nebengeräusche geben würde; das wäre realitätsfremd. Irgendwo habe ich in dem Zusammenhang das Wort "Wachstumsmüdigkeit" oder sogar "Wachstumsschmerz" gelesen. Den

AB 2025 S 1355 / BO 2025 E 1355

Vergleich finde ich, ehrlich gesagt, gar nicht schlecht. Was tun Sie aber, wenn Ihre jugendlichen Kinder aus ihren Kleidern herauswachsen? Sagen Sie ihnen: "Schluss jetzt, 1,60 Meter ist genug"? Sicher nicht. Zunächst freuen Sie sich, dass die Kinder so gut gedeihen, dann kümmern Sie sich um sie, kaufen ihnen allenfalls neue Kleider, und im schlimmsten Fall, wenn Sie dann tatsächlich Schmerzen haben, gehen Sie zum Doktor – der ist übrigens mit grosser Wahrscheinlichkeit aus der EU.

Auch der Bundesrat sorgt dafür, dass die Schweiz weiter so gut gedeiht, und er stellt sich den Herausforderungen, die auf dem Weg auftauchen. Der Bundesrat zeigt, geschätzte Frau Ständerätin Gössi, dass er lösungsbereit ist. Aber er will Lösungen, die funktionieren. Er investiert jedes Jahr Milliarden in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, und Sie können das auch noch weiter fördern, wenn Sie wollen – es steht Ihnen niemand im Weg. Der Bundesrat präsentiert einen Aktionsplan gegen die Wohnungsknappheit. Er hat ein Paket mit Begleitmassnahmen geschnürt. Er will die Lex Koller verschärfen. Er will den Fonds de Roulement aufstocken und damit weiterhin den Bau von preisgünstigen Wohnungen fördern, als Antwort auf den Wohnungsmangel. Er macht wirklich konkrete Vorschläge. Er macht auch im Bereich Arbeitsmarkt Vorschläge; wir haben es gehört, Herr Mühlemann hat es gesagt. Das Wichtigste, was wir tun können, ist, das inländische Arbeitskräftepotenzial zu stärken. Auch da macht der Bundesrat konkrete Vorschläge, um erstens Personen im Familiennachzug, zweitens Arbeitslose und drittens ältere Stellensuchende in den Arbeitsmarkt zu bringen. Auch hier können Sie weitere Massnahmen beschliessen; Sie müssen nicht warten, bis die Bevölkerung 9,5 Millionen erreicht hat. Wenn Ihnen die bundesrätlichen Vorschläge nicht genügen, dann intensivieren Sie diese; es steht Ihnen niemand im Weg.

Wenn wir die Zuwanderung wirklich, wirklich effizient bremsen wollten, dann müssten wir die Wirtschaft bremsen, dann müssten wir den Standort Schweiz schwächen, dann müssten wir die Löhne senken, die Infrastruktur verlottern lassen. Ja, dann kämen tatsächlich weniger Leute. Das will der Bundesrat aber nicht, das will niemand. Statt die Schweiz schrumpfen zu lassen, geht der Bundesrat die Herausforderung, ich habe es gesagt, aktiv an. Und – das scheint mir wichtig, und das kommt aus meiner Sicht eindeutig zu kurz – er hat sogar eine Notbremse ausgehandelt. Mit der konkretisierten Schutzklausel kann er die Personenfreizügigkeit einschränken, er kann sie sogar kontingentieren, wenn die Zuwanderung zu schnell erfolgt und messbar zu erheblichen sozialen oder wirtschaftlichen Problemen führt. Er kann das tun, ohne dabei den bilateralen Weg zu gefährden, wie das diese Initiative tut.

Die Initiative provoziert den Konflikt mit der EU, das ist klar. Es gibt keine Umsetzung, die mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU vereinbar ist. Bei einer ständigen Wohnbevölkerung von 10 Millionen Menschen verlangt die Initiative endgültig die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens, Sie haben es gehört. Damit würden die gesamten Bilateralen I und voraussichtlich auch die Bilateralen II dahinfallen. Auch unsere humanitäre Tradition würde dieser willkürlichen 10-Millionen-Schwelle zum Opfer fallen, weil die Schweiz wahrscheinlich auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention und den wichtigsten Menschenrechtsverträgen aussteigen müsste. All das ist offensichtlich nicht im Interesse der Schweiz.

Schauen Sie nach Grossbritannien. Wir haben es gehört, ich muss es auch nochmals sagen: Die Briten sind dem Versprechen auf den Leim gekrochen. Man hat ihnen ein goldenes Zeitalter versprochen. Für dieses Experiment bezahlen die Britinnen und Briten jetzt teuer, das kommt sie sehr teuer zu stehen. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass im Nationalrat einige gesagt haben, dass der Ausstieg aus der Personenfreizügigkeit ja gar nicht nötig sei, man müsse die Zuwanderung einfach an der Wurzel packen. Aber mit dieser Initiative machen Sie das nicht. Sie bietet die Rezepte nicht. Sie kann nicht einlösen, was sie verspricht.

Wir sollten auch nicht der Versuchung erliegen, zu denken, dass in den Neunzigerjahren alles besser gewesen sei, damals, als wir noch keine Personenfreizügigkeit hatten. Das ist falsch. Damals war nämlich nicht alles besser, im Gegenteil. Wir hatten deutlich weniger Lohn als heute, wir mussten pro Woche vier Stunden länger arbeiten, wir konnten uns halb so viele Reisen leisten, die Lebenserwartung war um drei Jahre tiefer als heute. Das scheint mir ein entscheidender Unterschied zu damals zu sein. Und die Arbeitslosigkeit war in den



Neunzigerjahren fast doppelt so hoch wie heute.

Wir sollten nicht rückwärts-, sondern vorwärtsgehen und unseren Weg weiterentwickeln. Darum hat der Bundesrat ein Vertragspaket mit der EU ausgehandelt. Das ist seine Antwort auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen. Es ist definitiv der bessere Weg als diese Initiative.

Ich fasse zusammen: Diese Initiative steuert die Zuwanderung nicht und löst kein einziges Problem, sie schafft ganz viele neue. Die Schweiz soll weiter gedeihen können. Den Herausforderungen begegnen wir mit konstruktiven und gezielten Lösungen, die funktionieren. Und für den Fall, dass die Zuwanderung tatsächlich einmal zu schwerwiegenden Problemen führt, hat der Bundesrat eine Schutzklausel ausgehandelt. So bewahrt er das, was die Schweiz ausmacht: Wohlstand, Sicherheit und Menschlichkeit.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Bundesrat, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Zu den einzelnen Minderheitsanträgen nehme ich gerne wie folgt Stellung:

Der Antrag der Minderheit I (Gössi) will, dass Bund und Kantone Massnahmen ergreifen, wenn das Wachstum der ständigen Bevölkerung während drei Jahren in Folge 0,8 Prozent überschreitet. Die vorgeschlagenen Massnahmen im Asylbereich und beim Familiennachzug sind aber die gleichen wie in der Initiative. Im Bereich Personenfreizügigkeit soll der Bundesrat neu verpflichtet werden, ein völkerrechtliches Verfahren zur Aktivierung der Schutzklausel einzuleiten, sobald der erwähnte Grenzwert überschritten wird. Beim aktuellen wie auch beim aufdatierten Freizügigkeitsabkommen ist vorgesehen, dass die Auslösung der Schutzklausel bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen geprüft wird. Es darf aber keinen Automatismus geben – davon ist der Bundesrat überzeugt. Es darf nicht beim Überschreiten eines gewissen Grenzwertes automatisch zu Massnahmen kommen, sondern dann gilt es, die Situation zu beurteilen und in Bezug auf die aktuelle Situation zu entscheiden, ob wir kontingentieren wollen oder nicht. Mit der Schutzklausel können wir das tun.

Auch das Kriterium zum Ergreifen von Massnahmen ist nicht dasselbe. Laut Vernehmlassungsvorlage zum Paket Schweiz-EU würde die Auslösung der Schutzklausel unter anderem geprüft, wenn die Nettozuwanderung aus der EU in einem Jahr mehr als 0,74 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung ausmacht. Die Minderheit I verlangt hingegen eine automatische Auslösung der Schutzklausel, wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz während drei Jahren in Folge um 0,8 Prozent wächst. Die Formulierung von Artikel 73a Absatz 3 stimmt somit nicht mit dem aufdatierten Freizügigkeitsabkommen überein und ist aus diesem Grund nicht mit diesem vereinbar. Ein Verfassungsartikel, der sowohl mit dem aktuellen als auch mit dem aufdatierten Freizügigkeitsabkommen kollidiert, würde die Beziehungen zur EU und das ausgehandelte Paket Schweiz-EU im Kern gefährden. Aus diesem Grund lehnt der Bundesrat den Antrag der Minderheit I (Gössi) ab.

Der Antrag der Minderheit II (Fässler Daniel) übernimmt im Wesentlichen die Stossrichtung der Initiative. Die Massnahmen bei Überschreiten der verschiedenen Schwellenwerte sind die gleichen. Im Unterschied zur Initiative verzichtet der Antrag aber auf automatische Kündigungen im internationalen Bereich. Stattdessen soll die Stimmbevölkerung über eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens entscheiden, wenn der 10-Millionen-Wert nicht eingehalten werden kann. Aber auch diese Bestimmung verankert eine fixe Bevölkerungsgrenze in der Verfassung, und die Realität eines wachsenden Arbeits- und Fachkräftebedarfs wird ausgeklammert. Hier haben wir dieselben Probleme, nämlich dass die Instrumente, die beantragt werden, aus Sicht des Bundesrates nicht griffig sind. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen

AB 2025 S 1356 / BO 2025 E 1356

darum, der Mehrheit der Kommission zu folgen und den Antrag der Minderheit II (Fässler Daniel) abzulehnen. Ich möchte hier noch etwas sagen. Es wurde mehrfach behauptet, das BIP pro Kopf stagniere seit 2023. Das ist nicht richtig. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit ist das BIP pro Kopf um fast ein Viertel gestiegen. Das BIP pro Kopf hat nichts mit der Zuwanderung zu tun. Wenn das BIP pro Kopf in einem einzelnen Jahr sinkt, ist es nicht gefährdet. Es sank tatsächlich nach der Einführung der Personenfreizügigkeit in einzelnen Jahren; zum Beispiel sank es 2009 in der Finanzkrise, 2020 wegen Corona und 2023 wegen der grossen Zuwanderung aus der Ukraine im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf dieses Land. Dies führte zu einem Rückgang des BIP pro Kopf, weil die Bevölkerung in kürzester Zeit stark zunahm. Aber 2024 stieg das BIP pro Kopf wieder, nämlich um 0,4 Prozent. Für 2025 kennen wir die endgültigen Zahlen noch nicht, aber trotz Turbulenzen ist es möglich, dass wir auch in diesem Jahr ein Wachstum des BIP pro Kopf sehen werden. In den Neunzigerjahren ist das BIP pro Kopf im Schnitt jährlich nur um 0,4 Prozent gewachsen. Vor der Personenfreizügigkeit war das Wachstum also tiefer. Ab der Personenfreizügigkeit ist das BIP bis 2020 im Durchschnitt um knapp 1 Prozent gewachsen. So viel zu dieser Zahl, die ich jetzt doch noch korrigieren musste.

Dann noch etwas zum Argument, wer die Wohnungsknappheit angehen wolle, müsse die Zuwanderung beschränken: Ich bitte Sie, hier festzuhalten, dass die Initiative in diesem Bereich keine Lösungen präsentiert,



Sie hingegen die Möglichkeit haben, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Die Realität ist, dass Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz sehr viel weniger Wohnraum beanspruchen als Schweizerinnen und Schweizer. Ich sage nicht, dass das richtig oder falsch ist, aber das gehört in eine vollständige Auslegeordnung dieser Problematik.

Dann noch zum Antrag der Minderheit III (Z'graggen): Die Einführung einer Zuwanderungsabgabe für EU/EFTA-Staatsangehörige und für ihre Familienangehörigen ist mit dem Freizügigkeitsabkommen und dem EFTA-Übereinkommen nicht vereinbar. Weil im Entwurf von Artikel 121b auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen verwiesen wird, könnte eine Zuwanderungsabgabe also nur bei Personen aus Drittstaaten erhoben werden. Zudem ist unklar, ob diese Steuer in Bezug auf den Familiennachzug mit der EMRK vereinbar wäre, sicher aber wäre es eine Abweichung vom Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gemäss Artikel 127 Absatz 2 der Bundesverfassung. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen deshalb, der Mehrheit der Kommission zu folgen und den Antrag der Minderheit III (Z'graggen) abzulehnen.

Der Bericht zum Postulat Caroni ist unterwegs, er wird voraussichtlich im März 2026 vorliegen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Über Artikel 2 stimmen wir ab, nachdem wir über den Gegenentwurf befunden haben.

3. Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeits-Initiative]"

3. Contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! [initiative pour la durabilité]"

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit I

(Gössi, Engler, Fässler Daniel, Z'graggen)

Titel

Bundesbeschluss "Steuerung der Zuwanderung mittels Schutzklausel bei der Anwendung des FZA" (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 3. April 2024 eingereichten Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2025, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 73a Titel

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

*Ziff. I Art. 73a Abs. 1*

Überschreitet das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung vor dem Jahr 2050 in drei Folgejahren 0,8 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung, ergreifen der Bund und die Kantone Massnahmen zur Dämpfung dieses Wachstums, bis das jährliche Wachstum jeweils weniger als 0,8 Prozent beträgt. Ab 2050 kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich durch Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen.

Ziff. I Art. 73a Abs. 2

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Ziff. I Art. 73a Abs. 3

Überschreitet das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung den Grenzwert nach Absatz 1, ergreifen der Bundesrat und die Bundesversammlung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung dieses Grenzwerts insbesondere im Asylbereich, beim Familiennachzug und bei einer durch einen völkerrechtlichen Vertrag vorgesehene Personenfreizügigkeit:

a. Im Asylbereich und beim Familiennachzug: Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die Bestimmungen des Völkerrechts sowie internationale Abkommen.

b. Im Bereich einer durch einen völkerrechtlichen Vertrag vorgesehenen Personenfreizügigkeit: Der Bundesrat leitet ein völkerrechtliches Verfahren zur Aktivierung der Schutzklausel ein. Das Gesetz regelt die Schutzmassnahmen, die ergriffen werden können.

Ziff. I Art. 197 Ziff. 17 Titel

17. Übergangsbestimmungen zu Artikel 73a (Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung)

Ziff. I Art. 197 Ziff. 17 Text

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen in Form einer Verordnung innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der von der Bundesversammlung erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Ziff. II Text

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

AB 2025 S 1357 / BO 2025 E 1357

Antrag der Minderheit II

(Fässler Daniel, Binder, Engler, Gössi, Z'graggen)

Titel

Bundesbeschluss "Steuerung der Zuwanderung im Rahmen des Völkerrechts und der bilateralen Verträge" (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeitsinitiative]") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 3. April 2024 eingereichten Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2025, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 73a Titel

Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung

Ziff. I Art. 73a Abs. 1

Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ab 2050 kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich durch Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen. Der Bund stellt sicher, dass der Grenzwert eingehalten wird.

Ziff. I Art. 73a Abs. 2

Bund und Kantone treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen



Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen.

Ziff. I Art. 73a Abs. 3

Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Ziff. I Art. 73a Abs. 4

Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neuneinhalb Millionen Menschen, ergreifen der Bundesrat und die Bundesversammlung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Absatz 1, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die Bestimmungen des Völkerrechts.

Ziff. I Art. 73a Abs. 5

Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz den Grenzwert gemäss Absatz 1, ergreifen der Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes. Absatz 4 gilt entsprechend.

Ziff. I Art. 140 Abs. 2 Einleitung

Dem Volk werden zur Abstimmung unterbreitet:

Ziff. I Art. 140 Abs. 2 Bst. d

d. die Frage, ob bestehende Abkommen über die Personenfreizügigkeit zu kündigen sind, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. der Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten ist;
2. bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln angerufen werden konnten, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird.

Ziff. I Art. 197 Ziff. 17 Titel

17. Übergangsbestimmungen zu Artikel 73a (Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung)

Ziff. I Art. 197 Ziff. 17 Text

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen in Form einer Verordnung innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der von der Bundesversammlung erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Ziff. II Text

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Antrag der Minderheit III

(Z'graggen, Engler, Fässler Daniel, Gössi)

Titel

Bundesbeschluss über eine Abgabe auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern (Gegenentwurf zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeitsinitiative]") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 3. April 2024 eingereichten Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2025, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Ziff. I Art. 121b Titel

Zuwanderungsabgabe

Ziff. I Art. 121b Text

Der Bund kann auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eine Abgabe erheben. Er kann die Abgabe nur auf einem Teil der Zuwanderung erheben, soweit dies aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen erforderlich ist.



Ziff. II Text

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)" nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

Proposition de la majorité

Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité I

(Gössi, Engler, Fässler Daniel, Z'graggen)

Titre

Arrêté fédéral concernant la gestion de l'immigration au moyen d'une clause de sauvegarde dans le cadre de l'application de l'ALCP (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions! [initiative pour la durabilité]") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions! (initiative pour la durabilité)" déposée le 3 avril 2024, vu le message du Conseil fédéral du 21 mars 2025, arrête :

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit :

Ch. I art. 73a titre

Développement durable de la population

Ch. I art. 73a al. 1

Si, avant l'année 2050, la croissance de la population résidente permanente dépasse 0,8 pour cent pendant trois années consécutives, la Confédération et les cantons prennent des mesures visant à freiner cette croissance afin de la ramener à un niveau inférieur à 0,8 pour cent par an. A partir de 2050, le Conseil fédéral peut, par voie d'ordonnance, adapter chaque année la valeur limite en fonction de l'accroissement naturel.

Ch. I art. 73a al. 2

La population résidente permanente comprend l'ensemble des personnes de nationalité suisse ayant leur domicile principal en Suisse ainsi que l'ensemble des personnes de nationalité étrangère disposant d'un titre de séjour d'une durée

AB 2025 S 1358 / BO 2025 E 1358

minimale de douze mois ou séjournant en Suisse depuis au moins douze mois.

Ch. I art. 73a al. 3

Si la croissance de la population résidente permanente dépasse la valeur limite fixée à l'alinéa 1, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale, dans les limites de leurs compétences respectives, prennent des mesures, en particulier en matière d'asile, de regroupement familial et de libre circulation des personnes prévue par un accord international, en vue d'assurer le respect de cette valeur limite :

a. S'agissant de l'asile et du regroupement familial : le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale un projet de loi correspondant. A partir du moment où la valeur limite est dépassée, les personnes admises à titre provisoire ne peuvent plus obtenir ni autorisation de séjour ou d'établissement, ni la nationalité suisse, ni aucun autre droit de rester. Les règles du droit international et les accords internationaux sont réservés.

b. S'agissant d'une libre circulation des personnes prévue par un accord international : le Conseil fédéral lance une procédure de droit international afin d'activer la clause de sauvegarde. Les mesures de protection qui peuvent être prises sont définies dans la loi.

Ch. I art. 197 ch. 17 titre

17. Disposition transitoire ad article 73a (Développement durable de la population)

Ch. I art. 197 ch. 17 texte

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution de l'article 73a sous la forme d'une ordonnance un an au plus tard après l'acceptation dudit article par le peuple et les cantons. L'ordonnance a effet jusqu'à l'entrée en vigueur des dispositions édictées par l'Assemblée fédérale.

Ch. II texte

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions! (initiative pour la durabilité)" si cette initiative n'est pas



retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Proposition de la minorité II

(Fässler Daniel, Binder, Engler, Gössi, Z'graggen)

Titre

Arrêté fédéral concernant la gestion de l'immigration dans le cadre du droit international et des accords bilatéraux (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! [initiative pour la durabilité]") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" déposée le 3 avril 2024, vu le message du Conseil fédéral du 21 mars 2025, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit :

Ch. I art. 73a titre

Développement durable de la population

Ch. I art. 73a al. 1

La population résidente permanente de la Suisse ne doit pas dépasser dix millions de personnes avant l'année 2050. A partir de 2050, le Conseil fédéral peut, par voie d'ordonnance, adapter chaque année cette valeur limite en fonction de l'accroissement naturel. La Confédération s'assure que la valeur limite est respectée.

Ch. I art. 73a al. 2

Dans les limites de leurs compétences respectives, la Confédération et les cantons prennent des mesures pour assurer un développement durable de la population, en particulier en vue de protéger l'environnement et dans l'intérêt de la conservation durable des ressources naturelles, de la performance des infrastructures, des soins et des assurances sociales suisses.

Ch. I art. 73a al. 3

La population résidente permanente comprend l'ensemble des personnes de nationalité suisse ayant leur domicile principal en Suisse ainsi que l'ensemble des personnes de nationalité étrangère disposant d'un titre de séjour d'une durée minimale de douze mois ou séjournant en Suisse depuis au moins douze mois.

Ch. I art. 73a al. 4

Si la population résidente permanente de la Suisse dépasse neuf millions et demi de personnes avant l'année 2050, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale, dans les limites de leurs compétences respectives, prennent des mesures, en particulier en matière d'asile et de regroupement familial, en vue d'assurer le respect de la valeur limite fixée à l'alinéa 1. Le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale un projet de loi à cet effet. A partir du moment où la valeur limite est dépassée, les personnes admises à titre provisoire ne peuvent plus obtenir d'autorisation de séjour ou d'établissement, ni aucun autre droit de rester. Les règles du droit international sont réservées.

Ch. I art. 73a al. 5

Si la population résidente permanente de la Suisse dépasse la valeur limite fixée à l'alinéa 1, le Conseil fédéral et l'Assemblée fédérale prennent toutes les mesures à leur disposition pour assurer le respect de la valeur limite. L'alinéa 4 s'applique.

Ch. I art. 140 al. 2 introduction

Sont soumis au vote du peuple :

Ch. I art. 140 al. 2 let. d

d. le principe d'une dénonciation des accords existants sur la libre circulation des personnes si les conditions suivantes sont remplies :

1. deux ans après qu'elle a été dépassée pour la première fois, la valeur limite fixée à l'article 73a alinéa 1 n'est toujours pas respectée ;
2. aucune clause d'exception ou de sauvegarde permettant de respecter ladite valeur limite n'a pu être invoquée dans ce délai.

Ch. I art. 197 ch. 17 titre

17. Disposition transitoire ad article 73a (Développement durable de la population)

Ch. I art. 197 ch. 17 texte

Le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution de l'article 73a sous la forme d'une ordonnance un an au plus tard après l'acceptation dudit article par le peuple et les cantons. L'ordonnance a effet jusqu'à l'entrée en vigueur des dispositions édictées par l'Assemblée fédérale.



Ch. II texte

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Proposition de la minorité III

(Z'graggen, Engler, Fässler Daniel, Gössi)

Titre

Arrêté fédéral concernant une taxe sur l'immigration des étrangers (contre-projet à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! [initiative pour la durabilité]") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" déposée le 3 avril 2024, vu le message du Conseil fédéral du 21 mars 2025, arrête :

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit :

Ch. I art. 121b titre

Taxe sur l'immigration

Ch. I art. 121b texte

La Confédération peut prélever une taxe sur l'immigration des étrangers. Elle peut ne prélever la taxe que sur une partie de l'immigration, lorsque des obligations découlant du droit international l'y obligent.

Ch. II texte

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)" si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

AB 2025 S 1359 / BO 2025 E 1359

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Wir stimmen nun über den Antrag der Mehrheit auf Nichteintreten auf Vorlage 3 ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/7931)

Für Eintreten ... 15 Stimmen

Dagegen ... 29 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Da der Rat nicht auf den Gegenentwurf eingetreten ist, kommen wir nun auf Artikel 2 der Volksinitiative zurück.

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit I

(Gössi, Engler, Fässler Daniel, Z'graggen)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss Steuerung der Zuwanderung mittels Schutzklausel bei der Anwendung des FZA" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.



Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag der Minderheit II

(Fässler Daniel, Binder, Engler, Gössi, Z'graggen)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss Steuerung der Zuwanderung im Rahmen des Völkerrechts und der bilateralen Verträge" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag der Minderheit III

(Z'graggen, Engler, Fässler Daniel, Gössi)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf "Bundesbeschluss über eine Abgabe auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern" Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und den Gegenentwurf anzunehmen.

Antrag der Minderheit IV

(Friedli Esther, Schwander)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité I

(Gössi, Engler, Fässler Daniel, Z'graggen)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant la gestion de l'immigration au moyen d'une clause de sauvegarde dans le cadre de l'application de l'ALCP), selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition de la minorité II

(Fässler Daniel, Binder, Engler, Gössi, Z'graggen)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant la gestion de l'immigration dans le cadre du droit international et des accords bilatéraux) selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition de la minorité III

(Z'graggen, Engler, Fässler Daniel, Gössi)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet (arrêté fédéral concernant une taxe sur l'immigration des étrangers), selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.



Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter le contre-projet.

Proposition de la minorité IV

(Friedli Esther, Schwander)

... d'accepter l'initiative.

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Die Anträge der Minderheiten I (Gössli), II (Fässler Daniel) und III (Z'graggen) sind durch das Nichteintreten auf die Gegenvorschläge hinfällig geworden. Wir stimmen über den Antrag der Minderheit IV (Friedli Esther) ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/7932)

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 9 Stimmen

(6 Enthaltungen)

Präsident (Engler Stefan, Präsident): Da Eintreten auf Vorlage 1 obligatorisch ist, findet keine Gesamtabstimmung statt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr

La séance est levée à 19 h 45

AB 2025 S 1360 / BO 2025 E 1360



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative****Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire***Schlussabstimmung – Vote final*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Le président (Page Pierre-André, président): Le bureau a décidé d'accorder un temps de quatre minutes pour les déclarations des groupes et qu'il n'est pas possible de poser des questions sur les déclarations des groupes.

Dettling Marcel (V, SZ): Wir haben schon viele Stunden über das Problem der Überbevölkerung in der Schweiz und über die massive Zuwanderung debattiert. Trotzdem gibt das Parlament am Schluss das Signal an unser Land: Nein, wir wollen nichts machen; nein, wir haben keine Probleme.

Eigentlich wollte ich heute Morgen nichts mehr sagen. Doch gestern Morgen bin ich über den Bundesplatz gelaufen, und dann hat mich ein junger Mann angesprochen. Er hat gesagt: Ihr im Parlament habt es gut. Ihr habt ein Erstklassgeneralabonnement, finanziert von uns Steuerzahlern; ihr habt immer Platz im Zug, kein Problem. Wir bezahlen euren Lohn, und bei der Suche eines Miethauses, einer Mietwohnung oder eines Hauses habt ihr kein Problem, ihr könnt das bezahlen, ihr bekommt die Wohnungen. Ich sehe das ganze Jahr Bilder von euch, von Ferien in Fünfsterntouristenhotels, alles kein Problem, es kann finanziert werden.

Jetzt kommen Sie mit einem Achselzucken und sagen: Nein, nein, das ist kein Problem, die Zuwanderung in unserem Land ist kein Problem, das lehnen wir alles ab, da braucht es keine Lösungen, wir können einfach so weitermachen wie bisher.

Für uns von der SVP ist das keine Option. Mein ältester Sohn wurde 2011 geboren. 2011 hatte die Schweiz 7,9 Millionen Einwohner. Heute haben wir 9,1 Millionen Einwohner. In dieser Zeit wurde unser kleines, wunderschönes Land – schauen Sie sich das Bild hinter mir an – zubetoniert. 277 Millionen Quadratmeter Land, Kulturland, wurden allein in der Zeit, seit mein Sohn auf der Welt ist, und das sind vierzehn Jahre, zubetoniert – 277 Millionen Quadratmeter! Das ist die Grösse des Kantons Zug und des Kantons Basel-Stadt zusammen. Das ist die Grösse des Kantons Nidwalden. Das ist knapp die Grösse des Kantons Schaffhausen. Wir haben in der Schweiz mit der einheimischen Produktion nur noch für jeden Zweiten knapp genug zu essen. Warum? Weil wir unser Land zubetonieren. Wir importieren die Nahrungsmittel. 2011, als mein Sohn geboren wurde, hatten wir einen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent. Heute liegt er noch bei 42 Prozent, weil unser Land zubetoniert wird.

Stichwort Kriminalität: Meine zwei Mädchen sind elf bzw. dreizehn Jahre alt; sie wurden in den Jahren 2013 und 2014 geboren. Damals hatten wir 480 Fälle schwerer Körperverletzung, heute haben wir über 1000. Bei den Vergewaltigungen hatten wir 500 Fälle, heute über 1000; das ist eine Verdoppelung der Anzahl Fälle, seit meine beiden kleinen Mädchen auf der Welt sind. Gestern war im "Blick" zu lesen: In der Stadt Basel, der Herkunftsstadt von Asylminister Beat Jans, wurde ein fünfjähriges Mädchen sexuell schwer missbraucht; der Täter ist ein 25-jähriger Schwarzafrikaner. Gestern kam



AB 2025 N 2528 / BO 2025 N 2528

es zu einem neuen Fall. Die Zahl dieser Fälle hat massiv zugenommen. Die Kriminalitätszahlen in diesem Bereich haben sich in der Zeit verdoppelt.

Stichwort Bildungsniveau: Letzte Woche schrieb mir eine Mutter und fragte, wann in der Schule in der Schweiz endlich dieser Wahnsinn aufhöre. Ihr Kind sei das einzige Mädchen in der Schulklasse – da frage ich mich: Wer integriert hier wen? Sie hat Angst, ihre Tochter in die Schule zu schicken als einziges Mädchen. Heute haben in der Schweiz durchschnittlich über 50 Prozent der 15-Jährigen einen Migrationshintergrund. Das Bildungsniveau sinkt.

Ich komme zum Schluss. Mittlerweile haben wir über 200 000 Personen im Asylbereich, das ist ein absoluter Rekord. Über 40 Prozent der Sozialhilfeempfänger in der Schweiz sind aus dem Asylbereich. Die Kultur des Islams macht sich in der Schweiz breit. Jetzt haben wir Weihnachten. An gewissen Schulen dürfen keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden. (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr Dettling, die vier Minuten sind vorbei, einen letzten Satz, bitte!*) Der Ständerat Daniel Fässler der Mitte-Fraktion hat es im Ständerat richtig gesagt: Wenige in der Schweiz profitieren von dieser masslosen Zuwanderung, der grosse Teil der Bevölkerung gehört angesichts dieser massiven Zuwanderung zu den Verlierern.

Deshalb bitte ich Sie: Machen Sie der Bevölkerung dieses Weihnachtsgeschenk, und empfehlen Sie die Initiative zur Annahme. (*Teilweiser Beifall*)

Bendahan Samuel (S, VD): Celles et ceux qui pensent que c'est avec la haine, le rejet de l'autre, la critique, le mal qu'on va combattre les véritables problèmes que la population a dans ce pays se trompent systématiquement. C'est le contraire qui a fait le succès de notre pays et maintenant, le moment est venu de dire que si nous voulons pouvoir continuer main dans la main, nous devons le faire avec, pour nous, les bonnes mesures. Chers amis, la Suisse n'est pas connue pour son industrie des problèmes, pour ses entreprises capables de produire des difficultés, pour sa population qui aime nous torpiller l'avenir. Mais c'est ce que cette initiative ferait. Je vous assure que, dans la situation actuelle du monde, avec la prise de contrôle par les oligarques et les dictateurs, avec les guerres, avec les troubles économiques, avec la crise du pouvoir d'achat, la dernière chose que ce Parlement doit faire, c'est dire : "On a une bonne idée, on va rajouter un énorme problème pour les 10 prochaines années". Or, c'est ce que ce texte fait.

Chers amis, on ne parle pas seulement d'un avenir à 40 ans. Si nous acceptons ce texte maintenant, dans quelques années, le mécanisme des 9,5 millions d'habitants se déclenche. Dans quelques années, on ouvre la voie à la résiliation des accords bilatéraux. Dans quelques années, nous créons un nouveau gouffre de problèmes qui va accentuer tout ce qui est déjà difficile pour les gens de notre pays.

Et pourquoi ? Pourquoi ? Je ne comprends jamais pourquoi nous décidons d'être durs avec nos partenaires les plus fiables et de nous mettre à plat ventre devant les dictateurs et les personnes qui traitent la Suisse le plus mal.

L'Union européenne, c'est plus de la moitié de nos exportations. Notre économie est archidépendante de nos voisins. Bien sûr qu'ils ne sont pas parfaits, mais ce sont des partenaires de discussion raisonnables. Sacrifier cela et mettre en danger tout ce travail et toutes ces exportations, pourquoi ? Pour rester quand même en danger avec les États-Unis et les autres pays, cela n'a aucun sens.

Le coût de cette initiative est extrême. Deux études ont montré, par exemple, que le PIB serait inférieur de près de 5 pour cent si nous résilions ces accords bilatéraux – 5 pour cent ! C'est 44 milliards de francs par année de perdus. Aucune mesure dont nous discutons ici ne coûte 44 milliards à la population de ce pays. Aucune. Nous aurions des délocalisations, des entreprises qui iraient ailleurs pour pouvoir accéder au marché. Nous perdrons les accès au marché. D'ici 2045, on aurait une telle perte du pouvoir d'achat qu'elle représenterait une baisse de salaire de 2500 francs par personne, d'après ces études-là. La perte de PIB équivaldrait, pour une famille avec deux enfants, à 200 000 francs cumulés jusqu'en 2045. C'est cela, le prix que vous voulez faire payer aux Suisses et aux Suissesses, juste pour dire que vous n'aimez pas l'immigration ? Juste pour dire que vous avez peur de l'autre, alors qu'il nous aide à construire nos hôpitaux, à construire nos routes, à soigner nos gens ?

J'aimerais vous dire que cette initiative ne va pas permettre d'engager une seule infirmière, de trouver une seule solution aux problèmes que nous avons, de créer une route, un logement, rien ! Aujourd'hui, il manque 15 000 personnes dans le domaine de la santé. Qui va soigner nos personnes âgées ? Qui va s'occuper d'elles dans les EMS ? Qui s'occupera de vous dans les hôpitaux ? Alors, si vous êtes milliardaire, vous n'avez aucun souci à vous faire, mais, la politique, se fait pour toutes les autres personnes.

Aujourd'hui, l'immigration que nous avons respire à l'aune des intérêts de la population, de nos besoins. Au-



jourd'hui, vous voulez couper cela à la population et lui dire : "Tant pis, tant pis pour le commun des mortels ; s'il doit se soigner, il n'y aura plus personne ; si des hôpitaux doivent fermer, ce n'est pas grave parce que certaines personnes pourront toujours se permettre de payer".

Eh bien non, nous arrivons avant les fêtes, et je vous dirai une chose : si nous continuons à faire de la politique juste avec la haine et la peur, jamais nous ne parviendrons à créer de la confiance pour nos institutions. Et comme M. Dettling, j'en viens à ma fin – en tout cas celle de mon discours : aujourd'hui, avec un peu d'espoir et avant les fêtes de Noël, on peut se dire que ce qui fait la Suisse, c'est son optimisme, sa capacité à créer et notre capacité à travailler ensemble et avec les autres. En l'honneur de cela et des magnifiques fêtes que nous voyons arriver, votons "non" à ce texte et réjouissons-nous de cette campagne, parce que j'en suis aussi convaincu, le peuple défendra ses intérêts, et nous gagnerons.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Wir haben eine Chance verpasst. Wenn etwas gefährlich ist, und die SVP-Initiative ist gefährlich, dann sollte man es ernst nehmen und ihm einen Gegenvorschlag gegenüberstellen und nichts dem Zufall überlassen. Wir hätten hier die Möglichkeit gehabt, eine adäquate Antwort auf die Frage zu geben. Wir haben es nicht gemacht.

Warum sage ich Ihnen, diese Initiative ist gefährlich? Die Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" ist eine Kündigungs-Initiative. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre das Ende der Bilateralen II, und damit würde sie auch die Erosion der Handelsbeziehungen zu unserer wichtigsten Handelspartnerin, der Europäischen Union, bewirken. Die Folgen wären deutlich stärker als bei den 39 Prozent Zoll von Trump in diesem Sommer. Sie verstehen, die Mitte ist enttäuscht. Die Mitte hatte Lösungen präsentiert, die nicht gutgeheissen worden sind. Denn die Nebenfolgen der Zuwanderung, die Wachstumsschmerzen sind keine Phantomschmerzen, sie bestehen. Der direkte Gegenvorschlag hätte die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst genommen. Es wäre eine ehrliche, eine aufrichtige Antwort gewesen. Aber nein, weder die SVP, die auch ein Interesse haben müsste, dass man dieses Problem löst, aber sich nicht von der Extremposition wegbewegt hat, noch die anderen Parteien, die eigentlich die Massnahmen gutheissen müssten, haben sich bewegt. Nichtsdestotrotz ist die Kündigungs-Initiative, so, wie sie eins zu eins vorliegt, falsch und bleibt falsch.

Die Mitte-Fraktion ist nicht bereit, die Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin aufs Spiel zu setzen, und zwar deshalb nicht, weil die Wirtschaft diese Beziehungen braucht. Ich habe heute gehört, dass es um Wirtschaftswachstum geht; Herr Guggisberg hat das gesagt. Wenn dem so ist, können wir gleich hier und jetzt das Wirtschaftswachstum mit dieser Initiative kaputt machen. Das wird die Schweiz schwächen und unseren Wohlstand angreifen.

Wir müssen diese Debatte aber auch ehrlich führen: Das eine sind das Wirtschaftswachstum sowie die Arbeitszuwanderung, die hoch ist; das andere sind die Beispiele, die Herr Dettling genannt hat. Mit dieser Initiative treffen Sie eben

AB 2025 N 2529 / BO 2025 N 2529

nicht die Asylantinnen und Asylanten, sondern diejenigen, die in unser Arbeitssystem einwandern wollen. Bitte trennen Sie das, seien Sie ehrlich. Auch die Mitte-Fraktion findet es einen Skandal, wenn man kriminelle Ausländer nicht konsequent verfolgt; das wissen Sie, wir haben hier entsprechende Zeichen gesetzt.

Aus diesem Grund wird die Mitte-Fraktion die Initiative bekämpfen, nicht, weil das Problem nicht besteht, sondern weil die Initiative schlicht und einfach der falsche Weg ist und unsere Wirtschaft zerstört.

Trede Aline (G, BE): Die sogenannte Nachhaltigkeits-Initiative ist in Wahrheit das Gegenteil von nachhaltig. Sie bringt Chaos. Sie verspricht Ordnung und schafft Instabilität, sie verspricht Lösungen und liefert Sündenböcke, sie verspricht Verantwortung und endet in Abschottung. Diese Initiative ist keine Lösung. Der Inhalt der Initiative zeichnet ein Bild unseres Landes, das nicht das Bild ist, das wir von unserem Land wollen.

Die Initiative will die Personenfreizügigkeit kündigen und damit die Bilateralen zerstören. Sie tut so, als könne sich die Schweiz aus Europa, ja sogar aus der Welt herauslösen – wirtschaftlich, gesellschaftlich, menschlich. Das ist wirklich realitätsfremd. Hunderttausende Menschen arbeiten, forschen, studieren und leben grenzüberschreitend in unserem Land. 500 000 Schweizerinnen und Schweizer arbeiten heute unkompliziert in der EU. Unsere KMU, unsere Hochschulen, unsere Sicherheit, unser Energiesystem – alle, alle sind auf die Zusammenarbeit angewiesen.

Die Bevölkerung wächst – logisch, weil unsere Wirtschaft wächst, weil Unternehmen expandieren, neue Arbeitsplätze schaffen und Fachkräfte brauchen. Fast 90 Prozent der Menschen, die in die Schweiz kommen, kommen aus der EU, mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche. Das sind keine unkontrollierten Ströme, das nennt man funktionierende Volkswirtschaft.



Statt ehrlich über Raumplanung, Verkehr, Energie und Ressourcen zu sprechen, wird davon abgelenkt. Wir haben es heute Morgen gerade wieder erlebt.

Oui, la population augmente. Mais ce n'est pas un hasard. Elle augmente parce que notre économie croît, parce que les entreprises se développent, créent de nouveaux emplois et ont besoin de personnel qualifié. Près de 90 pour cent des immigrants viennent de l'Union européenne et ont un contrat de travail en poche. Il ne s'agit pas d'un flux incontrôlé, il est dû à une économie qui fonctionne. Au lieu de parler honnêtement d'aménagement du territoire, de transports, d'énergie et de ressources, cette initiative prétend qu'un arrêt de l'immigration résoudrait tous ces problèmes.

Das ist politisch bequem, aber sachlich falsch. Die Antworten sind Verdichtung, Effizienz, Kreisläufe, faire Verteilung und Chancengleichheit. Die Initiative beantwortet keine dieser Fragen. Sie bekämpft eben nicht die Ursachen, sondern schafft Sündenböcke, und das zudem mit dem Thema, dass geflüchtete Menschen zum Problem erklärt werden, obwohl sie einen marginalen Teil der Menschen ausmachen, die in unser Land kommen. Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, werden als Projektionsfläche für Ängste und politische Stimmungsmache instrumentalisiert. Gleichzeitig sollen internationale Verpflichtungen aufgegeben und alte Modelle der Prekarisierung wieder salonfähig gemacht werden. Haben Sie eigentlich irgendein historisches Gewissen?

Diese Abschottungs-Initiative ist kein nachhaltiger Weg. Sie ist ein rechtlicher, sozialer und moralischer Rückschritt. Denn Nachhaltigkeit heisst, langfristig zu denken. Wer heute nach Abschottung schreit, wird morgen Arbeitskräfte, Solidarität und Stabilität verlieren. Ohne Menschlichkeit gibt es keine Nachhaltigkeit.

Wer Verantwortung für dieses Land übernimmt, wer Stabilität will statt Chaos, wer Zukunft will statt Rückschritt, der lehnt diese Initiative ganz klar ab.

Grossen Jürg (GL, BE): Die SVP-Initiative "Keine 10-Millionen-Schweiz!" bringt in wirtschaftlich instabilen Zeiten eine falsche Antwort auf das Thema Bevölkerungswachstum. Sie stürzt unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft in noch mehr Verunsicherung, bringt keinerlei Lösungen und ist eine regelrechte Chaos-Initiative. Ohne Zuwanderung schrumpft die Bevölkerung in der Schweiz ab 2029. Zudem haben wir immer weniger Erwerbstätige und immer mehr Rentnerinnen und Rentner. Uns fehlen immer mehr Pflegefachpersonen und Ärztinnen, Planerinnen und Handwerker auf dem Bau, Fachkräfte in der Industrie, im Gewerbe, in der Hotellerie, in der Gastronomie und auch Talente in der Forschung und Innovation. Wer dies ignoriert, gefährdet Wohlstand und Versorgungssicherheit.

Für die Grünliberalen ist klar: Wir wollen keine ungebremste Zuwanderung, aber wir wollen keinen Blindflug ins Chaos. Gerade jetzt, in instabilen Zeiten, wäre das verantwortungslos. Die Schweiz braucht intelligente Massnahmen, nicht Abschottung und neue Risiken wie die Kündigung der Personenfreizügigkeit.

Folgende drei Punkte sind für uns zentral:

1. Die Bilateralen sichern unseren Wohlstand. Wir sagen deshalb auch klar Ja zu den Bilateralen III. Europa ist unser wichtigster Absatzmarkt und unser verlässlichster Partner. Wer die Personenfreizügigkeit aber kündigen will, riskiert den ganzen bilateralen Weg. Das wäre kein Steuerungsinstrument, nein, das wäre ein Blindflug mit Ansage.

2. Wir müssen das inländische Arbeitskräftepotenzial besser nutzen. Genau hier setzt die GLP an, nämlich mit Arbeitsanreizen für hohe Pensen, Stichwort Individualbesteuerung, mit Motivation zur Arbeit über das Rentenalter hinaus, Stichwort Steueranreize, und mit Reformen, welche Erwerbsarbeit für Familien überhaupt erst ermöglichen, Stichworte Familienzeit und Kita-Finanzierung.

3. Wir lösen die Engpässe dort, wo sie entstehen: mit mehr Wohnungsbau statt Blockaden und ausserndem Vorschriftendschunegel; mit intelligenten Steuerungsinstrumenten wie Mobility-Pricing statt endlosem Ausbau von Verkehrsinfrastruktur; mit marktwirtschaftlichen und verursachergerechten Lösungen bei Energie, Verkehr und Infrastruktur. Nur damit begrenzen wir die Zuwanderung wirksam, indem diejenigen, die hier sind, sich engagieren und Verantwortung übernehmen können. Im Gegensatz zur Chaos-Initiative schädigen wir damit die Wirtschaft nicht, sondern stärken sie ganz gezielt.

Die Grünliberale Fraktion stellt sich den Herausforderungen, auch mit einer klaren Linie gegenüber straffälligen Migranten. Wir sind nicht bereit, unser Erfolgsmodell Schweiz aufs Spiel zu setzen. Diese Initiative ist das Gegenteil eines gutschweizerischen Weges und einer nachhaltigen Lösung. Sie schafft Unsicherheit, sie gefährdet Arbeitsplätze und unseren Wohlstand.

Deshalb empfiehlt die Grünliberale Fraktion diese Initiative zur Ablehnung.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Eine Bemerkung vorneweg in Bezug auf die Gegenvorschläge: Ja, wir haben viel über die Gegenvorschläge diskutiert, aber am Schluss war kein überzeugendes Konzept vorliegend.



Man kann auch mit einem zahnlosen "Büsi" den Tiger der Initiative nicht besiegen. Deshalb waren wir klar der Meinung, dass es eben keinen Gegenvorschlag braucht und keiner genügend wäre, um ihn der Initiative entgegenzusetzen.

Die FDP-Fraktion wird diese Volksinitiative ganz klar zur Ablehnung empfehlen, weil sie nichts anderes macht, als Chaos zu stiften. Deshalb nennen wir sie auch Chaos-Initiative. Werden die starren Grenzwerte erreicht, die die Initiative vorsieht, dann muss das bilaterale Paket mit der Personenfreizügigkeit automatisch und unumkehrbar gekündigt werden. Damit fällt auch das Bilaterale-II-Paket weg. Das ist wirklich unsinnig. Was ist die Konsequenz? Wenn man die Personenfreizügigkeit, die ja Arbeitsmigration ist, bei der es um Arbeitsplätze geht, kündigt und gleichzeitig aus Schengen/Dublin aussteigt, ist die Konsequenz die, dass Sie dann genau die Zuwanderung haben, die Sie nicht wollen. Auf der einen Seite würden wir zum Mekka von Asylummigration, weil alle – weil wir ja nicht mehr bei Dublin dabei wären – in der Schweiz ein Zweitgesuch stellen könnten. Das heisst also, wenn die Schweiz aus Schengen/Dublin aussteigt, werden wir mitten

AB 2025 N 2530 / BO 2025 N 2530

in Europa zur Schengen-Aussengrenze. Und das, liebe SVP-Fraktion, ist eine sehr, sehr schlechte Idee. Das heisst in der Konsequenz effektiv, dass alle Migranten, die in der restlichen EU keinen positiven Asylentscheid erhalten haben, in der Schweiz ein Zweitgesuch stellen können. Wollen Sie das wirklich? Das ist die Konsequenz Ihrer Initiative. Und auf der anderen Seite kündigen Sie das Personenfreizügigkeitsabkommen, das nicht nur Vorteile hat, wohlgemerkt, aber bei dem es wenigstens um Arbeitsmigration geht, weil die Leute mit einem Arbeitsvertrag in die Schweiz kommen. Das ist wirklich nicht im Sinne der Schweiz.

Wir wären eine Schengen-Aussengrenze mitten in Europa, hätten blinde Grenzwächter, weil sie beim Schengen-Informationssystem keinerlei Möglichkeit haben, Anfragen zu machen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass pro Tag 350 000 Anfragen im Schengen-Informationssystem getätigt werden. Das könnte man nicht mehr machen, wenn die Initiative angenommen und bei Erreichen der 10 Millionen entsprechend auf scharf gestellt würde.

Wir brauchen Ordnung im Asylbereich, ja, wir brauchen auch Ordnung bei der Drittstaatenmigration und bei der Personenfreizügigkeit. Dort gibt es Herausforderungen, und wir müssen uns gemeinsam diesen Herausforderungen stellen. Es geht namentlich um die Herausforderungen im Asylbereich, jenem Bereich, bei dem den Menschen oftmals am ärgsten der Schuh drückt. Es kann aber nicht sein, dass wir einfach das Kind mit dem Bade ausschütten und am Ende in der Schweiz genau die Migration haben, die wir nicht wollen. Ihre Initiative führt in der Konsequenz dazu, dass die Arbeitsmigration behindert und die Asylummigration gefördert wird.

Das ist nicht im Sinne der Schweiz, und aus diesem Grund empfehlen wir die Initiative ganz klar zur Ablehnung.

1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"

1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 25.026/31721)

Für Annahme des Entwurfes ... 123 Stimmen

Dagegen ... 67 Stimmen

(6 Enthaltungen)



25.026

**Keine 10-Millionen-Schweiz!
(Nachhaltigkeits-Initiative).
Volksinitiative**

**Pas de Suisse à 10 millions !
(initiative pour la durabilité).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.09.25 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 25.09.25 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**1. Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)"
1. Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire "Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité)"**

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 25.026/8032)
Für Annahme des Entwurfes ... 30 Stimmen
Dagegen ... 9 Stimmen
(5 Enthaltungen)

AB 2025 S 1503 / BO 2025 E 1503